



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 786



vom 18. März 2021

**Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)**

Auflage: Verteiler von rund 1.700 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom-westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

Inhaltsverzeichnis

Seiten I - VIII

Themen mit besonderer Dringlichkeit

Seiten 1 - 4

- 01)** Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden
- 02)** Vom Putsch zum Putsch. Jetzt brennt der Hut. Ein Kommentar von Dieter Schöfnagel (Obmann des Vereins „Muttersprache“, Wien)
- 03)** Sprachwitze aus der Duden-Redaktion. Es gibt sie: die Menschin, die Gästin, die Bösewichtin!

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

- A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft?
Von Dr. Jürgen Martens
- B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?
Von Dr. Jürgen Martens
<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf>

Aufruf zur Unterstützung

(Seiten 5 – 7)

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2) BdV: „Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56	(Seite 8)
Du musst denken	(Seite 9)

Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee (S. 10 - 37)

Aktuelle Hinweise: Buch und CD im Angebot

Predigerkreis: Andachten (S. 10 – 31) - Viele Linke sind leider nicht weniger reaktionär als Rechte. Von Sylke Krischnick (S. 31 – 32) - Bei diesem Text lerne ich neu, was freundschaften heißt: Matthias Platzeck zum Urteil gegen Alexey Nawalny (S.32 - 33) - Computus. Von der Suche nach dem Ostertermin zum modernen Computer (S. 33 – 36) - Politischer Verfall. Die Polarisierung in den USA verschärft sich– der durch Social Media angeheizte Streit über die kulturelle Identität gibt wenig Anlass zur Hoffnung (S. 36 bis 37)

Editorial: (Seite 38)

Unsere „Vielfalt“ kommt nicht von allein! Von Reinhard M. W. Hanke

A. a) Leitgedanken (Seite 39)

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!
Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ LW Berlin

A. b) Forderungen und Grundsätze (Seiten 40 - 44)

01.a) Die Nation ist keine erledigte Größe. Der Schlesier Wolfgang Thierse über Heimat und Patriotismus. Von CR Gernot Facius

01.b) FAZ-Beitrag von Wolfgang Thierse - "Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft" Identitätspolitik darf nicht zum Grabenkampf werden, der den Gemeinsinn zerstört: Wir brauchen eine neue Solidarität

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf>

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

A.c) Mitteilungen

(Seiten 45 - 52)

- 01) Andreas Kossert erhält Preis für das „politische Buch 2021“
- 02) Bianca Deubel - Eine Politikerin mit besonderen Ansichten
- 03) Kenntnisse der deutschen Sprache allein nicht ausreichend
- 04) Bund fördert Geschichte der Deutschbalten.
Grütters: „Kulturerbe verbindendes Element im gemeinschaftlichen Europa“
- 05) „Wir werden eine schlagkräftige Truppe bleiben“.
Im Gespräch mit BdV-Vizepräsident Stephan Grigat

A. d) Berichte

(Seiten 53 - 73)

- 01) „Flucht und Vertreibung“ im Fach Geschichte.
Mündliche Abiturprüfung zum Thema Flucht und Vertreibung in Fulda
- 02) Kontrovers erinnern – nicht ignorieren. In den Berliner Rahmenlehrplänen gibt es keinen Hinweis auf die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs
Von Peter Stolz, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin e.V. im Verband der Geschichtslehrer Deutschlands
- 03) Vor 150 Jahren vereinten sich die Deutschen
- 03.a) Vor 150 Jahren vereinten sich die Deutschen. Reichsgründung und Kaiserreich als Gegenstand geschichtspolitischer Debatten. Von Markus Patzke
- 03.b) Den Jahrestag der Staatswerdung verkannt. 150 Jahre Reichsgründung sollten Anlass zum Gedenken sein. Von Markus Patzke
- 04) Königsberger Gebiet: Endlich in die Heimat. Vor 30 Jahren wurde die Sperrzone aufgehoben. Von Bärbel Beutner
- 05) Ermittlungen zum Tod von Jan Masaryk eingestellt.
Von Daniela Honigmann und Eva Kézrová
- 06) Gedenken an den ersten Vertriebenentransport.
Hessische Landesbeauftragte: Beginn der 295 Eisenbahn-Transporte aus dem Sudetenland
- 07) Festschrift zum Wiesbadener Abkommen: „Zukunftsvisionen mit visionären Zügen“
- 08) Gedenktag an die Vertreibung der Ungarndeutschen: „Würdevolle Erinnerung an die, die gelitten haben“. Von Marc-P. Halatsch

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

(Seiten 74 - 79)

- 01) Zeitzeugen für „Lastenausgleich“ gesucht. Auswandererhaus sucht Geschichten und Objekte
- 02) Finanzhilfe für Herrenhäuser-Dateibank
- 03) Bürgerbeteiligung und mehr - Blick in eine interessante Zeitschrift:
„mitarbeiten 04/2020. Informationen der Stiftung Mitarbeit“

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen (S. 80 - 95)

- 01) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen: SPD-Politiker haben nichts dazu gelernt.
Noch einmal: Maerckerweg
- 02) Vorletzter Reichskanzler: Pflege für Kurt von Schleichers Grab soll nicht mehr vom Land bezahlt werden
- 03) ... und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg

- 04)** Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin. Kommentar von Götz Aly im Wortlaut
- 05)** Anwohner lehnen Inge-Meyssel-Straße ab. Von Hildburg Bruns

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:
Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere
Gesellschaft – für ein anderes Volk?
Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von
Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

(Seiten 96 - 123)

- 01)** Zum Gedenken Gero Körber, Professor für Geographie-Didaktik (*09.07.1940 Waltersdorf - †16.01.2021 Berlin)
- 02)** 5 Jahre Museum Friedland
LANDESBEAUFTRAGTE EDITHA WESTMANN GRATULIERT
- 03)** Michael Wieck. (*19.07.1928 – † 27.02.2021). Ein Nachruf. Von Klaus Harer
- 04)** Ehrenfried Walther Graf von Tschirnhaus (* 10. April 1651 in Kieslingswalde; † 11. Oktober 1708 in Dresden)
- 05)** In Breslau geboren, gestorben in Berlin: Zum Tod Armin Stolpers am 17. Dezember 2020. Von Jörg Bernhard Bilke
- 06)** 100. Jahrestag der Volksabstimmung: Stiftung Haus Oberschlesien bringt Sonderbriefmarke heraus
- 07)** Volksabstimmung in Oberschlesien. Vor 100 Jahren – der 20. März 1921
- 08)** Wie Otto Wichterle die erste weiche Kontaktlinse herstellte. Von Daniela Honigmann

A. g) Fördermöglichkeiten

(Seite 123)

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

[<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf>](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf)

A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
(Seiten 124 - 162)

- 01) DIE WELT RETTEN. Von den „Grenzen des Wachstums“ zur ökologischen Ideologie.
Essay von Gerd Klöwer
- 02) „Wo bitte ist denn das Ermland?“
- 03) Bedeutende Stettiner und ihre Häuser. Ein Spaziergang durch die Geschichte der
Oderstadt. Von Magdalena Gebala
- 04) Stettin: Bismarckturm
- 05) Stoewers „Rückkehr“ nach Stettin. Von Markus Nowak
- 06) »Unser Ziel ist es, Stereotype abzubauen«
Der Historiker und Politikwissenschaftler Petr Koura, Kurator der demnächst in
Aussig/Ústí nad Labem zu sehenden Dauerausstellung über deutsche Geschichte in
Böhmen, stellte sich den Fragen unseres Redakteurs Markus Nowak.
- 07) Baum des Jahres wächst in Ostböhmen
- 08) Prags Großstadtwinzer der Gründerzeit. Wie das Erbe von Moritz Gröbe auch heute
weiterbesteht und getrunken wird. Von Renate Zöller

B. Veranstaltungen elektronisch **(Seiten 163 – 174)**

- 01) 11.03.2021 usw., DtKultForumÖstlEur: Eine Begegnung mit Alexandra Stahl –
Stadtschreiberin in RIJEKA, Kulturhauptstadt Europas 2020. Online-Film
- 02) ab sofort online, DtKultForumÖstlEur: Neue Podcast-Episode ab sofort online: Heimat
ist eine Wundertüte.
Roland Begenats späte Liebe zur Memel
- 03) 10.03.2021 usw., Wissenschaftszentrum Berlin (WZB): Zwischen Zurückhaltung und
Engagement: Wie kommt die Wissenschaft in die Politik? Virtuelle Podiumsdiskussion
via Zoom
- 04) 23.03.2021, Wissenschaftszentrum Berlin (WZB): The Socio-Economic Impact of the
Pandemic
- 05) 10.03.2021, Katholische Akademie Berlin: „Im Bannkreis der Freiheit – Religionstheorie
nach Hegel und Nietzsche“. Buchvorstellung im Livestream auf dem YouTube-Kanal
der Katholischen Akademie in Berlin. Prof. Dr. Hans Joas, Ernst-Troeltsch-
Stiftungsprofessur an der Humboldt-Universität (Berlin) und Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
Christoph Marksches, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der
Wissenschaften (Berlin)
- 06) 18.03.2021, Literaturhaus Berlin: Helga Schubert »Vom Aufstehen. Ein Leben in
Geschichten«. Li-Be digital Buchpremiere
- 07) 23.03.2021, Deutsche Gesellschaft e.V. gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit, der Karl-Hamann-Stiftung für liberale Politik im Land
Brandenburg und der Ludwig-Erhard-Stiftung:
"Detlev Karsten Rohwedder. Leben – Wirken – Vermächtnis". Live-Stream
- 08) 18.03.2021, Topographie des Terrors: Die Toten von Meschede. Die Ermordung von
208 Zwangsarbeitern und die archäologische Untersuchung der Tatorte
Marcus Weidner und Manuel Zeiler
- 09) 23.03.2021, Topographie des Terrors: Rassenforschung und -anthropologie im
Nationalsozialismus.
Vortrag: Prof. Dr. Paul Weindling, Oxford. Moderation: Dr. Stephanie Bohra, Berlin

C. a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland (Seiten 175 - 182)

- 01) Kommunale Galerie Berlin-Wilmersdorf: Newsletter | Digitaler Ausstellungsbesuch im März/April 2021
- 02) Brandenburg-Preußen Museum: „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“
Brandenburg-Preußen Museum Wustrau: Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021

C. b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin
(Seiten 183 - 196)

- 01) Virtuelle Rundgänge im Westpreußischen Landesmuseum
- 02) ab 20.03.2021 digital, Oberschlesisches Landesmuseum, Ratingen: Oberschlesien am Scheideweg. Zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien
- 03) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und Zeitschriftenmarkt (Seiten 197 – 202)

A. Besprechungen

- 01) Danubiana Carpathica. Jahrbuch für Geschichte und Kultur in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas herausgegeben von Mathias Beer, Reinhard Johler, Florian Kühner-Wielach, Maren Röger:
Bukowina-Deutsche. Erfindungen, Erfahrungen und Erzählungen einer (imaginierten) Gemeinschaft seit 1775 (44 SW-Abb.).
Redaktion: Angela Ilic, Sabine Jesner, Lena Radauer, Olivia Spiridorn.
Band 10 (57). 2020. (Berlin/Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
318 Seiten. ISBN 978-3-11-060338-5. € 69,00.

B. Besprechungen in Arbeit

- 01) Maria Werthan (Hrsg.): Starke Frauen gestalten. Tagungsband 2019. (4 Abb. in SW). (Berlin) OsteuropaZentrum Berlin-Verlag (2020).
298 Seiten. ISBN 978-3-89998-336-4. € 9.90.
Rezensentin: Frau Sibylle Dreher, Berlin
- 02) Konrad Löw / Felix Dirsch: Die Stimmen der Opfer. Zitatlexikon der deutschsprachigen jüdischen Zeitzeugen zum Thema: Die Deutschen und Hitlers Judenpolitik. (London/Berlin) Verlag Inspiration Un Limited Resch (2020). 391 Seiten.
ISBN 978-3-945127-30-8. € 15,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03) Visual Culture and Politics in the Baltic Sea Region, 1100-1250 by Kersti Markus. Translated [from Estonian] by Aet Varik. (134 Abb. in Schwarz-Weiß und mehrfarbig). Leiden, Boston: Brill (2020). XVIII, 411 Seiten.
= East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450-1450.
Volume 63.
ISBN 978-90-04-42616-0 (hardback). € 139,00; \$ 167,00

ISBN 978-90-04-42617-7 (e-book).

Rezensent: Prof. Dr. Sven Ekdahl, Berlin

- 04)** Wilfried Heller: Rumänien. Bilder aus einer verlorenen Zeit. Eine fotografische Landeskunde Rumäniens vor und nach der Wende.
Hermannstadt – Bonn: Schiller Verlag 2020. 255 Seiten.
ISBN 978-3-946954-77-4. € 24,80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C . Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text).
(Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 03)** Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975).
(Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 04)** Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
- 05)** Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland.
(3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
- 06)** Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
- 07)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.

- 08)** Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.
- 09)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.
Rezensionsexemplar als e-Book liegt vor.
- 10)** Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche).
Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.

Briefe und Leserbriefe

(Seite 202)

Lesen und schreiben!

Impressum

Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz	(Seite 203)
Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“	(Seite 204)
2 Karten zur Geschichte Westpreußens	(Seite 205)
Danziger Wappen, Karte Freie Stadt Danzig	(Seite 206)
Westpreußen in Physisch-geographischen Karten	(Seite 207)
Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920	(Seite 208)

Redaktionsschluss für AWR-Nr. 786:

18.03.2021, 10:00 Uhr

Der Rundbrief Nr. 787 erscheint voraussichtlich am 08.04.2021

(Redaktionsschluss: 07.04.2021, 14:00 Uhr)

Zum Inhalt des Rundbriefes

Themen mit besonderer Dringlichkeit

Seiten 1 - 4

01) Der Weltverfolgungsindex 2021 – Wo Christen am stärksten verfolgt werden



02) Vom Pfus zum Putsch. Jetzt brennt der Hut

Ein Kommentar von **Dieter Schöfnagel** (Obmann des Vereins „Muttersprache“, Wien)

So wie sich „die Geisel“ oder „die Person“ auf sämtliche erdenklichen und anerkannten Geschlechter bezieht (*generisches Femininum*), ist das generische Maskulinum eine Grundtatsache unserer Sprache, an der jeglicher Auswuchs des Gender-Neusprech scheitern muss. Genau deshalb wird es von gewissen Winkelgermanisten in Abrede gestellt.

Nun ist es ruchbar geworden, dass die **Duden-Redaktion** klammheimlich begonnen hat, rund zwölftausend Bezeichnungen in rein männliche und weibliche Formen und Erklärungen aufzuteilen, um das generische Maskulinum zum Verschwinden zu bringen. **Jetzt brennt der Hut**, denn der Duden galt bisher als **Maßstab** für **richtiges Deutsch**.

Verantwortungsbewusste Sprachwissenschaftler rufen dazu auf, diesem sprachlichen Putschversuch entgegenzutreten.

Bitte lesen Sie deshalb den unten angeführten Aufruf des Vereins deutsche Sprache e.V., schließen Sie sich ihm mit Ihrer Unterschrift an und helfen Sie, ihn weiter zu verbreiten. Darüber hinaus erscheint es angebracht und geboten, mit möglichst vielen individuellen Schreiben an Zeitungen, Behörden, Rundfunk- und Fernsehanstalten aus der Rolle der „schweigenden Mehrheit“ herauszutreten. In den Wiener Sprachblättern der vergangenen Jahre finden Sie zahlreiche Begründungen.

<https://vds-ev.de/allgemein/aufrufe/rettet-die-deutsche-sprache-vor-dem-duden/> Anschließend an die Liste der Erstunterzeichner finden Sie die Möglichkeit zur Unterzeichnung des Aufrufs!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 8, 2021

Wien, am 18. Jänner 2021

03) Sprachwitze aus der Duden-Redaktion

Es gibt sie: die Menschin, die Gästin, die Bösewichtin!

Gestern ist der Fasching zu Ende gegangen, und wir haben zu wenig gelacht. **Robert Sedlaczek** (Wiener Zeitung) wollte Sie daher mit Beispielen aus seinem Buch „Sprachwitze“ amüsieren. Doch dann bekam er den Tipp, auf Duden Online nachzusehen, wie dort die angekündigte Umstellung auf eine angeblich gendergerechte Sprache realisiert wird. [Kann / muß man das alles ernst nehmen, werden sich viele berechtigt fragen, wenn Sie diese Zeilen lesen...](#)

<https://www.wienerzeitung.at/leserservice/newsletter/newsroom-rss-opinion/2093160-Sprachwitze-aus-der-Duden-Redaktion.html>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 21, 2021

Wien, am 17. Feber 2021

Sedlaczek am Mittwoch: Sprachwitze aus der Duden-Redaktion

Es gibt sie: die Menschin, die Gästin, die Bösewichtin!
vom 16.02.2021, 15:35 Uhr | Update: 17.02.2021, 11:37 Uhr

<https://www.wienerzeitung.at/leserservice/newsletter/newsroom-rss-opinion/2093160-Sprachwitze-aus-der-Duden-Redaktion.html>

Robert Sedlaczek

Gestern ist der Fasching zu Ende gegangen, und wir haben zu wenig gelacht. Ich wollte Sie daher mit Beispielen aus meinem Buch "Sprachwitze" amüsieren. Doch dann habe ich den Tipp bekommen, auf Duden Online nachzusehen, wie dort die angekündigte Umstellung auf eine angeblich gendergerechte Sprache realisiert wird.



Robert Sedlaczek ist Autor zahlreicher Bücher über die Sprache, jüngst ist bei Haymon "Sprachwitze. Die Formen. Die Techniken. Die jüdischen Wurzeln. Mit mehr als 500 Beispielen" erschienen.

Sie erinnern sich: Die Bedeutungserklärungen sollen gleich bei den weiblichen Formen stehen, also kein Verweis mehr bei "Ärztin" auf "Arzt", denn Arzt kann offensichtlich nur mehr ein Mann sein.

Damit wird Sprachpolitik betrieben und die Grammatik auf den Kopf gestellt. Wenn ich zu meiner Hautärztin gehe, sage ich: "Ich gehe jetzt zum Arzt." Das ist nun nach Ansicht des Duden ein Grammatikfehler.

Ich rufe dann auf duden.de das Stichwort "Lehrerin" auf. Darunter findet sich "ein besonderer Hinweis": "Um gehäuftes Auftreten der Doppelform Lehrerinnen und Lehrer zu vermeiden, können die Ausweichformen Lehrkörper, Lehrkräfte oder Lehrerschaft gewählt werden." Auch das ist Sprachpolitik, und zwar hinter vorgehaltener Hand. Es wird impliziert, dass "Lehrer" für eine Frau nicht verwendet werden darf.

Wenn man bedenkt, wie viele Mannstunden, sprich Geld, es kosten wird, bis das Internetwörterbuch auf diese Weise umgebaut ist ... Nein, in der Endversion wird man uns vielleicht auch mit "Fraustunden" beglücken.

Was mir auffällt: An der Sprache wird herumgedoktert, aber inhaltlich verbreitet man althergebrachte Klischees von der Rolle der Frau in der Gesellschaft. Ein Foto zeigt "Lehrer und Schülerin beim Tennis" - der Wert der Illustration geht gegen null, bemerkenswert ist der Umstand, dass der Lehrer ein Mann ist, den Tennisunterricht nimmt eine Frau.

Nicht weit entfernt davon steht der Beispielsatz: "Gründgens war einer seiner Lehrer." Schauspielerinnen gibt es in diesem Satz nicht: weder als Lehrer noch als Schüler. Gustaf Gründgens hat sogar ein eigenes Stichwort - ist duden.de ein Lexikon? - und er taucht auch im Beispielsatz zu "Glanzrolle" auf: "der Mephisto war eine von Gründgens' Glanzrollen".

Neuer Versuch, es geht um ein Wort, das in den letzten Tagen hohe Wellen geschlagen hat. Ich beginne, das Wort "Bösewicht" in die Maske einzugeben. Das Online-Wörterbuch bietet mir nach zwei oder drei Buchstaben folgende Wörter an: "Bösewicht" und "Bösewichtin". Das sieht nach Sprachwitz aus, ist aber ernst gemeint. Die Wichtelin fehlt noch, aber der Duden kennt jetzt die "Menschin" und die "Gästin".

Glücklicherweise ist jetzt noch Platz für ein paar Sprachwitze: "Was verlangt eine Feministin im Restaurant, wenn sie das Essen nachsalzen will?" - "Bitte eine Salzstreuerin!" Oder kennen Sie den? "Wenn gendern, dann bitte konsequent: Ich lege jeden Tag mein Frühstücksei in die Eierkocherin."

Abschließend noch einer: "Sitzen zwei Freunde nachdenklich beisammen: Sagt der eine: ‚Negerbrot, Mohr im Hemd und Zigeunerschnitzel dürfen wir nicht mehr sagen.‘ Darauf der andere: ‚Führerschein ist noch erlaubt! ‚, Besser wäre natürlich FührerInnenschein.

Diese Themen wurde auf unsere Leitseiten gesetzt:

- A) Hat das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa in der Nordkaschubei mit der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums eine Zukunft?
Von Dr. Jürgen Martens
- B) Ist das Regionalmuseum in Krockow/Krokowa - Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseums – am Ende?
Von Dr. Jürgen Martens

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Krockow_Regionalmuseum.pdf>

Aufruf zur Unterstützung

(Seiten 5 – 7)

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung^{*)}

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 **BIC** BNKDEFF

****) Unser erfolglosester Aufruf !!!***

2) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDE3303



3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

**Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften
Heimatzeitschriften erbeten**

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



dpa/Kay Nietfeld Der dritte Amtseid: Bundeskanzlerin Angela Merkel am 17.12.2013 im Bundestag mit Parlamentspräsident Norbert Lammert.

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

*Du musst denken, dass du morgen tot bist,
musst das Gute tun und heiter sein.*

Freiherr vom Stein

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.



Steffen Reiche

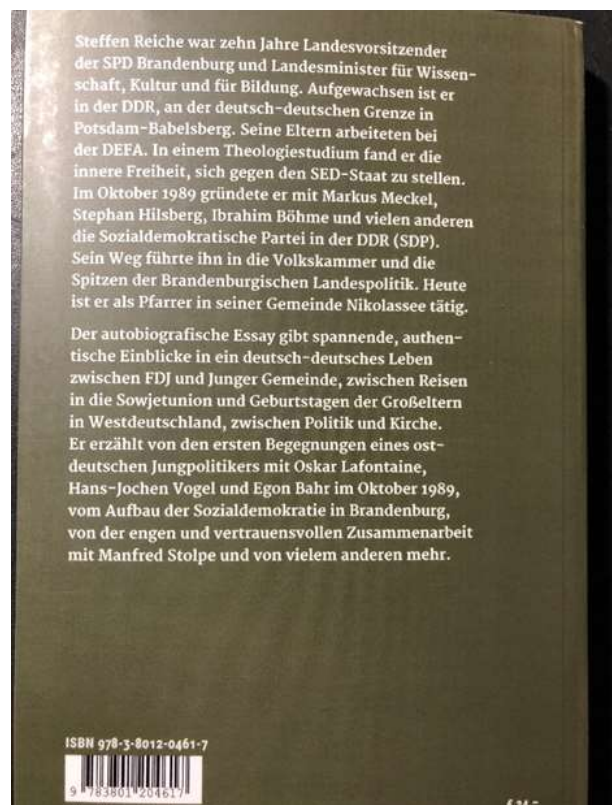
(Seiten 10 – 37)

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen:

Steffen-reiche@gmx.de

Steffen Reiche am 05.02.2021

Predigt „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“



Zugleich biete ich Ihnen mein Buch "Tief träumen und hellwach sein" an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.

Predigtkreis mit Andacht

Niemand muss bei uns in Europa wohnen. Aber wer hier wohnen will, muss akzeptieren, was wir uns über Jahrhunderte hinweg erkämpft und erarbeitet haben. Was bei uns von einer Mehrheit gewollt ist. Das gilt! Im Rahmen der Meinungsfreiheit kann man davon abweichen. Kann man eine andere Meinung vertreten. Aber muss wissen, ab wann man sich strafbar macht. Damit das in Frankreich besser geklärt ist als bisher, hat die französische Nationalversammlung jetzt in erster Lesung ein umstrittenes Gesetz gegen Islamismus gebilligt. 347 Abgeordnete waren dafür. Dagegen 151! Deutlich weniger Abgeordnete als ein Drittel. Das "Gesetz zur Stärkung der Prinzipien der Republik" ist dringend nötig. Ist Ergebnis eines dringend notwendigen Bewusstseins-Wandels. Denn die Franzosen waren dabei, ihre Laizite' zu verraten. Und wir sind dabei, in dem wir ständig ein Auge zudrücken, unser Grundgesetz zu verraten. Werden zwei Augen zudrückt, ist dann blind. Denn auch ein positiver Rassismus, der immer sagt: „Die sind halt so“ oder „Die brauchen noch ein wenig Zeit“ ist Rassismus. Und genauso dumm wie der andere. Denn beim Recht gibt es kein Rabat. Es müssen sich alle in gleicher Weise daran halten. Das ist der Kern des Rechts. Das Gesetz, von manchen nicht zu Unrecht als Anti-Islamismus-Gesetz bezeichnet, ist kein Anti-Islam-Gesetz. So verleumden es nur die von rechts und links. Die einen voller Wohlwollen, die anderen mit Ekel. Es stärkt 1. die Neutralität des Öffentlichen Dienstes. Denn das, was für alle ist, muss neutral bleiben. Darf keine der möglichen Seiten vertreten. Ist nur dem Recht verpflichtet. Was in der Demokratie eine Mehrheit festgelegt hat. Und gibt endlich eine Grundlage für die Bekämpfung von Online-Hass und stellt sich klar gegen Aufrufe zum Hass. Und es überwacht 2. endlich das *Home-schooling*. Denn dort, wo Kinder in Blasen großwerden, ist die Benachteiligung von morgen vorprogrammiert. Demokratie lebt nur dann morgen noch, wenn heute nicht die Erwachsenen von morgen für krude Ideen gekapert werden. Nicht nur der Einzelne ist den Menschenrechten verpflichtet. Sondern auch Organisationen. Deshalb müssen 3. auch sie besser und daher verstärkt überwacht werden. Daher müssen auch alle religiösen Gemeinschaften genauso transparent sein. Da kann man nicht bei arabischen oder türkischen Gemeinschaften ein Auge zudrücken und sagen „die sind doch erst so neu hier.“ So schafft man letztlich saudische oder türkische, tunesische oder algerische Exklaven. Also Kolonien des Südens im Norden. „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“ gilt weltweit und immer. Und wir wollen in Europa nicht, dass Lieder gegen die Allgemeinen Menschenrechte oder unsere Grundordnung, bezahlt von anderen Ländern, in europäischen Hinterzimmern gesungen werden. Wer das will? Es gibt genug Orte in der Welt, wo man das kann! Leider. In Zukunft aber nicht mehr hier. Zu mindestens nicht mehr in Frankreich. Wenn eine Frau freiwillig als Jungfrau in die Ehe gehen will, kann und darf sie das. Aber niemand darf sie zukünftig mehr zwingen, ein Zertifikat dafür vorzulegen. Leider gibt es immer noch genug Orte in der Welt, wo man für Polygamie nicht nur schwärmen darf, sondern auch Frauen wie Dinge, wie Untergebene heiraten kann. Nun aber nicht mehr in Frankreich. Es wird in Zukunft besser überprüfbar sein. Und daher besser zu ahnden. Wer das will...niemand muss hier leben. Zumindest darf er es nicht so. Und daher soll nun auch mit größer Verbindlichkeit gelten als bisher, dass niemand mit Zwang verheiratet werden darf. Das Gesetz ist notwendig. Ein Vorzeigeprojekt von Macron? Ja, das kann man vorzeigen. Aber es bleibt zu befürchten, dass wir weitere brauchen. Nicht nur als Ergänzung in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern. Am besten dann doch gleich für Europa. Denn das Problem haben alle. Manche nur noch nicht jetzt. Aber die, die es noch nicht haben, fürchten es jetzt schon und werden zustimmen. Da sind sie ganz geradlinig.

Steffen Reiche 05.03.2021,

Liebe Predigtkreisgemeinde,

herzlich grüße ich Sie und sende Ihnen die HauptstadtTV-Andacht von heute und die der letzten Tage und weitere 3 sehr informative Texte.

Ihr Steffen Reiche

05.03.2021 Freitag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

Martin Luther, der die Bibel unüberbietbar ins Deutsche und so wirkmächtig übersetzt hat, dass nun viele und später alle in der Bibel lesen konnten, erklärte mit Wirkung und Verbindlichkeit bis heute, dass für ihn nur das Gottes Wort ist, „was Christum treibet“. Und dass der Satz des Paulus, sein „Gebot“, dass die Frau zu schweigen habe, Christum nicht treibet, liegt doch auf der Hand. Liegt doch offenbar in der Art und Weise der Taufe im Namen Jesu Christi! Denn Männer werden genauso durch die Taufe in das neue Leben als Christen gezogen wie die Frauen! Und daher kann es eigentlich, seit es die Taufe gibt, keinen künstlichen Unterschied mehr zwischen Männern und Frauen geben außer dem, der durch die Schöpfung gegeben ist und der in der Schöpfung evident, also sichtbar ist. Denn natürlich gibt es Unterschiede zwischen den Geschlechtern, die sinnvoller Weise auch nicht unterdrückt werden dürfen! Nicht banalisiert werden sollten. Und die sind aber nun eben auch schon so groß und klar, dass man keine weiteren hinzufügen darf und sollte.

Erst recht nicht, seit wir durch die Taufe von Gott in völlig gleicher Weise anerkannt und respektiert sind. Und Männer in gleicher Weise wie Frauen, ohne jeden Unterschied, auf die Liebe und Gnade Gottes angewiesen sind! Denn da gibt es doch nun wirklich keinen Unterschied! Oder? Und wenn man so verschiedene Menschen wie Männern und Frauen dann, wie es durch die Taufe vorgegeben ist, gleich behandelt, wird klar, dass Frauen mental und verbal und in vielem anderen auch, vergleichbare Voraussetzungen und Entwicklungschancen und vor allem auch gleiche Rechte haben wie die Jungen bzw. wie die Männer.

Jede Benachteiligung von Frauen heute und in der Vergangenheit ist gegen Gottes Willen! Ist 2. gegen das, was Jesus in der Taufe offenbart hat und 3. gegen das durch Christus offenbarte höchste Gebot, das Dreifachgebot der Liebe. In das alle anderen Gebote, nicht nur die 10 Gebote vom Sinai, sondern auch die 613 Gebote der Juden eingehen! Denn der Jude Jesus und der sich in ihm, in Jesus Christus offenbarende Gott, fasst alle 613 Gebote, alle vorherigen Gebote, in diesem Dreifachgebot zusammen. *„Du sollst Gott lieben und Deinen Nächsten wie Dich selbst.“*

Sowohl in der Anrede, dem einfachen Du, als auch in der Zusammenfassung des menschlichen Gegenübers als Nächstem, gibt es keine Differenzierung der Geschlechter! Frauen und Männer sind in gleicher Weise angesprochen mit „Du“ und in gleicher Weise gemeint. Denn ein Nächster kann eben immer Frau oder Mann sein. Und deshalb ist für mich das schlimmste, bis heute andauernde Verbrechen gegen die Menschlichkeit die Benachteiligung der Frau! Also der größeren Hälfte der Menschheit! Die auch nicht schwächer sind als die Männer, weil sie ja erlebbar nicht nur länger leben, sondern auch

den wichtigsten Teil der gemeinsamen Geschichte garantieren, nämlich dass es überhaupt auch morgen noch Geschichte gibt durch die Geburt neuen Lebens.

Und daraus ergibt sich für mich zwingend, nicht nur selbst Paulus zu widersprechen, wenn er Altes, nur allzu Menschliches redet oder schreibt und gegen Gottes, gegen Jesu Gebot in der Taufe verstößt. Sondern auch heute dagegen zu kämpfen! Mit aller Entschiedenheit und Klarheit zu kämpfen, wenn immer noch und immer wieder Frauen benachteiligt werden. Benachteiligt werden über das hinaus, was sie sowieso schon leisten für die Menschheit, in dem sie nach gemeinsamer Lust Kinder unter Schmerz gebären und meist auch, aus guten Gründen, mit sehr viel mehr Zeit als ihre Männer, diese gemeinsamen Kinder ins Leben begleiten.

Und als Drittes ergibt sich für mich daraus, mich heute für die Männer, meine Geschlechtsgenossen, meine Vorgänger zu schämen und die Frauen heute um Vergebung zu bitten für das, was Ihnen seit Jahrtausenden angetan worden ist. Und leider auch, Gott sei es geklagt, für das, was durch diesen unsäglichen Satz von Paulus, diese segenslose und widergöttliche Behauptung, dass die Frau in der Gemeinde zu schweigen habe, für Frauen über 2000 unnütze weitere Jahre an Leid angetan worden ist.

Und da ist dann nicht nur darüber zu klagen, was den Frauen angetan worden ist, sondern auch darüber, was sie dann durch diese Benachteiligung ihren Kindern in ihrer Erziehung angetan haben. Die meisten liberalen Juden sind da heute so klug wie wir, aber es gibt eben, Gott sei es geklagt, heute auch Millionen orthodoxer Juden und Hunderte Millionen von Muslimen und Millionen von Christen, die diesen widergöttlichen Unfug bis heute denken und glauben! Und immer noch behaupten, das wäre so im Auftrag Gottes. Ja dem Mann, der so etwas sagt und der Frau, die so etwas glaubt, wäre es besser, wenn sie erst später geboren worden wären und nicht in eine so dunkle, bittere, gegen Gottes Willen gerichtete Zeit. Und um nicht missverstanden zu werden: Dort, wo so klar, die Gabe Gottes in der Schöpfung und das Gebot Gottes in der Taufe verteidigt wird, muss man nun auch nicht dieser Übertreibung folgen, die um vergangenes Unrecht ungeschehen zu machen, bestehende Unterschiede, die doch eine schöne Gabe Gottes sind, weg-gendern will. Solche Übertreibungen führen uns nur erneut in Sackgassen.

Frauen sind den Männern menscheitsgeschichtlich in der Taufe gleichgestellt worden und es hat wegen der unerbittlichen Härte der Männer in der Folge von Paulus und Millionen anderer fast 2 000 weitere Jahre gebracht, bis dieser Taufauftrag in menschliches Recht überführt worden ist! Und 1948 dann endlich als Menschenrecht dekretiert worden ist! Und heute in immer mehr Lebensbereichen nicht nur als Gleichberechtigung der Frauen, sondern immer mehr auch als Gleichstellung zur Lebenswirklichkeit von immer mehr Menschen auf der Welt wird. Und wir alle können doch in der frappanten Entwicklung unserer Gesellschaft sehen, was das nicht nur für die Frauen an Gewinn, sondern für uns alle an Gewinn von Wohlstand und Recht und Gerechtigkeit bedeutet. Ich will zumindest nie mehr, nie wieder, in einer Gesellschaft leben, die diesen Auftrag aus der Taufe nicht so ernst nimmt, wie wir ihn heute nehmen. Bleiben sie gesund Behütet.

23.02.2021 Dienstag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„So sind wir nun Botschafter an Christi statt, denn Gott ermahnt durch uns; so bitten wir nun an Christi statt: Lasst euch versöhnen mit Gott!“ schreibt Paulus in seinem 2. Brief an die Gemeinde in Korinth.

Vor bald über einem halben Jahrhundert hat der wundervolle Jörg Zink das Neue Testament übersetzt. Er wollte die Bibel nach-dichten, damit Gottes Wort heute besser verstanden werden kann. Er hatte dabei, wie Paulus 1900 Jahre zuvor, damals den Absender Gott und den Empfänger Mensch im Blick. Das heißt er hatte beide Augen offen. Damit die Menschen von heute Gott heute besser verstehen. Ich habe vor allem meine kleine Taschenausgabe der „Guten Nachricht“ damals sehr geliebt. Aber schon in diesem Wort, in dieser Überschrift für die Nachdichtung, liegt ein großes Problem. Denn um eine „Nachricht“ geht es gerade nicht. Denn „Nachrichten“ kommen und gehen. Täglich sehen wir die „Nachrichten“, auf verschiedenen Sendern werden sie uns angeboten.

Aber eines ist allen gleich: Sie ändern sich täglich. Nichts ist älter als die Nachricht von gestern. Sie ist überholt. Schon mit der Überschrift setzt uns also Jörg Zink auf ein falsches Gleis, in den falschen Zug. Denn die Apostel von damals haben um das, was sie im Auftrag Gottes zu sagen hatten, sogar ein neues Wort erfunden. Erfinden müssen. Zu neu war das, was sie im Namen, im Auftrag Gottes als seine Botschafter zu sagen hatten. Es war das Wort *„Eu-Angelion“*, so hieß das auf Griechisch, genauer dem Koine-Griechisch, sozusagen dem Englisch des Römischen Reiches. Wir kennen das Wort heute als Evangelium. Und das heißt übersetzt Gute Botschaft. Und ein Botschafter ist eben etwas völlig anderes als ein Nachrichtendienstler. Und wir sollen eben Botschafter sein. Wir sollen Gottes Botschaft, die er uns nicht nur durch einen Menschen, sondern in diesem Menschen gesagt hat, den Menschen so weitergeben, dass sie frei werden.

Im flapsigen Sprech von heute heißt das: Es gibt zwei gute Nachrichten. Oder eben besser Botschaften. „Gott existiert. Du bist es nicht.“

Ich muss nicht Gott für mein Leben sein. Ich kann und soll zwar meines eigenen Glückes Schmid sein, aber ich kann mich nicht an den eigenen Haaren, mit den eigenen Worten aus dem Sumpf der Alltäglichkeit ziehen. Vor Gott wachse ich zu der mir von ihm zugedachten Größe auf. Denn er hat mich wenig niedriger gemacht als Gott, so betet König David im Psalm 8. Und das hat eben nichts mit seinem Königsein, sondern mit unserem gemeinsamen Menschsein zu tun. Und diese Botschaft, weil sie eben nicht nur eine Nachricht an ein Volk ist, sondern an die ganze Menschheit, wird nun von den Ausgesandten, den Aposteln in alle Welt gebracht. Das hatte es bis dahin noch nie gegeben. Ein Gott war für ein Volk. Ein Volk hatte seinen Gott. Und das Volk behielt seinen Gott natürlich für sich. Und damit natürlich auch den Segen seines Gottes.

Aber die Botschaft Gottes in Jesus soll alle Menschen erreichen. Und deshalb sendet Jesus vor seiner Himmelfahrt, also bevor er in andere Sphären, in andere Dimensionen, als die uns zugänglichen 4 Dimensionen von Raum und Zeit aufsteigt, uns alle in alle Welt: Gehet hin in alle Welt und macht alle Menschen zu Gläubigen und tauft sie auf den Namen des Dreieinigen Gottes.

Alle Menschen haben in einer Welt, in der sich heute alles noch viel schneller ändert als damals, die Sehnsucht nach Bleibendem. Nach etwas, was sich nicht ändert, wenn sich alles ändert. Denn alles ändert sich. Und da ist das Geringste, dass wir älter werden und eben nicht nur reifer an Erfahrung, sondern auch gebraucht, irgendwann auch verbraucht aussehen. Wir Älteren wissen, wenn wir in den Spiegel gucken, wovon die Rede ist.

Und da lassen sich Menschen eben Tattoos stechen. Die bleiben. Ein Leben lang. Die wäscht nichts ab. Und nichts aus. Tattoos sind ein Statement. Was oft sogar jeder sehen kann, ja sehen soll. Oder es ist ein durch die Kleidung verborgenes Zeichen, erst sichtbar, wenn sich jemand ganz frei macht.

Taufe ist kein Tattoo. Tattoo ist der Wunsch in einer Zeit, wo sich alles ändert, etwas für ewig zu haben. Und Taufe ist das nicht sichtbare Zeichen, dass Gott uns auf ewig annimmt. Taufe kann nur geglaubt werden, wie die Botschaft nur geglaubt werden kann. Aber wenn sie geglaubt wird, macht sie uns frei. Zu bleibendem Leben nicht vor dem ewigen, sondern als Teil dieses ewigen Lebens mit Gott. Bleiben sie gesund Behütet.

24.02.2021 Mittwoch

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„Sie aßen alle und wurden satt und sammelten auf, was an Brocken übrig blieb, zwölf Körbe voll.“ Erzählt Matthäus von der Speisung der 5000. Und wenn er, was möglich oder gar wahrscheinlich ist, nur die Männer, die Familienoberhäupter gezählt hat, wie es damals üblich war, waren es noch weit mehr als nur 5000.

Aber die Predigt von Jesus vor der Speisung der 5000 kennt keiner. Auch die vier Evangelisten kennen sie nicht. Oder sie berichten zumindest nichts von ihr. Es scheinen keine Aufzeichnungen bekannt zu sein. Nur die Wirkung ist bekannt. Und sie wird leider immer erzählt, als ob es sich da um ein Naturwunder gehandelt hätte. Ein Wunder *contra naturam*! So als ob Gott seinem eigenen Sohn zuliebe mal kurz die Gesetze seiner Schöpfung außer Kraft gesetzt hätte und aus einigen Broten und Fischen würde ein Essen, was für viele reichen würde. Ich habe das nie geglaubt. Sondern ich habe immer gedacht, dass das Wunder, das Gott Jesus da vollbringen lässt, ein noch viel größeres Wunder ist. Nämlich eines, das nicht die Naturgesetze kurz außer Kraft setzt! Sondern eines, dass die scheinbaren Gesetze des menschlichen Herzens für kurze Zeit überwindet.

Und der Mut dieser Andacht ist nun zu fragen: Wie könnte die Predigt Jesu ausgesehen haben, die das schafft. Die Trägheit des menschlichen Herzens zu überwinden. Oder noch wagemutiger, anspruchsvoller, aber vor allem auch noch viel Not-wendender: Wie müsste eine solche Predigt heute aussehen, damit sie wieder ein solches Wunder gegen die Schwerkraft unserer Herzen bewirkt. Nicht heute sofort, aber langfristig, nachhaltig, bleibend? Ich habe den Mut oder besser, ich spüre den Auftrag, zu versuchen, ihnen eine solche Predigt in der Nachfolge unseres Herrn zu halten. Also, beginnen wir:

Liebe Schwestern und Brüder, Jesus ist in die Welt gekommen oder nein besser: Gott hat seinen Sohn in unsere Welt gesandt, um uns wissen zu lassen, um uns zu sagen: Gottes Reich ist nahe herbeigekommen. Und weil das so ist, sind die Zeiten ganz anders geworden. Nicht so, dass man sagen könnte: Siehe hier oder sieh dort! Die Welt hat sich nicht von selbst verändert! Gott hat sie für uns verändert!

Ohne unser Zutun? Nein, so ist es gerade nicht. Nein, Gott hat uns das Ziel, das er mit seiner Welt, mit unserer Welt vorhat, offenbart in Jesus. Und das Ziel ist nicht, dass alles im Nirwana, im Nichts, in Gehenna, in der Hölle versinkt und dass deshalb jeder schon hier dafür sorgen muss, dass es sich wenigstens für ihn hier gelohnt hat.

Es ist, wie später Paulus zu Recht sagen wird, seit Jesus nicht mehr so, dass wir fressen und saufen müssten, weil wir morgen tot sind. Sondern im Gegenteil. Weil wir auch morgen nicht tot sind, sondern Gott uns von den Toten auferwecken wird. Denn Gott will mit uns leben und sein in Ewigkeit, so wie er hier mit uns in der Zeit war. Und deshalb haben beide erbärmlich unrecht: Diese erbärmlichen Kapitalisten, die sich hier auf Kosten anderer so schändlich und widerlich bereichern, als ob ihnen hier etwas auf Dauer gehören würde. Und ebenso Marx und Heine, die ganze Kommunistenmischpoke, die glauben, dass man auf den Himmel pfeifen könne und den Spatzen überlassen müsse. Gott hat uns zwei Beine gegeben, damit wir Balance halten zwischen Erde und Himmel! Damit wir ausschreiten und auf unsere Zukunft an Gottes Seite zugehen.

Gott hat uns Hände gegeben, damit wir beides umfassen und mit seiner Hilfe schon jetzt ein wenig von dem Kommenden hier aufbauen, als Abbild und Hoffnung auf das was wirklich kommt. Und zwei Ohren, damit wir auf beides hören können – auf den Nächsten und auf Gott, auf Gott, der zu uns im Nächsten spricht. Und zwei Augen, damit wir beides sehen können, das schon Vergangene und das noch Kommende, in uns und zu Gott, auf uns und unseren Nächsten.

Und Gott hat uns ein durch harte Knochen geschütztes Gehirn gegeben, damit wir diesen Glauben ins uns bewahren können wie einen Schatz in irdenen Gefäßen. Ja, liebe Schwestern und Brüder, Gott kommt uns vom Ende der Geschichte her entgegen und ist schon einmal wirklich, leibhaftig und ganz und gar diesseitig an unserer Seite gewesen. Und hat sich da nicht etwa irgendwie in die Büsche geschlagen oder davon gemacht, als es gefährlich wurde, sondern Gott ist ganz Gott für uns! Und bei uns gewesen und hat die Erde entzaubert, in dem er durch sein Leben gezeigt hat, was es heißt, auf Gott zu vertrauen.

Und er hat sich durch niemanden dabei irritieren lassen. Nicht durch Pharisäer oder Schriftgelehrte, nicht durch den Hohenpriester oder die Römer. Seine Botschaft war so klar und rein, dass sie alle nicht aushalten konnten, dass einer so klar und rein von Gott redet. Weil sie befürchtet haben und befürchten mussten: Wenn man Jesus weiter reden lässt, dann kehrt sich das Unterste zu Oberst. Dann fangen die Menschen an, Gott mehr zu vertrauen als den Menschen. Und teilen miteinander wie damals, was sie mitbrachten. Und dass es so: Überraschung!!! Für alle reicht. Bleiben sie gesund Behütet.

25.02.2021 Donnerstag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„Ich bin gewiss, dass weder Tod noch Leben, weder Engel noch Mächte noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes noch irgendeine andere Kreatur uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserm Herrn.“
Schreibt Paulus an die Hauptstadtgemeinde in Rom. Und so haben sich immer wieder Menschen durch nichts in der Welt von Jesus mehr trennen lassen. Denn das wäre ja auch die Trennung von Gott gewesen.

Und die Kirche feiert bis heute deshalb immer den zweiten Geburtstag der Märtyrer, den Geburtstag in die Ewigkeit Gottes. Die beiden Einzigen, deren 1. Geburtstag von der Kirche gefeiert wird, den Geburtstag in die Zeit, sind Jesus und Johannes.

Mit ihren beiden korrespondierenden Geburtstagen, den die Kirche auf den 24. Dezember, kurz nach der Wintersonnenwende und für Johannes auf den 24. Juni, kurz nach der Sommersonnenwende, festgelegt hat. Und ebenso feiert die Kirche heute den Gedenktag, den 2. Geburtstag der Heiligen Walburga. Der uns, weil diese Heilige früher sosehr verehrt wurde, noch einmal im Kirchenjahr begegnet. Denn die Nacht vor ihrer Heiligsprechung am 1. Mai, ist uns ja auch als Walpurgisnacht, als Nacht der Heiligen Walburga gut vertraut.

Walburga wurde um das Jahr 710 als eines von vielen Kindern einer wohlhabenden englischen Familie in Devon geboren. Früh verwaist, soll sie bereits im Alter von 10 oder 11 Jahren ins Kloster Dorset aufgenommen worden sein. Zu dieser Zeit bekannt für seine Gelehrsamkeit. Und die gute Ausbildung für junge Frauen aus der westsächsischen Oberschicht. Dort verbrachte sie rund 26 Jahre und wurde von der Äbtissin gut auf ihre Aufgabe als Missionarin in den damals noch heidnisch geprägten deutschen Landen vorbereitet. Nachdem ihr Bruder Wunibald sie für die Mission hatte gewinnen können, überquerte dann auch Walburga den Ärmelkanal. Die Fahrt verlief stürmisch und das Schiff geriet in Seenot. Der Legende nach soll Walburga die ganze Zeit im Gebet kniend an Deck verbracht haben, bis das Schiff heil in den Hafen von Antwerpen einlief.

Daher gilt sie bis heute noch als die Schutzpatronin der Seeleute. Nach dem Tod ihres Bruders Wunibald von Heidenheim 761 übernahm Walburga das von ihm etwa zehn Jahre zuvor gegründete Männerkloster Heidenheim, einen wichtigen Missionsstützpunkt. Wenig später kam dort dann auch ein Frauenkloster hinzu. Durch die Leitung dieses mächtigen Doppelklosters wurde Walburga zu einer der bedeutendsten Frauen des christlichen Europas. Der hl. Bonifatius, gilt als einer der ersten, der gezielt Frauen in der Mission nun auch in Europa einsetzte.

Ihr Biograf berichtet später von Wundern, die Walburga in dieser Zeit gewirkt haben soll. Demnach soll sie einmal ein Kind mit Hilfe dreier Ähren vor dem Verhungern gerettet haben und ein anderes Mal erfolgreich einen tollwütigen Hund beruhigt haben. Auch von Krankenheilungen und der Rettung einer im Kindbettfieber danieder liegenden Wöchnerin wird berichtet. Daher gilt sie neben vielerlei anderen Zuständigkeiten auch als Schutzheilige gegen Krankheiten und Seuchen, Tollwut, Hungersnot und Missernte sowie als Patronin der Kranken und der Wöchnerinnen, aber auch der Bauern.

Der genaue Todestag Walburgas ist nicht eindeutig belegbar. Ihr Bruder Willibald, Bischof von Eichstätt, spendete ihr, der Überlieferung zufolge, die Sterbesakramente. Die beiden Klöster in Heidenheim fielen dann an ihn zurück und wurden später aufgelassen.

Die Heiligsprechung Walburgas soll am 1. Mai ca. 780 anlässlich der Umbettung ihrer Gebeine erfolgt sein. Ihre Reliquien sind heute in der Abtei in Eichstätt. Bleiben sie gesund Behütet.

26.02.2021 Freitag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

Jesus betet, so berichtet es uns Johannes in seinem Evangelium: „*Ich habe deinen Namen den Menschen offenbart, die du mir aus der Welt gegeben hast. Sie waren dein und du hast sie mir gegeben, und sie haben dein Wort bewahrt. Nun wissen sie, dass alles, was du mir gegeben hast, von dir kommt.*“ Das Udenkbare ist wahr geworden. Gott ist Mensch geworden. In der Mitte der Zeit. Nein besser. Die Zeit, in der Gott als Mensch unter uns, bei uns, mit uns war, haben wir als Mitte der Zeit definiert. Denn mehr geht nicht.

Das, was dann noch mehr wäre, ist das Ende der Zeit. Wo wir aus der Zeit heraustreten, aus den vier, uns vertrauten Dimensionen und dann nicht mehr zu glauben brauchen. Denn dann wird allen alles offenbar sein. Die Kirche hat das mit ihren Theologen und ihren Synoden in den ersten Jahrhunderten ihrer Existenz versucht sprachfähig zu machen. Denn die Evangelisten konnten damals noch zwei sich ausschließende Prozesse zugleich sehen und wussten, die Wahrheit ist unbeschreiblich in der Mitte.

Wir können sie heute nur von zwei Seiten aus beschreiben, ohne sie nennen und erklären zu können. Jesus ist der Sohn von Joseph und damit ein Nachkomme, ein Nachfolger von König David. Und zugleich aber ist er der Sohn Gottes, der Sohn der jungen Frau Maria, die aber Jungfrau ist, obwohl sie schon die Frau von Joseph ist.

Wir sind als Christen, also als Menschen, die dem Christus glauben und ihm deshalb nachfolgen, zu den Menschen der Welt gesandt, um Ihnen seine Wahrheit zu bezeugen. Die Kirche ist die Stiftung Jesu. Denn Jesus hat seine Freunde und die wunderbaren Frauen, die ihm folgten und glaubten und deshalb als erste auch seine Auferweckung, also seine Auferstehung bezeugten, angestiftet zu neuem Leben. Einer unerhörten, so noch nicht bekannten Freiheit, die er ihnen eingestiftet hat und damit stiften geschickt hat.

Sie haben seit Pfingsten, in dem neuen Geist, der da das erste Mal erfahrbar war, immer wieder anderen Menschen Glauben eingestiftet. Sie waren damit die ersten Influencer Gottes, also Beeinflusser anderer Menschen. Sie haben ihnen Glauben geschenkt, Glauben ermöglicht. Diese Influencer haben anders als die Influencer heute, davon keinen persönlichen Vorteil gehabt. Und sie hatten es auch nicht so einfach, dass sie einfach was bei Instagram gepostet hätten und dann hätten sie Follower. Nein, sie mussten wirklich persönlich überzeugen. Sie mussten durch ihre Worte, durch Ihr Zeugnis, Ihr Bekenntnis, überzeugen. Und dazu mussten sie auch Vorbild sein. Also nicht wie die Maden im Speck von dem leben, was sie anderen anpreisen und die es dann erst teuer kaufen müssen und damit zugleich das Geschenk an die Influencer der Firmen mitbezahlen.

Geht's noch? Ich könnte und würde keinem dieser Influencer glauben, die da zur Zeit fett in Dubai sitzen. In den Vereinigten Arabischen Emiraten sitzen und es sich zu Lasten, letztlich auf Kosten ihrer Follower, gut gehen lassen. Kein Wort glaube ich ihnen.

Fragen Sie sich nun auch, ob und was das mit der Influenza zu tun hat? Der Grippe, die sonst auch Jahr für Jahr Hunderte von Toten kostet. Oder denken sie, das wäre nur Zufall, dass beide so heißen? Nein, vertrauen sie ihrer ursprünglichen Idee, dass beides nicht zufällig so heißt. Denn die altbekannte Influenza nannte man deshalb so, weil man sie von der Bewegung der Gestirne beeinflusst sah. Influenzieren heißt beeinflussen. Und man dachte, das eben die Gestirne, die am Winterhimmel zu sehen sind und die Kälte und Feuchtigkeit mit sich bringen oder zumindest mit ihnen zusammen kommen, diese echte

Grippe, diese Influenza Jahr für Jahr neu beeinflussen. Und das ist ja auch richtig beobachtet, wenn auch nicht in jeder Frage richtig hergeleitet.

Wir Christen sind also Menschen, die im Auftrag, im Namen Gottes, andere Menschen beeinflussen und sie durch unser Zeugnis auch zu Nachfolgern Jesu machen wollen und sollen. Jesus, den wir den Christus, den Messias auf Hebräisch, den Gesalbten auf Deutsch nennen. Nur im Lateinischen, in der lateinischen Bibel von Hieronymus gibt es kein lateinisches Wort für Christus. Da wird immer nur von Jesus als dem Christus geredet. Von Jesus Christus. Bleiben sie gesund Behütet.

27.02.2021 Sonnabend

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„Der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, wird eure Herzen und Sinne in Christus Jesus bewahren.“ schreibt Paulus am Ende seines Briefes an die Gemeinde in Philippi. Dann kommt nur noch ein kleines PS, ein Postscriptum. Und so ist es zur guten Tradition geworden, dass am Ende einer Predigt die Zuhörer mit diesem Segen des Paulus gesegnet werden. Mit dem Kanzelsegen. Am Ende des Gottesdienstes kommt dann auch noch der große Segen des Aarons, vom älteren Bruder von Mose. Mit dem Aaron einst Israel segnete und der im Tempel gesprochen worden ist bis zu seiner Zerstörung. Luther führte ein, dass er am Ende des Gottesdienstes gesprochen wurde. Als Schlusseggen, unter dem ein Mensch dann in die am Sonntag gerade begonnene Woche geht.

Friede ist immer höher als alle Vernunft. Denn er beendet alle Widersprüche, die unsere Vernunft noch zu bieten hätte. Er beendet alles, allen Trotz und verbindet Menschen untereinander und mit Gott. Deshalb werden beim Segnen auch die Arme ausgebreitet, um alle zu umfassen, alles zu bedecken und die Hände bleiben offen, um zu hoffen, dass sich alle an diesen Frieden halten, alle in diesem Frieden bleiben. Und selbst wo wie heute in vielen Gemeinden die Menschen kaum noch aufstehen, beim Segen stehen sie dann doch auf. Und stellen sich unter den Segen Gottes.

Da kann man nicht sitzen bleiben. Beim Segen ist Respekt geboten. Denn da segnet zwar einer im Namen Gottes, aber im Grunde begegnet uns da im Segen doch Gott selbst. Und es gibt Menschen, für die ist das der eigentliche Höhepunkt im Gottesdienst. Sie wollen diesen Segen für ihre nächste Woche! Sie wollen sich unter diesen Segen stellen, weil sie in ihrer Not oder in ihrer Freude merken: An Gottes Segen ist alles gelegen.

Bei mancher Geburtstagsgratulations-Cour denke ich mir: Arme Welt. In der keiner mehr sich traut, Gottes Segen zu wünschen. Da wird dieses und jenes gewünscht und manche überbieten sich gegenseitig in Originalität und in Fröhlichkeit. Aber das traut sich dann doch keiner. Und wenn ich es dann wünsche, laut und für alle hörbar, dann gucken die einen erleichtert und denken sich: Der kann das ja! Und die anderen grinsen und denken: Hasset nich ne Nummer kleiner? Oder gucken verstört: „Wer is dat denn?“

Und meinen dann meist nicht mich, sondern diesen ominösen Gott. Und wieder andere denken: „Machtert sich ja dolle einfach. Einfach nur Gottes Segen?!?“

Ja, einfach nur Gottes Segen. Denn mehr kann man nicht wünschen. Alles andere kommt dann dazu. Kommt dann oft wie von selbst. Denn unter dem Segen Gottes, im Segen Gottes kann sich ein Mensch wirklich entfalten.

Denn man wird doch nicht entfaltet. Das kann man nur selber machen. Aber man braucht dazu ein Umfeld, man braucht Raum für den Geist und für sich selbst, um sich zu entfalten. Wer als Kind immer nur zusammengefoldet worden ist, bei jeder Kleinigkeit von den Eltern, der hat dann oft nicht mehr die Kraft, sich zu entfalten.

Edward Young schreibt: Wir werden als Originale geboren und sterben als Kopien. Ein schönes Bonmot. Ein kluges Wort also. Aber wie so oft, ist es so richtig, wie es falsch ist!

Denn wenn wir geboren worden sind, sind wir zwar am Ursprung, können wir noch ganz vieles werden, aus uns entwickeln, aber ein Original im Sinne von echt und unverwechselbar müssen wir erst noch werden. Und wenn wir sterben, also unseren 2. Geburtstag erleben, den in die Ewigkeit Gottes, dann sind wir zwar vielen nachgefolgt, haben uns von vielen inspirieren, begeistern lassen, aber haben das alles zu einer so einzigartigen Mischung, oft zu einer so wunderbaren Melange vermischt, dass wir auch darin wieder einzig sind.

Das Bonmot von Edward Young zeigt also vor allem eine Gefahr auf, dass wir nämlich das, was in uns steckt, was wir entfalten könnten, nicht zur Entfaltung bringen. Das wir jemand einfach nur hinterherlaufen, einfach zur Kopie werden, ohne unser Potential zu nutzen. Und das Potential liegt darin, dass wir schon am Anfang ein Original sind.

Das ist auch das Schöne an dem kleinen Akzentwechsel von Fördern und Fordern. Beides brauchen wir. Wir müssen gefördert werden, damit wir dann auch gefordert werden können. Und ich brauche dazu den Segen Gottes, den Segen des Höchsten, dem ich mich danke, von dem ich also komme und zu dem ich gehe. Anfang und Ende, lege ich dahin, wo sie sind – in Gottes Hände. „Ausgang und Eingang, Anfang und Ende liegen bei Dir Herr, füll Du uns die Hände.“ Dieser Kanon von 1962 von Joachim Schwarz begleitet mich mein Leben lang. Und er ist so alt, wie ich denken kann. Der Kanon stammt von 1962. Bleiben sie gesund Behütet.

28.02.2021 Sonntag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„So fürchte dich nun nicht, denn ich bin bei dir.“ Schreibt Jesaja im 43. Kapitel. Die Losung für heute. Und im 1. Korintherbrief im 4. Kapitel lesen wir *„Wir sind von allen Seiten bedrängt, aber wir ängstigen uns nicht. Uns ist bange, aber wir verzagen nicht. Wir leiden Verfolgung, aber wir werden nicht verlassen. Wir werden unterdrückt, aber wir kommen nicht um.“*

„Wenn sie euch aber vor ... die Obrigkeiten und die Gewalten führen, so seid nicht besorgt, wie oder womit ihr euch verantworten oder was ihr sagen sollt; denn der Heilige Geist wird euch in derselben Stunde lehren, was ihr sagen sollt.“ Schreibt Lukas.

Ein chinesischer Christ war wegen seines Glaubens inhaftiert worden und hatte schon eine lange Zeit im Gefängnis verbracht. Schließlich wurde er vor Gericht gestellt. „Glauben Sie immer noch an das Christentum?“, fragte ihn der Richter mit ironischem Unterton. – „Nicht das Christentum ist es, woran ich glaube ...“, antwortete der Mann. „Ach nein? Woran denn?“ – „Ich glaube an Jesus Christus, also nicht an eine Religion, sondern an eine Person“, erwiderte der Gläubige. „Unterlassen Sie diese Wortklaubereien!“, entfuhr es dem Richter. „Sie verstehen mich nicht richtig“, antwortete der Christ. „Sie können die Kirchen schließen, die Christen einkerkern oder töten, jede Religionsausübung verbieten und sogar die Bibeln verbrennen – aber können Sie Jesus Christus antasten? Er lebt ewig; Er lebt in meinem Herzen, Sie können Ihn nicht herausreißen! Und wenn Sie mich töten, werde ich für immer bei Ihm sein.“ Nein, das war keine Wortklauberei, sondern eine wichtige Unterscheidung! Eine Religion ist ein System von Ritualen und Überzeugungen. Sie ist durch ihre soziale und kulturelle Umgebung beeinflusst und mit Irrtümern und menschlichen Schwächen behaftet. Der biblische Glaube dagegen ist eine reale und persönliche Beziehung zu dem lebendigen Gott und seinem Sohn Jesus Christus. Dazu gehört, dass man Christus kennt, an Ihn glaubt, Ihm vertraut, Ihn liebt und für Ihn lebt. So ist es bei uns als Christen.

Im Islam aber ist Islam, also Unterwerfung gefordert. Ich könnte das nicht. Ich wollte das nicht. Aber ich werde mich immer, mein Leben lang dafür einsetzen, dass jemand, der das will, das auch kann. Wann er will. Wo er will. Überall auf Erden. Das ist die Religionsfreiheit. Und die ist ein Menschenrecht. Und soll es auch immer bleiben. Denn Menschenrechte sind immer und überall gültig. Und auch wenn sie nicht überall praktiziert werden, bei uns ja. Egal wie sich andere verhalten. Egal ob dort, wo sie oder ihre Eltern oder Großeltern herkamen, dieses Recht auch gilt. Von Muslimen für Christen garantiert wird.

Niemand muss bei uns in Europa wohnen. Aber wer hier wohnen will, muss akzeptieren, was wir uns über Jahrhunderte hinweg erkämpft und erarbeitet haben. Was bei uns von einer Mehrheit gewollt ist. Das gilt! Im Rahmen der Meinungsfreiheit kann man davon abweichen. Kann man eine andere Meinung vertreten. Aber muss wissen, ab wann man sich strafbar macht. Damit das in Frankreich besser geklärt ist als bisher, hat die französische Nationalversammlung jetzt in erster Lesung ein umstrittenes Gesetz gegen Islamismus gebilligt. 347 Abgeordnete waren dafür. Dagegen 151! Deutlich weniger Abgeordnete als ein Drittel. Das "Gesetz zur Stärkung der Prinzipien der Republik" ist dringend nötig. Ist Ergebnis eines dringend notwendigen Bewusstseins-Wandels. Denn die Franzosen waren dabei, ihre Laizite' zu verraten. Und wir sind dabei, in dem wir ständig ein Auge zudrücken, unser Grundgesetz zu verraten. Werden zwei Augen zudrückt, ist dann blind. Denn auch ein positiver Rassismus, der immer sagt: „Die sind halt so“ oder „Die brauchen noch ein wenig Zeit“ ist Rassismus. Und genauso dumm wie der andere. Denn beim Recht gibt es keinen Rabatt. Es müssen sich alle in gleicher Weise daran halten. Das ist der Kern des Rechts. Das Gesetz, von manchen nicht zu Unrecht als Anti-Islamismus-Gesetz bezeichnet, ist kein Anti-Islam-Gesetz. So verleumden es nur die von rechts und links. Die einen voller Wohlwollen, die anderen mit Ekel. Es stärkt 1. die Neutralität des Öffentlichen Dienstes. Denn das, was für alle ist, muss neutral bleiben. Darf keine der möglichen Seiten vertreten. Ist nur dem Recht verpflichtet. Was in der Demokratie eine Mehrheit festgelegt hat. Und gibt endlich eine Grundlage für die Bekämpfung von Online-Hass und stellt sich klar gegen Aufrufe zum Hass. Und es überwacht 2. endlich das Home-schooling. Denn dort, wo Kinder in Blasen großwerden, ist die Benachteiligung von morgen vorprogrammiert. Demokratie lebt nur dann morgen noch, wenn heute nicht die Erwachsenen von morgen für krude Ideen gekapert werden. Nicht nur der Einzelne ist den Menschenrechten verpflichtet. Sondern auch Organisationen. Deshalb müssen 3. auch sie

besser und daher verstärkt überwacht werden. Daher müssen auch alle religiösen Gemeinschaften genauso transparent sein. Da kann man nicht bei arabischen oder türkischen Gemeinschaften ein Auge zudrücken und sagen „die sind doch erst so neu hier.“ So schafft man letztlich saudische oder türkische, tunesische oder algerische Exklaven. Also Kolonien des Südens im Norden. „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“ gilt weltweit und immer. Und wir wollen in Europa nicht, dass Lieder gegen die Allgemeinen Menschenrechte oder unsere Grundordnung, bezahlt von anderen Ländern, in europäischen Hinterzimmern gesungen werden. Wer das will? Es gibt genug Orte in der Welt, wo man das kann! Leider. In Zukunft aber nicht mehr hier. Zu mindestens nicht mehr in Frankreich. Wenn eine Frau freiwillig als Jungfrau in die Ehe gehen will, kann und darf sie das. Aber niemand darf sie zukünftig mehr zwingen, ein Zertifikat dafür vorzulegen. Leider gibt es immer noch genug Orte in der Welt, wo man für Polygamie nicht nur schwärmen darf, sondern auch Frauen wie Dinge, wie Untergebene heiraten kann. Nun aber nicht mehr in Frankreich. Es wird in Zukunft besser überprüfbar sein. Und daher besser zu ahnden. Wer das will...niemand muss hier leben. Zumindest darf er es nicht so. Und daher soll nun auch mit größer Verbindlichkeit gelten als bisher, dass niemand mit Zwang verheiratet werden darf. Das Gesetz ist notwendig. Ein Vorzeigeprojekt von Macron? Ja, das kann man vorzeigen. Aber es bleibt zu befürchten, dass wir weitere brauchen. Nicht nur als Ergänzung in Frankreich, sondern auch in anderen Ländern. Am besten dann doch gleich für Europa. Denn das Problem haben alle. Manche nur noch nicht jetzt. Aber die, die es noch nicht haben, fürchten es jetzt schon und werden zustimmen. Da sind sie ganz geradlinig. Bleiben sie gesund Behütet.

01.03.2021 Montag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„Ein jeder sehe nicht auf das Seine, sondern auch auf das, was dem andern dient.“ schrieb Paulus an die Gemeinde in Philippi. Unsere Losung für heute. Das ist nicht nur eine Lebensweisheit, ist nicht nur Ethik, sondern ist der Vorsatz, zu dem eigentlichen Hauptsatz. „Seid unter Euch so gesinnt, wie es auch der Gemeinschaft in Christus Jesus entspricht.“ Und dann kommt der Christus-Hymnus des Philipper-Briefes.

„Er, der in göttlicher Gestalt war, hielt es nicht für einen Raub, Gott gleich zu sein, sondern entäußerte sich selbst und nahm Knechtsgestalt an, ward den Menschen gleich und der Erscheinung nach als Mensch erkannt. Er erniedrigte sich selbst und ward gehorsam bis zum Tode, ja zum Tode am Kreuz. Darum hat ihn auch Gott erhöht und hat ihm den Namen gegeben, der über alle Namen ist, dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind, und alle Zungen bekennen sollen, dass Jesus Christus der Herr ist, zur Ehre Gottes, des Vaters.“

Ein Lied, was Paulus und die Gemeinde in Philippi vermutlich gemeinsam kennen. Vielleicht auch gemeinsam gesungen haben. Psalm, Hymnus, Cantus, Lied – dasselbe Wort in Hebräisch, in Griechisch, Lateinisch und Deutsch. Weil Jesus eben so war wie das Lied singt, sollen wir in der Nachfolge Christi, der „Imitatio Christi“, wie Thomas von Kempen sein Andachtsbuch nannte, so sein, wie es Jesus war. Er ist das prägende, das bindende Vorbild für uns. Als Christen sind wir seine Nachfolger, seine Anhänger. Wir hängen an ihm und folgen ihm, sind hinter ihm her. Und das muss man doch wirklich einmal hervorheben, wie anders als alle anderen, die auch Religionen gestiftet haben, Jesus war. Ich respektiere

wenn ich das sage, die anderen Religionen. Aber das Religionsfreiheit zum Menschenrecht der UNO geworden ist, das hat sich doch der freie Westen ausgedacht und 1949 ist es dann unter Führung der westlichen Alliierten in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte aufgenommen worden. Christen verfolgten Muslime nicht. Sie haben es in der Zeit der Kreuzzüge unseligen Gedenkens, getan, aber die gingen nur von 1095-1270, also 175 Jahre. Und die Halbmondzüge gingen mindestens von 632-1683, als die Türken Wien erobern wollten. Also 1000 Jahre und manche sagen, sie gehen bis heute, denn in fast allen muslimischen Ländern werden bis heute Christen verfolgt, obwohl sie vor den Muslimen dort lebten. Jesus hat anders als Mohammed, der Prophet, Regierungschef und Feldherr war, nie etwas erobert, hat nie über andere in weltlicher Form geherrscht, sondern ist selber verfolgt worden, ist anders als z.B. Mohammed oder Buddha als Märtyrer gestorben. Ja, Jesus war selbstbewusst, sich seiner Herkunft von Gott und seines Auftrags gewiss und bewusst. Aber er hat nie abgehoben, ist nie übermütig oder überheblich geworden, sondern hat denen, zu denen er gesandt war, gedient. Und das meint unsere Losung von heute: *„Ein jeder sehe nicht nur auf das Seine, sondern auch auf das, was dem andern dient.“* Wenn wir Nachfolger des Juden Jesus sein wollen, dann sollen, ja dann müssen wir auch versuchen so zu leben wie er. Im Dienst für andere. Und uns dabei natürlich nicht selber vergessen. Denn dafür hat er uns ja das Dreifachgebot der Liebe gegeben, von dem eine irreführende Kirche manchmal sagt, es wäre ein Zweifachgebot der Liebe. Nein, ich bin genau wie mein Nächster geliebtes Geschöpf Gottes. Und deshalb liebe ich den Satz: Hilf Dir selbst, dann hilf Dir Gott auch so. Ich muss mich auch in der Liebe Gottes um mich selber kümmern, damit Gott mir helfen kann und ich dann so auch stark werde, dem Nächsten zu helfen. Oskar Wilde hat einmal scharf, und zynisch geschrieben: „Wir allen liegen in der Gosse, aber einige gucken in die Sterne.“ Niemand soll nach Gottes Willen in der Gosse liegen. Und wir alle sollen, denn vor unserem 2. Geburtstag haben wir alle nur dieses eine Leben, in die Sterne, in den Himmel gucken, hinter dem Gott auf uns wartet. Ein jüdischer Witz zum Schluss: Ein jiddischer Schneider soll eine Hose fertigen. Er sagt zu, dass es zwei Wochen dauern werde. Immer wieder kommt der Mann, nach einem Monat, nach zwei Monate, nach drei. Aber es dauert dann 6 Monate lang. Genervt fragt der Mann mit dem dankbaren Blick auf die Hose: Aber warum hat es so lange gedauert: Gott hat doch die Welt in 6 Tagen gemacht...Aber schauen sie sich an die Welt und die Hose.....In der Nachfolge des Juden Jesus sollen wir die Welt nicht machen, aber besser machen. Bleiben sie gesund Behütet.

02.03.2021 Dienstag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

Psalm 119,66 Lehre mich rechtes Urteil und Erkenntnis, denn ich vertraue deinen Geboten.
Wort Gottes Psalm längster Verse

Jakobus 3,13 Wer ist weise und klug unter euch? Der zeige mit seinem guten Wandel seine Werke in Sanftmut und Weisheit.

Bleiben sie gesund Behütet.

03.03.2021 Mittwoch

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„Als Jesus seine Mutter sah und bei ihr den Jünger, den er lieb hatte, spricht er zu seiner Mutter: Frau, siehe, das ist dein Sohn! Danach spricht er zu dem Jünger: Siehe, das ist deine Mutter! Und von der Stunde an nahm sie der Jünger zu sich.“ So respektvoll geht Jesus mit Frauen um. Und andere Geschichten ließen sich erzählen aus dem Leben Jesu, die von Maria und Martha zum Beispiel. Aber Paulus schreibt an die Gemeinde in Korinth: *„Wie in allen Gemeinden der Heiligen sollen die Frauen in den Gemeindeversammlungen schweigen; denn es ist ihnen nicht gestattet zu reden, sondern sie sollen sich unterordnen, wie auch das Gesetz sagt.“* Paulus schreibt das kurz vor dem mir in seinem Brief und dem ganzen Neuen Testament so wichtigen, vielleicht wichtigsten Kapitel seines Briefes an die Gemeinde in Korinth über die Auferstehung. Vor dem Kapitel 15. Aber was ich eben gelesen habe steht auch in unserer Bibel? Ist das wirklich auch Gottes Wort? Nein, das ist es nicht. Es ist Menschenwort. Und noch dazu sehr ärgerlich. Erst recht für uns heute. Man schämt sich es zu lesen. Aber es war leider sehr wirkmächtig über 2 000 Jahre. Mit Bezug auf diese Sätze des Paulus sind Millionen von Menschen, eben Frauen, fast 2000 Jahre hintangesetzt, hintangestellt worden. Sie sind benachteiligt worden. Sie sind unterdrückt worden von Männern. Die doch genauso getauft worden waren wie sie. Denn wo immer getauft worden ist, sind Männer „nur“ genauso getauft worden wie Frauen. Da gab es keinen Unterschied. Deshalb beantworte ich die Frage, ob diese Sätze von Paulus auch Gottes Wort sind, so glasklar mit - Nein.

Die Taufe beruht auf Gottes Wort. Die Taufe ist Sakrament Jesu Christi, ist von ihm eingesetzt worden. Und wir sollen und wollen aus der Taufe leben. Aber in der Taufe war eben nie irgendein Unterschied zwischen Mädchen und Jungen, zwischen Frauen und Männern. Niemals! Keinen Tag in der nun wirklich, Gott sei es geklagt, an Irrtümern reichen Geschichte der Kirche wurde ein Unterschied bei der Taufe gemacht zwischen den Geschlechtern! Getauft wurden immer Menschen, nie ein Geschlecht. Alle Menschen sind in gleicher Weise von Gott zur Taufe eingeladen. Egal zu welchem Geschlecht sie gehören oder zu welchem sie sich zugehörig fühlen.

Das war damals vor 2000 Jahren ein ungeheuerlicher menschheitsgeschichtlicher Fortschritt. Denn es nie davor auch nur ansatzweise oder auch nur vergleichbar irgendwo anders gab. Und auch danach hat sich im Grunde kein Stifter einer Religion oder eines Staates vergleichbar verhalten. Denn die Muslime haben es den Juden und anderen nachgemacht. Da gab es immer nur die Beschneidung für die Männer. Frauen waren und sind bei Juden und Muslimen in gleicher Weise in dem Mann, zu dem sie gehören, mitbeschnitten. In ihrem Vater oder nach der Heirat in ihrem Mann sind sie beschnitten, also aufgenommen in den Bund mit Gott. Durch die Beschneidung des Mannes, zu dem sie gehören, sind sie in den Bund Gottes mit aufgenommen.

Nur in der Taufe, nur im Bund Gottes durch die Taufe, wird jeder Mensch, egal welchen Geschlechts, welcher Nation, ob behindert oder nicht, ganz individuell Teil des Bundes mit Gott. Deshalb konstituiert die Taufe auch im Kern sogar den Ursprung unserer modernen Individualität. Weil in der Taufe erstmals und bis heute und mit unüberbietbarer Klarheit jeder einzelne Mensch als Individuum aufgrund seiner eigenen persönlichen Entscheidung (oder eben der ihrer oder seiner Eltern) in den Bund mit Gott aufgenommen wird. Und so pervers, so widerwärtig die Irrlehren der Theologen in der Kirche auch gewesen sein mögen - die Frechheit, die Dummheit hatte keiner, zu sagen, dass Mädchen vielleicht doch nur mit Luft (?) getauft werden sollten. Und deshalb können die eingangs vorgelesenen Sätze aus

dem Brief des Paulus nicht Gottes Wort sein, weil sie dem, was in der Taufe gesetzt worden ist, diametral widersprechen. Bleiben sie gesund Behütet.

-

04.03.2021 Donnerstag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

wenn Paulus schreibt „*Das Weib schweige in der Gemeinde.*“ erscheint uns das heute im Licht der Taufe wie ein Widerspruch zum Wesen, zum Eigentlichen der Taufe, wie Unfug. Wir können diese Sätze deshalb heute nicht mehr ertragen. Wir wollen sie nicht mehr hören. Weil sie einfach heil-los aus der Zeit und vor allem aus der Taufe gefallen sind, wo Frauen und Männer, Mädchen und Jungen immer gleich behandelt worden sind. Ich verurteile Paulus dafür nicht. Viel zu dankbar bin ich ihm, dem Apostel Gottes für alles andere, was dieser grandiose Völkerapostel im Auftrag Gottes und im Namen Christi gesagt und geschrieben hat. Bei aller meiner Verehrung und Dankbarkeit weiß ich aber eben auch und gerade deswegen, dass er hier irrt. Seiner Zeit verhaftet ist. Und eben gerade nicht, wie sonst immer, an fast allen anderen Stellen, aus Christus gelernt hat. Und in Christus ist, mit dem was er denkt und sagt. Hier ist er noch nicht mit Christus auf Augenhöhe. In dem, was er hier sagt und schreibt, ist er nur ein freier Mann des Römischen Reiches, aber noch nicht befreit durch Christus.

Nun wird mancher Evangelikale und mancher Frömmeler denken: Was für ein überheblicher Typ ist dieser Pfarrer? Glaubt er ernsthaft, immer neu beurteilen zu können, was Gottes Wort ist und was Menschen Wort ist? Ja! Und wir sollen es nicht nur. Sondern wir müssen es auch. Und Paulus ist mir darin sogar Vorbild sein. Von ihm und mit ihm habe ich es ja erst durch Jesus Christus gelernt! Denn die ganze Bibel ist Gottes Wort im Menschen Wort. Ist Gottes Wort nur in der Verkleidung menschlicher Worte. Im Wort verschiedener Menschen.

Das Evangelium selbst zum Beispiel ist Frohe Botschaft für uns auch 2 000 Jahre nach Christi Geburt „nur“ in den Worten der Menschen Markus und Matthäus und Lukas und Johannes! So unterschiedlich sie auch sind! So unterschiedlich sie auch schreiben. Und vor allem, zu wem sie mit ihrem Evangelium von Gott auch immer gesandt worden sind. Und daher den Auftrag von Gott hatten, so zu sprechen, so zu schreiben, dass die Menschen, zu denen sie gesandt worden sind, dieses Wort von Menschen hören konnten und sich so treffen ließen, dass sie glaubten! Dass sie in diesem menschlichen Wort Gottes Wort gehört haben! Und dann eben nicht dem menschlichen Wort glaubten, sondern an das Wort Gottes, das ihnen in diesen menschlichen Worten begegnet ist. Und sich taufen ließen!

Hören sie genau? Verstehen sie? Die Bibel hat rund tausend Seiten und dennoch reden wir, so unterschiedlich fromm wir auch sind, trotz der Tausenden von Worten von dem einen Wort Gottes. Das ist Singular! Das ist Einzahl.

Die Bibel besteht aus 66 Büchern mit 1189 Kapiteln, 31.171 Versen und 738 765 Wörtern. Diese wiederum bestehen aus 4.410.133 Buchstaben. Und dennoch reden sie im Grunde alle, mal mehr - mal weniger, mal glaubhafter – mal gar nicht glaubhaft, von dem einen Wort Gottes. Und dieses eine Wort Gottes ist nicht abstrakt! Ist kein reiner Gedanke, der hinter diesen 738 765 Wörtern steht, sondern es ist das ganz konkrete, ganz reale, ganz

menschliche Wort Gottes was in dem einen Menschen Jesus, in der Mitte unserer Zeit Mensch geworden ist. Die Bibel berichtet davon. Der Evangelist Johannes hat es unüberbietbar klar beschrieben: *„Im Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort. Dasselbe war im Anfang bei Gott. Alle Dinge sind durch dasselbe gemacht, und ohne dasselbe ist nichts gemacht, was gemacht ist..... Und das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns, und wir sahen seine Herrlichkeit, eine Herrlichkeit als des eingeborenen Sohnes vom Vater, voller Gnade und Wahrheit.“*

Jesus Christus ist das eine Wort Gottes. So bezeugt es auch die Theologische Erklärung von Barmen, das Bekenntnis der Bekennenden Kirche von 1934, die in unserem Gesangbuch als eines der wichtigsten Bekenntnisse des 20. Jahrhunderts steht. Also dieses Wort Gottes von dem wir reden ist kein abstraktes Wort, sondern ein ganz konkretes Gegenüber. Ein wirklicher Mensch! Jesus in Christus!

Ja mehr noch: die für uns zum Maßstab allen Menschseins gewordene Inkarnation Gottes. Die Menschwerdung Gottes, die Fleischwerdung Gottes in dem jüdischen Kind Jesus im römischen Reich zur Zeit des Kaisers Caesar, dem Namensgeber dieses Wortes. Christus und Caesar – die unüberbietbare Gegenüberstellung von Macht. Caesars Reich ist ein Reich dieser Welt, das größte, bis dahin je dagewesene. Und Christi Reich ist nicht von dieser Welt. Aber formt seit 2000 Jahren zum Nutzen von immer mehr Menschen unsere Welt. Bleiben sie gesund Behütet.

16.03.2021 Dienstag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„Ihr solltet sagen: Wenn der Herr will, werden wir leben und dies oder das tun.“ aus dem des Jakobus 4 ist der Lehrtext für heute. Luther war der Jakobusbrief eine stroherne Epistel. Und er schreibt in seinem Kommentar zu dem Brief: *„Darum will ich ihn nicht haben in meiner Bibel in der Zahl der rechten Hauptbücher, will aber damit niemand wehren, dass er ihn setze und hebe, wie es ihn gelüste; denn es sind viele gute Sprüche sonst drinnen.“*

Und fraglos einer der besten, wirkmächtigsten ist unser heutiger Lehrtext. Denn dieser Satz hat mittlerweile Sprichwortcharakter. Man nennt ihn auch die Bedingung des Jakobus. Briefe wurden beendet damit, dass man schrieb: *sub conditione jacobäa*. Unter der Bedingung, die Jakobus aufgestellt hat und die heißt: So der Herr will und wir leben, werden wir dies und das tun. Wer so denkt oder schreibt, weiß und akzeptiert: Der Herr sitzt im Regiment. Die wichtigste Voraussetzung, für alles, was ich tun will, ist dass der Herr will und ich lebe. Eigentlich eine Binsenweisheit. Denn außer für Baron Münchhausen, der sich bekanntlich ja selber aus dem Sumpf ziehen können wollte, ist für alle klar: Ich kann meinem Leben keine Handbreit hinzufügen. Da bin ich in Gottes Hand. Und wer so denkt, bescheidet sich sehr vernünftig. Denn er weiß: Wenn der Herr seines getan hat, dann ist es an mir, das Meine zu tun. Man kann ja in engen Grenzen seines eigenen Glückes Schmid sein, aber nicht der Schmid des eigenen Lebens. Denn als ich gezeugt worden bin, war ich noch nicht dabei. Als ich erzogen worden bin, konnte ich noch nichts hinzutun. Meine Gene und meine Erziehung sind ein Geschenk, sind die Voraussetzung dafür, dass ich heute so bin, wie ich bin. Da nehme ich mich aus Gottes Hand und der Hand der Älteren, der Eltern, die mich zu dem Menschen, der Person werden ließen, der ich bin. Die ich bin. Und durch die *conditio jacobäa* kommt nun noch der Blick in die Zukunft dazu. So der Herr

will und wir leben. Wenn das gegeben ist, dann kann ich in aller Bescheidenheit nun auch wirklich dieses oder jenes tun.

Luther hatte gegen die Werkgerechtigkeit des Mittelalters, gegen das Denken der Kirche seiner Zeit den Glauben wieder ganz groß gemacht und die Kirche damit wieder in ihre alte Form vom Anfang der urchristlichen Gemeinde bringen wollen. Also re-formiert.

Der Jakobusbrief gehört zu den katholischen Briefen. Darin ist er also katholisch, allgemein, dass er fragt: Was hilft's, wenn jemand sagt, er habe Glauben und hat doch keine Werke. Und die Frage dann gleich beantwortet: Wenn der Glaube nicht Werke hat, ist er tot. Luther hat seinen Akzent ganz auf den Glauben gesetzt und den Glauben verstanden wie einen gesunden Baum. Der kann ja auch gar nicht anders, als Früchte aus sich hervorzubringen. Aber Jakobus sieht eben wie im normalen täglichen Leben, dass es da Christen gibt, die ihren Glauben betonen und man merkt nichts davon, Er treibt keine Früchte. Er bringt nichts hervor. Und dagegen setzt Jakobus seinen Brief und fordert gute Werke wie ein Siegel auf den lebendigen Glauben. Und gegen die daraus vielleicht entstehende Werkgerechtigkeit, die daraus wachsende Überheblichkeit, setzt er seinen zur Formel gewordenen Satz: So der Herr will und wir leben. Formeln können erstarren. Ja, klar. Haben wir alle vor Augen. Aber Formeln sind eigentlich zum Leben gedacht. Und bewahren in Kurzform, in prägnanter Sprache oder eben in Buchstaben und Zahlen sehr gut handhabbar auf, womit wir rechnen müssen. Ohne die Wirkmächtigkeit und die Wirksamkeit von Formeln würde unser Leben heute nicht funktionieren. Wir können uns auf sie verlassen. Und das ist gut so. Sie sind eine wichtige Grundlage für unser Leben. Darüber man sich nicht immer wieder neu verständigen. Da wissen alle: Das gilt. Und so würde es uns wohl gut tun, wenn wir unsere Briefe wieder damit beenden würden und wenn wir uns beim Abschied noch einmal darauf berufen würden: Wir werden dies und das tun, wenn der Herr will und wir leben. Diese Bescheidenheit gibt Leben und macht Menschen frei, sich nun dann aber auch wirklich um das zu kümmern, was sie tun können. Sie halten sich nicht mit Unmöglichem auf, sondern bescheiden sich und das heißt doch im Kern, im Klartext, sie konzentrieren sich auf das, was in ihrer Macht steht. „Der Mensch wirft das Los; aber es fällt, wie der HERR will.“ aus Sprüche 16 bestätigt als Losung, was wir doch vom Würfeln kennen. Ich werfe die Würfel und muss sehen, was geworfen wurde. „*Alea jacta est.*“ Der Würfel ist geworfen. So sagt es die lateinische Übersetzung eines griechischen Sprichwortes. Die Kirche hat Glücksspiele nie so sehr geschätzt. Weil sie den Menschen süchtig machen können. Aber wenn man das weiß, kann man damit umgehen. Wer die Verführung kennt, kann sich ihr stellen. Ich will gern *sub conditōne jacobāa* leben und das auch sagen und schreiben. Denn es befreit mich von Überforderung und lässt mich in neuer Ruhe und Geborgenheit das Meine tun. Bleiben sie gesund Behütet. *So der Herr will und wir leben.*

17.03.2021 Mittwoch

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„Du bist ein Gott, der mich sieht.“ Ist die Losung für heute aus 1. Mose 16. „Du siehst mich“ war die Losung für den Kirchentag 2017. Ja, wir wollen gesehen werden. Werden wir nicht gesehen, verkümmern wir. Und das hier gemeinte Sehen ist kein optisches Ab-Checken, was auch ein Computer könnte, sondern es ist ein Wahrgenommen werden. Ein sehen, was Reaktionen einschließt. Ein Blinkern, ein Zwinkern. Das mir bestätigt, ich bin wahrgenommen worden. Über die Augen eines Menschen bin ich bis in sein Herz gelangt.

Jeder von uns will gesehen werden. Das ist zwar kein erklärtes Menschenrecht, aber es ist so notwendig, wie die Luft zum Atmen. Die ist auch nicht durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verbrieft. Aber das versteht sich von selbst. „Du bist ein Gott, der mich sieht.“ Sagt Hagar, die Magd von Abram, also von Ab-Raham, dem Vater von vielen, als er eben noch Abram hieß. Und sie hatte ihm, weil Abrams Frau das zumindest noch nicht konnte, ein Kind geboren. Ismael. Der heute als Stammvater der Muslime gilt. Und Gott hatte ihr Elend auf der Flucht vor Sarah gesehen. Er hatte sie in ihrem Elend erhört. Und sie hatte hinter Gott hinterhergeschaut, wie später Mose. Denn man kann Gott nicht schauen. Man kann nur fühlen, spüren, dass er da war. Und den, der da war für Hagar, den nennt sie nun: Ein Gott der mich sieht.

Der Stauferkönig Friedrich II, der über ein halbes Jahrtausend vor dem Alten Fritz lebte, hat mal ein furchtbares Experiment gemacht. Kinder wurden mit allem, was sie brauchten ernährt. Aber sie wurden nicht angesehen, nicht wahrgenommen. Sie sind jämmerlich eingegangen. Untergegangen. Deshalb wollen wir wahrgenommen werden. Um zu leben. Denn nur wer wahrgenommen, angesprochen wird, kann hören und sich selber wahrnehmen. Unsere von den Griechen geprägte Grammatik führt uns da in die Irre. Sie behauptet: Ich Du Er-Sie-Es. Aber das ist falsch. Ist unwahr. Das sind Fake News. Erst wenn ich Tausende Male von meiner Mutter, meinem Vater „Du“ gehört habe, fange ich langsam an, mich selber wahrzunehmen. Erst wenn ich in der Liebe meiner Eltern über Monate hinweg täglich zig Male angesprochen worden bin, fange ich langsam an und rede zuerst so wie meine Eltern von mir! Ich wiederhole meinen Namen, wie ich ihn von ihnen gehört habe. Erst lange, Wochen, oft Monate später, bin ich in der Lage „Ich“ zu sagen, weil ich begriffen habe, dass ich jemand anderes bin als meine Eltern. Also wenn ich lange genug gehört habe Du, kann ich „Ich“ sagen. Und erst dann können wir miteinander darüber reden, dass es auch andere gibt. Er und Sie und es...

In der Kirche erleben Menschen, manchmal erst mitten im Leben, dass unser Gott, dem sie in der Kirche begegnen, ein Gott ist, der sie sieht. Wer das erlebt und erfahren hat, der will davon nie wieder los. Wer erlebt und gespürt hat, dass der Gott, der mich sieht, sogar in einem Menschen angesehen hat, der ist bereit alles aufzugeben, aber nie wieder aus der Nachfolge zu diesem Menschen auszutreten. Denn das ist der plötzlich aufbrechende, in mein Sein, in meine Sinne einbrechende Sinn meines Lebens, dass der Gott, der mich sieht, in diesem Menschen, in dem er selber Teil seiner Schöpfung geworden ist, ansieht. Und sich selber von mir ansehen lässt. Darin gleichen wir uns alle. Alle 7, 5 Milliarden Menschen auf dieser Erde, jeder von einer Mutter Geborene, dass wir gesehen werden wollen. Und um so weniger wir am Anfang gesehen worden sind, um so mehr wollen wir es später. Deshalb ist die Kirche auch ein so großes Hafenbecken für Menschen, die da riesigen Nachholbedarf haben. Die jeder anders, jeder auf seine Weise, gestört sind. Manchmal stören diese Menschen auch in der Kirche. Aber sie gehören dahin. Denn Gott ist ein Gott der sie sieht. Und wo sollte er sie denn sehen, wo sollten sie es denn spüren, wenn nicht in der Kirche. Und deshalb werden wir uns dort wohl aushalten müssen. In der Kirche, dem größten Hafenbecken der Welt für Gestrandete, nicht Gesehene. Und deshalb sind wir auch gefordert als Kirche, mit „Brot für die Welt“ mitzuhelfen, dass Menschen spüren und essen können, dass es da einen Gott gibt, der sie sieht und liebt und will. Diese Sehnsucht ist bei uns allen ähnlich groß. Dafür schicken wir permanent Bilder von uns selbst in die Welt, per Selfie, Facebook und Whatsapp. Wirklich gemeint werden wir von Gott. Das mit Gott geht so tief rein, „das kann nie zu Ende sein. Sowas Großes geht nicht einfach so vorbei.“ Will ich mit Udo Lindenberg singen. „Ja, wenn ich auch im Finstern sitze, so ist doch der HERR mein Licht.“ ist die Losung von heute aus Micha 7. Bleiben sie gesund Behütet.

18.03.2021 Donnerstag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„Wir leben oder sterben, so sind wir des Herrn.“ aus Römer 14 ist der Lehrtext für den heutigen Tag. Mancher mag jetzt denken, das wäre Schicksalsergebenheit. Mitnichten. Das Gegenteil ist der Fall. Denn das Schicksal ist uns geschickt. Wer daran glaubt, fügt sich darein. Nimmt es einfach an. Unterwirft sich. Aber an den lebendigen Gott glauben, ist das Gegenteil von Schicksalsergebenheit. Denn mit dem lebendigen Gott kann man reden. Anders als mit dem Schicksal, dem Fatum. Das ist stumm und über mich verhängt.

Wer Gott glaubt, kann mit Gott reden, wie es Abraham getan hat. Abraham, der aus Ur stammende Stammvater der 3 großen Schriftreligionen, hat sogar mit Gott gehandelt. Als es um die Rettung von Sodom und Gomorrha ging.

*„Abraham blieb stehen vor dem HERRN und trat herzu und sprach: Willst du denn den Gerechten mit dem Gottlosen umbringen? Es könnten vielleicht fünfzig Gerechte in der Stadt sein; wolltest du die umbringen und dem Ort nicht vergeben um fünfzig Gerechter willen, die darin wären? Das sei ferne von dir, dass du das tust und tötest den Gerechten mit dem Gottlosen, sodass der Gerechte wäre gleich wie der Gottlose! Das sei ferne von dir! Sollte der Richter aller Welt nicht gerecht richten? Der HERR sprach: Finde ich **fünfzig** Gerechte zu Sodom in der Stadt, so will ich um ihretwillen dem ganzen Ort vergeben. Abraham antwortete und sprach: Ach siehe, ich habe mich unterwunden, zu reden mit dem Herrn, wiewohl ich Erde und Asche bin. Es könnten vielleicht **fünf weniger als fünfzig** Gerechte darin sein; wolltest du denn die ganze Stadt verderben um der fünf willen? Er sprach: Finde ich darin fünfundvierzig, so will ich sie nicht verderben. Und er fuhr fort mit ihm zu reden und sprach: Man könnte vielleicht **vierzig** darin finden. Er aber sprach: Ich will ihnen nichts tun um der vierzig willen. Abraham sprach: Zürne nicht, Herr, dass ich noch mehr rede. Man könnte vielleicht **dreißig** darin finden. Er aber sprach: Finde ich **dreißig** darin, so will ich ihnen nichts tun. Und er sprach: Ach siehe, ich habe mich unterwunden, mit dem Herrn zu reden. Man könnte vielleicht **zwanzig** darin finden. Er antwortete: Ich will sie nicht verderben um der zwanzig willen. Und er sprach: Ach, zürne nicht, Herr, dass ich nur noch einmal rede. Man könnte vielleicht **zehn** darin finden. Er aber sprach: Ich will sie nicht verderben um der zehn willen. Und der HERR ging weg, nachdem er aufgehört hatte, mit Abraham zu reden; und Abraham kehrte wieder um an seinen Ort.*

Nicht einmal, nicht zweimal, nicht dreimal, sondern 6 mal bestürmt Abraham Gott und versucht Gott die Rettung von Sodom abzuhandeln. 50 oder 45 oder 40 oder dreißig oder 20 oder sogar nur 10 Gerechte könnten es in Sodom sein und dann soll Gott Sodom verschonen. Aber es waren eben nicht einmal 10 Gerechte in Sodom. Und so wurde Sodom doch vernichtet. 6 Angebote, 6 Bitten wagt Abraham. Der uns doch weil er der Stammvater ist, Vorbild sein soll und kann. So redet Abraham, der Vater von vielen, so heißt sein Name aus dem Hebräischen übersetzt, mit Gott. 6 Mal das sind so viele Male wie Gott gearbeitet hat, ehe er die Welt erschaffen hatte. Und dann erst ruhte er von dieser Anstrengung am Sabbat. So reden kann mit Gott, dem er sich ja selber als Geschöpf verdankt, nur einer, der voll von Vertrauen und Liebe zu Gott ist. „Wir leben oder sterben, so sind wir des Herrn.“ Aber weil Gott eben den Menschen sich zum Bilde geschaffen hat, kann dieser Mensch auch mit Gott reden. Er soll sich nicht dem Schicksal ergeben, sondern soll und kann und darf es mit Blick auf Gott in die eigenen Hände nehmen. Gott hat uns zu seinem Kooperator, zu einem Mitwirkenden geschaffen. Gott will, dass wir seine Schöpfung formen, entwickeln, auswickeln, was in ihr angelegt ist. Wenn ich mich ganz von Gott umfassen, getragen und

gehalten sehe, dann kann ich zu mir zu der Größe aufrichten, die Gott mir geschenkt hat. Kann Gott mit meinen Gebeten bestürmen und in diesem Dialog mit Gott wachsen. Und erlebe dann, wie König David in Psalm 8, wo David betet: „Was ist der Mensch, dass Du seiner gedenkst. Du hast ihn wenig niedriger gemacht als Gott.“ Der Glaube an Gott macht Juden und Christen eben nicht kleiner, sondern größer als sie scheinbar sind. Deshalb nehme ich mich gern aus Gottes Hand an und sehe, zu welchem Großem Gott mich für fähig hält. Was er mir zutraut. Bleiben sie gesund Behütet.

19.03.2021 Freitag

Liebe HauptstadtTV-Gemeinde,

„Als Jesus seine Mutter sah und bei ihr den Jünger, den er lieb hatte, spricht er zu seiner Mutter: Frau, siehe, das ist dein Sohn! Danach spricht er zu dem Jünger: Siehe, das ist deine Mutter! Und von der Stunde an nahm sie der Jünger zu sich.“ So respektvoll geht Jesus mit Frauen um. Und andere Geschichten ließen sich erzählen aus dem Leben Jesu, die von Maria und Martha zum Beispiel. Aber Paulus schreibt an die Gemeinde in Korinth: *„Wie in allen Gemeinden der Heiligen sollen die Frauen in den Gemeindeversammlungen schweigen; denn es ist ihnen nicht gestattet zu reden, sondern sie sollen sich unterordnen, wie auch das Gesetz sagt.“* Paulus schreibt das kurz vor dem mir in seinem Brief und dem ganzen Neuen Testament so wichtigen, vielleicht wichtigsten Kapitel seines Briefes an die Gemeinde in Korinth über die Auferstehung. Vor dem Kapitel 15. Aber was ich eben gelesen habe steht auch in unserer Bibel? Ist das wirklich auch Gottes Wort? Nein, das ist es nicht. Es ist Menschenwort. Und noch dazu sehr ärgerlich. Erst recht für uns heute. Man schämt sich es zu lesen. Aber es war leider sehr wirkmächtig über 2 000 Jahre. Mit Bezug auf diese Sätze des Paulus sind Millionen von Menschen, eben Frauen, fast 2000 Jahre hintangesetzt, hintangestellt worden. Sie sind benachteiligt worden. Sie sind unterdrückt worden von Männern. Die doch genauso getauft worden waren wie sie. Denn wo immer getauft worden ist, sind Männer „nur“ genauso getauft worden wie Frauen. Da gab es keinen Unterschied. Deshalb beantworte ich die Frage, ob diese Sätze von Paulus auch Gottes Wort sind, so glasklar mit - Nein.

Die Taufe beruht auf Gottes Wort. Die Taufe ist Sakrament Jesu Christi, ist von ihm eingesetzt worden. Und wir sollen und wollen aus der Taufe leben. Aber in der Taufe war eben nie irgendein Unterschied zwischen Mädchen und Jungen, zwischen Frauen und Männern. Niemals! Keinen Tag in der nun wirklich, Gott sei es geklagt, an Irrtümern reichen Geschichte der Kirche wurde ein Unterschied bei der Taufe gemacht zwischen den Geschlechtern! Getauft wurden immer Menschen, nie ein Geschlecht. Alle Menschen sind in gleicher Weise von Gott zur Taufe eingeladen. Egal zu welchem Geschlecht sie gehören oder zu welchem sie sich zugehörig fühlen.

Das war damals vor 2000 Jahren ein ungeheuerlicher menschengeschichtlicher Fortschritt. Denn es nie davor auch nur ansatzweise oder auch nur vergleichbar irgendwo anders gab. Und auch danach hat sich im Grunde kein Stifter einer Religion oder eines Staates vergleichbar verhalten. Denn die Muslime haben es den Juden und anderen nachgemacht. Da gab es immer nur die Beschneidung für die Männer. Frauen waren und sind bei Juden und Muslimen in gleicher Weise in dem Mann, zu dem sie gehören, mitbeschnitten. In ihrem Vater oder nach der Heirat in ihrem Mann sind sie beschnitten, also aufgenommen in den Bund mit Gott. Durch die Beschneidung des Mannes, zu dem sie gehören, sind sie in den Bund Gottes mit aufgenommen.

Nur in der Taufe, nur im Bund Gottes durch die Taufe, wird jeder Mensch, egal welchen Geschlechts, welcher Nation, ob behindert oder nicht, ganz individuell Teil des Bundes mit Gott. Deshalb konstituiert die Taufe auch im Kern sogar den Ursprung unserer modernen Individualität. Weil in der Taufe erstmals und bis heute und mit unüberbietbarer Klarheit jeder einzelne Mensch als Individuum aufgrund seiner eigenen persönlichen Entscheidung (oder eben der ihrer oder seiner Eltern) in den Bund mit Gott aufgenommen wird. Und so pervers, so widerwärtig die Irrlehren der Theologen in der Kirche auch gewesen sein mögen - die Frechheit, die Dummheit hatte keiner, zu sagen, dass Mädchen vielleicht doch nur mit Luft (?) getauft werden sollten. Und deshalb können die eingangs vorgelesenen Sätze aus dem Brief des Paulus nicht Gottes Wort sein, weil sie dem, was in der Taufe gesetzt worden ist, diametral widersprechen. Bleiben sie gesund Behütet.



Viele Linke sind leider nicht weniger reaktionär als Rechte Sylke Krischnick

Mit Ausnahme der europäischen Sozialdemokratien (einschließlich der jüdischen Bundisten), die Verbesserungen in den Lebensbedingungen ihres einstigen Klientels, der Arbeiterschaft, auf parlamentarischem Weg und mit Reformen erzielten, sind die meisten sozialistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts später in den Totalitarismus abgedriftet. Es spielt eine Rolle, dass sich Sozialdemokraten allerspätstens nach dem Zweiten Weltkrieg vom Marxismus verabschiedet haben. Dabei gelten Linke mancherorts noch heute als progressiv, weil ihre Vorstellungen einer besseren als der jeweils gegenwärtigen Gesellschaft **nicht wie bei Rechten in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft lagen.** Doch Utopien sind beinahe immer menschenfeindlich.

Es ist kein Zufall, dass vor allem agrarisch und stark feudal geprägte Gesellschaften im 20. Jahrhundert kommunistische und faschistische Diktaturen errichteten. Das zaristische Russland und China auf der einen, Italien, Deutschland, Japan und Spanien auf der anderen Seite. Hinzu kommen die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffenen demokratisch-republikanischen Neuordnungen in Europa, die sich außer der Tschechoslowakei zunächst in faschistische, nach dem Zweiten Weltkrieg unter dem Einfluss und Zwang der UdSSR in kommunistische Diktaturen transformierten. Die Wortschöpfung "total" oder "totalitär" wurde in den 1920er Jahren von Liberalen geprägt und als ablehnende Beschreibung des italienischen Faschismus gebraucht, doch schon bald darauf auch auf den Bolschewismus angewandt. Mit gutem Grund, denn Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, staatsbürgerliche Freiheits- und Grundrechte, Parlamentarismus, Pluralismus etc. pp sahen beide kollektivistischen Ideologien nicht vor.

Die liberale Demokratie, anders gesagt: der Westen, war beider gemeinsames Feindbild, die freie Marktwirtschaft, vulgo: der Kapitalismus ebenso und mit ihm Vorstellungen von Juden als "Rasse" oder als "Klasse". Mussolini war als linker Sozialist gestartet. Im Zuge des Ersten Weltkriegs schloss ihn die Linke als Befürworter des Kriegseintritts Italiens aus. Er betrachtete den Krieg als Brandbeschleuniger einer von ihm ersehnten nationalen und sozialistischen Revolution. Von Mussolini unabhängig begründete Adolf Hitler eine nationalsozialistische Arbeiterbewegung, die völkisch, rassistisch und antisemitisch gewesen ist.

Der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus konnten an den Sozialismus des 19. Jahrhunderts anschließen, beide mussten den in ihm verankerten

Marxismus durch Nationalismus, Rassedenken und ethnisch homogenisierte Volksgemeinschaften ersetzen. Weder Lenin noch Stalin oder Mao konnten auf marxistische Traditionen und auf ein Industrieproletariat in ansatzweise modernisierten Gesellschaften zurückgreifen. In der Sowjetunion und in China begann eine Industrialisierung erst im Zuge und nach der Errichtung der totalitären Diktaturen. Stalins und später Maos terroristische Durchsetzungsstrategien kosteten Abermillionen Menschenleben. Hungertote, erschlagene oder erschossene Bauern, in Arbeitslagern zu Tode gequälte einstige Genossen, Oppositionelle oder andere als "Feinde" qualifizierte Menschen. Man hört noch immer von Linksradikalen, dass sowohl diese Terrorstrategien als auch die Menschenopfer notwendig gewesen wären, um das Land technisch zu erschließen und auf Vordermann zu bringen. Nach dieser zynischen Logik dürften weder Nordamerika noch Australien noch Neuseeland noch Westeuropa und Israel heute industrialisiert sein. Nun sind der Stalinismus, Mao, Pol Pot und der gesamte Ostblock inzwischen Geschichte.

Worin besteht also der reaktionäre Zug in weiten Teilen der westlichen Linken heute? **Erstens** in ihrem Schulterschluss mit dem politischen Islam, den sie wiederholt wie seinerzeit die französische Linke gegenüber der islamischen Revolution im Iran 1979 vgl. <https://www.nzz.ch/meinung/deutschland-muss-die-gefahr-des-politisierten-islam-erkennen-ld.1585468>

Zweitens favorisieren viele westliche Linke noch immer das multikulturelle, statt des transkulturellen Modells eines gedeihlichen Miteinanders. Linke Identitätspolitik ist mit ihrem Fokus auf Rasse, Klasse, Gender, ihrem homogenisierenden Gruppendenken, das alle politische, soziale, religiöse, kulturelle Ausdifferenziertheit ethnischer Minderheiten ausblendet, auf dem gleichen Trip wie rechte Identitäre. Indem sie **drittens** sämtliche Angehörige einer Minderheit hierzulande ausnahmslos und aufgrund des europäischen Kolonialismus der Vergangenheit für sozial unterprivilegiert und machtlos erklärt, folgt sie ihrem alten antiimperialistischen Schematismus – Ingo Elbe spricht von einer "postkolonialen Schablone", dem keine Empirie entspricht.

Sie ist einer bedenklichen Verschwörungsfantasie erlegen, die alle Menschen mit "weißer" Hautfarbe für schuldhaft in den Kolonialismus verstrickt, für Teilhaber an einer nebulösen Macht und für moralisch korrupt und verkommen hält. Das ist Ideologie und weder theoretisch besonders raffiniert oder durchdacht noch wissenschaftlich fundiert. Es ähnelt nicht nur einer politischen Religion, deren Wahrheitsanspruch nicht bezweifelt und debattiert werden darf, es wirft unsere Gesellschaften zurück in ein Rasse- und Klassendenken, das unsere liberalen Demokratien über kurz oder lang aushebeln wird.

Die Chronik unserer Gemeinde im Internet

<https://gemeinde-nikolassee.de/fileadmin/ekbo/mandant/gemeinde-nikolassee.de/Gemeinde-Dateien/Geschichte/Chronik-EF.pdf>

*

Bei diesem Text lerne ich neu, was fremdschämen heißt:

Matthias Platzeck zum Urteil gegen Alexey Nawalny:

"Ich kann das juristisch nicht beurteilen."

Sandra Schulz: Steigen wir ein mit dem Blick auf das Urteil von gestern. **Dreieinhalb Jahre Haft in einem Straflager**, abzüglich dieses Hausarrests, den Nawalny schon abgesessen hat. Ist das eine gerechte Strafe?

Matthias Platzeck: Ich kann das juristisch nicht beurteilen. Aber alles, was man sieht und weiß, muss man sagen, es ist eher ein Ausdruck einer gewissen Ratlosigkeit der russischen Administration. Ich hätte mir eine deutlich andere Reaktion, ein deutlich anderes Urteil gewünscht, einen viel souveräneren Umgang mit Herrn Nawalny. Das ist leider nicht passiert und das wirft ein Schlaglicht auf den Zustand und auf das Verhältnis, glaube ich, auch innerhalb der russischen Machtverteilung.

Wir beobachten ja schon seit längerem, dass die sorgfältig austarierte russische Gesamtbalance, die Putin ja erzeugt hat nach dem Desaster der 90er-Jahre und dem fast Zusammenbruch Ende der 90er-Jahre, diese Machtbalance zwischen den regionalen Mächten, den Oligarchen-Gruppen, die es ja immer noch gibt in Russland, mit großem Einfluss, der Armee und den Geheimdiensten – das ist die eine Seite der russischen Balance, die er austariert hat und einigermaßen mit Änderungen jeweils am Laufen gehalten hat.

Und das zweite ist so ein nie ausgesprochener, aber von allen gespürter Sozialvertrag, den wir in Russland allenthalben spüren konnten, der da eigentlich lautet, wenn man es holzschnittartig macht, ihr, die Bevölkerung, haltet euch mal politisch noch bedeckt und verhalten, und wir, die Regierung, die Administration, sorgen dafür für Stabilität und für ein Stück Perspektive. Das hat ja relativ lange funktioniert.

https://www.deutschlandfunk.de/verhaeltnis-zu-russland-nicht-die-sanktionsschraube-weiter.694.de.html?dram:article_id=491910&bezuggrd=CHP&utm_source=cp-kurzstrecke

✱

Computus. Von der Suche nach dem Ostertermin zum modernen Computer

Ostern hat kein festes Datum, der Ostertag wechselt von Jahr zu Jahr, er kann auf 35 verschiedene Daten zwischen dem 22. März und dem 25. April fallen. Und um diese 35 Tage verschieben sich auch die an Ostern geknüpften Termine, die Sonntage der Zeit vor und nach Ostern, Feste wie Himmelfahrt, Pfingsten, Fronleichnam.

Von Februar bis Juni geht es unruhig zu im Kirchenjahr, es herrschen Turbulenzen. Das Jahr dreht sich, wie ein Fachmann es ausgedrückt hat, „wie ein... Karussell über einem Excenter“ (Peter Rück) - überall „bewegliche Feste“. Erst die zweite Jahreshälfte wird dann wieder ruhiger, sie wird von „unbeweglichen Festen“ bestimmt. Der Weihnachtsfestkreis ist jünger und greift nicht so heftig aus wie der Osterfestkreis.

Woher kommt dieser Wechsel zwischen beweglichen und unbeweglichen Festen, woher kommt diese Unruhe im Jahr? Muss das wirklich sein? Könnte nicht vor allem Ostern, das höchste Fest der Christenheit, jedes Jahr am selben Tag gefeiert werden, so wie es bei Weihnachten längst der Fall ist?

Tatsächlich hat das Zweite Vatikanische Konzil im Jahr 1962 im Zusammenhang mit der Liturgiereform einen solchen Vorschlag zur Diskussion gestellt. Es erklärte sich bereit, das Osterfest auf einen bestimmten Sonntag im Gregorianischen Kalender festzulegen, „wenn alle, die es angeht, besonders die vom Apostolischen Stuhl getrennten Brüder, zustimmen.“ Eine Reaktion von dieser Seite blieb freilich aus, sie kam auch später, nach dem Konzil, nicht – und so wird es wohl beim jährlich wechselnden Osterdatum bleiben.

Aber nochmals: Woher kommt dieser Wechsel? Nun, er kommt überraschender- und paradoxerweise aus einer Entscheidung, die der Vereinfachung, der Vereinheitlichung dienen sollte. Mit der konstantinischen Anerkennung der Kirche war im Jahr 321 der Sonntag als Fest- und Ruhetag im Römischen Reich offiziell eingeführt worden – er löste den Sabbat und den römischen Samstag ab. Zugleich rückte das Osterfest als wichtigstes Fest der Christenheit in den Vordergrund. Es wurde aber in Ost und West ganz unterschiedlich ausgestaltet, wurde auch zu unterschiedlichen Zeiten gefeiert – und keineswegs immer an einem Sonntag. Es gab Verwirrung, Unsicherheit, ja einen regelrechten Osterfeststreit. So traf das Konzil von Nikaia (325), um Klarheit zu schaffen, zwei wichtige Entscheidungen: Ostern sollte künftig stets an einem Sonntag gefeiert werden, wie es in Rom bereits üblich war – und sein Platz im Jahreskreis sollte der erste Sonntag nach dem Frühjahrsvollmond sein.

Damit war das Osterfest in der Natur verankert wie auch die alten antiken Feste – doch sein Datum musste Jahr für Jahr gesucht und amtlich verkündet werden. Es stand nicht einfach fest. Wegen der Unterschiede zwischen Sonnenjahr und Mondjahr war es schwierig festzustellen, wann der Frühlingszeitpunkt eintrat. Das musste berechnet werden. Man brauchte Tabellen, einen Vorgriff auf die nächsten Jahre. Aus diesem Bemühen entwickelte sich ein Verfahren, das Computus genannt wurde (von lat. computare, zählen), ein Verfahren, das sich im 6. Jahrhundert zu einer eigenen Wissenschaft entfaltete. Das Ziel war es, sogenannte Ostertafeln festzulegen; die „Zählmeister“ nannte man Computisten. Unser Wort Computer stammt also - was heute wohl den wenigstens bekannt sein dürfte - aus dieser frühen Zeit (daher kommt übrigens auch das Wort „Konto“).

In den Jahrhunderten des ausgehenden Römischen Reiches, der Völkerwanderung, des frühen Mittelalters – den sogenannten „dunklen Jahrhunderten“ – war der Computus fast das einzige Kapitel Mathematik in der wissenschaftlichen Ausbildung der Theologen. Es war eine Art Hilfswissenschaft für den Gottesdienst und blieb es für die folgenden 700 Jahre (Winfried Görke). Man kann sagen, dass die Bemühung um den Ostertermin das Absinken der mathematischen Kenntnisse unter ein Mindestniveau verhinderte - und dass sich in diesem Zusammenhang ein Denken über Zeit und Zahl entwickelte. Auch die Benediktinerregel gehört in diesen Zusammenhang: in ihr wurde der sorgfältige Umgang mit Tag und Stunde eingeübt und festgeschrieben. Allgemeiner gesprochen: Im Christentum wurde die Zeit zur sorgfältig beobachteten und bald auch zur gezählten Zeit. Sie wurde in ihrer Eigentümlichkeit, in ihrer Unumkehrbarkeit und Unwiederholbarkeit entdeckt und erschlossen. In dieser Zeit, die einen klaren Anfang und ein deutliches Ende hatte, musste der Christ sein Heil wirken. Die Zeit – so drückten es später die Mystiker aus – war „edeler als tausend Ewigkeiten“ (Angelus Silesius).

Im Jahr 525, also 200 Jahre nach dem (ersten) Konzil von Nikaia, wirkte in Rom der skythische Abt Dionysius Exiguus („der Kleine“) – ein Komputist. Er berechnete die Ostersonntage für fünf neunzehnjährige Mondzyklen voraus. Und er verband zugleich – historisch folgenreich - die Ostertafeln mit einer neuen Zeitrechnung. An die Stelle der diokletianischen Ära, die bisher in Geltung war, setzte er eine christliche Ära – eine

Zeitrechnung nach Christi Geburt. Sie ist bis heute in Kraft – im Westen unmittelbar geltend, in der übrigen Welt als Zweitrechnung anerkannt - von der Historie bis zum Flugverkehr.

Das frühe Christentum, der Herkunft aus dem Judentum noch nahe, hatte sein Zeitverständnis zuerst im Horizont biblischer Überlieferungen gefunden. Später kamen hellenistische und römische Zeitorientierungen hinzu. Dann trat die alles beherrschende Beziehung auf Christus immer stärker in den Vordergrund – zunächst theologisch, als Kritik an der römisch-kaiserlichen Selbstbezogenheit, als Hinweis auf den einzigen Herrscher, der diesen Namen verdiente, Christus; dann naturhaft-physikalisch, indem das Fest Ostern durch die Beziehung auf den Mondkalender gewissermaßen der Natur eingeschrieben wurde – und endlich auch historisch-politisch, als Ansage einer neuen, nach Christus benannten Zeit.

In der Entstehung der Ostertafeln, des Computus, der christlichen Zeitrechnung spiegelte sich eine veränderte Haltung der Christen zur Gegenwart. Waren Welt und Zeit den Christen anfangs fern, fremd und gleichgültig, so begannen sie mit der dogmatischen Festigung des Christentums seit dem 4. Jahrhundert und mit der Entstehung einer christlichen Gesellschaft in Ost- und Westrom immer wichtiger zu werden. Das Christentum ließ sich, stärker als bisher, auf die Zeit, auf die Geschichte ein. Es bewegte sich nicht mehr ausschließlich in der „Zeit der anderen“ – es schuf sich seine eigene Zeit. Genauer: das in ihm von Anfang an vorhandene Zeitbewusstsein löste sich von der herkömmlichen Mustern und entwickelte seine eigene Prägung: in den Christusfesten des Jahres und den ihnen folgenden Festen der Märtyrer und Heiligen, in den Ostertafeln des Computus – und nicht zuletzt in der Zählung der Jahre nach Christus.

II. Nun also zum Computer. Ostertafeln braucht man heute nicht mehr, um das Osterfest zu finden, seitdem die Astronomie die Planetenläufe exakt berechenbar gemacht hat. Sonnen- und Mondabhängigkeit des Osterfestes sind kein Problem mehr. Elektronische Taschenrechner mit Quarzuhr haben den Computisten längst die Arbeit abgenommen. Geblieben ist jedoch das Wort Computer, die englische Fassung des lateinischen Computus – es erinnert noch immer an den Anfang des rechenhaften Bemühens um ein Fest – und im weiteren Sinne an den wissenschaftlichen Umgang mit Zeit und Zahl.

Doch nach dem „Kirchen-Comput“ sind inzwischen Generationen von *Rechnern* als selbständige Werkzeuge entstanden. Sie haben sich verselbständigt, haben sich an Zahl und Leistungsfähigkeit gewaltig ausgeweitet. Das Leibniz-Rechenzentrum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in Garching ist heute in der Lage, bis zu drei Billiarden Rechenvorgänge pro Sekunde auszuführen – das entspricht der Leistung von 150 000 Bürocomputern. Und die digitale Technologie befindet sich in einem Fortschritt auf immer kürzere Taktzeiten hin: wir sind schon bei der Nanosekunde angelangt und nähern uns der Picosekunde, die sich zu einer Sekunde wie eine Sekunde zu rund 30 000 Jahren verhält.

Wann ist das, was mit der Suche nach dem Ostertermin begann, implementiert worden, wann hat es sich in eigenen Rechnern verselbständigt? Wann begann das eigentliche Computerzeitalter, in dem wir heute mittendrin stehen?

Nun, es begann im Grunde, wie der Informatiker Winfried Görke nachgewiesen hat, schon mit den *astronomischen Uhren* des späten Mittelalters und der Neuzeit. Zumindest waren sie eine wichtige Vorstufe. Sie zeigten nicht nur die aktuelle Zeit in 24 Stunden an, sondern auch die zyklischen Abläufe von Erde, Sonne, Mond und Sternen. Seit dieser Epoche gipfelte der Umgang mit der Zeit nicht mehr in Pergamenten, Tafeln, Büchern, sondern in mechanischen Instrumenten. Es waren Uhrmachermeister, die auch die ersten Rechenmaschinen bauten – Vorläufer unserer heutigen Computer. Ein Beispiel – wohl das größte – ist die Astronomische Uhr im Straßburger Münster. Sie ist so etwas wie ein früher Computer – man muss präzisierend hinzufügen: ein Computer mit einem festen Programm. Der astronomische Teil ist bis heute berühmt – er erstreckt sich auf die Tag- und Nachtgleiche, die Sonnen- und Mondgleichungen und den Kirchencomputus.

Wie verhalten sich diese astronomischen Kirchenuhren zu heutigen Rechnern? Was verbindet den Franzosen Jean-Baptiste Schwilgué (Straßburg, Freiburg i. Br.) mit dem Deutschen Konrad Zuse, der 1941 in Berlin den ersten elektrischen Computer der Welt baute (eine Replik steht im Deutschen Museum in München)? Nun, die auf Zuse und andere Erfinder zurückgehenden Geräte sind frei programmierbar, es sind digitale Universalrechner, während Schwilgués Straßburger astronomische Uhr mechanisch festprogrammiert war. Der moderne Computer löst sich von den astronomischen Bindungen los, denen die älteren Rechner ihr Dasein verdanken. Aber der Informatiker Winfried Görke vermutet zu Recht, dass die Mehrzahl der heutigen Computer ebenfalls nach festen Programmen arbeitet, die nur durch den Austausch des Speichers veränderbar sind – und insofern bliebe die astronomische Uhr in Straßburg das „noch immer funktionsfähige Vorgängermodell“ des Computers.

Den historischen Zusammenhang, der vom Oster-Computus zum modernen Computer reicht, hat Arno Borst 1990 in einer souveränen Studie dargestellt (Computus. Zeit und Zahl in der Geschichte Europas). Er hat darauf hingewiesen, dass der christliche Kalender nicht nur die langen Zeiträume, die Jahre, Jahrzehnte, Jahrhunderte geprägt, sondern auch nach innen auf das Zeitgefühl und Zeitbewusstsein der Menschen eingewirkt hat. Was verbindet den Computisten des frühen Mittelalters, der nach dem Ostertermin suchte, mit dem heutigen Menschen, der seinen Computer in der Tasche hat und ihn zur Orientierung in der gegenwärtigen Welt benutzt? Ostern ist ein guter Zeitpunkt, darüber nachzudenken. Prof. Hans Maier

*

Politischer Verfall. Die Polarisierung in den USA verschärft sich – der durch Social Media angeheizte Streit über die kulturelle Identität gibt wenig Anlass zur Hoffnung

[Francis Fukuyama 02.02.2021](#)

Bereits 2014 [beklagte](#) ich den politischen Niedergang in den Vereinigten Staaten, wo die Regierungsinstitutionen ihre Aufgaben immer schlechter erfüllten: „Eine Mischung aus intellektueller Unbeweglichkeit und dem Einfluss etablierter politischer Akteure verhindert eine Reform dieser Institutionen“, schrieb ich damals. „Und es steht zu befürchten, dass sich daran nur etwas ändern wird, wenn ein größerer Schock durch die politische Ordnung geht.“

In den folgenden Jahren schien es möglich, dass Bernie Sanders' und Donald Trumps Aufstieg einen solchen Schock generieren könnte. Als ich mich während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 [noch einmal](#) mit dem politischen Verfall befasste, fand ich es ermutigend, dass „Wählerinnen und Wähler auf beiden Seiten des Spektrums gegen ein in ihren Augen korruptes und egoistisches Establishment aufbegehren und sich radikalen Außenseitern zuwenden, von denen sie sich Klärung und Läuterung erhoffen.“ Ich setzte allerdings warnend hinzu, dass „die von den populistischen Kreuzrittern propagierten Rezepte praktisch nutzlos sind und, falls umgesetzt, das Wachstum ersticken, das Elend vergrößern und die Situation verschlechtern statt verbessern würden“. Dennoch entschieden sich die Amerikaner für Donald Trump und wie befürchtet haben sich die Probleme seither zugespitzt. Der Niedergang setzte sich in alarmierendem Tempo und in einem damals schwer vorherzusehenden Ausmaß fort und gipfelte in der Stürmung des US-Kapitols am 6. Januar durch einen Mob, der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten angestachelt worden war.

Die Ursachen für die Krise sind unterdessen noch da. Die US-Regierung wird nach wie vor von mächtigen Elitegruppierungen beherrscht, die Politik zum eigenen Vorteil betreiben und die Legitimität des Regierungssystems insgesamt untergraben. Und das System ist nach wie vor zu starr, um sich selbst zu reformieren. Die Grundbedingungen haben sich zudem auf unerwartete Weise verändert, denn zwei Phänomene verstärken diese Problematik: Neue Kommunikationstechnologien tragen dazu bei, dass die gemeinsame Faktenbasis für den demokratischen Diskurs bröckelt, und die einstigen politischen Differenzen zwischen der „blauen“ und der „roten“ Fraktion haben sich zu Auseinandersetzungen über die kulturelle Identität verhärtet.

Theoretisch könnte es einheitsstiftend wirken, dass die Eliten die US-Regierung gekapert haben, da dies beide Seiten der politischen Landschaft erzürnt. Leider aber richtet sich die Wut auf unterschiedliche Ziele. Für **Menschen, die links stehen**, handelt es sich bei den fraglichen Eliten um Konzerne und kapitalistische Interessengruppen – konventionelle Energieerzeuger, Wall-Street-Banken, Hedgefonds-Milliardäre und republikanische Großspender –, die mit ihren Lobbyisten und ihrem Geld die eigenen Interessen vor jeder Form demokratischer Rechenschaft schützen. Für **Menschen, die rechts stehen**, handelt es sich bei den bösen Eliten um einflussreiche Kulturgrößen in Hollywood, die Mainstream-Medien, Universitäten und große Unternehmen mit einer eher progressiven säkularen Ideologie, die sich mit den traditionellen oder christlichen Werten konservativer Amerikaner nicht verträgt. Sogar in Bereichen, in denen Schnittstellen naheliegen, sind die Sichtweisen der beiden Seiten unvereinbar. Das blaue Amerika klagt Twitter und Facebook an, weil sie Verschwörungstheorien und trumpistische Propaganda verbreiten, wohingegen das rote Amerika denselben Unternehmen Ressentiments gegen Konservative vorwirft.

Die knappe Mehrheit der Demokraten im Senat mag ein Veto der Republikaner in alltäglichen Entscheidungen wie der Ernennung von Ministern verhindern, doch größere Reformen wie die **Umwandlung des District of Columbia in einen Bundesstaat oder ein neues Wahlrechtsgesetz**, das den massenhaften Entzug des Wahlrechts durch die Republikaner verhindert, würden an

Editorial: Unsere Vielfalt kommt nicht von allein!

Liebe Leser,

was wir vor einem Jahr schon vermuteten, das scheint sich zu bewahrheiten: die Auswirkungen der Pandemie werden auch das Jahr 2021 bestimmen. Zwischenzeitlich hatte uns noch die schnelle Findung von Impfstoffen überrascht und glauben machen, dass es doch gar nicht so schlimm ist. Die Zweifel sind nun zurückgekehrt!

Unsere Studienreise nach Lettland und Estland wird in diesem Jahr wohl kaum stattfinden. Hier sind zuviel Unbekannte im Spiel, u.a. die touristische Situation in den Reiseländern wie auch die Gefühlslage unserer Mitglieder und Freunde, die an der Reise interessiert sind. Einen Vorgeschmack für die Einstellungen unseres Kreises wir ja schon im letzten Herbst mit dem gescheiterten Versuch erlebt, wieder Tagesstudienfahrten durchzuführen. Die Resonanz auf unser Angebot war mau, so dass die Fahrten sämtlich wegen mangelndem Interesse abgesagt werden mussten! Und die Menschen, die in den heutigen Tagen nach Mallorca, Dubai und anderswohin reisen, die gehören sichtlich nicht zu unseren Stammmannschaften.

Unser Interessenkreis zeichnet sich im Gegenteil durch eine gewisse Lähmung aus. So müssen wir unseren „Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur finanziellen Unterstützung unserer Arbeit“ inzwischen mit dem „Prädikat“ „erfolglosester Aufruf“ versehen. Gewiss, es gibt Spenden, aber eine Breitenwirkung hat das nicht! Büromiete und Technik müssen genauso bezahlt werden wie Porto- und Druckkosten u.a.m.

Dabei arbeitet der Vorstand täglich für die Verwirklichung unserer satzungsgemäßen Ziele: unser Büro ist von Montag bis Sonnabend, zumeist auch am Sonntag besetzt. Und dabei reicht auch diese Zeit kaum aus, alle Aufgaben zu erledigen. Vieles bleibt trotzdem liegen, beispielsweise die Aktenablage. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf, dass wir alles in die Reihe kriegen.

Wenn auch die Vortragsveranstaltungen, Tages- und Studienfahrten und vieles mehr ausfallen müssen, so arbeiten wir nichtsdestoweniger für die ständige Unterrichtung unserer Mitglieder, und wir arbeiten auch in die Öffentlichkeit hinein. Träger für Nachrichten sind neben den „Landsmannschaftlichen Briefen“ nur für den Innenbereich, die auch an Außenstehende gehenden vierteljährlichen „Mitteilungsblätter“, die „AGOMWBW-Rundbriefe (AWR)“, wie diesen, den Sie hier mit 216 Seiten vor sich sehen. Alle zwei bis drei Wochen geht der AWR in einen großen Verteiler von nun fast 1.800 Konten in Gesellschaft, Politik, Wissenschaft usw. Auf den folgenden Seiten können Sie sich von der Vielfalt der Themen überzeugen, zu der wir auch unseren Teil beitragen.

Mit großer Freude nehmen wir immer die Andachten und politischen Hinweise von Pfarrer Steffen Reich aus Berlin-Nikolassee auf, als ehemaliger sozialdemokratischer brandenburgischer Landesminister bringt er viel Erfahrung im Umgang mit Menschen und Themen ein. Und vor allem: er scheut sich nicht, diese Erfahrungen weiterzugeben! Freund Gerd Klöwer, Teilnehmer vieler unserer Studienreisen, zeigt uns Weltprobleme wie Klimawandel, Grenzen des Wachstums u.a.m. auf. Viele weitere „Zuträger“ bringen sich ein und füllen die Seiten mit Mitteilungen, Berichten, Rezensionen, Hinweisen. Ihnen allen sei hier herzlich gedankt.

Auch auf dem Feld der Stadtpolitik sind wir rege dabei: Erhalt von Ehrengräbern, Anträge für ebensolche und für Gedenktafeln – ein solcher Gedenktafel-Antrag liegt der Bezirksbürgermeisterin von Berlin Tempelhof-Schöneberg für den Begründer des staatlichen Naturschutzes, den Westpreußen Hugo Conwentz, vor – wir werden später darüber berichten. Antwort von den Parteien zu Fragen wegen Straßenumbenennungen? Fehlanzeige! So kann Demokratie kaputt geschwiegen werden!

Mit freundlichen Grüßen und Wünschen: bleiben Sie gesund! Ihr Reinhard M. W. Hanke

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von
Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

01. a) Die Nation ist keine erledigte Größe. Der Schlesier Wolfgang Thierse über Heimat und Patriotismus. Von Gernot Facius

Das Reden über Heimat und Nation gilt vielen Zeitgenossen als Ausweis reaktionärer, „rechter“ Gesinnung. Heimatvertriebene haben das oft zu spüren bekommen: Sie wurden abgestempelt als ewig Gestrige. Dabei ist die **Suche nach der Identität** den Menschen eingegeben. Gewiss sind die Begriffe politisch missbraucht worden – oder werden es noch immer. Umso erfreulicher ist es, dass von Zeit zu Zeit in Feuilletons und Gastbeiträgen in Zeitungen eine Lanze für die Suche nach **kultureller Beheimatung** gebrochen wird. Wie am 22. Feber in der „Frankfurter Allgemeinen“. In dem Blatt hat der ehemalige deutsche Bundestagspräsident **Wolfgang Thierse** (SPD), ein katholischer Schlesier aus **Breslau**, Jahrgang 1943, eine Klarstellung versucht. Er verurteilt Ab- und Ausgrenzung gegenüber den „Anderen“, den „Fremden“, fragt „Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft“ und kommt „trotzdem“ zu dem Schluss: „Heimat und Patriotismus, Nationalkultur und Kulturnation, das sind Begriffe und Realitäten, die wir nicht den Rechten überlassen dürfen. Sie sind **nicht** reaktionäre Residuen einer Vergangenheit, die gerade vergeht.“ Thierse wirft einen Blick in die europäische Nachbarschaft und auf den Globus. Es zeige sich: „Die Nation ist keine erledigte historische Größe. Und die Pandemie hat gerade wieder erwiesen, wie notwendig diese Solidargemeinschaft, nämlich der nationale Sozialstaat, ist. In Zeiten dramatischer Veränderungen ist das Bedürfnis nach sozialer und kultureller Beheimatung groß. Eine Antwort auf dieses Bedürfnis ist die Nation. Das nicht wahrhaben zu wollen, halte ich für eine elitäre, arrogante Dummheit.“ Kultur bleibe trotz mancher Veränderungen immer auch „regional und national bestimmtes, geschichtlich geprägtes Ensemble, ein Ensemble von Lebensstilen, von **Überlieferungen** und **Erinnerungen**, von Einstellungen und Überzeugungen“. So präge Kultur die relativ **stabile Identität einer Gruppe**, einer Gesellschaft und eben auch einer Nation – und ändere sich dabei. Denn Kultur sei selbst auch der eigentliche Raum der Bildung und Veränderung von Identitäten, der Vergewisserung des Eigenen wie auch der Aneignung und des Erlernens von Fremdem. „Das macht Kultur so wichtig und Nation eben nicht überflüssig.“ Hart geht Thierse mit dem ins Gericht, was sich momentan als *Cancel Culture* zu verbreiten beginnt. „Menschen, die andere, abweichende Ansichten haben und die eine andere als die verordnete Sprache benutzen, aus dem offenen Diskurs in den Medien oder aus der Universität auszuschließen, das kann ich weder für links noch für demokratische politische Kultur halten“, schreibt der in der ehemaligen DDR sozialisierte Schlesier. Biographische Prägungen, und seien sie noch so bitter, dürften nicht als Vorwand dafür dienen, unsympathische, gegenteilige Ansichten zu diskreditieren und aus dem Diskurs auszuschließen. Der unabdingbare **Respekt vor Vielfalt** und **Anderssein** sei freilich nicht alles. Er müsse vielmehr eingebettet sein in die **Anerkennung von Regeln und Verbindlichkeiten**, übrigens auch in die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen: „Sonst ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet oder wird gar zerstört durch radikale Meinungsbiotope, tiefe Wahrnehmungsspaltungen und eben auch konkurrierende Identitätsgruppenansprüche, erst recht in der digitalen Öffentlichkeit.“

Dieser Artikel von Chefredakteur **Gernot Facius** erschien in der aktuellen Sudetenpost, Folge 3 vom 4. März 2021.

Es würde uns sehr freuen, wenn Sie unsere monatlich erscheinende Heimatzeitung als Jahresabo bestellten - im Inland um

nur € 35,-, in Deutschland und im EU-Raum um **€ 41,-** und in Übersee um **€ 67,-**.

Gerne senden wir Ihnen auch eine Probenummer zum Kennenlernen zu – Mail mit Adressangabe an office@sudeten.at genügt!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 29, 2021

Wien, am 09. März 2021

01.b) FAZ-Beitrag von Wolfgang Thierse - "Wie viel Identität verträgt die Gesellschaft" Identitätspolitik darf nicht zum Grabenkampf werden, der den Gemeinsinn zerstört: Wir brauchen eine neue Solidarität

„Was früher die Konfession war, später die Ideologie wurde, ist heute Identität als erfolgversprechendstes Mittel, um Zugehörigkeit zu signalisieren“, hat Simon Strauß vor einigen Wochen in dieser Zeitung geschrieben. Eine zutreffende Beobachtung, die zugleich in Erinnerung ruft, dass „Konfession“ und „Ideologie“ in der Vergangenheit immer wieder zu heftigen, gar blutigen Konflikten geführt haben. Sollte sich Geschichte unter anderem Leitbegriff etwa wiederholen? Themen kultureller Zugehörigkeit scheinen jedenfalls unsere westlichen Gesellschaften mittlerweile mehr zu erregen und zu spalten als verteilungspolitische Gerechtigkeitsthemen. Fragen ethnischer, geschlechtlicher und sexueller Identität dominieren, Debatten über Rassismus, Postkolonialismus und Gender werden heftiger und aggressiver. Das sind wohl unausweichliche Auseinandersetzungen in einer pluralistischer werdenden Gesellschaft und Ausdruck sozialer Konflikte, die als Verteilungskonflikte um Sichtbarkeit und um Einfluss, um Aufmerksamkeit und um Anerkennung, also um kulturelle Teilhabe ausgefochten werden.

So unvermeidlich diese Konflikte erscheinen mögen, so verwirrend, unübersichtlich und ambivalent sind sie auch. Die Heftigkeit mancher Attacken aufs Hergebrachte, ebenso wie die Heftigkeit der Verteidigung des Hergebrachten, die Radikalität identitärer Forderungen drängen zu der Frage: Wieviel Identitätspolitik stärkt die Pluralität einer Gesellschaft, ab wann schlägt sie in Spaltung um? Sehr grundsätzlich gesagt: Ethnische, kulturelle, religiös-weltanschauliche Pluralität, die auch in Deutschland zunimmt, ist keine Idylle, sondern ist voller Streit und Konfliktpotenzial. Wenn Vielfalt friedlich gelebt werden soll, dann muss diese Pluralität mehr sein als das bloße Nebeneinander sich voneinander nicht nur unterscheidender, sondern auch abgrenzender Minderheiten und Identitäten. Dann bedarf es grundlegender Gemeinsamkeiten, zu denen selbstverständlich die gemeinsame Sprache gehört, natürlich auch die Anerkennung von Recht und Gesetz. Darüber hinaus aber muss es die immer neue Verständigung darüber geben, was uns als Verschiedene miteinander verbindet und verbindlich ist in den Vorstellungen von Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Menschenwürde, Toleranz, also in den unsere liberale, offene Gesellschaft tragenden Werten und ebenso auch in den geschichtlich geprägten kulturellen Normen, Erinnerungen, Traditionen. Solcherart definierte kulturelle Identität ist das Gegenteil von dem, worauf Identitätspolitik von rechts oder gelegentlich auch von links zielt.

Das Gefährliche und Illusionäre rechter Identitätspolitik besteht darin, dass sie kulturelle nationale Identität als ethnische und kulturelle Homogenität missversteht und als solche durchsetzen will, also nicht Unterscheidung, sondern Ab- und Ausgrenzung betreibt bis zu Intoleranz, Hass und Gewalt gegenüber den „Anderen“, den „Fremden“. Rechtsextreme und Rechtspopulisten beschwören nationale Identitäten. Trotzdem meine ich: Heimat und Patriotismus, Nationalkultur und Kulturnation, das sind Begriffe und Realitäten, die wir nicht den Rechten überlassen dürfen. Sie sind nicht reaktionäre Residuen einer Vergangenheit, die gerade vergeht. Der Blick in die europäische Nachbarschaft und auf den Globus zeigt, die Nation ist keine erledigte historische Größe. Und die Pandemie hat gerade wieder erwiesen, wie notwendig diese Solidargemeinschaft, nämlich der nationale Sozialstaat, ist. In Zeiten dramatischer Veränderungen ist das Bedürfnis nach sozialer und kultureller Beheimatung groß. Eine Antwort auf dieses Bedürfnis ist die Nation. Das nicht wahrhaben zu wollen, halte ich für elitäre, arrogante Dummheit.

Allerdings, die Veränderungen, die wir erleben, machen die Fiktion einer homogenen Nationalkultur in der Tradition von Johann Gottfried Herder endgültig obsolet. Aber trotzdem ist Kultur auch nicht nur Interkultur oder kulturelles McWorld oder Kulturplasma. Sie ist und bleibt ein immer auch regional und national bestimmtes, geschichtlich geprägtes Ensemble, ein Ensemble von Lebensstilen und Lebenspraktiken, von Überlieferungen und Erinnerungen, von Einstellungen und Überzeugungen, von ästhetischen Formen und künstlerischen Gestalten. Und genau als solches Ensemble prägt die Kultur die relative stabile Identität einer Gruppe, einer Gesellschaft und eben auch einer Nation. Und ich füge sofort hinzu: und ändert sich dabei! Denn Kultur ist selbst auch der eigentliche Raum der Bildung und Veränderung von Identitäten, der Vergewisserung des Eigenen wie auch der Aneignung und des Erlernens von Fremdem. Das macht Kultur so wichtig und Nation eben nicht überflüssig.

Identitätspolitik, wenn sie links sein will, stellt auf radikale Weise die Gleichheitsfrage. Sie verfolgt das berechtigte Interesse, für (bisherige) Minderheiten gleiche soziale, ökonomische und politische Rechte zu erringen. Sie ist eine Antwort auf erfahrene Benachteiligungen. In ihrer Entschiedenheit ist sie in der Gefahr, nicht akzeptieren zu können, dass nicht nur Minderheiten, sondern auch Mehrheiten berechnete kulturelle Ansprüche haben und diese nicht als bloß konservativ oder reaktionär oder gar als rassistisch denunziert werden sollten.

Linke Identitätspolitik ist in der Gefahr die notwendigen Durchsetzungs- und Verständigungsprozesse zu verkürzen und zu verengen. Aber es wird nicht ohne die Mühsal von Diskussionen gehen. Diese zu verweigern, das ist genau das, was als *Cancel Culture* sich zu verbreiten beginnt. Menschen, die andere, abweichende Ansichten haben und die eine andere als die verordnete Sprache benutzen, aus dem offenen Diskurs in den Medien oder aus der Universität auszuschließen, das kann ich weder für links noch für demokratische politische Kultur halten. Für die gilt seit der Aufklärung: Es sind Vernunftgründe, die entscheiden sollen und nicht Herkunft und soziale Stellung. Die eigene Betroffenheit, das subjektive Erleben sollen und dürfen nicht das begründende Argument ersetzen. Biografische Prägungen – und seien sie noch so bitter – dürfen nicht als Vorwand dafür dienen, unsympathische, gegenteilige Ansichten zu diskreditieren und aus dem Diskurs auszuschließen. Opfer sind unbedingt zu hören, aber sie haben nicht per se recht und sollten auch nicht selbst Recht sprechen und den Diskurs entscheiden.

Was weiße Menschen nicht über Rassismus hören wollen aber wissen sollten, ist der programmatische Titel eines Buches von Alice Hasters. Ja, wir Weiße haben zuzuhören, haben Diskriminierungen wahrzunehmen. Aber die Kritik an der Ideologie der weißen Überlegenheit darf nicht zum Mythos der Erbschuld des weißen Mannes werden. Die Rede vom strukturellen, ubiquitären Rassismus in unserer Gesellschaft verleiht diesem etwas Unentrinnbares, nach dem Motto: Wer weiß ist, ist schon schuldig. Und deshalb sei Blackfacing, sei kulturelle Aneignung über Hautfarben und Ethnien Grenzen hinweg nicht erlaubt. Verbote und Gebote von sprachlichen Bezeichnungen folgen. Das erzeugt falsche kulturelle Frontbildungen, Unsicherheiten und Abwehr. Eine Abwehr, die offensichtlich nicht nur zum rechten Rand, sondern bis weit in die Mitte der Gesellschaft reicht. Umso mehr bestätigt diese dann wieder den Rassismusvorwurf, ein *Circulus vitiosus*.

Die Forderung nach nicht nur gendersensibler, sondern überhaupt minderheitensensibler Sprache erleichtert gemeinschaftsbildende Kommunikation nicht in jedem Fall. Wenn Hochschullehrer sich zaghaft und unsicher erkundigen müssen, wie ihre Studierenden angesprochen werden möchten, ob mit »Frau« oder »Herr« oder »Mensch«, mit »er« oder »sie« oder »es«, dann ist das keine Harmlosigkeit mehr. Und diejenigen, die das für eine Übertreibung halten, sind nicht einfach reaktionär, so wenig wie die es sind, die sich gegen Reglementierungen von Sprache per Anordnung oder per Verboten wenden.

Wir erleben neue Bilderstürme. Die Tilgung von Namen, Denkmalstürze, Denunziation von Geistesgrößen gehören historisch meist zu revolutionären, blutigen Umstürzen. Heute handelt es sich eher um symbolische Befreiungsakte von lastender, lästiger, böser Geschichte. Die subjektive Betroffenheit zählt dabei mehr als der genaue Blick auf die Bedeutungsgeschichte eines Namens, eines Denkmals, einer Person, wie die Beispiele Mohrenstraße und Onkel Toms Hütte in Berlin zeigen. Weil mich der Name beleidigt und verletzt, muss er weg, das ist die fatale Handlungsmaxime. Die Reinigung und Liquidation von Geschichte war bisher Sache von Diktatoren, autoritären Regimen, religiös-weltanschaulichen Fanatikern. Das darf nicht Sache von Demokratien werden. In jedem einzelnen Fall ist breite öffentliche Diskussion sinnvoller und als Konsequenz Kommentierung statt Zerstörung der bessere Weg. Eine widerspruchsvolle gegenständliche Geschichtslandschaft jedenfalls ist eine bessere Grundlage für gemeinsames historisches Lernen. Wir brauchen die Stolpersteine der Geschichte.

Wir leben gewiss mehr denn je in einer ethnisch, kulturell, religiös-weltanschaulich pluralen Gesellschaft. In ihr ist Diversität nicht das Ziel, sondern eine faktische Grundlage unserer Demokratie und Kultur. Dieses Faktum zu leugnen oder rückgängig machen zu wollen, ist das Fatale, ja Gefährliche rechter Identitätspolitik. Es zum Ziel aller sozialen und kulturellen Anstrengungen zu erhöhen, halte ich für das Problematische linker Identitätspolitik. Das Ziel muss vielmehr sein, die akzeptierte Diversität friedlich und produktiv leben zu können. Dies zu erreichen, verlangt nicht nur den energischen Einsatz für die Anerkennung und Verwirklichung der jeweils eigenen Identität, der individuellen und Gruppen-Interessen. Sondern das verlangt in noch größerem Ausmaß die Bereitschaft und Fähigkeit das Eigene in Bezug auf das Gemeinsame, auf das Gemeinwohl zu denken und zu praktizieren, also auch das Eigene zu relativieren. Die Arbeit an dem, was Ralf Dahrendorf einmal „*sense of belonging*“ genannt hat, ist wichtiger denn je. Diversitätsbeauftragte jedenfalls sollten zugleich Gemeinsamkeitsbeauftragte sein.

Der unabdingbare Respekt vor Vielfalt und Anderssein ist nicht alles. Er muss vielmehr eingebettet sein in die Anerkennung von Regeln und Verbindlichkeiten, übrigens auch in die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen. Sonst ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet oder wird gar zerstört durch radikale Meinungsbiotope, tiefe Wahrnehmungsspaltungen und eben auch konkurrierende Identitätsgruppenansprüche, erst recht in der digitalen Öffentlichkeit. Weil der gesellschaftliche Zusammenhalt in einer diversen, sozial und kulturell fragmentierten „*Gesellschaft der Singularitäten*“ (Andreas Reckwitz) nicht mehr selbstverständlich ist, muss er ausdrücklich das Ziel von demokratischer Politik und von kulturellen Anstrengungen sein, eben vor allem auch der Sozialdemokratie. Es muss ihr kulturelles Angebot sein, dass Solidarität, um die geht es nämlich, kein einseitiges Verhältnis ist, kein Anspruchsverhältnis gegen die anderen, sondern auf Wechselseitigkeit und das Ganze umfassend zielt.

22. Februar 2021

Quelle: <<https://www.thierse.de/startseite-meldungen/22-februar-2021/>>

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf

- 1)** Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG);
- 2)** Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!



Andreas Kossert (2014). Quelle: Wikipedia

01) Andreas Kossert erhält Preis für das „politische Buch 2021“

Der Preis „Das politische Buch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung geht in diesem Jahr an Andreas Kossert, für sein Buch „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“.

„Andreas Kosserts Buch ist nicht nur eine Geschichte der Flucht, erzählt aus der Sicht der Betroffenen selbst, sondern auch ein großes Plädoyer für Empathie und Mitmenschlichkeit. Eine Pflichtlektüre für alle, die heute Flüchtlings- und Integrationspolitik gestalten.“ (aus der Begründung der Jury). Der Preis wird am 17. Mai 2021 im Rahmen eines Festaktes in Berlin überreicht, hier können Sie die ganze Aussendung nachlesen:

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 33, 2021

Wien, am 17. März 2021

Sehen Sie auch die ausführliche Buchbesprechung von Reinhard M. W. Hanke im AGOMWBW-Rundbrief (AWR)-Nr. 783 vom 04.02.2021 **(Seiten 143 - 148):**

http://www.ostmitteleuropa.de/Leitseiten_Rezensionen_AWR-Dateien/783/783_143-148.pdf

Andreas Kossert: Flucht. Eine Menschheitsgeschichte. (zahlreiche SW-Abb.). (München) Siedler (2020). 432 Seiten. ISBN 978-3-8275-0091-5. € 25,00.

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

ANDREAS KOSSERT

FLUCHT
Eine Menschheitsgeschichte



”

„Auf die Flucht gehen“, dahinter verbirgt sich ein ungeheuerlicher Vorgang, der das gewöhnliche Vorstellungsvermögen sprengt.“

”

„Aus der Perspektive der Flüchtlinge zu erzählen bedeutet, die Weltgeschichte anders zu sehen.“

”

„Im Ankunftsland haben die, die schon da sind, die Deutungshoheit (...). Die Flüchtlinge begreifen sie nur zu oft als Bedrohung.“

”

„Es kann jeden treffen, deshalb gehen Geschichten von Flucht und Vertreibung alle an.“

Pressemitteilung

Das politische Buch 2021

Preis geht an Andreas Kossert für sein Buch „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“

Für sein Buch „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“ erhält der Historiker Dr. Andreas Kossert den diesjährigen Preis „Das politische Buch“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Der Preis wird am 17. Mai 2021 in Berlin überreicht. Die Veranstaltung wird im Livestream auf <https://www.fes.de/preis-das-politische-buch> übertragen.

Aus der Begründung der Jury

„Andreas Kosserts Buch ist nicht nur eine Geschichte der Flucht, erzählt aus der Sicht der Betroffenen selbst, sondern auch ein großes Plädoyer für Empathie und Mitmenschlichkeit. Eine Pflichtlektüre für alle, die heute Flüchtlings- und Integrationspolitik gestalten.“

Das Buch

Andreas Kossert, *Flucht. Eine Menschheitsgeschichte*, Siedler 2020, 432 S. Ob sie aus Ostpreußen, Syrien oder Indien flohen: Flüchtlinge sind Akteure der Weltgeschichte - Andreas Kossert gibt ihnen mit diesem Buch eine Stimme und stellt die Flüchtlingsbewegung des frühen 21. Jahrhunderts in einen großen geschichtlichen Zusammenhang. Immer nah an den Einzelschicksalen und auf bewegende Weise zeigt Kossert, welche existenziellen Erfahrungen von Entwurzelung und Anfeindung mit dem Verlust der Heimat einhergehen - und warum es für Flüchtlinge und Vertriebene zu allen Zeiten so schwer ist, in der Fremde neue Wurzeln zu schlagen

Der Autor

Dr. Andreas Kossert, geboren 1970, studierte Geschichte, Slawistik und Politik. Der promovierte Historiker arbeitete am Deutschen Historischen Institut in Warschau und lebt seit 2010 als Historiker und Autor in Berlin. Zu seinen erfolgreichen historischen Büchern gehören u.a. „Kalte Heimat“ (2008) und „Ostpreußen“ (2014).



Der Preis

Der Preis „Das politische Buch“ zählt zu den wichtigsten Sachbuchpreisen im deutschen Sprachraum und ist mit 10.000 Euro dotiert. Er wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung jährlich für eine herausragende Neuerscheinung verliehen, die sich kritisch mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen auseinandersetzt, richtungsweisende Denk- und Debattenanstöße gibt und ihre Inhalte einem breiten Publikum verständlich macht. Die Entscheidung trifft eine unabhängige Jury.

Zu den bisherigen Preisträger_innen zählen u.a. Swetlana Alexijewitch, Hans Magnus Enzensberger, Václav Havel, Carolin Emcke, Heinrich August Winkler, Colin Crouch und Thomas Piketty.



Weitere von der Jury besonders empfohlene Bücher 2021:

- Christian Berg
Ist Nachhaltigkeit utopisch? Wie wir Barrieren überwinden und zukunftsfähig handeln, Oekom 2020.
- Roger de Weck
Die Kraft der Demokratie. Eine Antwort auf autoritäre Reaktionäre, Suhrkamp 2020.
- Susanne Götze, Annika Joeres
Die Klimaschmutzlobby. Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, Pieper 2020.
- Paul Nemitz, Matthias Pfeffer
Prinzip Mensch. Macht, Freiheit und Demokratie im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz, Dietz 2020.
- Kristina Scharmacher-Schreiber, Stephanie Marian
Wie viel wärmer ist 1 Grad? Was beim Klimawandel passiert, Beltz&Gelberg 2019.
- Karolin Schwarz
Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus, Herder 2020.
- Hans-Jochen Vogel
Mehr Gerechtigkeit! Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar, Herder 2019.

Weitere Informationen zum Preis unter

<http://www.fes.de/daspolitischebuch/>

Kontakt:

Alina Fuchs, Geschäftsführerin der Jury
Tel.: 030 - 26935-7327, Email: Alina.Fuchs@fes.de

Berlin, 15. März 2021

02) Bianca Deubel - Eine Politikerin mit besonderen Ansichten

AUFGEFALLEN

Eine Politikerin mit besonderen Ansichten

Offenbar sind Bianca Deubel sämtliche Sicherungen durchgebrannt, als sie am Weihnachtstag 2018 auf Twitter als Antwort auf einen AfD-Politiker erklärte: „Alle AfDler gehören in die Gaskammer.“ Am selben Tag schrieb Deubel auch an die frühere CDU-Bundestagsabgeordnete und BdV-Präsidentin Erika Steinbach, die heutige Vorsitzende der AfD-nahen Erasmus-Stiftung: „Ich freue mich schon, wenn ich auf Ihrem Grab tanzen kann.“

Das Internet vergisst nichts. Gut zwei Jahre später sind Deubels Twitter-Tiraden wieder hochgekocht. Denn die 47-jährige Lehrerin kandidiert in der hessischen Kleinstadt Linden bei Gießen bei der Kommunalwahl am 14. März für die Linkspartei auf Listenplatz 2. Es gibt einen Riesenvirbel (neudeutsch: Shitstorm) in den Sozialen Medien über ihre Kandidatur.

Juristisch hatten Deubels Twitter-Entgleisungen übrigens keine Folgen. Obwohl der Staatsanwalt einen Strafbefehl über 90 Tagessätze beantragt hatte, glaubte ihr das Gericht, dass sie „missverstanden“ worden sei. Sie wollte doch nur raten, dass AfDler mal eine KZ-Gedenkstätte besuchen sollten.

Angesichts der Aufregung sieht sich Deubel jetzt selbst als Opfer. Doch sogar der Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch ging auf Distanz zu ihr. Erika Steinbach ist noch immer erbost über die Hetze. Es sei „zutiefst beunruhigend, dass eine solche Vernichtungsäußerung gegen eine ganze Menschengruppe heutzutage ohne Folgen bleibt“, sagte sie der PAZ. *Robert Mühlbauer*

03) Kenntnisse der deutschen Sprache allein nicht ausreichend

Kenntnisse der deutschen Sprache allein nicht ausreichend

Leipzig. (dod) Für ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum reichen allein deutsche Sprachkenntnisse auf dem Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) nicht aus, wenn der Betroffene zuvor ein Bekenntnis zu einem nichtdeutschen Volkstum (sog. Gegenbekenntnis) abgegeben hat. Dies hat der 1. Revisionssenat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig entschieden.

Die Klägerin, eine Staatsangehörige der Russischen Föderation, beantragte im November 2013 die Erteilung eines Aufnahmebescheides als Spätaussiedlerin. Das Bundesverwaltungsamt lehnte den Antrag u.a. mit der Begründung ab, die Klägerin sei mangels Bekenntnisses zum deutschen Volkstum keine deutsche Volkszugehörige. Denn sie sei in ihrem ersten Inlandspass und in den Geburtsurkunden ihrer Kinder mit russischer Nationalität eingetragen. Widerspruch und Klage blieben ohne Erfolg. Auf die Berufung der Klägerin hat das Obergerverwaltungsgericht die Beklagte zur Erteilung einer Spätaussiedlerbescheinigung (§ 15 Abs. 1 BVFG) an die inzwischen in das Bundesgebiet eingereiste Klägerin verpflichtet. Sie stamme nach ihrer Mutter von einer deutschen

Volkszugehörigen ab. Zwar habe sie sich bis zum Verlassen des Aussiedlungsgebietes nicht ausdrücklich durch Nationalitätenerklärung zum deutschen Volkstum bekannt. Sie habe aber durch den Erwerb ausreichender deutscher Sprachkenntnisse ein Bekenntnis auf andere Weise abgegeben.

Die dagegen gerichtete Revision der Beklagten hat Erfolg. Zwar kann durch den Nachweis von deutschen Sprachkenntnissen auf dem Niveau B1 des GER nach der Neufassung des § 6 Abs. 2 Satz 2 BVFG durch das 10. BVFG-Änderungsgesetz auf andere Weise ein Bekenntnis zum deutschen Volkstum erbracht werden. Der bloße Erwerb solcher Deutschkenntnisse reicht aber nicht, um von einem zuvor ausdrücklich abgelegten Gegenbekenntnis abzurücken. In der Angabe einer anderen als der deutschen Nationalität gegenüber staatlichen Stellen bei der Ausstellung amtlicher Dokumente liegt regelmäßig ein Bekenntnis zu einem nichtdeutschen Volkstum. Für ein ernsthaftes Abrücken von einem solchen Gegenbekenntnis bedarf es äußerer Tatsachen, die einen inneren Bewusstseinswandel und den Willen erkennen lassen, nur dem deutschen und keinem anderen Volkstum anzugehören.

von Werner (1)

04) Bund fördert Geschichte der Deutschbalten.

Grütters: „Kulturerbe verbindendes Element im gemeinschaftlichen Europa“

Bund fördert Geschichte der Deutschbalten

Grütters: „Kulturerbe verbindendes Element im gemeinschaftlichen Europa“

In den kommenden drei Jahren unterstützt der Bund die Erschließung und Sicherung des Archivs der Carl-Schirren-Gesellschaft zur Geschichte der Deutschbalten in Lüneburg mit bis zu 400.000 Euro aus dem Kulturerbe. Die Sammlung umfasst rund 23.000 Archivalien zu der einstigen deutschen Bevölkerung des Baltikums. Sie reicht mit Einzelstücken bis in das 17. Jahrhundert zurück.

Kulturstaatsministerin Grütters: „Die vielfältige Kultur und die lange Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sind Teil unserer Identität und inzwischen auch ein verbindendes Element in einem gemeinschaftlichen Europa. Gerade vor dem Hintergrund eines europaweiten Erstarkens nationalistisch geprägter Geschichtsbilder werden die Erforschung und die Diskussion unserer gemeinsamen Vergangenheit immer wichtiger. Dazu gehören auch die wertvollen Überlieferungen zur deutschbaltischen Geschichte, die es für kommende Generationen zu sichern und für die internationale Forschung zugänglich zu machen gilt. Bei diesem wichtigen Vorhaben unterstützen wir die Carl-Schirren-Gesellschaft gern.“

Die Carl-Schirren-Gesellschaft sammelt, bewahrt und vermittelt histori-

sches Kulturgut der Deutschbalten mit eigenen Publikationen und einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm. Sie ist Mitglied der Deutsch-Baltischen Gesellschaft.

30 Mio. Euro für Kultur

Nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes haben Bund und Länder den Auf-

trag, das deutsche Kulturerbe in Regionen des östlichen Europas, wie Böhmen und Mähren, Ostpreußen, Schlesien oder Siebenbürgen, zu erhalten, zu vermitteln und zu erforschen. Dazu gehört die Unterstützung von Museen, Archiven, Bibliotheken, Forschungseinrichtungen sowie von Projekten der kulturellen Vermittlung. Insgesamt stehen dafür in diesem Jahr rund 30,37 Millionen Euro zur Verfügung.

INFO

Die **Carl-Schirren-Gesellschaft e.V. (CSG)** ist ein eingetragener Verein, der im Deutsch-Baltischen Kulturwerk für die operative Organisation zuständig ist. Die CSG ist außerdem die Stifterin der Deutschbaltischen Kulturstiftung und der Deutschbaltischen Studienstiftung.

05) „Wir werden eine schlagkräftige Truppe bleiben“.
Im Gespräch mit BdV-Vizepräsident Stephan Grigat

„Wir werden eine schlagkräftige Truppe bleiben“

Im Gespräch mit BdV-Vizepräsident Stephan Grigat

Die Corona-Pandemie des Jahres 2020 traf die Landsmannschaft Ostpreußen und die Vertriebenenverbände insgesamt ebenso hart wie andere Organisationen des öffentlichen Lebens. Ein guter Grund, mit einem der führenden Repräsentanten der deutschen Heimatvertriebenen über die Auswirkungen der Corona-Pandemie zu sprechen. Stephan Grigat ist Vizepräsident des BdV und Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen.

Herr Grigat, wo steht die Landsmannschaft Ostpreußen am Ende eines Jahres, das ganz anders verlief als geplant?

Wie viele andere Organisationen ist natürlich auch die Landsmannschaft von der Pandemie schwer getroffen worden. Wegen Corona konnten viele Veranstaltungen nicht stattfinden. Dadurch wurde die Pflege des ostpreußischen Gemeinschaftsgefühls schwer beeinträchtigt. Wir haben versucht, mit modernen Medien wenigstens einen Teil des Geplanten zu retten, aber die meisten Veranstaltungen mussten abgesagt werden.

Welche Veranstaltungen konnten denn überhaupt stattfinden?

Von Seiten der Bundeslandsmannschaft hat lediglich die Kreisvertretertagung im März stattgefunden, direkt danach wurde unser Tagungszentrum zum Schutz vor Corona geschlossen. Die Geschichtsseminare, das Volkstanzseminar und das Seminar für die mittlere Generation in Ostpreußen konnten ebenso wenig stattfinden wie das Sommerfest bei Allenstein und die Arbeitstagung der deutschen Vereine in der Heimat. Ganz besonders schwer fiel uns die Absage der



Stephan Grigat, BdV-Vizepräsident und Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen.

Gedenkveranstaltung zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen. Dafür haben wir jedoch eine digitale Veranstaltung organisiert, die wir auch im Internet zur Verfügung stellen.

In den Landesgruppen konnten – wenn auch in kleinerem Rahmen – die Landeskulturtagungen in Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie das traditionelle Herbsttreffen in Anklam stattfinden. Und von den Heimatkreisgemeinschaften haben Bartenstein, Goldap und Mohrungen ihre Kreistreffen durchgeführt. In den Orts- und Kreisgruppen gab es zwischendurch immer wieder kleinere Treffen, bei denen unsere Landsleute beisammengesessen und plachandert haben.

Insofern können wir feststellen, dass trotz Corona noch einiges stattgefunden hat. Zudem wird gerade durch die Auflistung sowohl der stattgefundenen als auch der abgesagten Veranstaltungen bewusst, wie viel die Ostpreußen auch

75 Jahre nach dem Verlust ihrer Heimat noch immer auf die Beine stellen.

Viele Organisationen haben in diesem Jahr Corona-bedingt ihre digitalen Angebote ausgebaut. Wie sieht es bei der Landsmannschaft Ostpreußen aus?

In der Tat bot uns der technische Fortschritt Möglichkeiten, aus der Not eine Tugend zu machen. So haben wir die für die Gedenkveranstaltung zur Volksabstimmung geplanten Reden per Video aufgezeichnet und auf den Internetseiten der Landsmannschaft und der PAZ ins Netz gestellt. Dort wurden sie inzwischen über 5.000 Mal angesehen – und hatten somit sogar deutlich mehr Zuschauer als wenn wir wie geplant in Allenstein vor ein paar hundert Gästen getagt hätten.

Die Not hat uns gewissermaßen zur Digitalisierung gezwungen. Da die Erfahrungen damit durchweg positiv sind, werden wir künftig alle derartigen Veranstaltungen digital zur Verfügung stellen. Zudem sind wir gerade dabei, einen landeskundlichen Film zum Thema „Was und wo ist Ostpreußen?“ zu produzieren. Zum Prozess der Digitalisierung gehört auch die Überarbeitung der Webseite www.ostpreussen.de, die in ihrer neuen Fassung gerade an den Start gegangen ist. Das alles zeigt, dass die Corona-Pandemie keineswegs das Ende der landsmannschaftlichen Arbeit bedeutet. Ganz im Gegenteil.

Corona-bedingt kaum wahrgenommen wurde 2020 der 75. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs. Wie überall ist ein Dreivierteljahrhundert später auch bei den Ostpreußen der Großteil der Erlebnissgeneration aus dem Leben geschieden. Wie wirkt sich dies auf die Arbeit der Landsmannschaft aus?

Die Landsmannschaft durchläuft schon seit einigen Jahren einen Transformationsprozess von einer Gemeinschaft von Landsleuten mit gleichem Schicksal hin zu einer Gesellschaft von Menschen, die sich bewusst für Ostpreußen, seine Geschichte und Gegenwart interessieren und engagieren. Wer die Heimatkreis-treffen besucht, wird feststellen, dass es kaum noch Leute gibt, die sich von ihrer gemeinsamen Kindheit in der Heimat her kennen, wie das jahrzehntlang der Fall war. Für diese Generation waren die Treffen vor allem die Gelegenheit zum Wiedersehen mit ehemaligen Spiel- und Klassenkameraden. Doch diese Generation ist zum großen Teil nicht mehr unter uns. Dieser Tatsache muss man sich ganz einfach nüchtern stellen. Auf der anderen Seite gibt es auch bei den Nachgeborenen, die sich in den Kreisgemeinschaften, Landesgruppen oder in der ostpreußischen Jugend gefunden haben, ein Heimatgefühl für Ostpreußen und auch ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Dieses müssen wir pflegen. Ostpreuße ist, wer sich als Ostpreuße fühlt.

Wie lässt sich ein solches Ostpreußen-Gefühl erreichen?

Das geht natürlich nur über persönliche Erlebnisse in Ostpreußen, am besten durch Reisen in Begleitung von anderen Ostpreußen-Begeisterten und – wo möglich – auch durch Begegnungen mit der dort ansässigen deutschen Bevölkerung. Idealerweise wird die dabei geweckte Begeisterung an andere weitergegeben. Es gibt landsmannschaftliche beziehungsweise der Landsmannschaft nahestehende Facebook-Gruppen mit über 5.000 Freunden, in denen über derartige Reiseeindrücke berichtet wird.

Warum sollten sich junge Menschen für Ostpreußen interessieren?

Weil Ostpreußen trotz veränderter staatlicher Zugehörigkeit noch immer eine der spannendsten Kulturlandschaften ist. Und weil es überaus sehenswerte Landschaften bietet. Das Kurische Haff und die Kurische Nehrung sind ebenso einzigartig wie die masurische Seenlandschaft oder die Flusslandschaften von Alle, Pregel, Deime und Memel oder die Rominter Heide und die Johannishurger Heide. Wer diese Landschaften einmal



Bilder, die zur Zeit nicht möglich sind. Hier der Singkreis der LM Ostpreußen aus Iserlohn.

erlebt hat, wird sich ihrem Zauber nicht mehr entziehen können.

Im Laufe der Jahrzehnte haben die Vertriebenenverbände manches Ziel wie die Minderung der mit dem Verlust der Heimat entstandenen sozialen Härten und die Integration in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft erreicht. Welche Ziele verfolgt die LO heute?

Die Landsmannschaft verfolgt nach wie vor das Ziel, Ostpreußen im Kontext unserer Kulturnation zu bewahren. Das heißt, unabhängig von heutigen Grenzen dafür einzutreten, dass auch künftige Generationen wissen, dass hinter Oder und Neiße Regionen liegen, zu denen wir eine ganz besondere Bindung haben. Dieser Aufgabe kommen wir – zusammen mit dem Bund und unserem Patenland Bayern – unter anderem durch das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen und das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg sowie durch die Arbeit unserer Geschäftsstellen in Hamburg und Allenstein nach. Hinzu kommen Bücher, die Heimatbriefe der Kreisgemeinschaften, Filme sowie Denkmale und Gedenksteine in Ostpreußen. Ein wichtiger Eckpfeiler ist auch die Förderung der deutschen Volksgruppe im südlichen Ostpreußen mit ihren 19 Vereinen und einem Regionalmuseum im „Haus der Heimat“ in Trägerschaft der Kreisgemeinschaft in Goldap sowie der beiden deutschen Vereine in Memel und Heydekrug. Ein besonderes Projekt ist die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und das geplante Zentrum gegen Vertrei-

bungen. Für diese zentrale Erinnerungsstätte, die den gesamten deutschen Siedlungsgebieten in Ostmittel- und Osteuropa gewidmet ist, haben wir lange gekämpft. Allein schon, dass dieses Zentrum von bestimmten Kreisen so lange hintertrieben wurde, zeigt, wie wichtig es ist, im Herzen Berlins schon bald eine solche Einrichtung zu haben.

Was erwartet die Ostpreußen 2021?

Auch 2021 wird sicher noch eine Weile unter den Zwängen der Corona-Pandemie stehen. Was wir bereits wissen ist, dass das im Frühjahr in Wolfsburg geplante Jahrestreffen auf den 11. Juni 2022 verschoben werden muss, da die dortige Messe gerade zum Impfzentrum umgewandelt wird. Ansonsten planen wir, unter Einhaltung der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen möglichst viele Veranstaltungen durchzuführen. Genauer dazu erfahren die Leser regelmäßig in der PAZ.

Und wo sehen Sie die Landsmannschaft mittel- und langfristig?

Zunächst müssen wir – wie alle Organisationen – nach Corona das gewohnte landsmannschaftliche Leben wieder in Gang bringen. Wobei ich mir keine Sorgen darüber mache, dass uns dies gelingen wird. Die Ostpreußen haben im Laufe der Geschichte schon ganz andere Krisen durchlebt und überwunden. Deshalb bin ich sicher, dass wir – auch wenn wir zahlenmäßig kleiner sind – auf Dauer eine schlagkräftige Truppe bleiben werden.

Das Interview führte René Nehring.

Privat (11); LBHS (11)

01) „Flucht und Vertreibung“ im Fach Geschichte.

Mündliche Abiturprüfung zum Thema Flucht und Vertreibung in Fulda

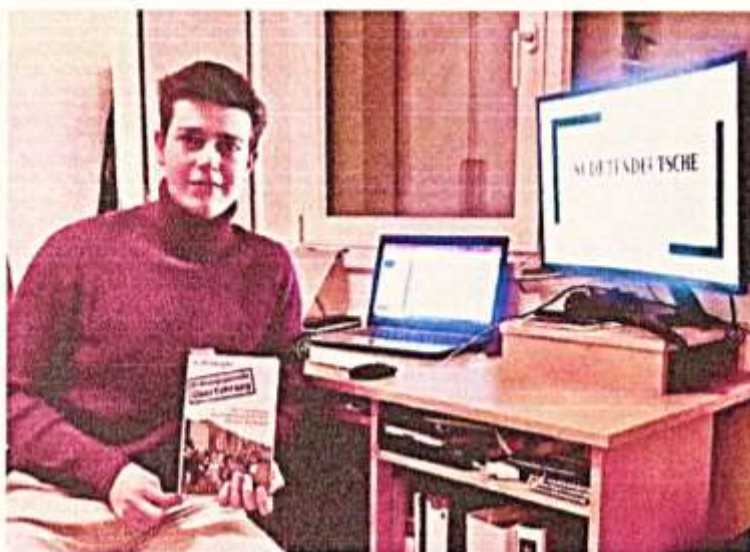
„Flucht und Vertreibung“ im Fach Geschichte

Mündliche Abiturprüfung zum Thema Flucht und Vertreibung in Fulda

Der Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung in Hessen bestätigt der Auseinandersetzung mit dem Thema „Flucht und Vertreibung, ihren Folgen und dem damit verbundenen kulturellen Erbe“ eine nicht nachlassende Relevanz und greift damit ein wichtiges Anliegen auf. Die Aufgabe bestehe darin, gerade auch junge Leute an diese Thematik heranzuführen, um die Erinnerung in die Zukunft zu tragen und zu verdeutlichen, welche Folgen mit einem übersteigerten Nationalismus verbunden sind.

Aus diesem Grund hat Hessen als erstes Bundesland das Thema „Flucht und Vertreibung“ im Kerncurriculum Geschichte für die Oberstufe verpflichtend verankert und auch zum Abiturprüfungsfach für die schriftliche Abiturprüfung erhoben. Zum ersten Mal hat sich in diesem Jahr Christian Geiger, Abiturient der Rabanus-Maurus-Schule in Fulda, auch bekannt als Domgymnasium, dieser Herausforderung gestellt und seine mündliche Abiturprüfung zu dieser Thematik erfolgreich absolviert.

Das herausfordernde Thema seiner Abituraufgabe lautete: „Die Sudetendeutschen – Täter oder Opfer? Diskutieren Sie die mehrheitliche politische Haltung der Sudetendeutschen in den dreißiger Jahren und setzen Sie diese in Beziehung zu den sog. Beneš-Dekreten. Bewerten Sie die im Thema enthaltenen Problemfragen“. Die Aufgabe bestand darin, zu einer Aussage, Problemstellung oder These eine Argumentation zu entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt. Unter Verwendung von Fachwissen und Fachmethoden sollte eine begründete Einschätzung gegeben und die eigenen Maßstäbe begründet dargelegt werden.



Der 18-jährige Christian Geiger, der selbst keinen familiären Bezug zur Vertreibungsthematik hat, hat sich mit den Sudetendeutschen beschäftigt.

Als Literaturquelle dieser anspruchsvollen Vorgabe wurde auf das Buch von Ray M. Douglas verwiesen: „Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. München 2012“.

Der 18-jährige Christian Geiger, der selbst keinen familiären Bezug zur Vertreibungsthematik hat, bereite dazu eine 38-seitige Präsentation vor, die im Ergebnis überzeugte und mit der Benotung gut (2+) bewertet wurde.

Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf gratulierte dem erfolgreichen Abiturienten herzlich zu seiner Leistung und überreichte ihm das genannte Werk als Buchgeschenk. „Das ist eine wirklich anspruchsvolle Aufgabenstellung, die er mit Bravour gemeistert hat“, so Margarete Ziegler-Raschdorf. Die Landesbeauftragte freute sich zudem, dass Christian Geiger die Themenstellung so interessant fand, dass er sich über die Abiturprüfung hinaus mit dieser Materie

beschäftigen will.

„Immer wieder neu gilt es zu betonen, dass Flucht und Vertreibung von 15 Millionen Deutschen ein wichtiger Teil unserer deutschen und der europäischen Geschichte sind. Mit dieser Geschichte müssen wir uns beschäftigen, um Orientierung in der Gegenwart und für die Zukunft zu gewinnen. Durch die Aussage im Koalitionsvertrag, dem Themengebiet Flucht, Vertreibung und Aussiedlung im Schulunterricht künftig einen besonderen Platz einzuräumen, erhoffe ich mir, dass sich noch mehr junge Menschen dieses Themas annehmen werden. Denn es ist von Bedeutung, dass wir uns auf die Fundamente unserer eigenen Geschichte und der Kultur der ehemaligen Ostgebiete besinnen. Nur eine starke, in unseren Werten begründete Identität ist die beste Prävention gegen Gewalt und einen aggressiven Nationalismus“, so die Landesbeauftragte. (PM)

02) Kontrovers erinnern – nicht ignorieren.

In den Berliner Rahmenlehrplänen gibt es keinen Hinweis auf die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs

Von Peter Stolz, Vorsitzender des Landesverbandes Berlin e.V. im Verband der Geschichtslehrer Deutschlands

Kontrovers erinnern – nicht ignorieren

VON PETER STOLZ

„Vor 150 Jahren, am 18. Januar 1871, wurde im Versailler Spiegelsaal das Deutsche Kaiserreich proklamiert. Vor 50 Jahren wurden deshalb im Reichstagsgebäude Räume für die Dauerausstellung „Fragen an die deutsche Geschichte: Ideen, Kräfte, Entscheidungen von 1800 bis zur Gegenwart“ geschaffen. Darin wurde seit 1974 die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs kontrovers thematisiert. Nahezu jeder Schüler und jede Schülerin aus Berlin, aber auch viele Jugendliche aus anderen Bundesländern kamen hierher.

Die Ausstellung „Preußen – Versuch einer Bilanz“ wurde vom August bis zum November 1981 von den Berliner Festspielen im Martin-Gropius-Bau präsentiert. Sie war ein historischer Höhepunkt und ein großer Erfolg, da sie einen Paradigmenwechsel in der historischen Betrachtung Preußens einleitete. Heute aber, 150 Jahre nach der Reichsgründung, gibt es keine offizielle Ausstellung und keine große, kontroverse Gedenkveranstaltung.

In der Berliner Schule hat man schon vor Jahren dazu eine konsequente Entscheidung getroffen: In den Rahmenlehrplänen des Faches Geschichte gibt es keinen Hinweis auf die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs (1871-1918).

In den Berliner Rahmenlehrplänen gibt es keinen Hinweis auf die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs

Müssen Berliner Schülerinnen und Schüler das Deutsche Kaiserreich nicht kennen?

Die Charité – zur Zeit ein komplexes, mediales Ereignis – erlebte im Kaiserreich ihren spektakulären Aufstieg. Nobelpreisträger in Physik, Chemie und Medizin waren in dieser Zeit oftmals Deutsche. Hitler wurde 1889 geboren, die beiden ältesten Parteien Deutschlands, die SPD und die CDU – mit ihrem Vorläufer, dem Zentrum – gab es schon im Kaiserreich.

Am 1. Januar 1900 trat das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) in Kraft. Viele der damals festgelegten Grundzüge des deutschen Zivilrechts gelten bis heute. Das BGB wurde international rezipiert und hinterließ seine Spuren in dieser Zeit weltweit in anderen Rechtsordnungen. Auch in der Schweiz nahm das Zivilgesetzbuch (ZGB) von 1907 Erfahrungen des deutschen BGB auf. Das kaiserliche Strafgesetzbuch von 1872

hat das StGB von heute ebenfalls grundlegend beeinflusst – auch wenn heutzutage viele damalige Regelungen kontextbedingt verändert oder abgeschafft wurden. Der Rechtsstaatsgedanke im Kaiserreich war im Gegensatz zu heute nicht wertebasiert, aber er war schon sehr tief verankert und in der Reichsverfassung als dritte Gewalt deutlich ausgewiesen.

Doch genau wie in anderen Staaten Europas, etwa in Frankreich mit der Dreyfusaffäre, in Russland mit den zahlreichen Pogromen gegen Juden, war auch das Kaiserreich vom damaligen, europäischen Zeitgeist des Antisemitismus und des radikalen und aggressiven Nationalismus geprägt. Das Deutsche Reich stand damit nicht allein, sondern war Teil einer europäischen, imperialistischen und kolonialistischen Gewaltpolitik, die andere Kontinente und ihre Bevölkerung rassistisch demütigte und radikal ausbeutete.

Aber es war eben auch eine ökonomisch hoch moderne Gesellschaft, eine innovative Marktwirtschaft, die zwar auf Verelendung der Arbeiter aufgebaut war, doch durch die aufsehenerregenden Wachstumsraten am Ende des Kaiserreichs auch den Arbeiterinnen und Arbeitern bescheidenen Wohlstand bieten konnte: Die SPD zog daraus mehrheitlich ihre Konsequenzen und verabschiedete sich größtenteils von der marxistischen Klassenkampftheorie. Nur deshalb konnte sie in der Weimarer Republik mit Persönlichkeiten wie Friedrich Ebert, Gustav Scheidemann und Hermann Müller eine der staatstragenden Parteien der Weimarer Koalition werden.

Müssen Berliner Schülerinnen und Schüler diese kontroverse Vorgeschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus nicht kennen? Auch globalgeschichtliche Fragestellungen und ein modernisierungstheoretischer Ansatz können die Geschichte des Deutschen Kaiserreichs nicht ignorieren. Geschichte als Reflexionsfach und als Kern demokratischer Bildung kommt ohne die kontroverse Betrachtung der Geschichte des Deutschen Kaiserreichs nicht zur vollen Entfaltung. Wir sollten Berliner Schülerinnen und Schüler dieses Lernfeld nicht mehr versagen, sondern kontrovers und öffentlichkeitswirksam an 150 Jahre Deutsches Kaiserreich erinnern und gedenken.



Peter Stolz ist seit 2012 Berliner Landesvorsitzender des Verbands der Geschichtslehrerinnen und Geschichtslehrer Deutschlands

Aus: Der Tagesspiegel, 09.02.2021, S. 13.

Zum Thema Geschichte des Kaiserreiches siehe die folgenden Beiträge aus dem „Deutschen Ostdienst“ (DOD) und auch die Zusammenstellung im AWR-Nr. 783 v. 04.02.2021, S. 72 bis 77: „Reichsgründung vor 150 Jahren soll totgeschwiegen werden“, sagt die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ http://www.westpreussen-berlin.de/AGOM_WBW-Rundbriefe/783_geteilt/783_Part_72-79.pdf.

03) Vor 150 Jahren vereinten sich die Deutschen *)



Aus: DOD 01/2021, Titelseite der neuen Ausgabe

*) Anm. der Red.: Nicht alle, aber ein Teil der Deutschen, die vorher schon im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ zusammengeschlossen waren!

03.a) Vor 150 Jahren vereinten sich die Deutschen. Reichsgründung und Kaiserreich als Gegenstand geschichtspolitischer Debatten
Von Markus Patzke

Vor 150 Jahren vereinten sich die Deutschen

Reichsgründung und Kaiserreich als Gegenstand geschichtspolitischer Debatten

„Seine Königliche Hoheit der Kronprinz lässt Ihnen sagen, dass Sie hier etwas Ihres Pinsels Würdiges erleben würden, wenn Sie vor dem 18. Januar hier eintreffen können.“ Die Aufforderung des preußischen Kronprinzen Friedrich erreichte den 27-jährigen Maler Anton von Werner am 15. Januar 1871 in Karlsruhe, während er mit seiner Braut Malvina Schlittschuh lief. Dem Kronprinzen war er bekannt, weil Werner im Verlauf des deutsch-französischen Krieges bereits 1870 einige Monate in Mannheim, im Hauptquartier der III. Armee, die unter dem Befehl Friedrichs stand, zugebracht hatte. Unverzüglich und in Erwartung großer Ereignisse machte Werner sich auf den Weg nach Paris.

Erst der Versailler Schneider, bei dem sich Werner am Morgen des 18. Januar einen Frack leihen musste, konnte ihm den Anlass seiner Reise sagen: Die Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. zum Deutschen Kaiser. Eine Formsache, denn genau genommen war der König bereits seit dem 1. Januar 1870 Kaiser. Der 18. Januar als Tag der Proklamation ging auf den Wunsch des Königs zurück, der damit an die besondere Bedeutung des Datums in der preußischen Geschichte erinnern wollte. 170 Jahre zuvor, am 18. Januar 1701, hatte sich Kurfürst Friedrich III. im Königsberger Schloss zum ersten König in Preußen gekrönt. Die Koinzidenz der Gründungstage hatte aber mehr als Symbolcharakter, war das neue Deutsche Reich doch eine preußische Gründung und Wilhelm unterstrich den beispiellosen Aufstieg des Geschlechts der Hohenzollern von unbedeutenden brandenburgischen Kurfürsten zum deutschen Kaiserthron. Seit 1701 ist der



Die dritte Version der Proklamation des preußischen Königs Wilhelm I. als Kaiser von Deutschland in Versailles von Anton von Werner aus dem Jahr 1885. Die ersten beiden Versionen wurden im Zweiten Weltkrieg zerstört. Das Gemälde ist die einzige Fassung, die den Krieg überlebt hat und die am häufigsten reproduzierte. Öffentlich zugänglich ist es bei der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh.

18. Januar zudem der Tag des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler, dem Hausorden der Hohenzollern.

In den Jahren nach 1870 schuf Anton von Werner vier Gemälde der Kaiserproklamation, es war zugleich sein Durchbruch als Maler. 1877 wurde das erste Bild der Galerie im Berliner Stadtschloss hinzugefügt, dem 1882 eine weitere Fassung für die Ruhmeshalle am Zeughaus folgte. Nur eine dritte Fassung von 1885, ein Geschenk zum 70. Geburtstag Bismarcks, blieb an dessen letztem Wohnsitz erhalten und ist heute im Bismarck-Museum Friedrichsruh öffentlich zugänglich. Sie ist das am meisten reproduzierte Bild zur Kaiserproklamation, auch wenn es am weitesten vom tatsächlichen Geschehen des 18. Januar 1871 entfernt ist. Bismarck trug in der Realität nicht den weißen Kürassierock,

sondern dunkelblau, der Orden pour le mérite wurde ihm erst 1884 verliehen, der Kaiser trug das Eichenlaub zum pour le mérite erst ab 1873 und Albrecht von Roon, der krankheitsbedingt bei der Zeremonie fehlte, wurde wegen seiner engen Verbindung zu Bismarck hinzugefügt.

Besser als sein Ruf

Das Gemälde steht heute ikonographisch für den Akt der Staatswerdung Deutschlands, für die Reichsgründung als symbolischen Akt, der staatsrechtlich ohne Belang war. Wirksam geworden war der Fürstenbund bereits vorher mit einer neuen Verfassung. Deutschland war nun eine konstitutionelle Monarchie und hatte damit die in Europa übli-



Kaiser Wilhelm II, König von Preußen in Uniform. Er folgte seinem Vater, Kaiser Friedrich III., 1888 nach dessen 99-tägiger Regierungszeit auf den Thron.

che Staatsform.

Was das Bild nicht zeigt: Der Akt der Proklamation vollzog sich in typisch preußisch-nüchterner Bescheidenheit am Feldaltar statt auf einem Thron, im Mittelpunkt stand eine Gottesdiensthandlung. Das zeigt die Dominanz der Uniformen im Gemälde nicht, die aber dazu beigetragen haben, das Klischee des aggressiven Militärstaates „Deutsches Reich“ zu transportieren, bis in die Gegenwart.

Zunächst einmal wurde mit der Reichsgründung der Traum von der nationalen Einheit der Deutschen verwirklicht. Es war ein Geniestreich Bismarcks, der diese Einheit ermöglichte. Nicht so, wie es sich die bürgerliche Freiheitsbewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts vorgestellt hatte, sondern als Fürstenbund. Aber als Nationalstaat, der sich schnell zum modernsten Rechts- und Sozialstaat Europas entwickelte, der einen Aufschwung in Wissenschaft und Technik nahm, um den er weltweit beneidet wurde.

Das „Bürgerliche Gesetzbuch“ von 1900 ist bis heute Grundlage unserer privaten Rechtsbeziehungen und ist Vorbild vieler Rechtsordnungen weltweit. Deutschland wurde zu einem einheitlichen Rechtsraum. Udo di Fabio schreibt dazu, es „herrschten im kaiserlichen Deutschland ... rechtsstaatliche Sicherungen der bürgerlichen Freiheit durch gesetzmäßige Verwaltung und unabhän-



Kaiser Wilhelm I., König von Preußen (1862-1888) in einer Darstellung des Malers Gustav Richter. Deutscher Kaiser war er ab 1871.

gige Gerichte, Wissenschaftsfreiheit, die Gewährleistung des Eigentums, grundrechtliche Garantien in den Ländern und vor allem landes- und reichsrechtliche Meinungs- und Pressefreiheit“. Das war damals in Europa nicht selbstverständlich. Erinnert wird oft nur an die Sozialistengesetze unter Bismarck. Den modernen brutalen Diktaturen des 20. Jahrhunderts hätten diese Repressalien nicht weiter, als ein müdes Lächeln entlockt. Der Reichstag verlängerte sie 1890 auch nicht. Die Sozialdemokratie setzte sich selbstbewusst für die „Massen“ ein und war damit erstaunlich erfolgreich. Die Arbeitszeit wurde drastisch gekürzt, Arbeitsschutzgesetze wurden eingeführt, der Kinder- und Mutterschutz ausgebaut. In gewisser Weise waren die von Bismarck eingeführten Sozialversicherungen auch dem revolutionären Brodeln der Sozialdemokratie zu verdanken. Um 1900 galt Deutschland als führender Sozialstaat Europas und der Vorwärts resümierte 1899: „Unsere Sache hat große Fortschritte zu verzeichnen in Deutschland wie in allen übrigen Kulturländern.“

Und auch die Demokratie war weit fortschrittlicher, als viele glauben. Auf Reichsebene hatte jeder (männliche) Deutsche eine volle Stimme, ohne Ansehen von Stand und Herkunft. Udo di Fabio schreibt in seinem Buch „Die Weimarer Verfassung“: „Denn das Kaiserreich durfte sich im internationalen Ver-



Das Porträt zeigt Reichskanzler Bismarck in der Pose des selbstbewussten und erfolgreichen Staatsmannes auf dem Höhepunkt seiner Macht.

gleich seinerzeit durchaus als respektable Demokratie verstehen ...“. Der wichtigste Akteur im Spiel der Kräfte war der Reichstag, Reichstagsreden wurden in den Zeitungen gedruckt und in der Gesellschaft diskutiert. Zeitweise bestand ein Drittel der Reichstagsabgeordneten aus Sozialdemokraten. Der Reichstag gewann erheblich an Einfluss, sodass in der Praxis von einer weitgehenden Parlamentarisierung der Politik des Kaiserreichs ausgegangen werden kann.

Auch gesellschaftlich war das wilhelminische Deutschland moderner als mancher glaubt. Der junge, technikbegeisterte Wilhelm II. hatte viel Verständnis für die fortschreitende dynamische Modernisierung der industriellen Gesellschaft (Eberhard Straub, „Kaiser Wilhelm II. Die Erfindung des Reiches aus dem Geist der Moderne“). Eine technisierte Großstadtkultur entstand. Künstliches Licht und fließendes Wasser, elektrische Straßenbahnen, in den Großstädten kamen U-Bahnen hinzu, und auch die ersten Automobile begannen die Straßen zu beleben. Die Technisierung war auch Grundlage für gesellschaftliche Modernisierung. Das Kaiserreich war zu einem Nationalstaat geworden, der an der Spitze des technischen Fortschritts stand und aktiv an der um 1880 beginnenden Globalisierung teilnahm. Schnelle Eisenbahn- und Schiffsverbindungen entstanden, die Kommunikationsnetze wurden ausgebaut – im

Zentrum Europas wuchsen die einstigen Kleinstaaten rasch zu einer Nation mit gemeinsamem Selbstverständnis zusammen. Der Kölner Historiker Jens Jäger beschreibt diese Entwicklung in seinem neuen Buch „Das vernetzte Kaiserreich“. Um 1900 gingen rund ein Drittel aller verliehenen Nobelpreise an deutsche Wissenschaftler und Forscher.

Die neuere Geschichtswissenschaft hat das wilhelminische Deutschland von vielen Ressentiments befreit. Die Historikerin Hedwig Richter schreibt: „Die These fügt sich in eine breite Forschung, die seit Langem der Exotisierung des Kaiserreichs widerspricht und weitgehend Einigkeit darüber erzielt hat, dass das dunkle Bild von einem rein repressiven Obrigkeitsstaat der pluralen Gesellschaft des Deutschen Reichs nicht gerecht wird.“

Geschichtspolitische Debatten

Die öffentliche Wahrnehmung des Kaiserreichs, beeinflusst von den Schulbüchern und dem Medienkonsum vergangener Generationen, wird nach wie vor von der Sichtweise der Vertreter der „Historischen Sozialwissenschaften“, insbesondere Wolfgang Mommsen und Hans-Ulrich Wehler, bestimmt. „Aus dem Geist des Militarismus entstanden, habe der Nationalstaat von 1871 sich zu einer Brutstätte des Antisemitismus und Radikalnationalismus entwickelt. Vom Kaiserreich zum „Dritten Reich“ führe deshalb eine klare Linie der Kontinuität“, so beschreibt Christopher Nonn diesen Ansatz jüngst kritisch in einem Aufsatz. Die von ihnen vertretene These vom „deutschen Sonderweg“, besagt, dass sich die Entwicklung demokratischer Strukturen in Deutschland wesentlich vom europäischen Regelfall unterscheide. Der deutsche Sonderweg sei in Wahrheit Ausdruck eines strukturellen Modernisierungsdefizits und führte letztlich in den Nationalsozialismus.

Einen nicht unbedeutenden Anteil an der öffentlichen Wahrnehmung des Kaiserreichs hatte die geschichtspolitische Debatte um das Buch „Griff nach der Weltmacht“ des Hamburger Historikers Fritz Fischer. Die Kontroverse um die Kriegsschuldfrage des Ersten Weltkriegs hatte eine enorme erinnerungs- und geschichtspolitische Bedeutung insbeson-

dere auch, weil es sich nicht um eine rein akademische Fachdebatte handelte, sondern die Diskussion auch in der fachfremden Publizistik deutlichen Niederschlag fand. Im Kern ging es um Fischers These, dass das Kaiserreich schon vor dem Krieg eine deutsche Hegemonie in Europa angestrebt habe. Es habe versucht, als Nachzügler der europäischen Kolonialmächte nach der „Weltmacht“ zu greifen. Als politische Konzeption weise dieser „Griff nach der Weltmacht“ zudem über den Ersten Weltkrieg hinaus.

Seit der Jahrtausendwende ist eine Generation jüngerer Historiker herangewachsen, die in der Beurteilung und Interpretation des Kaiserreichs andere Wege gehen und zu neuen, positiveren Ergebnissen kommen. Insbesondere angelsächsische Wissenschaftler wie David Blackbourn als Wegbereiter, zuletzt aber auch Christopher Clark beurteilen das Kaiserreich differenzierter und sehen insbesondere keinen „deutschen Sonderweg“, der über die Reichsgründung in den Nationalsozialismus

derweg. Dieser neue Forschungsstand ist in der öffentlichen Wahrnehmung bisher noch nicht angekommen. Es dominieren immer noch die „Pickelhauben-Geschichten“. In einem Twitter-Beitrag benannte die Historikerin Hedwig Richter das Problem: „Auffällig ist die Diskrepanz zwischen der Forschung, die seit langem (30, 40 Jahre) ein differenziertes & positiveres Bild zeichnet, u dem öffentlichen Diskurs.“

Erinnerungskultur

Der Erste Weltkrieg und die Revolution von 1918 beendeten zwar das 1871 geschaffene Deutsche Kaiserreich. Der deutsche Nationalstaat überdauerte diese Erschütterungen. Das Kaiserreich hat eine ganze Reihe von Schwächen gehabt, insbesondere aus der heutigen Perspektive. Es gehört aber nicht in die Schmutzdecke der Geschichte. Ein bisschen Freude, ein bisschen Anerkennung und ein bisschen Stolz dürfte sich



Eröffnung des Reichstages 1912.

und nach Auschwitz führt. Insbesondere Clark betont vielfach die Normalität Preußens im europäischen Zusammenhang. In seinem Buch zum Ersten Weltkrieg „Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ stellt er insbesondere die bislang in der Forschung häufig vertretene These von einer besonderen Kriegsschuld des Deutschen Kaiserreichs infrage.

Aber auch Christoph Nonn, Thomas Nipperdey und Hedwig Richter sehen im Kaiserreich eher den „Aufbruch in die Moderne“ als einen deutschen Son-

derweg. Dieser neue Forschungsstand ist in der öffentlichen Wahrnehmung bisher noch nicht angekommen. Es dominieren immer noch die „Pickelhauben-Geschichten“. In einem Twitter-Beitrag benannte die Historikerin Hedwig Richter das Problem: „Auffällig ist die Diskrepanz zwischen der Forschung, die seit langem (30, 40 Jahre) ein differenziertes & positiveres Bild zeichnet, u dem öffentlichen Diskurs.“

unserer Gesellschaft leisten. Dass Bismarck das Reich aus „Blut und Eisen“ schmiedete, muss dabei kein Hinderungsgrund sein. Das stört weder Italiener noch Amerikaner, deren Staatswerdungen nicht weniger gewalttätig abliefen. Geburten verlaufen blutig. Ein differenzierter Blick, losgelöst von den bekannten Stereotypen des Militarismus, Chauvinismus und Nationalismus – auch losgelöst von der Darstellung in Anton von Werners Gemälden – sollte angesichts der neueren Forschungsergebnisse möglich sein. **Markus Patzke**

03.b) Den Jahrestag der Staatswerdung verkannt.

150 Jahre Reichsgründung sollten Anlass zum Gedenken sein
Von Markus Patzke

Den Jahrestag der Staatswerdung verkannt

150 Jahre Reichsgründung sollten Anlass zum Gedenken sein

Das offizielle Deutschland hat den Gedenktag der Reichsgründung am 18. Januar 2021 weitgehend ausgeblendet. Auch der Bundespräsident scheint die Forschungsergebnisse der letzten Jahrzehnte nicht wirklich zur Kenntnis genommen zu haben und belegt das Kaiserreich leider mit uralten, von der Wissenschaft längst widerlegten Stereotypen.

Schon bei seiner Rede am 3. Oktober 2020 zeigte sich bei Bundespräsident Steinmeier ein erstaunlich einseitig geprägtes Bild des Kaiserreichs, indem er betonte, „die nationale Einheit 1871 wurde erzwungen, mit Eisen und Blut, nach Kriegen mit unseren Nachbarn, gestützt auf preußische Dominanz, auf Militarismus und Nationalismus. ... Diese Glorifizierung des militanten Nationalismus, diese Verherrlichung des Krieges, des Heldentodes selbst von Kindesbeinen an, das war der unselige Geist der damaligen Epoche. Es war ein kurzer Weg von der Gründung des Kaiserreiches bis zur Katastrophe des Ersten Weltkrieges.“ Angesichts dieser Beurteilung der Einigungskriege auf europäischem Boden ist zu fragen, wie denn die Insurrektion der amerikanischen Kolonien gegen die britische Krone, der zu einem acht Jahre währenden blutigen Unabhängigkeitskrieg und der Entstehung der Vereinigten Staaten von Amerika führte, heute beurteilt werden muss? Auch die Vollendung der Einheit Italiens benötigte drei Kriege (gegen Österreich), die Teil des Risorgimento waren. Wie an anderer Stelle dieser Zeitschrift beschrieben, waren Militarismus und Nationalismus eben auch nicht allein charakterisierend für das Kaiserreich. Hinzugefügt sei, dass der konservative Widerstand gegen Hitler die Erinnerung an das Kaiserreich zunehmend als Legitimationsobjekt für sich beanspruchte.



Schloss Bellevue, 16. Januar 2012: Abendessen zu Ehren von Georg Friedrich Prinz von Preußen in Schloss Bellevue – Bundespräsident Christian Wulff und seine Frau Bettina mit Georg Friedrich Prinz von Preußen und Sophie Prinzessin von Preußen.

„Kein Verlangen“?

Das offizielle Gedenken der Bundesrepublik Deutschland an den 150. Jahrestag der Reichsgründung beschränkte sich auf eine Veranstaltung im Schloss Bellevue. Nach einer einleitenden Ansprache des Bundespräsidenten ging es in dem Gespräch um Fragen von Zusammenhalt und Identität (was macht eine Nation aus?), um Modernisierung und ihre Folgen, um Politisierung und Populismus, das Verhältnis von Nationalstaat und Europa und um Deutschlands Rolle in einer multipolaren Welt. Der Bundespräsident diskutierte dazu mit Hélène Miard-Delacroix, die deutsche Zeitgeschichte an der Universität Sorbonne in Paris lehrt, Christina Morina, Professorin für Allgemeine Geschichte an der Universität Bielefeld, und Eckart Conze, Professor für Neueste Geschichte an der Universität Marburg. Sir Christopher Clark, der in Cambridge als

Experte für Deutschland und das Europa des 19. Jahrhunderts lehrt, war per Video zugeschaltet. In seinen einleitenden Worten bemerkte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier: „Nach einer nationalen Feier der Reichsgründung verlangt, so mein Eindruck, heute niemand. Der 18. Januar ist kein Datum, das im kollektiven Gedächtnis der Deutschen wirklich präsent ist. ... Wir Deutschen stehen dem Kaiserreich heute (so) beziehungslos gegenüber ...“

Erinnerungskultur

Am 17. August 1991 wurden die Preußenkönige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. von der Burg Hohenzollern nach Potsdam umgebettet. 60.000 Menschen sind an den beiden Zinksärgen im Ehrenhof von Schloss Sanssouci vorbeidefiliiert. Nur Bundeskanzler Kohl und der Prinz von Preußen Louis Ferdinand (1907-1994) waren dabei, als der Zink-

sarg Friedrichs des Großen um Mitternacht in die Sanssouci-Terrasse eingelassen wurde. Die Teilstreitkräfte der demokratischen Bundeswehr standen Spalier. Bundeskanzler Helmut Kohl wollte das gebrochene Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte heilen.

2000 Jahre nach der Varusschlacht, im Jahr 2009, fanden zahlreiche Veranstaltungen zur Erinnerung an die Geschehnisse statt. Im Römermuseum in Haltern am See, im Museum und Park Kalkriese und im Lippischen Landesmuseum in Detmold waren die drei Ausstellungen des gemeinsamen Ausstellungsprojektes „Imperium. Konflikt. Mythos. 2000 Jahre Varusschlacht“ zu sehen. Es war die größte historische Sonderausstellung in der Geschichte der Bundesrepublik. Mit der Ausgabe einer Sonderbriefmarke am 4. Juni 2009 erinnerte die Bundesrepublik Deutschland an die Varusschlacht. Wer hat danach verlangt und welche Beziehungen haben wir zu den Stämmen der Germanen?

2010, aus Anlass ihres 200. Todestages, stand die preußische Königin Luise (1776-1810) im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und des öffentlichen historischen Gedächtnisses. Drei große Ausstellungen und zahlreiche Veranstaltungen an den Schauplätzen ihres Lebens beleuchteten Leben und Mythos Luises aus unterschiedlichen Perspektiven.

Am 24. Januar 2012 jährte sich der Geburtstag Friedrichs des Großen zum 300. Mal. Im Berliner Konzerthaus am

Gendarmenmarkt fand ein gemeinsamer Festakt der Länder Berlin und Brandenburg zum 300. Geburtstag des Preußenkönigs statt, an welcher der damalige Bundespräsident Christian Wulff teilnahm. Zudem hatte er Georg Friedrich Prinz von Preußen, den derzeitigen Chef des Hauses Hohenzollern und Nachfahren des Königs, zu einem Abendessen eingeladen. Niemand hat sich daran gestört, dass der Bundespräsident hier einen absolutistischen König ehrte.

Zum 200. Geburtstag Otto von Bismarcks am 1. April 2015 ehrte ihn die Bundesrepublik mit einer Sonderbriefmarke. Das Finanzministerium begründete das: „Der 200. Geburtstag bietet die Gelegenheit, sich der vielschichtigen Persönlichkeit und des Erbes dieser 'dominanten Figur der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, vielleicht sogar des gesamten Jahrhunderts' (Henry Kissinger) neu zu nähern.“

Alles das sind positive Beispiele der Beschäftigung mit preußisch-deutscher – sogar römisch-germanischer – „Geschichte, die auch eine gewisse Kohärenz in der Erinnerungskultur erkennen lassen. Es scheint, dass die preußische Geschichte einen festen Platz in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik hat. Umso erstaunlicher ist es, dass der Akt der Reichsgründung, mit seinen weitreichenden Folgen bis heute, nicht in dem Maße für gedenkenswert erachtet wird, wie das bei früheren Jubiläen der Fall war.



Entwicklung des 18. Januar

Denn durchaus ist der Tag auch schon anders begangen worden. „Der 18. Januar ist eine monarchistische, erst in der Republik gegen die Republik erfundene Feier“, urteilte das SPD-Organ „Vorwärts“ 1929 – eine Einschätzung, die von der Forschung zum Teil bestätigt wird. Tatsächlich sind die Feiern zum Gründungstag des Deutschen Kaiserreiches 1871 erst in der Weimarer Republik populär geworden. Während des Kaiserreiches stand eher der 2. September als Tag des Gedenkens an die Schlacht bei Sedan am 2. September 1870 im Mittelpunkt. In der Weimarer Republik und in der ersten Jahren der Nazi-Zeit wurde der 18. Januar als Gedenktag – häufig im akademischen Milieu und an den Universitäten – begangen.

Die DDR gab die Feiern zum Reichsgründungstag völlig auf. Anders die Bundesrepublik Deutschland. Bundestagspräsident Hermann Ehlers hatte 1951 anlässlich eines Gedenkens im Bonner Parlament gesagt: „Was uns mit der Zeit vor 80 Jahren verbindet, ist der Wille, mit den Mitteln und Möglichkeiten der Zeit der Einheit, Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen Volkes zu dienen.“ Zehn Jahre später stellte Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier an gleicher Stelle fest, dass der Bundestag „der legitime Platzhalter eines künftigen gesamtdeutschen Reichstages“ sei. „Darum gedenken wir des Deutschen Reiches heute, an seinem 90. Geburtstag, nicht als einer vergangenen, sondern als einer aus der Vergangenheit in die Zukunft der Deutschen greifenden, lebendigen Größe.“



Beisetzung der Särge Friedrichs des Großen und seines Vaters Friedrich Wilhelm I. in Potsdam, 17. August 1991: Aufbahrung des Sarges Friedrichs des Großen im Ehrenhof des Schlosses Sanssouci mit Ehrenwache der Waffengattungen der Bundeswehr.

Am 18. Januar 1971 – 100 Jahre nach dem Ereignis – brachte die Deutsche Bundespost und die Deutsche Post Berlin jeweils eine motivgleiche Sonderbriefmarke 100 Jahre Reichsgründung zu 30 Pfennig heraus. Dies entsprach dem damaligen Porto für einen Standardbrief. Am 24. November 1971 wurde eine Gedenkmünze zum Nennwert von fünf Deutsche Mark ausgegeben, die das gleiche Ereignis würdigte. Der damalige Bundeskanzler Willy Brandt, der das deutsche Kaiserreich durchaus kritisch sah, nannte die Reichsgründung anlässlich einer Veranstaltung zum 100-jährigen Jubiläum 1971 noch einen „nationalgeschichtlichen Höhepunkt“ und ließ durch seinen Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, einen Kranz der Bundesregierung am Grab des Fürsten von Bismarck in Friedrichsruh niederlegen. Schon 1965 anlässlich des 150. Geburtstages von Bismarck hatte Willy Brandt die Reichsgründung als „zu Stolz doch wirklich Grund“ bietend bezeichnet. Man sah sich geschichtlich immer noch in der Tradition des 1871 gegründeten Deutschen Reiches und der von Bonn vertretene nationale Alleinvertretungsanspruch gegenüber der DDR erklärt wenigstens zum Teil, warum der 100. Jahrestag der Reichsgründung festlich begangen wurde. Das Gedenken an den 18. Januar hatte auch etwas mit der bundesdeutschen Wiedervereinigungspolitik zu tun. Das hat sich mit der Einheit vom 3. Oktober 1990 erledigt.

Warum aber 30 Jahre nach der zweiten deutschen Einheit der 150. Jahrestag der ersten staatlichen Einheit der Deutschen nur eine akademische Diskussion mit dem moderierenden Bundespräsi-



Schloss Bellevue, 13. Januar 2021: 150. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches – Diskussion von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit den Historikerinnen und Historikern Sir Christopher Clark (per Video aus London zugeschaltet), Christina Morina, Hélène Miard-Delacroix und Eckart Conze (v.l.n.r.) im Großen Saal.

dentent wert ist, bleibt unverständlich. Denn das Erstaunliche an der Bismarckschen Reichsgründung ist doch, dass dieses Reich 1918 das Verschwinden der Monarchie überlebte. Und der britische Verfassungshistoriker Oliver F. R. Haardt hat in seinem umfangreichen, gerade erschienen, Werk „Bismarcks ewiger Bund“ festgestellt: „Einige Strukturmerkmale des heutigen deutschen Bundesstaates stehen nach wie vor in der Tradition jener Föderalordnung, zu der sich die deutschen Einzelstaaten ... 1871 zusammenschlossen.“ Es gibt eine völkerrechtliche, historische und kulturelle Kontinuität zu diesem ersten Reich, in dem sich die Deutschen versammelten.

Und offensichtlich irrt Bundespräsident Steinmeier, als er feststellte, dass

wohl niemand nach einer nationalen Feier der Reichsgründung verlange. Im kollektiven Wissensarchiv des 20. Jahrhunderts ist die Erinnerung an den 18. Januar durchaus präsent. Der Hashtag #150JahreVaterland trendete innerhalb weniger Stunde auf Platz eins bei Twitter. Am Ende ist es nicht der medienwirksame Lärm aktivistischer Gruppen nach „Auslöschung“ von Denkmälern und Verbannung in Schulbücher und „Fernsehdokus“ (Hedwig Richter), sondern der breite öffentliche Diskurs, der die Debatte bestimmt.

Der 18. Januar muss fester Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur sein, um Zugänge zu unserer Geschichte zu eröffnen und um Entwicklungen nachzeichnen zu können, nicht unbedingt als Jubeltag, wohl aber als Chance zum historisch-kritischen Gedenken. Und wer heute meint, historischer Ereignisse oder bestimmter Persönlichkeiten nicht mehr erinnern oder gedenken zu können, weil die moralischen Ansprüche heute – hundert Jahre später – ganz andere sind, der beraubt sich gerade dieser Chance. Genau das ist zu Beginn dieses Jahres, am 18. Januar, geschehen. Dabei hätte es Grund genug gegeben, diesen wichtigen Meilenstein unserer Geschichte wieder stärker ins Bewusstsein zu rücken und neben der historisch-kritischen Betrachtung hätte ein bisschen Stolz auch nicht geschadet.

Markus Patzke

Bundesbildstelle (1); Gölner (1)

INFO

Aktuelle Bücher zur Reichsgründung und zum Kaiserreich

Haardt, Oliver F. R., *Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs. Die Entwicklung vom Fürstenbund zur Reichsmonarchie: interdisziplinäre Studie zur Reichsgründung 1871 und ihren Auswirkungen*, Darmstadt 2020.

Nonn, Christoph, *12 Tage und ein halbes Jahrhundert: Eine Geschichte des deutschen Kaiserreichs 1871-1918*, München 2020.

Jahr, Christoph, *Blut und Eisen: Wie Preußen Deutschland erzwang*, München 2020.

Bendikowski, Tilman, *1870/71: Der Mythos von der deutschen Einheit*, München 2020.



Das Gebiet um Königsberg/russ. Kaliningrad ist heute eine russische Exklave, Repro: Barkleit
<https://oiger.de/2018/06/18/kaliningrad-zwischen-kant-und-fussball-wm/168361/kaliningrad-karte>

04) Königsberger Gebiet: Endlich in die Heimat. Vor 30 Jahren wurde die Sperrzone aufgehoben

Von Bärbel Beutner

Königsberger Gebiet: Endlich in die Heimat

Vor 30 Jahren wurde die Sperrzone aufgehoben

Bis 1990 war das Königsberger Gebiet (Oblast Kaliningrad) als Teil der früheren deutschen Ostgebiete von der Bundesrepublik Deutschland – jedoch nicht von der DDR – als völkerrechtlich unter sowjetischer Verwaltung stehend betrachtet worden, auch wenn der Oberste Sowjet der UdSSR das Gebiet mit eisfreiem Zugang zur Ostsee bereits am 17. Oktober 1945 annektierte und per Erlass am 7. April 1946 über die Eingliederung in die RSFSR verfügte.

Erst 1991 wurde das bis dahin für Besucher gesperrte Gebiet im Zuge der Perestrojka wieder für ausländische Gäste geöffnet. So kamen unter anderem vorübergehend viele „Heimwehtouristen“ in die Oblast, die seit der Auflösung der Sowjetunion zur Russischen Föderation gehört. Mit der politischen Öffnung wurde die Bausubstanz verstärkt erhalten. Dies betrifft einige repräsentative Kirchen wie den Königsberger Dom und einige Dorfkirchen, aber auch andere vereinzelt Bauwerke wie die Königin-Luise-Brücke. Die Welt hat reichlich Sor-

gen in diesem Jahr 2021, aber Gedenktage und Jubiläen gibt es auch. Der 75. Todestag des schlesischen Nobelpreisträgers Gerhart Hauptmann steht an, und schaut man weiter in die Weltliteratur, so jährt sich der 700. Todestag des Dichters Dante Alighieri („Die Göttliche Komödie“). Der russische Dichter Fjodor Michailowitsch Dostojewski („Schuld und Sühne“ bzw. „Raskolnikow“, „Die Dämonen“, „Die Brüder Karamasow“) wurde vor 200 Jahren geboren und starb vor 140 Jahren.

Für die früheren deutschen Bewohner

des Königsberger Gebietes wird 2021 ein Gedenkjahr, von dem die Welt wohl kaum Notiz nehmen wird. Ihre Heimat war 46 Jahre lang militärisches Sperrgebiet, für sowjetische Staatsbürger nur unter besonderen Bedingungen zu bereisen, für Ausländer und gar für die früheren deutschen Bewohner gänzlich verschlossen. 1991 trat ein, was man schon gar nicht mehr geglaubt hatte: Am 1. Februar 1991 wurde es möglich, offiziell mit Visum in die Kaliningrader Oblast zu reisen.

Spurensuche

Die ersten Reisen fanden unter manchmal abenteuerlichen Umständen statt. Man muss sich die politischen Verhältnisse damals vergegenwärtigen. Der Kalte Krieg war durchaus noch nicht Geschichte, Perestroika machte die ersten Gehversuche, überall Umbruch und Unsicherheit, noch keine ausgebauten und geregelten Grenzübertritte, Wartezeiten an den Grenzen konnten Stunden, manchmal Tage dauern – aber das Glück, „da gewesen zu sein“, überwog alles.

Es gab die unterschiedlichsten Reaktionen auf das Wiedersehen mit der alten Heimat. Alle wollten wissen, ob sie noch etwas „wiederfinden“, das Elternhaus,



Das Hauptschiff des Königsberger Doms während der Renovierungsarbeiten im Jahr 1994.



Der Königsberger Dom im Jahr 1998. Im Oktober 1998 wurde er – mit Unterstützung deutscher Organisationen – wiedereröffnet.

die Schule, den Dorfkrug oder was auch immer. Da gab es manche Enttäuschung. Schließlich befand man sich in einem der verheerendsten Kampfgebiete des Krieges. Das detaillierte Buch „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland“ von Helmut Borkowski gibt Auskunft darüber. Mir wird immer das kleine Gespräch mit einer Mitarbeiterin des „Hotels Kaliningrad“ in Erinnerung bleiben, die etwas Deutsch sprach. Sie erzählte, wie sie deutsche Besucher begleitet habe, die nichts mehr vorfanden und weinten. „Das ist uns dann so schade“, kam es voller Mitgefühl. Als ich ihr sagte, wie viel ich in meinem Heimatdorf vorgefunden habe, sagte sie: „Sie sind eine glückliche Frau!“ Ein Satz, der mich immer mahnt, wenn ich unzufrieden werde.

„Brücken bauen“

Manche Landsleute waren dankbar, die Heimat noch einmal gesehen zu haben und wollten es dabei bewenden lassen. Andere beschlossen, sich jetzt, wo endlich die Möglichkeit bestand, vor Ort für eine fruchtbare Russisch-Deutsche Zusammenarbeit einzusetzen. „Brücken bauen“, das war das Ziel aller Bemühungen und Aktivitäten. Die Offenheit und die Gastfreundschaft auf der russischen Seite ließen schnell Freundschaften entstehen, enge Verbindungen im Laufe der Jahrzehnte.

Hier können die zahlreichen Projekte und gelungenen Ergebnisse nur angedeutet werden. Es soll nur an eine „Sensation“ erinnert werden, die sich vor nunmehr 30 Jahren ereignete. Am Heiligabend 1990 landeten vier Deutsche im Hafen von Königsberg mit dem russischen Frachter „Amur 2513“. Wie war das möglich? Der damalige Kreisvertreter von Fischhausen, Louis-Ferdinand Schwarz, hatte in dem Patenkreis Pinneberg zu einer Spendenaktion aufgerufen, bei der 60.000 DM zusammenkamen. Es gab in der deutschen Presse den Aufruf „Helft Russland!“ Schwarz wandelte den Aufruf in „Samlandhilfe“ um, für die eingegangenen Spenden wurden mit Hilfe der Bundeswehr Lebensmittelpakete mit einem Gesamtgewicht von 21 t gepackt, und es gelang dem Kreisvertreter, bei der russischen Botschaft ein Sondervisum vom 19. bis zum 29. Dezember für vier Personen zu bekommen. Die Delegation war auf der russischen Seite zu Gast. Die damaligen Presseberichte enthalten zahlreiche Namen von Personen, die bald zu Freunden werden sollten. Im September 1991 kamen bereits russische Gäste zum jährlichen Kreistreffen der Fischhausener in Pinneberg, auch das damals eine Sensation.

Nun wollen wir hoffen, dass die Hindernisse durch Corona bald aufhören und die gegenseitigen Besuche wieder möglich werden, die vor 30 Jahren beginnen konnten.

Bärbel Beutner

Patzke (2); Kulturstiftung (1)

05) Ermittlungen zum Tod von Jan Masaryk eingestellt

Der Tod von Jan Masaryk wird vermutlich nie endgültig aufgeklärt werden. Sicher weiß man heute nur, dass Masaryk am Abend des 9. März 1948 noch am Leben war. Aber dann, in den Morgenstunden des 10. März 1948 wurde im Hof des Czernin-Palais im Prager Burgviertel die Leiche des damaligen Außenministers Jan Masaryk gefunden. Die Frage, ob es Selbstmord, Mord oder ein Unfall war, beschäftigt Polizei und Öffentlichkeit in Tschechien bis heute. Nun wurde ein weiteres Untersuchungsverfahren ergebnislos eingestellt.

[Bitte sehen Sie hier, was „Radio Prag“ darüber berichtet.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 31 / 2020

Wien, am 11. März 2021

Ermittlungen zum Tod von Jan Masaryk eingestellt.

Von Daniela Honigmann und Eva Kézrová

10.03.2021



Länge 4:29. Dokumentation zum Tod von Jan Masaryk.
Foto: Michaela Danelová, Archiv des Tschechischen Rundfunks

<<https://deutsch.radio.cz/sites/default/files/audios/871e81bb5f32ba171795a9b572b07bd1.mp3>>

Vor genau 73 Jahren, in den Morgenstunden des 10. März 1948, wurde im Hof des Czernin-Palais im Prager Burgviertel die Leiche des damaligen Außenministers Jan Masaryk gefunden. Die Frage, ob es Selbstmord, Mord oder ein Unfall war, beschäftigt Polizei und Öffentlichkeit in Tschechien bis heute. Nun wurde ein weiteres Untersuchungsverfahren ergebnislos eingestellt.



Jan Masaryk.
Foto: Archiv des tschechischen Außenministeriums

Der Tod von Jan Masaryk wird vermutlich nie endgültig aufgeklärt werden. Sicher weiß man heute nur, dass Masaryk am Abend des 9. März 1948 noch am Leben war. Am nächsten Morgen wurde sein lebloser Körper direkt unter dem Fenster seiner Dienstwohnung im Außenministerium gefunden. Was in der Zwischenzeit passiert ist, wurde zunächst im Auftrag der herrschenden Kommunistischen Partei untersucht. Schnell kam man damals zu dem Ergebnis, Masaryk hätte Selbstmord begangen.

Spätere Ermittlungen gingen eher von einem Unglücksfall und auch von Mord aus. Im Oktober 2020 wurde das insgesamt fünfte Untersuchungsverfahren aufgenommen – und am vergangenen Freitag ergebnislos wieder eingestellt. Aleš Cimbala ist Sprecher der Prager Staatsanwaltschaft:

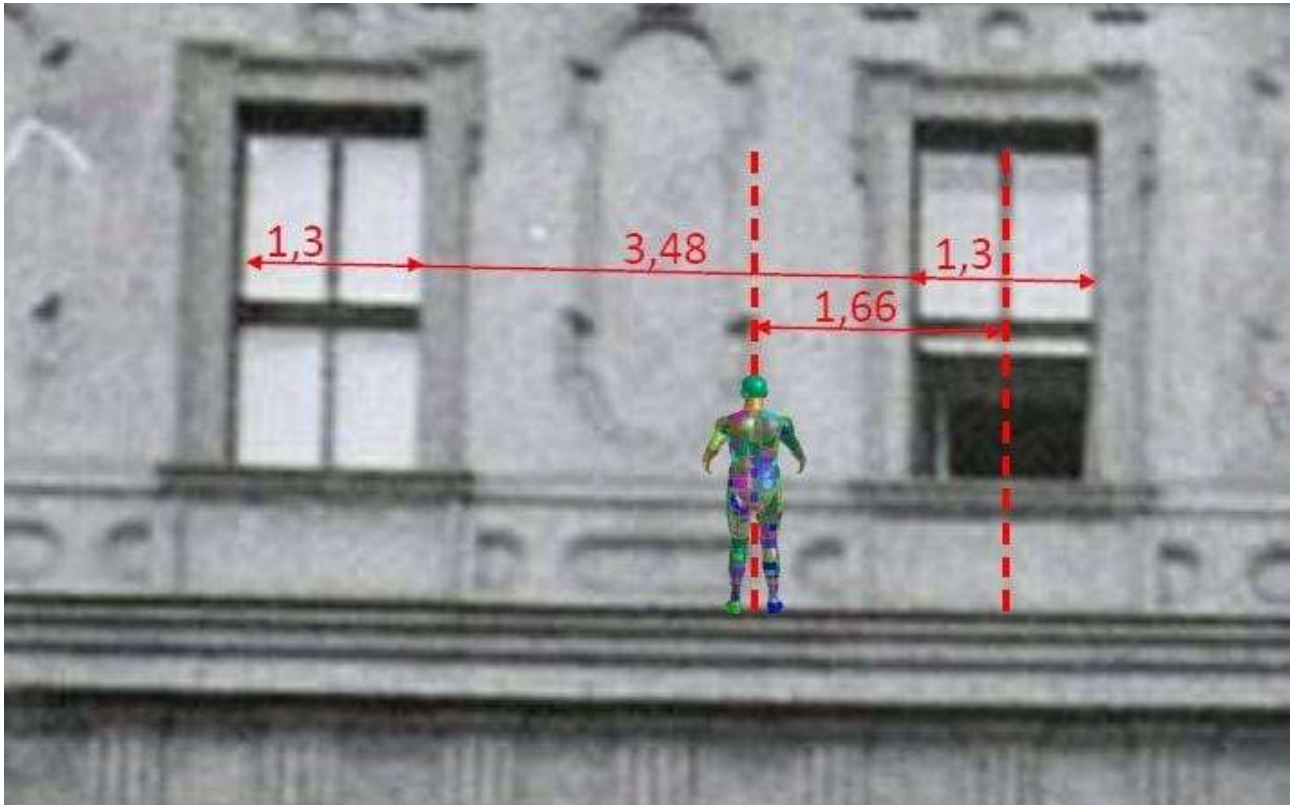


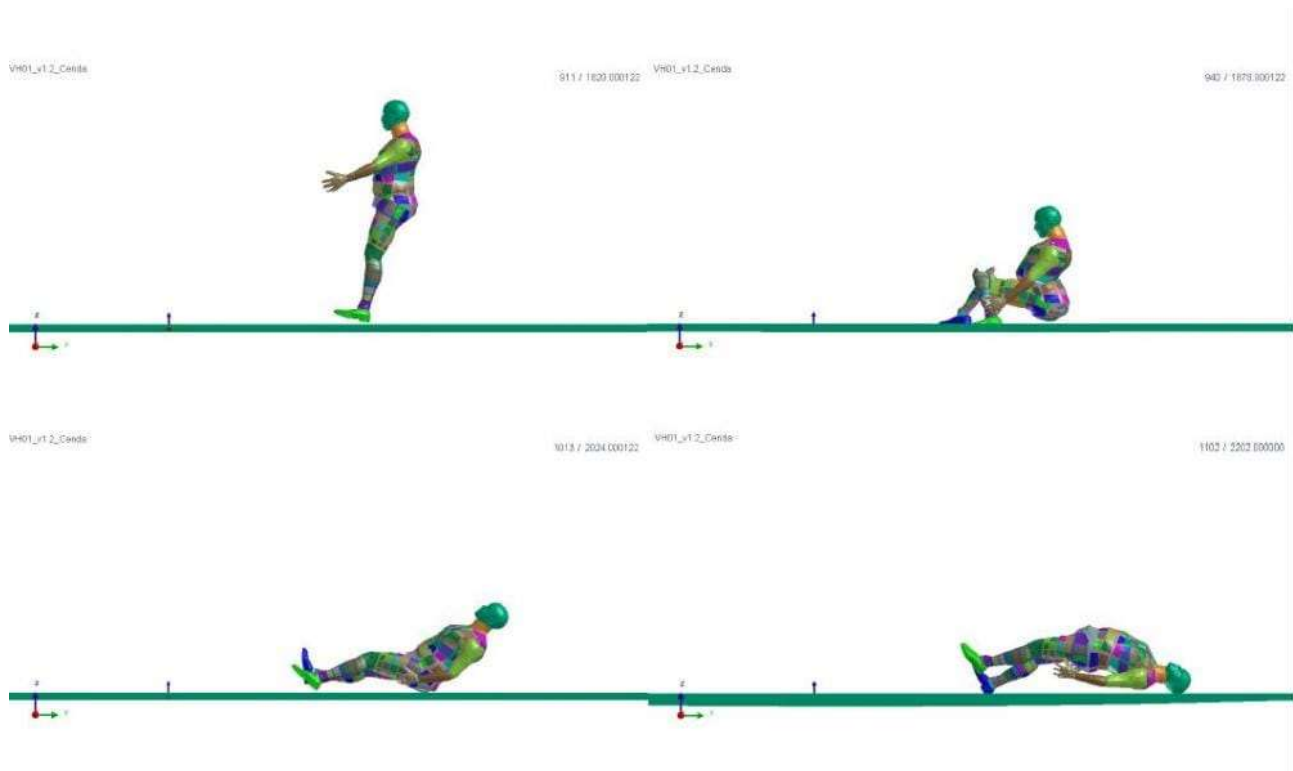
Foto: Jan Špička

„Im Verlauf der Ermittlungen wurden keine neuen Erkenntnisse erzielt, die auch unter Berücksichtigung früherer Ergebnisse einen eindeutigen und unzweifelhaften Schluss über die Todesumstände ermöglichen würden. Die Anwesenheit weiterer Personen beim Sturz aus dem Fenster kann weder bestätigt noch widerlegt werden.“

Der Tod des Sohnes von Republikgründer Tomáš Garrigue Masaryk wird oft in Zusammenhang gebracht mit der Machtübernahme der Kommunisten zwei Wochen zuvor. Anders als die anderen demokratischen Minister weigerte sich Jan Masaryk nämlich, sein Amt niederzulegen. In der Bevölkerung war er beliebt und sein plötzliches Ableben ein Schock.

Die Neuaufnahme der Ermittlungen hatte zwei Auslöser. Zum einen hatte der Tschechische Rundfunk 2019 eine bis dahin unbekannte Aufnahme von Vilibald Hofmann präsentiert. Der Polizist traf 1948 als erster am Tatort ein und widersprach 20 Jahre später in einem privaten Gespräch der ursprünglichen Version der Ermittler. Die zweite Anregung ging aus aktuellen wissenschaftlichen Untersuchungen hervor, die es prinzipiell für möglich halten, dass Masaryk selbst gesprungen oder aus Versehen hinuntergestürzt sein könnte. Martin Čermák ist einer der Verfasser der Analyse:

„Ich wende mich gemeinsam mit dem Kollegen Jan Špička von der Westböhmisches Universität in Pilsen gegen die Ergebnisse der Ermittlungen von 2003. Auf Grundlage der heute bekannten Fakten kann ein Mord nicht eindeutig belegt werden. Möglich sind auch ein Selbstmord und ein Unfall. Alle Varianten sind gleichermaßen wahrscheinlich.“



Simulation des Sturzes Masaryks. Quelle: Archiv von Jan Špička



Jan Špička und Martin Čermák. Foto: Michaela Danelová, Archiv des Tschechischen Rundfunks

Die beiden Wissenschaftler haben nicht nur Archivmaterialien, Fotos und den Autopsiebericht erneut studiert. Zusätzlich wurden biomedizinische Untersuchungen im Forschungszentrum für neue Technologien an der Pilsener Universität durchgeführt, die eine Simulation des Fenstersturzes beinhaltete. Begleitende Versuche fanden auch direkt im Außenministerium statt. Noch einmal Čermák:

„Wir haben alle Daten zusammengetragen und sind zu der Erkenntnis gekommen, dass sich Masaryk zuletzt an der Außenseite des Czernin-Palais befand. Er stand auf dem Sims mit dem Gesicht zur Wand zwischen zwei Fenstern, etwa einen Meter von ihnen entfernt.“



Foto: Archiv von Jan Špička

Die Analyse lautet, dass Masaryks Körper andere Verletzungen aufgewiesen hätte und auch ein anderer Fundort wahrscheinlicher sei, wenn der Minister aus dem Fenster gestoßen worden wäre.

Diese Variante deckt sich mit Untersuchungen aus den 1990er Jahren. Es ist also inzwischen so gut wie sicher, wie Masaryk gestorben ist. Unklar bleibt hingegen, warum der Minister auf dem Sims stand – ob aus freiem Willen oder unter Zwang. Die Kriminalbeamten gehen davon aus, dass zur Klärung dieser Frage weitere Forschungen in den Archiven der russischen Geheimdienste beitragen könnten.

Autoren: [Daniela Honigmann](#) , [Eva Kézrová](#)

Quelle:

<https://deutsch.radio.cz/ermittlungen-zum-tod-von-jan-masaryk-eingestellt-8711630>

06) Gedenken an den ersten Vertriebenentransport.

Hessische Landesbeauftragte: Beginn der 295 Eisenbahn-Transporte aus dem Sudetenland

Gedenken an den ersten Vertriebenentransport

Landesbeauftragte: Beginn der 295 Eisenbahn-Transporte aus dem Sudetenland

Weilburg. (dod) Der erste aller Vertriebenentransporte nach Hessen kam am 4. Februar 1946 aus Kuttenplan im Egerland mit 1.200 Personen in der Stadt Weilburg an. Es sollten weitere 294 Transporte aus dem Sudetenland in das neu geschaffene Bundesland Hessen mit jeweils 40 Waggons, in denen immer 30 Personen untergebracht waren, folgen. Insgesamt kamen rund 400.000 aus ihrer Heimat im Sudetenland Vertriebene nach Hessen, die damit in unserem Bundesland die größte Gruppe unter den Heimatvertriebenen darstellen. Seit dem Jahr 2006 erinnert eine Gedenktafel im einstigen Weilburger Bahnhofsgelände (heute Rezeption eines Hotels) an die Ankunft des ersten Vertriebenentransportes in Hessen.



In den vergangenen Jahren wurde alle fünf Jahre in Weilburg der Ankunft des Vertriebenenzuges mit einer besonderen Gedenkveranstaltung gedacht. Aufgrund der Corona-Pandemie ist dies in diesem Jahr leider nicht möglich. Vertreter des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Kreisverband Limburg-Weilburg legten zur Erinnerung auf dem Weilburger Friedhof einen Kranz nieder.

Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf unterstrich die Notwendigkeit, sich die Ereignisse vor 75 Jah-

ren zu vergegenwärtigen und an kommende Generationen weiterzugeben. Dies sei notwendig, um der geschichtlichen Wahrheit willen und zur Bewahrung eines würdigen Andenkens an die Opfer von Flucht und Vertreibung. „Für diese Menschen war die Vertreibung eine Katastrophe. Sie hatten mehr verloren als ihr Hab und Gut, das sie zurücklassen mussten: Man hatte ihnen den Boden unter den Füßen weggezogen. Sie hatten ihre Heimat verloren. Das menschliche Elend, das diese sogenannte, laut Potsdamer Protokoll 'geordnete Überführung' hervorrief, gehört zu den vielen schlimmen Kapiteln des zwanzigsten Jahrhunderts“, so Ziegler-Raschdorf.

Der BdV-Vorsitzende des Kreisverbandes Limburg-Weilburg, Josef Plahl, erinnerte außerdem daran, dass Menschen gekommen seien, die den Willen hatten, das Land aufzubauen. „Die Heimatvertriebenen haben einen wichtigen Beitrag zum politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau dieses Landes geleistet. Insofern ist deren Geschichte ein Teil der Geschichte des ganzen Landes geworden. Die Vertreibung der Deutschen aus den früheren Ostgebieten des Deutschen Reiches, dem Sudetenland und den angestammten Siedlungsgebieten in Ost-, in Mittel- und Südosteuropa ist daher nicht nur eine Sache der Vertriebenen selbst, sondern eine Angelegenheit des gesamten deut-



Josef Plahl, BdV-Kreisvorsitzender Limburg-Weilburg, Otto Riedl, Kreisobmann der SL-Limburg-Weilburg in Egerländer Tracht, Werner Richter, Zeitzeuge des Transportzuges (v.l.n.r.) vor der Gedenktafel zur Erinnerung an die Ankunft des ersten Vertriebenentransportes im ehemaligen Weilburger Bahnhofsgelände.

schen Volkes.“ Der 4. Februar des Jahres 1946 habe folglich einen berechtigten Platz in der Erinnerungskultur. In diesem Zusammenhang müsse auch Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) genannt werden, welcher Bund und Ländern die gesetzliche Verpflichtung für die Erinnerungs- und Kulturarbeit auferlege, verdeutlichte die Landesbeauftragte und zitierte die Autorin, Regisseurin und Bürgerrechtlerin Freya Klier mit ihrer beeindruckenden Forderung nach einem „11. Gebot“: Du sollst Dich erinnern! „Und wir in Europa haben aus der Historie gelernt, dass die Zukunft in unserem gemeinsamen europäischen Haus nur über den Weg der Versöhnung und Verständigung führen kann. Diesen Weg beschreiten wir seit Jahrzehnten und es sind gerade die

Vertriebenenverbände, die diesen Weg unermüdlich gehen – entgegen manchem Vorurteil. Als Landesbeauftragte bin ich sehr dankbar für die stetigen Bemühungen des BdV und der Sudetendeutschen Landsmannschaft um die Völkerverständigung zwischen Deutschen und Tschechen. Grundlage dieser Verständigung ist das gemeinsame historische und kulturelle Erbe. Schließlich besteht das deutsch-tschechische Verhältnis nicht nur aus Konflikten und einer leidvollen Geschichte. Vor den Verwerfungen des 20. Jahrhunderts hatte es ein 800 Jahre langes einvernehmliches und fruchtbares Miteinander gegeben. Daran sollten wir wieder anknüpfen und darin eine Perspektive für die Zukunft sehen“, so Margarete Ziegler-Raschdorf abschließend.

07) Festschrift zum Wiesbadener Abkommen:
„Zukunftsvisionen mit visionären Zügen“

Festschrift zum Wiesbadener Abkommen

„Zukunftskonzept mit visionären Zügen“

Am 4. August 2020 jährte sich die Unterzeichnung des Wiesbadener Abkommens zum 70. Mal. In diesem Dokument bekannten sich 1950 Vertreter sudetendeutscher Vertriebener und tschechischer Exilorganisationen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem gemeinsamen, friedlichen Europa.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und der Sudetendeutsche Rat würdigen in Zusammenarbeit mit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen mit der Festschrift „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – von Vertreibung zu Verständigung“ die große Bedeutung dieses Nachkriegsdokumentes. Die nun erschienene umfangreiche Festschrift versammelt Beiträge aus der Politik, Wissenschaft und der Zivilgesellschaft.

Das Wiesbadener Abkommen stellt im Geiste echter und tiefer Versöhnung am Vorabend der Unterzeichnung der Charta der Heimatvertriebenen ein wichtiges Friedenssymbol dar. Zu Recht kann man das Wiesbadener Abkommen als ein Fundament für die Einigung Europas betrachten. Bereits in der Eichstädter Erklärung 1949 und in der Detmolder Erklärung 1950 hatten sich sudetendeutsche Politiker für einen Verzicht auf Rache und für ein friedliches Zusammenleben mit den tschechischen Nachbarn ausgesprochen.

In seiner Einleitung zur Festschrift erklärt Reinfried Vogler, Präsident der Sudetendeutschen Bundesversammlung und Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung, den historischen Rahmen des Wiesbadener Abkommens: „Es lag wohl an den noch frischen Wunden von beiderseits erlittenem Unrecht und Leid, sicher auch an dem Bemühen, die Spirale von Unrecht, Rache und Gewalt zu unterbrechen, aber gewiss auch an der geistigen Größe und Souveränität der



Handelnden und deren Mut, Neues durchzusetzen, dass mit diesem ersten Abkommen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen nach der Vertreibung ein Zukunftskonzept entstanden ist, das mit seinen Aussagen zu Vergangenheit und vor allem zur Zukunft damals wahrhaft visionäre Züge trug.“

Das Wiesbadener Abkommen bekundet den Wunsch beider Seiten, in der Tschechoslowakei demokratische Verhältnisse herzustellen und den Sudetendeutschen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Ähnlich wie in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen wird eine Kollektivschuld für das gegenseitig zugefügte Unrecht abgelehnt. Die Schäden, die dem tschechischen Volk wie den Sudetendeutschen zugefügt wurden, sollten wiedergutmacht und die geistigen Urheber dieser Schäden bestraft werden. Über die endgültigen staatspolitischen Verhältnisse sollten die Völker in Freiheit entscheiden, heißt es im Abkommen.

Zur Entstehung der Festschrift „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von

Vertreibung zu Verständigung“ trug nachhaltig Margarete Ziegler-Raschdorf, Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, bei. Auch Volker Bouffier, Hessischer Ministerpräsident, Gert-Uwe Mende, Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden, sowie der hessische Landesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft unterstützten das Vorhaben. Die Festschrift (Broschur, 108 Seiten, ISBN 978-3-88557-246-6) ist bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft und beim Sudetendeutschen Rat erhältlich. Finanziell gefördert wurde die Erstellung der Festschrift maßgeblich durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport und das Kulturstiftungsamt der Stadt Wiesbaden.

Die Online-Buchvorstellung

Bedingt durch die Corona-Pandemie konnte eine öffentliche Veranstaltung im Jubiläumsjahr, in deren Rahmen die Publikation vorgestellt werden sollte, nicht mehr stattfinden. Die Publikation wurde daher am 25. Januar 2021 in einem von Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung, moderierten Live-Stream präsentiert. Die Aufzeichnung dieser Übertragung ist auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung abrufbar: www.bit.ly/kulturstiftungvideo.

Anlässlich der Präsentation der Broschüre „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung“ sagte Margarete Ziegler-Raschdorf, Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler: „Auch wenn die Broschüre klein und handlich ist, so ist sie doch inhaltschwer.“ Hessen hat nach dem Zweiten Weltkrieg etwa 400.000 Menschen aus dem Sudetenland aufgenommen, die damals größte Gruppe der Heimatver-

triebenen im Bundesland. „Das Land Hessen fühlt sich mit den Sudetendeutschen in besonderer Weise verbunden“, betonte die Landesbeauftragte. Schon bald nach ihrer Ankunft hätten die Sudetendeutschen ihr Schicksal selbst in die Hand genommen und sich am Wiederaufbau des Landes beteiligt. Wichtige Teile dieser Entwicklung stellt Margarete Ziegler-Raschdorf auch in ihrem Beitrag für die Festschrift dar.

Der Staats- und Völkerrechtler Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gilbert Gornig stellte die Beiträge der Broschüre vor. „Sechs Aufsätze beschäftigen sich in der Broschüre mit dem Wiesbadener Abkommen, das kaum bekannt war. Umso bedeutender ist es, dass man auch die mutigen Männer, die sich zu diesem Wiesbadener Abkommen entschlossen haben, nochmal würdigt“, fasste er zusammen. Mit Texten, die jeweils andere Schwerpunkte setzten, könne man die Tragweite des Wiesbadener Abkommens bis heute erahnen. Es habe damals von beiden unterzeichnenden Seiten viel Mut erfordert, diesen Weg zu gehen. „Es waren also mutige Männer, die sich die Hand reichten, zur Versöhnung schritten und zur Verzeihung bereit waren. Sie sollten mit dem Büchlein auch vor dem Vergessen bewahrt werden“, schloss Prof. Gornig seine Ausführungen.

„Nationalismus ist Feigheit und Dummheit zugleich. Aber um Frieden zu schließen, muss man tapfer sein“, schloss sich Bernd Posselt, Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, an. „Das Wiesbadener Abkommen ist, zumindest für die Sudetendeutschen, vielleicht sogar wichtiger als die viel zitierte Charta der Heimatvertriebenen, obwohl es seltener zitiert wird“, sagte er. Das Abkommen wende sich ganz klar gegen jede Form von Totalitarismus und sei auch in seiner Absage an eine Kollektivschuld noch immer hochaktuell: „Es gibt keine Kollektivschuld, aber es gibt eine kollektive Verantwortung im Sinne eines ‚nie wieder‘.“

Christa Naaf, Generalsekretärin des Sudetendeutschen Rates, erklärte bei der Vorstellung der Festschrift: „Deutsche, Sudetendeutsche und Tschechen sind auf einem guten Weg des Aufarbeitens der Geschichte, auf einem guten Weg des Miteinanders.“ Die Festschrift diene



Vorstellung der Festschrift: „70 Jahre Wiesbadener Abkommen – Von Vertreibung zu Verständigung“, im Bild Thomas Konhäuser, Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Live übertragen am 25. Januar 2021.

dabei sowohl der mahnenden Erinnerung als auch als Aufforderung, den Auftrag der weltweiten Ächtung von Vertreibungen weiter zu verfolgen. „Ursachen und Umstände von Vertreibung und Flucht vor 70 Jahren und heute lassen sich nicht gleichstellen. Aber es lassen sich Lehren ziehen“, sagte Christa Naaf.

Abschließend dankte Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Präsident

der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, den beteiligten Autoren sowie dem Land Hessen für die finanzielle Unterstützung der Broschüre. „Für mich ist das Wiesbadener Abkommen der Versuch, über Nationalitätengrenzen und auch andere weltanschauliche Grenzen hinweg, auf der Basis von bestimmten Grundwerten eine gemeinsame, friedliche Zukunft aufzubauen.“

(PM)

08) Gedenktag an die Vertreibung der Ungarndeutschen:

„Würdevolle Erinnerung an die, die gelitten haben“. Von Marc-P. Halatsch

Gedenktag an die Vertreibung der Ungarndeutschen

„Würdevolle Erinnerung an die, die gelitten haben“

Viktor Orbán, der Ministerpräsident Ungarns selbst, erinnerte am 75. Jahrestag des Beginns der Vertreibung der Ungarndeutschen, dem 19. Januar 2021, an ein viele Jahrzehnte unbeleuchtetes Kapitel ungarischer Geschichte. Gemeinsam mit dem Abgeordneten der Ungarndeutschen in der Ungarischen Nationalversammlung, Emmerich Ritter, legte er in an der Gedenktafel am Bahnhof Wudersch (Budaörs) einen Kranz nieder.

Begegnung und Gedenken wurden, musikalisch unterlegt mit einer Aufnahme von „Am Brunnen vor dem Tore“, filmisch dokumentiert und in den sozialen Netzwerken veröffentlicht. Orbán ließ kommentieren: „der 75. Jahrestag der Vertreibung der Ungarndeutschen. Grausam für die Opfer. Würdevolle Erinnerung an diejenigen, die gelitten haben“. In einer Zeit, in der aufgrund der Corona-Pandemie Gedenkveranstaltungen mit Publikum und Ansprachen nicht möglich sind, kann diese Form der Anteilnahme am Schicksal der Ungarndeutschen als deutliches Zeichen der Verbundenheit angesehen werden. Emmerich Ritter, selbst 1952 in Wudersch geboren, erklärte dankbar, der Ministerpräsident persönlich sei mit der Idee einer Kranzniederlegung auf ihn zugekommen.

Zeichen gegen Kollektivschuld

Seit 2013 begeht Ungarn offiziell diesen Gedenktag, um zu zeigen, dass mit Vertreibung und Deportation der Deutschen auch ein wichtiges Stück der eigenen Landesidentität preisgegeben wurde. Außerdem soll der Gedenktag ein Zeichen gegen Kollektivschuld setzen



Das Parlamentsgebäude in Budapest.

und darauf aufmerksam machen, welches Unheil der Zweite Weltkrieg und seine Folgen auch über Ungarn gebracht haben.

Stets sind bei den Gedenkveranstaltungen in Ungarn auch offizielle deutsche Vertreter zu Gast. Oft organisieren Ungarische Konsulate oder die Zweigstellen des Ungarischen Kulturinstitutes in Deutschland eigene Formate in ihrem Wirkungsbereich. In diesem Jahr gab es gleich zwei bemerkenswerte Aktionen.

Ein Projekt hatte das Generalkonsulat von Ungarn in München vorbereitet und zu einer virtuellen Gedenkveranstaltung eingeladen, die Video-Grußworte aus ganz unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Bereichen mit einer Filmvorführung verband. Generalkonsul Gábor Tordai-Lejkó machte in seinen einleitenden Worten deutlich, dass Vertreibung und Verschleppung der Ungarndeutschen in russische Arbeitslager „keinesfalls eine humane Lösung“ waren. Die Betroffenen seien sämtlich

enteignet und ihnen die ungarische Staatsangehörigkeit entzogen worden. Ausdrücklich bezeichnete Tordai-Lejkó diese Aktionen als „Mittel der Vergeltung bzw. einer ethnischen und politischen Säuberung“. Erst nach dem Fall des Eisernen Vorhanges habe die Aufarbeitung der damaligen Ereignisse vorankommen können. Damit sei „eine neue, respektvolle Epoche in Ungarn“ eingeleitet worden. Heute würden die rund 185.000 Ungarndeutschen als Mitbürger geschätzt, hätten eine eigene politische Vertretung und würden staatlich in ihrer Kultur- und Sprachpflege gefördert.

Kooperationspartner für die Gedenkveranstaltungen des ungarischen Generalkonsulates in München ist das dortige Haus des Deutschen Ostens (HDO), dessen Direktor Prof. Dr. Andreas Otto Weber ebenfalls einen Videogruß sandte. Weber schilderte in aller Kürze die historischen Bedingungen, unter denen Vertreibung und Deportation der Ungarndeutschen zur Zwangsarbeit stattfanden.

Die bis ins hohe Lebensalter fortwirken- den Traumata der Betroffenen hätten seinen persönlichen Blick auf die damaligen Ereignisse sehr geprägt.

Grüße der Bundesregierung, insbesondere von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesinnenminister Horst Seehofer, überbrachte der Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius. Er verdeutlichte nochmals, dass Vertreibung und Verschleppung mehr als die Hälfte der damals in Ungarn lebenden Deutschen betroffen hatte. Diejenigen, die in ihrer Heimat hatten bleiben können, seien – ostblock-typisch – Opfer jahrzehntelanger „sowjetisch geprägter Unterdrückung“ geworden. Die „Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen“ sei aber nach den politischen Umbrüchen zu Beginn der 1990er Jahre schnell zu einem verlässlichen Partner einer Regierungspolitik geworden, die auf ein gedeihliches Miteinander der angestammten Ethnien ausgerichtet ist. Die guten Bedingungen in Minderheiten- und Sprachförderung würden dazu führen, dass sich heute sogar mehr Menschen zu ihrer deutschen Abstammung bekennen, als dies früher der Fall war, so Fabritius.

Sylvia Stierstorfer, Beauftragte für Aussiedler und Vertriebene der Bayerischen Staatsregierung, ergänzte in ihrer Videobotschaft, dass die Geschichte der Ungarndeutschen sowie von Vertreibung und Verschleppung „im Gegensatz zur Lage in manch anderem Nachbarland in der ungarischen Gesellschaft kein Tabu“ sei. Dies erleichtere auch grenzüberschreitenden Austausch und Zusammenarbeit.

Die vom Generalkonsulat organisierte Präsentation des ungarischen Historien- dramas „Ewiger Winter – Die Vergessenen des 2. Weltkriegs“ bildete den zweiten Teil der Veranstaltung. Auf eindringliche Weise wird darin vom Schicksal junger ungarndeutscher Frauen erzählt, die zu Weihnachten 1944 von der Roten Armee zur Zwangsarbeit verschleppt worden waren. Unter menschenverachtenden Bedingungen zur Arbeit gezwungen, war die Sehnsucht nach der Familie – nach Kindern und Eltern – für viele von ihnen der Antrieb, das Leid zu ertragen und am Leben zu bleiben.

Die Einbindung eines Films in das Programm ist auch die inhaltliche Verbindung zur zweiten virtuellen Gedenkver-

anstaltung, die am 19. Januar 2021 stattfand: Das Ungarische Kulturinstitut in Stuttgart mit seinem Direktor Dr. Dezső B. Szabó hatte hierzu eingeladen und sowohl das Stuttgarter Ungarische Generalkonsulat als auch die Landsmannschaft der Ungarndeutschen sowie die Landesselbstverwaltung daran beteiligt.

Gezeigt wurde hier jedoch der Film „Endgültig ausgewiesen“, ein ungarischer Lehrfilm der 2018 fertiggestellt wurde und die Vertreibung der Ungarndeutschen aus der Gemeinde Sankt-Iwan (Pilisszentiván), nordwestlich von Budapest, thematisiert. Co-finanziert von der Ungarischen Akademie der Künste wurde eine filmische Spurensuche durchgeführt, in der Zeitzeugen interviewt und intensiv recherchiert wurde, um die Ereignisse nach dem Zweiten Weltkrieg nachzuvollziehen und „weiße Flecken in der Geschichte“ mit Farbe zu füllen. Wortbeiträge zur

Veranstaltung kamen vom Generalkonsul Ungarns in Stuttgart, Dr. András Izsák, vom Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn, Joschi Ament, von der Vorsitzenden der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, Ibolya Hock-Engländer, und vom ungarischen Staatssekretär für Kirchen, Minderheiten und zivile Angelegenheiten, Miklós Soltész.

Die Beteiligten sämtlicher Veranstaltungen freuten sich, dass dem Gedenken auch unter Corona-Bedingungen ein gebührender Raum eingeräumt werden konnte. Da aber der Austausch unter den Teilnehmern im virtuellen Raum nur sehr eingeschränkt möglich ist, bleibt die Hoffnung darauf gerichtet, dass die digitalen Impulse nach Abklingen der Pandemie fortwirken und grenzüberschreitende Begegnung und Verständigung dann mit neuer Kraft weitergeführt werden.

Marc-P. Halatsch

01) Zeitzeugen für „Lastenausgleich“ gesucht.
Auswandererhaus sucht Geschichten und Objekte

Zeitzeugen für „Lastenausgleich“ gesucht

Auswandererhaus sucht Geschichten und Objekte

Bremerhaven. (dod) Wer erinnert sich an die Lastenausgleich-Debatte der 1950er Jahre und an das Lastenausgleichsverfahren in der eigenen Familie? Das Deutsche Auswandererhaus Bremerhaven, das anhand realer Familiengeschichten und inszenierter Ausstellungsräume 330 Jahre deutscher Aus- und europäischer Einwanderungsgeschichte präsentiert, sucht für seine neue Dauerausstellung Zeitzeugen.

Das von der Bundesregierung am 14. August 1952 beschlossene Lastenausgleichsgesetz sah vor, von Kriegsfolgen geschädigte Deutsche – darunter auch diejenigen, die durch Vertreibung aus früher nicht zum Deutschen Reich gehörenden Gebieten nach Westdeutschland kamen – zu entschädigen. Für die junge Bundesrepublik bedeutete die Auseinandersetzung über die Kosten der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen einen wichtigen Schritt zur Klärung des eigenen Selbstverständnisses. Heftig umstritten waren sowohl der Umfang als auch die Finanzierung der Zahlungen. Nicht selten erlebten die Betroffenen die Ausgleichszahlungen nicht mehr, da diese größtenteils erst Ende der 1970er Jah-

re vollständig ausgezahlt worden sind.

Das Deutsche Auswandererhaus sucht jetzt Personen, die über die Debatte um den Lastenausgleich als ein Teil der eigenen Familiengeschichte, von dem Prozess der Antragsstellung oder den Reaktionen der Umgebung berichten. Auch sind die Museumswissenschaftler an der Darstellung von Kritikern der damaligen Regelung interessiert. Darüber hinaus sucht das preisgekrönte Migrationsmuseum Objekte, die an die Debatte erinnern: Fotos, Tagebücher oder andere Schriftstücke von Privatpersonen sowie amtliche Dokumente, Antragsunterlagen und Mitteilungsblätter von Interessenverbänden – gerne auch Transparente und Schilder von den damaligen Demonstrationen.

Die Beiträge sind zu schicken an: Deutsches Auswandererhaus, Stichwort: „Lastenausgleich“, Columbusstraße 65, 27568 Bremerhaven – oder per E-Mail an: e.kasakow@dah-bremerhaven.de. Für Rückfragen steht Dr. Ewgeniy Kasakow, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Auswandererhaus, auch telefonisch zur Verfügung (Tel.: 0471 / 90 22 0-0).

02) Finanzhilfe für Herrenhäuser-Datenbank

Finanzhilfe für
Herrenhäuser-Datenbank

SCHWERIN. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat dem Herrenhauszentrum in Greifswald für den Aufbau einer Datenbank für die Villen und Schlösser im Ostseeraum 1,3 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Damit sollen die 20.000 Gutshäuser im Ostseeraum dokumentiert werden, berichtete der NDR. Der Bund steuere für das Projekt weitere 2,6 Millionen Euro bei. „Gutshäuser prägen das Bild Mecklenburg-Vorpommerns. Sie sind nicht nur architektonisch, sondern auch kulturell einer der wichtigsten Bestandteile des Landes“, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Kultusministerin Bettina Martin (SPD) zum Start des Projekts. „Es ist von herausragender wissenschaftlicher, aber auch öffentlicher Bedeutung, wenn die Geschichte der Guts- und Herrenhäuser jetzt erstmals grenzübergreifend erforscht und dokumentiert wird.“ Zunächst werde das Projekt drei Jahre dauern. Die Erfassung der ersten 20 Herrenhäuser soll demnach im Sommer beginnen. Geplant sei dabei, den Blick über Norddeutschland hinaus auch nach Estland, Schweden, Polen und bis ins ehemalige Königsberg zu richten. Die Forschungsergebnisse sollen nach dem Willen der Verantwortlichen der Öffentlichkeit künftig in einer Ausstellung auf Schloß Ludwigsburg bei Greifswald präsentiert werden. (ag)

03) Bürgerbeteiligung und mehr - Blick in eine interessante Zeitschrift:
„mitarbeiten 04/2020. Informationen der Stiftung Mitarbeit“

mitarbeiten 04/2020

mitarbeiten

04/2020

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.mitarbeit.de · www.buergergesellschaft.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Online-Vortrag von Prof. Dr.-Ing. Klaus Selle



Stiftung
Mitarbeit

»Es geht um die Substanz«

Wie steht es um das Verhältnis von Anspruch und Wirklichkeit bei der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in Prozessen der Stadtentwicklung? So lautete die Ausgangsfrage eines Vortrags, den der Stadtforscher und Stadtplaner Klaus Selle im Rahmen des diesjährigen, virtuellen Forums für Demokratie und Bürgerbeteiligung gehalten hat. Darin setzt er sich pointiert und kritisch mit den Schattenseiten kommunaler Beteiligungspraxis auseinander und erläutert anhand ausgewählter Beispiele, wie es vor Ort glaubwürdig gelingen kann, die vielfach bestehende Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Beteiligungskonzept und Beteiligungsrealität zu schließen.

Die Frage, wieso Anspruch und Wirklichkeit in der bundesdeutschen Beteiligungspraxis oftmals auseinanderklaffen, hängt für Klaus Selle untrennbar mit einer zweiten Frage zusammen, nämlich der nach den inhaltlichen Spielräumen und Handlungsoptionen, denen kommunale Beteiligungsvorhaben unterliegen. Deshalb wirft Professor Selle in seinem Vortrag zunächst einen Blick auf die gängige Beteiligungspraxis und den gesellschaftlichen Kontext, ehe er die Glaubwürdigkeit und die Substanz von Beteiligungsangeboten stichprobenartig ausleuchtet.

Für Selle ist klar: Deutschland kann auf langjährige Erfahrungen

mit formeller und informeller Bürgerbeteiligung zurückgreifen. Es gibt eine Vielzahl an Konzepten und gelungener Praxis-Beispiele. Die Hinwendung zu mehr Bürgerbeteiligung wurde dabei stets von der Hoffnung begleitet, dass sich im kommunalen Alltag durch mehr Beteiligung eine »partizipative Kultur« entwickeln ließe, die sich flächendeckend verbreite. Dies sei jedoch ein Trugschluss, meint Professor Selle: Oft schon herrsche »in ein und derselben Gemeinde nach oder gar neben einem Vorzeigepartizipations-Projekt ›business as usual‹. Und andernorts macht man erst gar nicht den Versuch, mehr als das gesetzlich zwingend

Vorgeschriebene zu erproben.« Und selbst dort, wo sich Politik, Verwaltung und Bürgerschaft auf lokale Leitlinien zur Bürgerbeteiligung verständigt hätten, wäre beteiligungspolitischer »Dienst nach Vorschrift« nicht selten. Fortschritte der Beteiligungskultur blieben vielfach auf einzelne zeitlich und räumlich begrenzte »Inseln« beschränkt. Vor diesem Hintergrund zitiert Klaus Selle den Mannheimer Oberbürgermeister Peter Kurz, der in einem Gespräch nach seinen Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung gefragt wurde: »Also die Naivität muss jetzt wirklich aufhören, nämlich die Naivität zu sagen: ›Je mehr Beteiligung, desto besser‹. Diese »ernüchternde Erfahrung«, so Selle, werde auch von vielen Praktiker/innen geteilt.

Dies gelte besonders für das Handlungsfeld der Stadtentwicklung. Dort gäbe es zwar erhebliche Gestaltungsspielräume für Partizipation, etwa die gesetzlich vorgeschriebenen Öffentlichkeitsbeteiligungen, die auf sehr vielfältige Weise ausgestaltet und durch verschiedenste »informelle« Verfahren ergänzt werden können: »Aber diese Partizipationsangebote werden den Ansprüchen oft nicht gerecht: manche Anforderungen werden erst gar nicht beachtet, erhoffte Wirkungen stellen sich nicht ein und gelegentlich verkehren sie sich sogar in ihr Gegenteil.« So laute eine mit Beteiligung verknüpfte Erwartung, dass sich Konflikte im Dialog konstruktiv bearbeiten ließen, aber oft gelinge das nicht: »Mehr noch: die Auseinandersetzung polarisiert sich und aus dem Streit um die Sache werden Oben-Unten-Konflikte.« Zudem bleibe die lokale Politik vielfach »unsicher bei der Gestaltung des Verhältnisses von partizipativer, direkter und parlamentarischer Demokratie«.

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

»Es geht um die Substanz«

Diese Haltung werde verstärkt durch das Verhalten einzelner Gruppen der Bevölkerung, die Beteiligungsmöglichkeiten »offensiv gegen parlamentarische Verfahrensgänge einsetzen«.

Für Selle folgt daraus, dass »Beteiligung offensichtlich nicht per se gut ist.« Deshalb schlägt er vor, gesellschaftliche und politische Kontextbedingungen sehr viel stärker als bislang in der Diskussion um Teilhabe vor Ort zu berücksichtigen: »Denn es ist anzunehmen, dass das in der Gesellschaft entstandene Gespinnst von Misstrauen, Vereinfachung, Realitätsverlust und Polarisierung nicht ohne Folgen für die kleine Welt lokaler Bürgerbeteiligung ist.« Es gelte deswegen, die Frage der Glaubwürdigkeit im Kontext von Bürgerbeteiligung »besonders ernst zu nehmen«. Ein »Prüfstein« für diese Umorientierung sei die »Substanz der Beteiligungsangebote«, im Mittelpunkt sollte das Was und nicht das Wie stehen: »Für Partizipation heißt das etwa: die Inhalte sind für die Beteiligten bedeutsam. Es bestehen Gestaltungsspielräume, um deren Nutzung es zu ringen gilt.« Die inhaltliche Glaubwürdigkeit von Beteiligungsangeboten in Stadtentwicklungsprozessen sei der Gradmesser für gelingende Partizipation.

Für die »Diskrepanz zwischen den vermeintlichen Einflussmöglichkeiten und den später tatsächlich wahrgenommenen Wirkungen« führt Selle verschiedene Gründe an. Kommunikation in Stadtentwicklungsprozessen beziehe beispielsweise viele Akteure auf unterschiedliche Weise ein, die Kommune sei dabei »nur ein Akteur unter anderen«. Zudem erstrecken sich Beteiligungsprozesse in der Stadtentwicklung über lange Zeiträume. Die Öffentlichkeitsbeteiligung, »also der Dialog zwischen Stadtverwaltungen und lokaler Bürgerschaft ist nur ein kleiner, zumeist zeitlich eng umgrenzter Ausschnitt aus einem sehr viel umfassenderen Kommunikationskontext. Womit sich der mögliche inhaltliche Einfluss der Beteiligung schon a priori wesentlich relativiert«, so Selle. Dennoch werde

»im Gegensatz zur realen Akteurs- und Stimmenvielfalt in vielen Verfahren die Erwartung geweckt, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ansichten substanziell Einfluss nehmen könnten«. Hier werde eine »Selbstwirksamkeitserwartung« erzeugt, die »nur enttäuscht werden kann«. Auch die vielerorts praktizierte »Wunschzettelbeteiligung« sei problematisch, weil sie oft untaugliche oder vorhersehbare Resultate erzeugt. Klaus Selle ist überzeugt, dass solche Wunschskataloge »gleich mehrere rote Linien der Vereinfachung« überschreiten; zugleich bereiten sie nicht auf die »notwendigerweise folgenden schmerzhaften Kompromisse« vor, die für den Interessenausgleich im Rahmen von Beteiligungsverfahren konstitutiv sind.

Neben der übermäßigen Vereinfachung von Fragestellungen, dem Ausblenden realer Pluralität und der so erzeugten Irrelevanz von Ergebnissen kann auch »Unehrllichkeit« als ein weiterer inhaltlicher Faktor dazu beitragen, dass Beteiligungsangebote als unglaubwürdig angesehen werden, sagt Selle. Unehrllichkeit liege dann vor, wenn zum Beispiel eine Behörde ihre Planungen nicht ändern will oder kann; dann seien »Partizipationsangebote unnütz oder gar unehrlich und sollten besser unterlassen werden«.

Unehrllichkeit sei aber auch auf Seiten der Bürger/innen oder anderer Akteure anzutreffen, zum Beispiel dann, wenn »tatsächliche Interessen hinter vorgeschobenen Argumenten versteckt werden. Da müssen dann die Gelbbauchunke oder das zarte Federgeistchen herhalten, um die Bebauung der Feldflur am Ortsrand zu verhindern. Obwohl es doch einem Teil derjenigen, die solche Bedenken erheben, eigentlich um den Schutz ihrer bisherigen Aussicht, die Abwehr unerwünschter Bevölkerungsgruppen in der Nachbarschaft und letztlich um den Wert ihrer Immobilien geht«. Um Missverständnisse zu vermeiden, stellt Selle klar: das Problem beim Umgang mit Interessen »besteht nicht darin, dass es sie gibt, sondern dass sie sich nicht zeigen«.

Was also ist zu tun? Für Klaus Selle setzt glaubwürdiges Beteiligen voraus, dass über Fragen gesprochen wird, die für die Beteiligten und für den weiteren inhaltlichen Prozess von Bedeutung sind. Das heißt, die Beteiligten werden als »Expertinnen und Experten des Alltags« ernst genommen; die Beteiligenden haben ein inhaltliches Interesse an den Antworten und gewährleisten, dass sie im weiteren Prozess erkennbar genutzt werden. Ferner plädiert er dafür, mehr »Klarheit zu wagen« und den Menschen auch die Grenzen von Beteiligung aufzuzeigen. Nicht zuletzt sei das »Anerkennen von Pluralität die Prämisse aller Demokratie«. Pluralität müsse aber sichtbar gemacht werden. Es gelte, »die Vielfalt der Akteure und ihrer Interessen – auch innerhalb der Stadtgesellschaft – von Anfang an herauszuarbeiten und ihnen Stimmen im Prozess zu geben«. Es gelte zudem sicherzustellen, dass auch »die Stimmen, die gerade nicht zu hören sind und die Belange, die gerade nicht im Mittelpunkt stehen, der Beachtung bedürfen«. Ebenfalls entscheidend sei die Bereitschaft aller Beteiligten, »zum Interessenausgleich bereit zu sein und nicht auf der Durchsetzung einer Position zu beharren«. Auch sei es wichtig zu klären, was die einzelnen Akteure in einem Beteiligungsprozess selber zur Lösung beitragen können und nicht alle Forderungen beispielsweise an »die Stadt« zu adressieren. So ließe sich in der Praxis das »Verständnis von Stadtentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe« stärker verankern. Selles zusammenfassendes Fazit: »Es kommt nicht auf gelegentliche Beteiligungsevents an, sondern auf die beharrliche Arbeit an der Herausbildung einer kommunikativen Kultur vor Ort. Und das beinhaltet immer auch die Auseinandersetzung mit Widerständen und Hemmnissen. Wenn wir uns nicht dem Vorwurf der Naivität aussetzen wollen, müssen wir dieses Spannungsverhältnis benennen, aushalten und als Ansporn nutzen«.

Der Online-Vortrag von Klaus Selle in voller Länge im Netz unter www.mitarbeit.de.

Beteiligungsrat: Potenziale und Kriterien der Bürgerbeteiligung

Im Gegensatz zur lokalen Ebene sind die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger auf Bundesebene noch kaum entwickelt. In einem Gastbeitrag, der im Rahmen eines aktuellen Themenschwerpunkts im eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft der Stiftung Mitarbeit erschienen ist, stellen Prof. Brigitte Geißel und Stefan Jung das Modell eines Beteiligungsrats für die Bundesrepublik vor. Für sie steht fest: damit Bürgerbeteiligung ihre Qualitäten vollständig entfalten kann, muss sie ein dauerhafter Bestandteil der Bundespolitik werden.

Nach Ansicht der beiden Wissenschaftler kann Bürgerbeteiligung dazu beitragen, Defizite in der Bundespolitik zu beheben, die zur Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie beitragen. Deshalb schlagen sie einen Beteiligungsrat für die Bundespolitik vor, der Bundestag und Bundesregierung »sowohl vor Beginn, als auch während des Gesetzgebungsprozesses unterstützen« soll. Beteiligungsräte können von oben (Bundesregierung, Bundestag) oder von unten (Zivilgesellschaft) eingeleitet werden. Teilneh-

men können deutsche Staatsbürger/innen, Jugendliche ab 14 Jahren und Ausländer/innen, die mindestens drei Monate in Deutschland wohnhaft sind.

Ziel eines Beteiligungsrats ist es, einen Beratungsbericht zu erstellen, der an die Bundesregierung oder den Bundestag übermittelt wird. Design, Ablauf und insbesondere der Umgang mit den Empfehlungen der Beteiligungsräte sollten gesetzlich verankert werden, um eine dauerhafte Nutzung von Beteiligungsräten zu ermöglichen. Eine Koordinationsstelle garantiert als

Teil der Bundestagsverwaltung eine »professionelle und unabhängige Organisation und Durchführung«. Die Koordinationsstelle wird durch einen Beirat ergänzt. Der Beirat stellt u.a. sicher, dass die Koordinationsstelle bei der Auswahl der Teilnehmer/innen und Expert/innen der gesellschaftlichen Diversität Rechnung trägt. Schließlich werden die Empfehlungen der Beteiligungsräte sowie die Stellungnahmen der Bundesregierung oder des Bundestags auf einem Online-Beteiligungsportal veröffentlicht, das von der Koordinationsstelle betreut wird. Bürger/innen finden hier aktuelle Informationen zu allen laufenden und geplanten Gesetzesvorhaben. Auf dem Beteiligungsportal findet auch die Online-Beteiligung der Beteiligungsräte statt und Bürger/innen können eine Initiative für einen Beteiligungsrat starten. So aufgesetzt, könne ein Beteiligungsrat »die Gesetzgebung effektiver, inklusiver und transparenter gestalten«.

Der vollständige Gastbeitrag im Netz unter www.buergergesellschaft.de/fileadmin/user_upload/gastbeitrag_geissel_jung_200923.

Verlagsprogramm

Gemeinwesenarbeit und Migration

Gemeinwesenarbeit hat die Verbesserung von Lebensbedingungen in sozialen Räumen zum Ziel. Hierbei wird im Rahmen der Gemeinwesenarbeit mit allen Menschen und Personengruppen im Wohnquartier gearbeitet. Die in zweiter Auflage erschienene Publikation der Stiftung Mitarbeit zeigt, welche Ansätze es für den Einbezug zugewanderter Menschen in die zielgruppenübergreifende Gemeinwesenarbeit gibt.

Gemeinwesenarbeit hat eine lange Tradition. Gemeinwesenarbeit ist historisch von Anfang an eng mit dem Thema Migration verbunden. Die vorliegende, von Milena Riede und Michael Noack herausgegebene Publikation knüpft an diese gewachsene Verbindung an. Zahlreiche Autorinnen und Autoren aus Forschung und Praxis diskutieren darin aus unterschiedlichen Perspektiven aktuelle Herausforderungen in Nachbarschaft und Quartier. Sie zeigen, wie Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen und Wohnquartieren mit

dem Fokus auf Migration gelingen kann.

Die Zuwanderung nach Deutschland führt zu Veränderungen in vielen Nachbarschaften. Dies fordert die Profession der Sozialen Arbeit heraus, gemeinwesenorientierte Handlungskonzepte mit den Bürgerinnen und Bürgern und den geflüchteten Menschen vor Ort ebenso zu entwickeln, wie die interkulturelle

Öffnung sozialer Dienste in das Gemeinwesen zu forcieren.

Im ersten Teil des Buches stellen die Autorinnen und Autoren die theoretisch-konzeptionellen Grundlagen dar, die für eine kritische Reflexion des Zusammenhangs von Gemeinwesenarbeit und Migration wichtig sind. Gute Beispiele aus der Praxis der Gemeinwesenarbeit mit Geflüchteten runden die Publikation

im zweiten Teil ab.

Milena Riede/
Michael Noack (Hrsg.):
Gemeinwesenarbeit und Migration. Aktuelle Herausforderungen in Nachbarschaft und Quartier. Bonn 2020, Verlag Stiftung Mitarbeit, *mitarbeiten.skript* Nr. 11, 2. Auflage, 98 S., ISBN 978-3-941143-33-3, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de





2-teiliges Online-Seminar · 29. Januar und 5. Februar 2021

Zivilgesellschaftliche Netzwerke partizipativ und erfolgreich gestalten

Teil 1 (29. Januar 2021, 14.30 bis 17.00 Uhr): Die Vernetzung von Akteursgruppen vor Ort ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor, um sich in einer Demokratie Gehör zu verschaffen. Es bedarf jedoch der Vorarbeit um ein funktionierendes Netzwerk zu initiieren. Leitfragen des ersten Tages sind: Was wollen wir mit dem Netzwerk erreichen? Wen benötigen wir dafür? Nach welchen Spielregeln arbeiten wir im Netzwerk zusammen?

Teil 2 (5. Februar 2021, 15.00 bis 17.00 Uhr): Eine gute Vorarbeit ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für eine gute Netzwerkarbeit, aber noch nicht alles. Es ist auch wichtig frühzeitig zu klären, wer welche Aufga-

ben im Netzwerk übernehmen, wer welche Ressourcen zur Verfügung stellen kann und wie gemeinsam vorgegangen werden soll (Zeitplan und Strategie), denn an jedem einzelnen dieser Schritte kann ein Netzwerk scheitern. Netzwerke müssen daher gut geplant sein, damit die Zeit und Energie nicht verloren geht, sondern gewinnbringend eingesetzt werden kann.

Die Stiftung Mitarbeit nutzt für dieses Online-Angebot die Kommunikationsplattform *alfaview*®.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) und Dr. Sybille De La Rosa (delarosa@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Konstruktives Miteinander im Verein

Vereine sind eine demokratische Organisationsform der Zivilgesellschaft. Grundlage einer demokratischen Arbeitsorganisation im Verein sind die gemeinsame Willensbildung, eine offene Kommunikation, die Transparenz von Entscheidungen und Entscheidungsprozessen, das Aushandeln von Interessen oder eine konsensuale Verständigung. Die Vorstände eines Vereins tragen dafür die Verantwortung. Was bedeutet dieser Befund für die Zusammenarbeit innerhalb des Vor-

stands und für die Kommunikation mit den Mitgliedern?

Das Seminar (9.–10. April 2021 in Rostock) bietet mit Inputs und Erfahrungsaustausch die Möglichkeit zu reflektieren, wie ehrenamtliche Vorstandsmitglieder die Demokratisierung im eigenen Verein voranbringen können. Das Seminar richtet sich an ehrenamtliche Vereinsvorstände.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle



Im migrantisch geprägten Bremer Stadtteil Gröpelingen haben Jugendliche interaktive Audio-, Video- und Theaterbeiträge entwickelt und sie in einer Theatervorführung in der Stadtteilbibliothek präsentiert. Das Bremer Projekt ist damit ein gutes Beispiel für den Ansatz des Förderprogramms Werkstatt Vielfalt, das die Stiftung Mitarbeit im Auftrag der Robert Bosch Stiftung umgesetzt hat. Nach 14 Runden und mehr als 330 bewilligten Projekten aus dem gesamten Bundesgebiet geht das Förderprogramm nun zu Ende.

Workshops & Qualifizierungen

Bestellseminare 2021

Die Stiftung Mitarbeit berät und unterstützt Initiativen, NGOs, Verbände und Projektgruppen in Startphasen und Veränderungsprozessen. Um die verschiedenen Akteure auf kommunaler Ebene bei der Stärkung von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement zu unterstützen und sie entsprechend zu qualifizieren, bietet die Stiftung Mitarbeit neben den allgemein ausgeschriebenen Seminaren auch sog. »Bestellseminare« an. Die Inhalte sowie die Dauer des Seminars werden dabei den jeweiligen Interessen, Ansprüchen und Erfordernissen der anfragenden Gruppe angepasst. Darüber hinaus können Sie sich an uns wenden, wenn Sie auf der Suche nach Moderator/innen oder Referent/innen sind, oder eine Organisationsberatung bzw. Prozessbegleitung zu Themen rund um das Engagement und Fragen der Bürgerbeteiligung benötigen.

Nähere Informationen zu Bestellseminaren und Qualifizierungen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle oder im Netz unter www.mitarbeit.de/veranstaltungen/bestellseminare/

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung Mitarbeit
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit
Ellerstraße 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de
www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel
(Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Ulrike Sommer
(Vorsitzende)

Konto: Volksbank Köln-Bonn eG
IBAN DE89 3806 0186 2010 5400 14
BIC GENODE33BRS

Die Stiftung Mitarbeit wird gefördert
vom Bundesministerium des Innern.

A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen (S. 80 – 95)

01) Demokratischer Diskurs ausgeschlossen: SPD-Politiker haben nichts dazu gelernt. Noch einmal: Maerckerweg

Anzeige

Hass aus dem Straßenbild tilgen

en und
men,
ert
eich-
nutter

en und
men,
ert
eich-
nutter

örung-
inzwi-
ele An-
iana
iden
iel-
iden
- Stra-
de der
auch
hren
plätze
sind,
pt

an

örper-
nd be-
schuli-
jedoch
tes

ickisch
dlungs-
ch
ulaus-
g zu
Beule

Noch immer ehren zahlreiche Straßennamen Rassisten und Antisemiten

Jeder Lokalpolitiker weiß: Mit Straßenumbenennungen macht man sich unter den Anwohnerinnen und Anwohnern kaum Freunde. Dennoch lohnt ein Blick auf den Einzelfall, wer da bis heute alles geehrt wird – auch in Steglitz-Zehlendorf.

Nur wenigen bekannt dürfte hingegen der Maerckerweg in Lankwitz sein. Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker. Dieser war unter anderem am Völkermord an den Herero und Nama im heutigen Namibia aktiv beteiligt.

Viele werden sie kennen: Die Spanische Allee im Ortsteil Schlachtensee. „Was nur die wenigsten wissen: Als die Straße 1939 ihren Namen erhielt, sollte mitnichten unser europäischer Nachbar gewürdigt werden,“ erläutert Martin Kromm, Sprecher für Bildung und Kultur der SPD-Fraktion. Vielmehr erfolgte die Benennung durch die Nationalsozialisten zur Ehrung der aus Spanien zurückkehrenden „Legion Condor“. Diese war an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt, unter anderem an der Zerstörung der Stadt Guernica, der Hunderte Zivilisten zum Opfer fielen.

Die Umbenennung des Maerckerwegs ist mittlerweile beschlossene Sache. „Bei der Spanischen Allee würde eine Umwidmung genügen – der Name könnte also bleiben, dann jedoch an die deutsch-spanische Freundschaft erinnern,“ erklärt Kromm. „Dass ausgerechnet die Grünen hier lieber mit CDU und AfD gemeinsame Sache machen, damit hatten wir nicht gerechnet!“

Diskussionen gibt es derzeit auch über die Pacelliallee, die Treitschkestraße, den Hindenburgdamm und den U-Bahnhof Onkel-Toms-Hütte.

Martin Kromm
Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender.

Für Sie

STEGELITZ-ZEHLENDORF
SPD
KATION

In der „Berliner Woche“ vom 27.01.2021 findet sich eine mehrseitige Parteiwerbung der SPD. Auf Seite 4 dieser „Einlage“ (siehe oben) findet sich auch der Beitrag von einem Martin Kromm. Da heißt es: „Der Rechtsanwalt und Familienvater aus Steglitz setzt sich für Integration, Chancengleichheit und Teilhabe ein. Er ist stellvertretender BVV-Vorsitzender“.

Auch Martin Kromm hat sich die Umbenennung von Straßen zur Aufgabe gemacht und bezieht sich dabei in seinem Beitrag auf den Maerckerweg in Berlin-Lankwitz und behauptet: „Benannt ist die kurze Straße nach dem Kolonialisten und Antisemiten Georg Maercker...“

Wie bei seinem Parteigenossen und Fraktionsvorsitzenden, Rechtsanwalt Norbert Buchta, kann auch bei Genossen Martin Kromm davon ausgegangen werden, dass dem Genossen die Geschichte der SPD nach dem Ersten Weltkrieg wie auch die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Biographie zu General Georg Maercker aus Baldenburg in Westpreußen

Claus Kristen: Ein Leben in Manneszucht. Von Kolonien und Novemberrevolution.
Der „Städtebezwingen“ Georg Maercker. Schmetterling Verlag, Stuttgart 2018

nicht bekannt sind. Von Deutscher Kolonialgeschichte und Würdigung von Lebensleistungen ganz zu schweigen.

Wichtig ist hier wohl allein die mögliche politische Einflussnahme und Machtausübung mit Hilfe der SED-Traditionspartei „Die Linke“.

Bürgerbeteiligung ist nur etwas für „Demokraten“, wenn der Bürger dieselbe Meinung hat, wie man selber! Die Arbeiter in der Arbeiter-Partei von 1920 dachten wohl auch anders als Anwälte in der SPD von heute!

Das ist äußerst beschämend für diese Partei mit einer so langen demokratischen Tradition! Und es stellt sich die Frage, ist eine Partei noch „demokratisch“, wenn Ihre Funktionsträger die demokratischen Rahmenbedingungen lediglich als Mittel ansehen, sich selbst Macht zu verschaffen, ohne Rücksicht auf ihre Mitglieder und Wähler, vom Volk ganz zu schweigen!

★

02) Vorletzter Reichskanzler: Pflege für Kurt von Schleichers Grab soll nicht mehr vom Land bezahlt werden

Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf wollen das Grab aus der Liste der Ehrengräber streichen. Von Schleicher ist umstritten.

Thomas Lippold

27.02.2021, 21:52 Uhr

Als „Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“ bezeichnet ein Bezirksverordneter der Linksfraktion von Steglitz-Zehlendorf von...Foto: mauritius images / World Book Inc.

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei.“ Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt.“

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann.“ Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler“

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige“. Auch sieht es sich nicht zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen“, und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler.“

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich.“ Mit diesem heißen Thema will sich das Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen.“

„Aus unserer Sicht“, schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den Ehrengrabstatus der Grabstätte von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat

bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen.“

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.“

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.“

Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben.“ Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“, eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers“. Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlicht wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück.“



Als „Steigbügelhalter des deutschen Faschismus“ bezeichnet ein Bezirksverordneter der Linksfraktion von Steglitz-Zehlendorf von Schleicher. Foto: mauritius images / World Book Inc.

Auf dem Parkfriedhof Lichterfelde in Steglitz-Zehlendorf liegt das Grab von Kurt von Schleicher, der [als letzter Reichskanzler der Weimarer Republik](#) bekannt ist. Seit einem Senatsbeschluss aus dem Jahr 1978 ist es als Ehrengrab des Landes Berlin anerkannt, in diesem August soll die letzte Verlängerung auslaufen.

Doch die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Steglitz-Zehlendorf fordert nun mit Unterstützung der Linksfraktion, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr

zu verlängern und aus der Liste der Ehrengräber zu streichen. Von Schleicher gilt als umstrittene politische Figur: bis zum Januar 1933 war er Reichskanzler und direkt für die Ernennung seines Nachfolgers Adolf Hitler verantwortlich. Von Schleicher wurde zusammen mit seiner Ehefrau Elisabeth am 30. Juni 1934 von Angehörigen der SS in seiner Neubabelsberger Villa ermordet.

Wer genau die Grabstätte von Kurt von Schleicher pflegt, ist eine gute Frage. Sicher ist sich die grüne Bezirksstadträtin Maren Schellenberg da selbst nicht – das geht aus einer Anfrage des Linken-Abgeordneten Gerald Bader an das Bezirksamt hervor. In der Grabstättenakte sei vermerkt worden, dass die Grabpflege 1978 noch von Angehörigen oder einer beauftragten Firma übernommen wurde.

Zwanzig Jahre später wurde festgestellt, dass keine „gärtnerische Instandsetzung erforderlich sei.“ Seitdem, steht in der Anfrage, „ist davon auszugehen, dass die Pflege durch das Bezirksamt erfolgt.“

[Wenn Sie alle aktuellen Nachrichten live auf Ihr Handy haben wollen, empfehlen wir Ihnen unsere App, die Sie [hier für Apple- und Android-Geräte](#) herunterladen können.]

Auch über die Kosten ist man sich nicht ganz im Klaren. Die Stückkosten für die Pflege einer Grabstelle lagen 2019 bei 86,78 Euro. Die Summen variieren aber, „so dass weder für das Ehrengrab Kurt von Schleicher noch insgesamt für Ehrengräber eine Summe für das Bezirksamt genannt werden kann.“ Im Satz darauf dann die Info: Ein Ehrengrab kostet das Land Berlin etwa 800 Euro pro Jahr.

„Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler“

Bei den Gründen für die letztmalige Verlängerung des Nutzungsrechtes an der Grabstätte, die 2015 erfolgte, notiert das Bezirksamt nur trocken „Fehlanzeige“. Auch sieht es sich nicht zuständig für die Beurteilung der „wesentlichen Verdienste von Kurt von Schleicher, die ein Ehrengrab rechtfertigen“, und zitiert lediglich aus der Liste der Ehrengrabstätten des Landes, in der es trocken heißt: „Berufsoffizier, Politiker, Reichskanzler.“

Nun stört sich Gerald Bader von der Linksfraktion aber nicht vorrangig an den Kosten für das Ehrengrab. Ihm geht es um den „Status des Grabes innerhalb einer städtischen Gedenkkultur, und nicht um die Grabstätte an sich.“ Mit diesem heißen Thema will sich das Bezirksamt aber nicht befassen, und so antwortet Bezirksstadträtin Schellenberg auf die abschließende Frage, ob das Bezirksamt ein Ehrengrab für Kurt von Schleicher denn für berechtigt hält: „Es steht daher dem Bezirksamt nicht zu, eine Entscheidung des Senats von Berlin zu hinterfragen.“

„Aus unserer Sicht“, schreibt Gerald Bader, „wäre es nun an der Zeit, den [Ehrengrabstatus der Grabstätte](#) von Schleicher in diesem August auslaufen zu lassen. Die SPD-Fraktion hat bereits einen Antrag dahingehend auf den Weg gebracht, dem wir uns in der Forderung anschließen.“

In dem Antrag, der Anfang März im Bezirksausschuss für Bildung und Kultur behandelt werden soll, fordert die SPD, das Ehrengrab von Schleichers nicht mehr zu verlängern. „Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.“

Weiter heißt es in der Begründung: „Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er

gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.“

Von Schleicher habe durch Ränkespiele die Stabilität der Weimarer Republik unterminiert

Gerald Bader sieht das ähnlich. Ihm „ist es ein Rätsel, inwiefern sich ein Mensch, der diverse faschistische Personen und Massenorganisationen in Querfrontstrategien eingebunden hat und sie so salonfähig machte, um Berlin verdient gemacht haben soll. Vielmehr hat von Schleicher durch seine stetigen Ränkespiele und Geheimabsprachen (auch mit Adolf Hitler) die [Stabilität der Weimarer Republik](#) unterminiert und zugleich die Aufrüstung Deutschlands vorangetrieben.“ Bader sieht von Schleicher sogar als „einen von mehreren überaus prominenten Steigbügelhaltern des deutschen Faschismus“, eine Anerkennung durch ein Ehrengrab sei somit unverdient.

Bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag 2003 bezeichnete Bernd Braun von der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg von Schleicher als „einen der entschiedensten Gegner Hitlers“. Eine längere Abhandlung über das Kabinett von Schleicher, die vom Bundesarchiv veröffentlicht wurde, liest sich etwas anders.

Zusammenfassend heißt es dort über von Schleicher: „Seiner eigenen Legende ist er, gemessen an dem, was er erreicht und was er verfehlt hat, nicht gerecht geworden; seiner politischen Maxime dagegen ist er treu geblieben. In den Intrigen des Januar 1933 wurde er mit seinen eigenen Waffen geschlagen. Die politischen Irrtümer und Fehleinschätzungen, mit denen er zur autoritären Aushöhlung des Weimarer Verfassungsstaates beigetragen hatte, schlugen in seinem Sturz auf ihn selbst zurück.“

Ob sich die Anerkennung als Ehrengrab nun ebenfalls als Fehleinschätzung herausstellen wird, ist eine schwierige Frage, mit der sich zunächst der Bildungs- und Kulturausschuss der BVV am kommenden Mittwoch beschäftigen darf.

Aus: 27.02.2021, 21:52 Uhr bzw. Der Tagesspiegel, 28.02.2021, S. 10

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/letzter-reichskanzler-der-weimarer-republik-pflege-fuer-kurt-von-sleichers-grab-soll-nicht-mehr-vom-land-bezahlt-werden/26959160.html>

Drucksache - 2148/V BVV Berlin Steglitz-Zehlendorf

Betreff:	Kein Ehrengrab für Kurt von Schleicher		
Status:	öffentlich		
	Ursprung	aktuell	
Initiator:	SPD-Fraktion	SPD-Fraktion	
Verfasser:	1. Buchta 2. Dr. Stratievski		
Drucksache-Art:	Antrag	Antrag	
Beratungsfolge:			

Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin	Vorberatung
--	-------------

[17.02.2021](#)

[45. öffentliche Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf](#) überwiesen

Ausschuss für Bildung und Kultur Empfehlung

[03.03.2021](#)

[34. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur](#)

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass das Ehrengrab für Kurt von Schleicher auf dem Parkfriedhof Lichterfelde nicht mehr verlängert wird bzw. aus der Liste der Ehrengräber gestrichen wird. Kurt von Schleicher hat sich nicht verdient gemacht, die Ehre für ein durch den Staat gepflegtes Grab und Andenken zu erhalten.

Begründung:

Kurt von Schleicher war kein Demokrat. Sein Ziel war die Beseitigung der Weimarer Republik und die Schaffung eines autoritären Staates. Er gehörte einem konservativ-reaktionärem Lager an, das bei dem Sturz des letzten frei gewählten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mitgewirkt hat. Feinde der Demokratie sind keine Personen, die durch ein Ehrengrab gewürdigt werden dürfen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Kultur der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf am 02.03.2021

Name ▼	Art der Mitarbeit ▼	Herkunft ▼	seit ▼
Tom Cywinski	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
Dr. Clemens Escher	stellv. Ausschussvorsitzende(r)	CDU	09.04.2019
Dr. Sabine Lehmann-Brauns	Ausschussmitglied	CDU	09.04.2019
Martin Kromm	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
Ellinor Trenczek	Ausschussmitglied	SPD	28.03.2019
Carsten Berger	Ausschussmitglied	GRÜNE	10.04.2019
Lukas Uhde	Ausschussmitglied	GRÜNE	28.03.2019
Johann Trülzsch	Ausschussmitglied	AfD	28.03.2019
Mathia Specht-Habbel	Ausschussvorsitzende(r)	FDP	28.03.2019
Hans-Walter Krause	Ausschussmitglied	LINKE	10.04.2019
André Tinibel	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	10.04.2019
Sabina Spindeldreier	Bürgerdeputierte(r)	CDU (BD)	28.03.2019
Alexander Niessen	Bürgerdeputierte(r)	SPD (BD)	15.05.2019
Dr. Detlef Meyer zu Heringdorf	Bürgerdeputierte(r)	GRÜNE (BD)	28.03.2019
Dennis Klein	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
Martina Bischof	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	CDU (Stellv. BD)	28.03.2019
Wibke Bronsch	Stellv. Bürgerdeputierte(r)	SPD (Stellv. BD)	28.03.2019

★

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:

Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von Gallwitz, Georg Maercker

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf

Eine Ergänzung auf den Leitseiten ist in Arbeit!

03) ... und auch in anderen Bezirken Straßenumbenennungen, beispielsweise in Tempelhof-Schöneberg



Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin



***Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht e.V. Berlin***

Postbank Berlin IBAN DE 26 100 100 10 0001199 101 BIC BNKDEFF

Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz

Mo 10 – 12 Uhr und n.V. (Ruf: 030-257 97 533 mit AA und Fernabfrage); Fax auf Anfrage

westpreussenberlin@gmail.com

www.westpreussen-berlin.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; **stv. Vors.:** Ute Breitsprecher

Schatzmeister: Dieter Kosbab Ruf: 030-661 24 22

24. Januar 2021 Hk

Offener Brief

Zum Beschluss der BVV von Tempelhof-Schöneberg am 20.01.2021, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen.

Sehr geehrter Herr Olschewski,

wir „kennen“ uns aus meiner Tempelhofer bzw. vor allem aus meiner Tempelhof-Schöneberger Zeit (1982-2005) als Bezirkslicher Planungsbeauftragter (BmBm-Plab). Daher wende ich mich in meinen „Offenen Brief“ zum BVV-Beschluss zur Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes direkt an Sie, in der Gewissheit, dass mein Schreiben dann nicht gleich kommentarlos in den Papierkorb wandert. Und unsere Erfahrungen, mit Parteien des „linken Spektrums“, über ihre Entscheidungen einen sachlichen demokratische Diskurs zu führen, sind schlecht: Man will nicht mit uns reden!

Als wir vor einigen Wochen von der Absicht des Herrn Bertram von Boxberg (Bündnis 90/Die Grünen) in der Presse lasen, dass er sich für diese Umbenennung einsetzt, hatte ich es nicht für möglich gehalten, dass es ihm und seiner Partei gelingen würde, die CDU und die FDP in die „rotgrüne Schmutzzone“ der Veränderung der Geschichtslandschaft zu ziehen, an der die „politische Linke“ seit Jahren, mangels anderer Probleme, arbeitet.

Zu diesem Zeitpunkt äußerte Herr von Boxberg – scheinheilig, wie ich meine! – noch seine Verwunderung darüber, dass die CDU seinem tollen Vorschlag, einen CDU-Politiker mit dieser Umbenennung an einer herausragenden Stelle zu ehren, nicht folgen, sondern sich mit der Benennung eines Saales im Rathaus Schöneberg begnügen wolle.

Es ist äußerst bedauerlich, dass sich Ihre Fraktion diesem Vorhaben angeschlossen hat. Ja, es gibt eine Straße in Berlin-Lankwitz, die seit 1894 „Kaiser-Wilhelm-Straße“ heißt, ein Blick in deren Umgebung zeigt Ihnen auch, wohin in Zukunft die Reise in Schöneberg geht: die Umbenennung vieler Straßen im Umfeld des Nollendorfplatzes, und nicht nur, weil der Name dort auch vorhanden ist, sondern weil es sich um für bestimmte Kreise ungeliebte Namensgeber handelt! Wir sind tief enttäuscht darüber, dass die Parteien der BVV Tempelhof-Schöneberg sich dafür hergegeben haben, an diesem Ort im Zuge der „historischen Reichsstraße 1“, die nach Osten in die historischen ostdeutschen Landschaften Ost-Brandenburg, Pommern, Westpreußen und Ostpreußen führt, Ihre „einfältigen“ Ziele zu verwirklichen. Einfalt statt Vielfalt!

Die Berliner CDU, so ihr Generalsekretär Stefan Evers am 22.01.2021 im Berliner „Tagesspiegel“ (Seite 8), „(habe) bereits vor einigen Jahren angeregt, den noch namenlosen Platz vor dem Roten Rathaus [Eberhard Diepgen legte immer Wert auf die Bezeichnung: „Berliner Rathaus“, Anm. R.H.] nach von Weizsäcker zu benennen...“ Die Fraktionen der BVV Tempelhof-Schöneberg waren nicht in Not.

Die Linke, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen – und nun auch CDU und FDP – sind bundesweit u.a. mit Umbenennungen in der Geschichtslandschaft aktiv, sie verfälschen unsere Geschichte und zugleich stehen sie für den Rückgang bei der Vermittlung von Geschichts- und Geographiekenntnissen in unserm Bildungssystem.

Eine Bürgerbeteiligung findet in den seltensten Fällen statt. Ein Beispiel bietet die Umbenennung der Mohrenstraße in Berlin-Mitte, wo Sozialdemokraten, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei Die Linke sich einig waren, dann aber die Partei Die Linke ausscherte und eine Bürgerbeteiligung forderte; die bisherigen Bündnispartner setzten sich dann dort über diese – immerhin aner kennenswerte Forderung – ihres bisherigen Partners hinweg und setzten die Umbenennung der Mohrenstraße mit Mehrheitsbeschluss ihrer Stimmen in der BVV von Berlin-Mitte durch.

Herr von Boxberg ist mir aus meiner Zwölf-Apostel-Kirchengemeinde, wo er aner kennenswerterweise seit Jahren gute Arbeit für die historischen Friedhöfe der Gemeinde leistet, bekannt. Neuerdings hat sich Herr von Boxberg auch in die „AG Berliner Ehrengräber“ eingebracht, in der wir daran arbeiten, selbstherrliche, intransparente Entscheidungen von RotRotGrün zu hinterfragen, denen in den letzten Jahren eine Vielzahl von Ehrengräbern zum Opfer gefallen sind: Ehre nicht auf Zeit, sondern für immer ist die Forderung der AG Berliner Ehrengräber. Und da will Herr von Boxberg mitziehen, dem so viel an Straßenumbenennungen liegt? Misstrauen ist angebracht (<https://www.langhans-gesellschaft.org/ehrenggrab/ag-berliner-ehrengraeber/>).

Diese AG Berliner Ehrengräber geht auf eine Initiative des ehemaligen Leitenden Baudirektors von Kreuzberg, Herrn Dipl.-Ing. Wolfgang Liebehenschel (SPD) zurück, der bei Forschungen zu seinen schlesischen Landsleuten auf das Problem der Beseitigung von Ehrengräbern ohne Beteiligung der Öffentlichkeit aufmerksam wurde und auch die Begründungen für die Löschung der Ehrengräber – kein Bekanntheitsgrad und hohe Kosten – für „irre und herbeigezogen“ hält.

Auch wir Westpreußen sind davon betroffen, beispielsweise durch den Wegfall des Ehrengrabes für Hugo Conwentz (*1855 Sankt Albrecht bei Danzig – †1922 Berlin) auf dem Stahnsdorfer Friedhof im Jahre 2014 (sein Grab war ursprünglich auf dem Alten Matthäus-Friedhof in Schöneberg und wurde 1938/39 auf Grund der „Germania-Planungen von Albert Speer 1938/1939 nach Stahnsdorf umgebettet). Im Jahre 2005 führten wir zum 150. Geburtstag von Hugo Conwentz eine Tagung im Botanischen Garten durch, auf dem Stahnsdorfer Friedhof hielten wir mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf eine Feierstunde an seinem Grabe ab, Frau Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen, SPD, hielt die Gedenkrede. Vorher hatte die Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin die gestohlene Bronzeskulptur zu Conwentz in der Bildgießerei Noack nachgießen lassen.

Hugo Conwentz gilt als Begründer des Staatlichen Naturschutzes, er wurde Direktor der 1906 in Danzig gegründeten „Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“, die 1911 nach Schöneberg umzog. An dem Gebäude in der Grunewaldstraße gibt es nur eine Gedenktafel für seinen Sekretär (!), nicht für ihn, auch an seinem letzten Wohnhaus in der Schöneberger Wartburgstraße gibt es noch keine Gedenktafel!

Ich rege an, dass Sie/sie sich für die Gedenktafel(n) zur Erinnerung an Hugo Conwentz einsetzen. Sie können sich dabei auf den § 96 des „Bundesvertriebenengesetzes – BVFG“ berufen, nach dem Bund, Länder, Gemeinden usw. zur Pflege des ostdeutschen Kulturgutes verpflichtet sind!

Die aktuellen bundesweiten Umbenennungswellen werden weitergehen. Der Kaiser-Wilhelm-Platz – ach ja, wenige Anwohner, wenige Proteste – wird nicht die letzte Aktion dieser Art sein, sie wird fortgesetzt werden, natürlich ohne Bürger (wenn diese anderer Meinung sein sollten) – und die CDU kann sagen: wir sind dabei!

Wir haben in diesem Land, in dieser Stadt, in diesem Bezirk, so viele andere Probleme: Errungenschaften der Kaiserzeit (Toilettenanlagen, Postämter usw.) werden beseitigt, man könnte sich u.a. beschäftigen mit kaputten Schulen und Straßen und Brücken, unzureichenden Planungen im Verkehrswesen und beim Wohnungsbau u.a.m.

Mit freundlichen landsmannschaftlichen Grüßen

Reinhard M. W. Hanke, Vorsitzender

Auch hierzu lesenswert, die allgemeinen Ausführungen in „*paperpress*“, gegründet am 7.4.1976 – Träger: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V. “, einem privaten Pressedienst aus dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg:

Siehe nächste Seiten!

Ein Platz für Richard von Weizsäcker

Die Betroffenen können froh sein, dass sie die Bemühungen nicht mehr miterleben müssen, ihnen ein Denkmal in Form einer Straße oder eines Platzes zu setzen. Die Berliner taten sich beispielsweise schwer, den ersten Bundeskanzler **Konrad Adenauer** zu würdigen. Der Rheinländer Adenauer war nicht gerade der beste Freund Berlins. Von der Trauer seines Todes am 19. April 1967 überwältigt, sorgte die CDU dafür, dass bereits sieben Tage später der Kaiserdamm in Adenauerdamm umbenannt wurde. Nach heftigen Protesten der Anwohner: „Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wiederhaben!“ erfolgte die Rückbenennung bereits neun Monate später. Übrigens: In dem Lied von **Heino**, von wem sonst, ist KW1 gemeint, der mit dem langen Bart. Der Namensgeber für den Kaiserdamm ist Wilhelm Zwo, das war der mit dem Ersten Weltkrieg.

Der Friedrich-Wilhelm-Platz in Friedenau ist nach Friedrich Wilhelm benannt, der sich Friedrich III nannte und als 99-Tage-Kaiser in die Geschichte einging. Er war der Sohn von WI und Vater von WII. 1945 sollte der Platz in Engelsplatz umbenannt werden, was der Magistrat jedoch nicht umsetzte.

Wann der Beschluss der Tempelhof-Schöneberger Zählgemeinschaftsvariante aus CDU, Grünen und FDP umgesetzt wird, den Kaiser-Wilhelm-Platz in Richard-von-Weizsäcker-Platz umzubenennen, ist ungewiss. Eigentlich besteht die Zählgemeinschaft aus SPD und Grünen. CDU, Grüne und FDP proben aber schon mal am Beispiel des früheren Bundespräsidenten, welche anderen Optionen es noch gibt.

Der SPD-Bezirksverordnete **Axel Seltz** stellt nach Angaben der Berliner Morgenpost in Frage, „ob der Kaiser-Wilhelm-Platz, an Haupt- und Kolonnenstraße gelegen, aufgrund seiner eher geringen Bedeutung überhaupt der richtige Platz sei, um **Richard von Weizsäcker** zu ehren.“ „Damals war der Platz für **Marlene Dietrich** zu popelig, und jetzt soll von Weizsäcker mit diesem popeligen Platz gewürdigt werden.“ Marlene Dietrich hat ihren Platz vor dem Filmfestspieltheater bekommen, der liegt allerdings nicht in Schöneberg, sondern in Tiergarten. Ihr Grab befindet sich aber auf einem Friedhof in Friedenau, was zu Schöneberg gehört.

Der Bezirk tut sich schwer mit der Namensgebung. So sollte beispielsweise **Hildegard Knef** geehrt werden, weder in Schöneberg geboren noch dort beige-setzt. Gefunden wurde der Vorplatz zum Bahnhof Südkreuz, alles andere als ein Platz und nicht einmal eine postalische Adresse. Das wird sich jedoch ändern, wenn Vattenfall seine neue Zentrale einweiht.

Die Adresse lautet dann Hildegard-Knef-Platz 1. **Günther Pfitzmann** hat mit seiner Fernsehserie „Praxis Bülowbogen“ diesen Schöneberger Kiez weltberühmt gemacht. Die CDU regte 2014 deshalb an, dort eine Straße nach ihm zu benennen. Der Kultur-Ausschuss des Bezirks lehnte das „unter anderem mit der Begründung, dass Pfitzmann keine Frau sei und man Wege und Plätze lieber mit Frauennamen versehen wolle,“ ab. Quelle: Tagesspiegel

2017 wurde dann in Nikolassee, in der Nähe seines einstigen Wohnhauses, ein Platz nach ihm benannt.

Dass **Richard von Weizsäcker**, 1981 bis 1984 Regierender Bürgermeister, und von 1984 bis 1994 Bundespräsident, keine Frau ist, muss nicht erwähnt werden. Oder doch? Denn für ihn gelten die Vorgaben des Kulturausschusses nicht. Der Bezirksverordnete Seltz hat vollkommen recht, der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht nur popelig, sondern auch nicht besonders attraktiv und eines Bundespräsidenten vom Format von Weizsäckers nicht würdig. Der Platz ist nicht mehr als ein lärmender Straßenabzweig von Schöneberg nach Tempelhof. In die Schlagzeilen gerät er schlimmstenfalls, wenn dort ein Radfahrer zu Tode kommt.

Am Kaiser-Wilhelm-Platz befand sich seit 1892 das Schöneberger Rathaus. 1914 erfolgte der Umzug ins neue Rathaus an der Martin-Luther-Straße, die schon seit 1899 so hieß. Das alte Rathaus wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Schon früher gab es Diskussionen, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen. Zum Beispiel 1962 nach dem Schöneberger Bürgermeister **Konrad Dickhardt**. Nach ihm wurde dann im selben Jahr eine sehr schöne Straße in Friedenau benannt, die hinter dem Walther-Schreiber-Platz auf der Rheinstraße beginnt und in einem großen Bogen wieder auf die Rheinstraße kurz vor dem Rathaus Friedenau stößt. Zuvor hieß sie Ringstraße, was Sinn machte. 1973 gab es einen weiteren Versuch, den Kaiser-Wilhelm-Platz umzubenennen, nämlich nach dem ermordeten chilenischen Staatspräsidenten **Salvador Allende**. Im selben Jahr wurde im Ost-Berliner Köpenick eine Straße nach ihm benannt, die noch heute so heißt.

Dass Wikipedia ein schnelles Medium ist, beweist der aktuelle Eintrag: „2020 kam es zu einem neuen Vorstoß für eine Umbenennung nach dem früheren Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker**.“

Die SPD-Fraktionsvorsitzende **Marijke Höppner** kritisiert den Vorstoß von CDU, Grünen und FDP als „starkes Stück“, zumal andere Namensvorschläge für den Bezirk noch nicht umgesetzt wurden.

In einem Artikel in der BZ vom 21.02.2018 wird CDU-Generalsekretär **Stefan Evers** wie folgt zitiert:

„Natürlich braucht der Platz einen Namen (gemeint ist der Platz vor dem Roten Rathaus) allerdings muss er auch umgestaltet werden. Statt Ödnis zwischen Fernsehturm und Rotem Rathaus wollen wir den historischen Stadtkern Berlins wiederherstellen. Den Platz vor dem Rathaus würden wir dann Richard-von-Weizsäcker-Platz nennen.“

Inzwischen ist die U-Bahn gebaut und der Platz sieht halbwegs ordentlich aus. Zeit also, das Projekt Namensgebung in Angriff zu nehmen. Die örtliche CDU aus Tempelhof-Schöneberg spuckt jedoch der Landes CDU kräftig in die Suppe. Denn zwei Richard-von-Weizsäcker-Plätze wird es nicht geben. Wenn ein Platz für den ehemaligen Regierenden Bürgermeister und Bundespräsidenten geeignet wäre, dann der vor dem Roten Rathaus, und keine kleine Verkehrsinsel, die den Namen Platz nicht verdient.

Pandemie bedingt finden die BVV-Sitzungen des Bezirks nur noch verkürzt statt. Offenbar war die Umbenennung des Kaiser-Wilhelm-Platzes für CDU, Grüne und FDP so wichtig, dass sie den Tagesordnungspunkt 10.1 per Geschäftsordnungsantrag nach vorn gezogen haben.

Ersucht wird das Bezirksamt per Beschluss, den Platz umzubenennen. Da für Straßen und Plätze im Bezirks sicherlich die Grüne Verkehrs-Stadträtin **Christiane Heiß** zuständig ist, wird das wohl nichts mit dem Projekt. Sie ist ja nicht einmal in der Lage, eine Fahrradstraße einzurichten.

„Die Bürgerinnen und Bürger im direkten Umfeld des Platzes sollen angemessen beteiligt und informiert werden.“, steht in der Drucksache. Da können wir ja gespannt sein. Als Begründung wurde angegeben, dass von Weizsäcker als Regierender Bürgermeister sein Büro im Rathaus Schöneberg hatte und am 8. Mai 1985 eine bedeutende Rede gehalten hat. „Es ist angemessen, diese große Persönlichkeit mit der Nennung einen prominenten Platz in Berlin, in Tempelhof-Schöneberg, zu ehren.“ Berlin Ja, Tempelhof-Schöneberg mit diesem Platz Nein.

Jetzt wird's leicht komisch in dem Text: „Dem Gedenken an Kaiser-Wilhelm (I, der mit dem Bart) würde eine Namensänderung nicht schaden. In Berlin (Lankwitz) gibt es beispielsweise eine weitere Straße, die den Namen des Kaisers trägt.“ Da wollen es sich die christlich-grün-liberalen Bezirksverordneten offenbar nicht mit den Hohenzollern verschmerzen.

Es wird noch besser: „Die Nennung des Platzes nach Richard von Weizsäcker soll keineswegs eine Abkehr von der Regel, Straßen und Plätze vorrangig nach Frauen zu benennen sein. Bei einer derart bedeutenden Persönlichkeit wie Richard von Weizsäcker muss aber eine Ausnahme von der Regel möglich sein und wird durch diese auch gedeckt.“ Sagt wer?

Die SPD-Fraktion hat geschlossen gegen den Antrag gestimmt. Gern hätte die SPD die Benennungen im Kulturausschuss diskutiert. „Natürlich hätte das Zeit gekostet, aber so weitreichende Entscheidungen nicht richtig auszuloten und dazu BVV-Beschlüsse über Benennungen nach Frauen zu ignorieren, ist nicht professionell und tut der Sache nicht gut“, findet **Martina Sommerfeld**, Kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Man kann es nur einen Pyrrhussieg nennen, den CDU, FDP und Grüne erreicht haben. Letztlich schadet er allen. Er belastet die Zusammenarbeit der Fraktionen in der BVV, denn konstruktiv ist es nicht, den Wunsch nach einer Überweisung in den Kulturausschuss abzulehnen und die ohnehin schon durch die Pandemie zeitlich begrenzte BVV-Sitzung für eine Debatte zu nutzen, die durch einen überraschend per Beschluss vorgezogenen Antrag initiiert wurde.“

Er schadet der örtlichen CDU. Mit diesem Coup haben sie verhindert, dass ein – für einen Bundespräsidenten – angemessener Ort für die Würdigung von Weizäckers gesucht werden kann. Der Kaiser-Wilhelm-Platz ist nicht mehr als eine kleine Insel im tosenden Verkehr weit ab vom Schauplatz der Bundespräsidenten.

Und, er schadet den Grünen. Ihr Wählerpotential wird es nicht nachvollziehen können, dass eine Partei, die sich neben Klima- und Umweltschutz auch Feminismus auf die Fahnen geschrieben hat, einen konservativen männlichen Namensgeber für die Umbenennung eines Stadtplatzes ausgesucht hat,“ erklärt **Marijke Höppner**, Vorsitzende der SPD-Fraktion. Die frauenpolitischen Sprecherin **Manuela Harling** ergänzt: „Noch in der letzten Wahlperiode haben SPD und Grüne gemeinsam für eine Namensliste mit Frauennamen gekämpft, die für eine Straßenbenennung in Tempelhof-Schöneberg in Frage kommen. Die gemeinsame Linie, Straßen nach Frauen zu benennen – wie es die Ausführungsvorschrift zum Berliner Straßengesetz vorsieht – so lange bis ein gesellschaftliches Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern im Straßenland erkennbar ist, haben die Grünen endgültig bei der 48. BVV am 20. Januar verlassen. Das ist doppelt bitter. Denn einerseits braucht eine gleichberechtigte Gesellschaft Vorbilder beider Geschlechter. Bisher sind Frauen aber eher in der Minderheit und tauchen auf Straßennamensschildern selten auf. Andererseits enthält der Namenspool viele Namen von Schönebergerinnen und Tempelhoferinnen, die noch auf eine Würdigung der Lebensleistung warten. Daher hätte es den Grünen gut angestanden, gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Bezirk für Gleichstellung zu kämpfen.“

* Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

04) Götz von Aly zu Rotrotgrünem Brutalismus in Berlin

Kommentar von Götz Aly im Wortlaut

Annette A., Mittwoch, 02. Dez. 2020,
23:35 Uhr

Liebe Freunde, jetzt endlich komme ich dazu, euch noch den von mir gestern gepriesenen Kommentar von Götz Aly in der gestrigen Berliner Zeitung zu übermitteln; Hervorhebungen von mir.

Nun fehlt noch die überregionale Presse ... Aber dieser Kommentar wird endlich dem Problem zum ersten Mal gerecht!

Auch ist bis heute kein angemessener Beitrag in der Berliner Abendschau gelaufen ...

Alle drei von Götz Aly angesprochenen Skandale kennt ihr auch aus meinen Übersichten ...

Es ist zu hoffen, daß der Kommentar von Götz Aly im Berliner Kurier morgen wiederholt wird ...

Schreibt Leserbriefe!

Leserbriefe FAZ: leserbrief@faz.de
Süddeutsche: leserbriefe@sueddeutsche.de
Berliner Zeitung: leser-blz@berlinerverlag.com

Einen herzlichen Gruß

Annette Ahme

Vorsitzende Berliner Historische Mitte e. V.

c/o Friedrichstädtische Galerie – Stresemannstr. 27 – 10963 Berlin

(030) 2521689 / (0177) 2521689 – skype: annette.ahme

Rotrotgrüner Brutalismus in Berlin

Berliner Zeitung vom Dienstag, 1. Januar 2020

Berlin Sowohl Die Linke als auch die SPD und Die Grünen tun gerne so, als hätten sie weit geöffnete Ohren für Bürgerbeteiligung. Dass zumindest in Berlin das Gegenteil stattfindet, sei an drei aktuellen Beispielen thematisiert.

Vor kurzem wurde in **Pankow die Mauer des Friedhofs im Ortsteil Französisch-Buchholz weggebaggert, und zwar mitsamt den hugenottischen Erbbegräbnissen aus dem 18. Und 19. Jahrhundert**. Sie erinnerten an die als Flüchtlinge in Preußen aufgenommenen protestantischen Franzosen: In Französisch-Buchholz waren es 17 Familien, darunter die Chartons, die Guyots, die Cunis oder Mathieus. Für den stadtgeschichtlich frevelhaften Abriss ist Bezirksstadtrat Vollrad Kuhn (Grüne) verantwortlich. Er flüchtet sich in windige Ausreden.

Das zweite Beispiel bezieht sich auf die seit gut 300 Jahren bestehende Mohrenstraße. Am 17. August hatten die Verordneten des Bezirks Mitte auf Antrag der Grünen und der SPD mehrheitlich beschlossen, den Straßennamen als angeblich rassistisch zu tilgen und die

Straße nach dem durchaus würdigen Philosophen Anton Wilhelm Amo zu benennen. Das soll ausdrücklich ohne die Beteiligung von Anrainern und alternative Vorschläge geschehen.

Dieser Vorgehensweise entspricht eine Alibi-Veranstaltung, die das bezirkliche Kulturamt am vergangenen Sonntag online zelebrierte. Anfangs wurde behauptet, es gehe nicht um den Straßennamen; tatsächlich redeten die zugelassenen, sich inhaltlich völlig einigen Diskutanten ununterbrochen davon. Die Auswahl der Gleichgesinnten hatte der Verein „*Each One Teach One (EOTO)* – Empowerment für Schwarze, Afrikanische- und Afrodiasporische Menschen“ getroffen. Ein Kritiker, der im Chat-Kanal höflich widersprach, wurde kurzerhand weggelöscht, weil er sich angeblich nicht „respektvoll“ ausgedrückt habe (Erdogan lässt grüßen). Insgesamt hörten sich (mit mir) 25 bis 50 Menschen die zähe Präsentation wechselseitiger Selbstbestätigung an. Für diese bürgerferne Nichtdiskussion ist die rot-grüne Spitze des Bezirksamts Mitte verantwortlich, speziell die Stadträtin Sabine Weißler (Grüne).

Nun zum dritten Fall: **Es geht um die 44 Meter breite Mühlendammbrücke**, die im Lauf der nächsten **zehn Jahre** erneuert werden muss. Die zuständige Senatorin Regine Günther (Grüne) will dieses **Betonmonster** in fast derselben Breite neu errichten lassen und bündelte Gegenvorschläge für ein nur 32,60 Meter breites, für Fußgänger, Radfahrer, Autos und Straßenbahnen gegliedertes, damit auch leichteres und weniger plump-brutales Bauwerk ab. Ihren Sprecher Jan Thomsen lässt sie mitteilen: „Wir wollen ein künstliches Nadelöhr an dieser Stelle für alle Verkehrsarten vermeiden.“

Tatsächlich steht im Zusammenhang der Brücke die Frage an, wie das schon von den Nazis verunstaltete, dann zusammengebombte und hernach im Namen des Autoverkehrs vollständig weggesprengte ehemalige Berliner Zentrum auf moderne Weise rekonstruiert werden kann. Es geht um die Wiederbelebung einer urban vollständig verödeten Zone. Aber dafür interessieren sich Grüne, SPD und Linke nicht. Schlecht gelaunt und ungemein wurstig herrschen sie in soft-stalinistischer Manier.

05) Anwohner lehnen Inge-Meyssel-Straße ab. Von Hildburg Bruns



Aus: B.Z., Nr. 64/11 v. 17.03.2021, S. 13

Anmerkung der Redaktion: Quittung für den „Straßenumbenenner-Block“ und seine Helfershelfer? Aber was kümmert diese „Oberen“ die Meinung des Volkes, wenn das Volk anderer Meinung ist? In diesem Falle war es nicht einmal eine „Umbenennung“, sondern eine Erstbenennung, aber die r ungeliebten „Umbenennungswellen“ schlagen jetzt wohl zurück. Gut so! - Hk

01) Zum Gedenken Gero Körber, Professor für Geographie-Didaktik

(*09.07.1940 Waltersdorf - †16.01.2021 Berlin)



Prof. Gero Körber (links) im Gespräch mit Prof. Dr. Bernd Wünnemann (Institut f. Geographische Wissenschaften, FR 2: Physische Geographie, FU Berlin) und Diplom-Geograph Rolf Rissiek

Das Foto von meinem Kollegen Gero Körber ist bei meiner Abschiedsfeier in der Mensa der ehemaligen Pädagogischen Hochschule – jetzt GeoCampus der Freien Universität Berlin – am 02.11.2007 aufgenommen worden und zeigt ihn als einen freundlichen Menschen, so wie ich ihn seit 1969 kannte.

Die Schulgeographie ist unter der Leitung von Frau Dr. Gisela Reindke Ende der 1960er Jahre entwickelt worden und fand mit etwa 500 Lehramtsstudenten großen Zuspruch. Die enge Verbindung von didaktischer Theorie mit der Schulpraxis drückte sich in den Hospitationsseminaren bei den Hochschullehrern aus. Frau Reindke gab neben ihrer Professorentätigkeit jahrelang am Georg-Herwegh-Gymnasium Geographieunterricht, den die Studenten beobachteten und anschließend analysieren konnten. Herr Körber tat dies an einer Grundschule in Steglitz und ich an einer Hauptschule in Wilmersdorf.

Durch die Etablierung des Faches Ethik wurden den Fächern Musik und Geographie eine Stunde pro Woche entzogen: ein hoher Bedeutungsverlust für beide Fächer!

Herr Körber hatte auch einen „grünen Daumen“. In seinem Büro stand eine riesige Bananenstaude, die durch seine Pflege einen beeindruckenden Fruchtstand entwickelte. Nach Herrn Körbers Ausscheiden nahm sich eine Kita aus Schöneberg der Pflanze an, die aber schnell einging.



Prof. Gero Körber im Gespräch mit Prof. Andreas Fritsch. Im mittigen Hintergrund die Autorin Frau Prof. Dorothea Freising.- (sämtliche Aufnahmen privat)



Abschied von Frau Prof. Dr. Gisela Reindke im Humboldtsaal des Hauses der Gesellschaft für Erdkunde am 19.10.1995 mit Prof. Dr. Ulrich Freitag (Institut f. Geographische Wissenschaften, FR 4: Kartographie). (Das Ölgemälde im Hintergrund zeigt einen der Vorsitz der GfE (1964 bis 1972), den ehem. Stv. Oberbürgermeister von Berlin, Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg

Mit seinem Tod am 16.01.2021 im 81. Lebensjahr habe ich einen zuverlässigen und verständnisvollen Kollegen verloren, der sich nach dem Ausscheiden von Frau Reindke als *primus inter pares* vorbildlich für unseren kleinen Bereich der Fachdidaktik eingesetzt hat.

Frau Prof. Dorothea Freising

02) 5 Jahre Museum Friedland

LANDESBEAUFTRAGTE EDITHA WESTMANN GRATULIERT



Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur

PRESSEMITTEILUNG

Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene,
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL



5 Jahre Museum Friedland

LANDESBEAUFTRAGTE EDITHA WESTMANN GRATULIERT

Die Niedersächsische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, gratuliert dem Museum Friedland zum fünfjährigen Bestehen. Im März 2016 war das Museum im ehemaligen Bahnhofsgebäude des Ortes, direkt neben dem bekannten Grenzdurchgangslager, eröffnet worden. „Seitdem können wir uns davon überzeugen, dass die Umwandlung des alten Bahnhofs in ein modernes Museum hervorragend gelungen ist. Das Team Museum Friedland arbeitet ausgesprochen professionell. Ihm gelten meine herzlichen Glückwünsche und meine aufrichtige Anerkennung für das große Engagement, den Ideenreichtum, die Kreativität und die herzliche Verbundenheit zu Friedland und seiner Geschichte“, betont die Landesbeauftragte Westmann.

Das Museum Friedland erinnert an über vier Millionen Menschen, die dort seit der Gründung des Grenzdurchgangslagers im September 1945 registriert und weitergeleitet worden sind. Im Wesentlichen handelt es sich um Flüchtlinge, Heimatvertriebene und Aussiedler aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, um Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft und um Aussiedler und Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der einstigen Sowjetunion. Neben diesen großen Gruppen dient das Grenzdurchgangslager seit über 60 Jahren Bedrängten aus aller Welt als Erstaufnahmeeinrichtung. Das Durchgangslager ist bis heute in Betrieb. Es ist zuständig für die dem Land Niedersachsen zugewiesenen Asylbewerber und für Menschen aus dem Umsiedlungsprogramm des UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen). Daneben ist es weiterhin erste Anlaufstelle für Spätaussiedler sowie jüdische Zuwanderer aus Osteuropa und Zentralasien.

„Das unmittelbare Nebeneinander von Durchgangslager und Museum ist einzigartig. Es zeigt uns aber leider auch, dass Flucht und Vertreibung zur Gegenwart gehören und wir in Niedersachsen dankbar für Frieden, Wohlstand und Freiheit sein müssen“, stellt Editha Westmann fest. Zu allen Zeiten haben Bedienstete und Ehrenamtliche die Eintreffenden in Friedland mit Verständnis und Anteilnahme empfangen. In dieser Linie erzählt das Museum

die Schicksale von Flucht, Deportation, Vertreibung und Aussiedlung und legt den Schwerpunkt auf das Ankommen. „Das ist sinnvoll, weil Aufnahme und Integration einen Prozess bilden, an dem alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mitwirken sollten. Zur erzwungenen Migration gehören jedoch genauso traumatische Erinnerungen, Verlust und Schmerz sowie Trauer um umgekommene Angehörige. Wer sich ausreichend Zeit für die Ausstellung nimmt und in die Interviews mit Betroffenen hineinhört, wird schnell zu dieser Überzeugung gelangen. Auch daran sollten wir stets denken“, so Editha Westmann.

Die Landesbeauftragte hat die Dauerausstellung im Museum Friedland bereits mehrere Male, auch mit interessierten Gruppen, besucht. Bei jedem Besuch hat sie neue und spannende Erkenntnisse gewonnen, die sie bewegt haben. Editha Westmann ist froh, dass Politik und Gesellschaft seinerzeit davon überzeugt werden konnten, die Geschichte dieses Ortes zu dokumentieren, zu bewahren und für eine breite Öffentlichkeit dauerhaft sichtbar zu machen. Dies möchte sie mit Blick auf das Museum Friedland als außerschulischen Lernort besonders unterstreichen. Editha Westmann dankt den Beschäftigten des Museums Friedland, der Geschäftsstelle Museum Friedland im Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur sowie allen Vertreterinnen und Vertretern des Kuratoriums, des wissenschaftlichen Beirats und des Arbeitskreises für ihren Einsatz. „Als Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler und als Vorsitzende des Kuratoriums Museum Friedland bin ich sehr stolz auf das, was im Museum Friedland entstanden ist. Schon heute warten wir gespannt auf die beschlossene Erweiterung des Museums.“

Ansprechpartner

Oksana Oehlmann

Stabstelle VFS / Sekretariat des Verbindungsbüros zur
Niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene,
Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler

Niedersächsisches Ministerium
für Wissenschaft und Kultur
Georgsplatz 19 · 30159 Hannover
Tel: +49 (0) 511 120 75 80
Fax: +49 (0) 511 120 99 75 89
buero.landesbeauftragte@mwk.niedersachsen.de

03) Michael Wieck.

(*19.07.1928 – † 27.02.2021). Ein Nachruf. Von Klaus Harer



Michael Wieck am Ostseestrand, 2004. Foto: © Viktor Gribowski, Kaliningrad
03. März 2021

Michael Wieck, Musiker und Autor des berühmten Buches »Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein Geltungsjude berichtet«, ist am vergangenen Samstag im Alter von 92 Jahren gestorben.

Das Deutsche Kulturforum östliches Europa stand in den vergangen anderthalb Jahrzehnten in regelmäßigem Kontakt und Austausch mit Michael Wieck, und wir durften in ihm nicht nur einen klugen, kenntnisreichen und kritischen Autor und Zeitzeugen kennenlernen, sondern vor allem auch einen warmherzigen, humorvollen und charmanten Menschen.

Michael Wieck wurde am 19. Juli 1928 im ostpreußischen Königsberg geboren. Beide Eltern waren Berufsmusiker – sie spielten bis zur Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im angesehenen Königsberger Streichquartett. Ab 1933 durfte die Mutter, die jüdischer Abstammung war, nicht mehr auftreten und das Quartett löste sich auf. Michael besuchte zunächst die Schule der jüdischen Gemeinde und musste nach deren Schließung mit knapp 14 Jahren Zwangsarbeit u.a. in einer Königsberger Chemiefabrik leisten. Den Terror der Judenverfolgung, den Abtransport von Verwandten und Bekannten in die Vernichtungslager, die Schrecken der Bombardierung Königsbergs im August 1944 und der Erstürmung durch die Sowjetarmee im April 1945, das Elend der überlebenden Königsberger Bevölkerung, die nach der Niederlage der Rache der Sieger ausgeliefert war – das alles erlebte Michael Wieck, bis er 1948 ausreisen konnte. In Westberlin holte er Versäumtes nach und legte die Grundlage für eine Laufbahn als Orchestermusiker.

Zunächst arbeitete er als Geiger im RIAS-Symphonie-Orchester, bis er 1961 dem Ruf der University of Auckland nach Neuseeland folgte, wo er sieben Jahre lang als Senior Lecturer Violine unterrichtete. Ende der 1960er Jahre kehrte er nach Deutschland zurück und spielte bis 1974 als Konzertmeister im Stuttgarter Kammerorchester, anschließend bis zur Pensionierung als Mitglied des Stuttgarter Radio-Sinfonie-Orchesters.



Wiecks Buch über seine jungen Jahre in Königsberg erschien 1988 unter dem Titel [Zeugnis vom Untergang Königsbergs. Ein Geltungsjude berichtet](#). Lew Kopelew bezeichnete es in seiner Rezension in der *Zeit*, als »eine schlichte, ungekünstelte und spannende Erzählung, jede Einzelheit überzeugend wahr geschildert.« Tatsächlich hob es sich ebenso wohltuend wie auch schmerzhaft von der sonstigen ostpreußischen Nachkriegs-Memoiristik ab. Als Erinnerungsbuch eines überlebenden Juden aus Königsberg eröffnete es die Reflexion über Nationalsozialismus und Holocaust in Ostpreußen in Verbindung mit der Erfahrung der Brutalitäten der ersten Jahre nach der Befreiung durch die Sowjetarmee. Seitdem hat es immer wieder Neuauflagen erlebt und ist bis heute lieferbar. Im Laufe der 1990er Jahre gelangte das Buch auch nach Kaliningrad, wo nach dem Zerfall der Sowjetunion und nach der Öffnung der Grenzen das Interesse für die lokale Geschichte Ostpreußens wuchs. Ein junger Kaliningrader, Juri Wolkow, übersetzte den anspruchsvollen Text und übergab das umfangreiche Manuskript an Michael Wieck, der seit 1992 von Zeit zu Zeit nach Kaliningrad kam, um unter anderem die örtlichen Musikschulen, die zu jener Zeit in einem desolaten Zustand waren, mit Instrumenten und Zubehör zu unterstützen. Wie es dazu kam, dass die russische Buchausgabe im Jahr 2004 in St. Petersburg erscheinen konnte, ist das Sujet einer besonderen Geschichte. Es ging nicht ohne die Hilfe deutscher und russischer Freunde und die [Unterstützung des Deutschen Kulturforums östliches Europa](#).



Die verstörende Wirkung, die das Buch für den deutschen Leser hatte und bis heute hat, wurde in Russland dadurch verstärkt, dass es gleich mehrere gutgehütete Tabus brach. Der russische Leser bekam hier zum ersten Mal ein Bild jüdischen Lebens in Königsberg und eine detaillierte Darstellung der antijüdischen Maßnahmen der Nationalsozialisten und ihrer Auswirkungen auf das alltägliche Leben zu lesen. Für die Kaliningrader, denen die sowjetische Erzählung von der Erstürmung der Festung Königsberg vertraut war, musste die lebensnahe Erzählung der Kriegseignisse aus der Perspektive des jungen Michael sehr drastisch erscheinen. Besonders erschreckend war für die Kaliningrader jedoch die Grausamkeit der Sieger in Wiecks Bericht über die erste Nachkriegszeit. Gründe gab es also genug, dass die erste russische Ausgabe des Buches nicht im allzu betroffenen Kaliningrad, sondern im fernerer St. Petersburg erschien. Inzwischen ist es im Kaliningrader Gebiet zum Hausbuch all derer geworden, die sich für die Auseinandersetzung mit der regionalen Geschichte und die Reflexion über die historischen Belastungen durch die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts einsetzen. Die russische Ausgabe ist inzwischen auch im [Internet frei zugänglich](#).

Die Nachricht von Michael Wiecks Tod löste in Kaliningrad besonders große Betroffenheit bei den zahlreichen Lesern und Freunden aus. Ein ausführlicher Nachruf in der Kaliningrader Internetzeitung newkaliningrad.ru erinnert an die zahlreichen Besuche Wiecks in der Stadt und vor allem an seinen letzten Auftritt im Dezember 2015, bei der Präsentation der gerade neu erschienenen Kaliningrader Ausgabe seines Buches vor großem Publikum.

Mit Michael Wieck haben wir einen Zeitzeugen und geistreichen Gesprächspartner verloren; für die Kaliningrader und alle, die eine innere Verbindung mit der Geschichte und Gegenwart Ostpreußens und Königsbergs haben, war er einer der letzten Menschen, der noch aus eigener Erfahrung und Anschauung vom Leben in der Stadt vor Ihrem Untergang berichten konnte. Was bleibt, sind die im Internet aufzufindenden Videos seiner Zeitzeugenberichte und vor allem sein Buch *Zeugnis vom Untergang Königsbergs*, auch in seiner Geburtsstadt, wo es von besonderer Bedeutung ist, wie es am Schluss des erwähnten Kaliningrader Nachrufs heißt: »Das Buch ist wichtig für all die Menschen, die heute in Kaliningrad leben, die hier heimisch sind, und die sich nicht vor der Geschichte fürchten.«

Quelle: <https://www.kulturforum.info/de/kk-magazin/news-tipps/news/8380-michael-wieck-19-7-1928-27-2-2021>

04) Ehrenfried Walther Graf von Tschirnhaus

(* 10. April 1651 in Kieslingswalde; † 11. Oktober 1708 in Dresden)



Ehrenfried Walther von Tschirnhaus.

Stich von Martin Bernigeroth,
Kupferstichkabinett Dresden

Anlässlich seines 370. Geburtstages am 10. April 2021 soll hier einer genialen Persönlichkeit aus Schlesien gedacht werden, die in dem langgestreckten Waldhufendorf Kieslingswalde, 14 km ostwärts von Görlitz, Kreis Görlitz /poln. Slawnikowice/Gmina Zgorzelec/Oberlausitz, im Rittergut derer von Tschirnhaus geboren wurde, des **Ehrenfried Walther Graf von Tschirnhaus** (E. W. Graf v. Tsch.), Herr auf Kieslingswalde und Stoltzenberg. - Schon 1301 wird das Dorf als Keselingswalde erwähnt. Es fiel im Jahr 1815 im Wiener Kongress an die Provinz Schlesien. Bis über den Tod von E. W. Graf v. Tsch. hinaus - weit über 300 Jahre - besaß die Familie dieses Landgut. Im Jahr 1714 erwarb es eine Frau Katharina von Falkenhain. E. W. Graf v. Tsch. war nämlich am 11. 10. 1708 in Dresden verstorben und in der Kirche von Kieslingswalde begraben worden. 1693 starb seine 34-jährige Frau, Elisabeth Eleonore von Lest, mit der er 5 Kinder hatte. Mit seiner 2. Frau, Elisabeth von der Schulenburg (+1707), hatte er 2 Kinder. In seinen 57 1/2 Lebensjahren machte der aus schlesischem Adel stammende Gelehrte als Naturforscher

enorm viele Erfindungen. Am wichtigsten scheint uns die Erforschung der Block-Glasschmelze, der Glasschliff großer Glasspiegel und Brenngläser sowie ab 1706 die Kreation des Roten Steinguts und 1708 des Weißen Porzellans, das man oft dem Johann Friedrich Böttger als "Erfinder des Meißener Porzellans" zuschrieb, aber neueren wissenschaftlichen Analysen dem Schlesier E. W. Graf v. Tschirnhaus verdankt.



Sphärischer Brennspeigel von Tschirnhaus aus dem Jahr 1686 im Mathematisch-Physikalischen Salon in Dresden. Im Hintergrund steht einer seiner Brennlin sen-Apparate.

Den Ursprung seiner gräflichen, adeligen Familie findet man in Mähren und Böhmen. Sie war Jahrhunderte vor seiner Geburt in die schlesische Oberlausitz eingewandert. - Bevor der junge Graf in Lauban die Schule und in Görlitz von 1666-68 das Gymnasium Augustum besuchte, erhielt er Privatunterricht. U.a. lernte er die Arbeiten von Johann Amos Comenius, des Görlitzer Theosophen Jakob Boehme und des Jesuiten Athanasius Kircher kennen.



Größter Brennlinsen-Apparat von Tschirnhaus (Höhe 2,23 m).

Curt Reinhardt - Abbildung aus dem Buch: "Tschirnhaus oder Böttger?" von Prof. Curt Reinhardt Eine urkundliche Geschichte der Erfindung des Meißener Porzellans. In: Neues Lausitzisches Magazin, Band 88, 1912

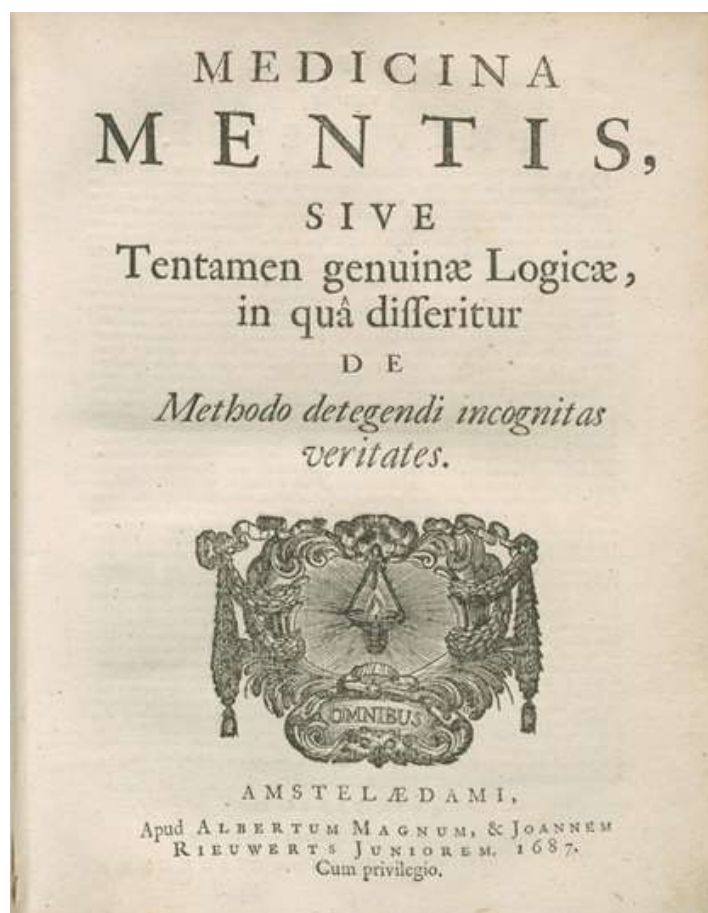
Mit 17 Jahren wurde er 1668 in der Universität Leiden für ein Jurastudium immatrikuliert, stieg aber um auf Physik, Philosophie, Medizin, Alchemie, und hauptsächlich Mathematik. Ein Mathematiker interessierte ihn für die Cartesianische Philosophie. Insofern kam er in den philosophischen Kreis von Baruch Spinoza in Den Haag. Ab 1672 diente er 1 1/2 Jahre freiwillig als holländischer Soldat im Holländischen Krieg. - 1674 kehrt er zurück in die schlesische Heimat. Studienhalber reist er 1675 nach London, knüpft Kontakt mit der "Königlichen Gesellschaft" (Kings Society), wo er als "kenntnisreichster Algebraist Europas" bezeichnet wird. Mit einem Empfehlungsbrief geht er 1675 nach Paris, stößt auf Gottfried Wilhelm Leibniz und Christian Huygens. Letzterer zeigt ihm den Bau optischer Instrumente zur Beugung und Reflexion von Licht, woraus er später seine Elementarwellentheorie entwickelte. Er nimmt an Glasschmelzversuchen mittels eines Brennspiegels teil. Bei Leibniz lernt er die Leibniz'sche Infinitesimalrechnung, lehnt diese aber ab und hält sich zur Enttäuschung von Leibniz weiter an den Cartesianismus, eine anschauliche Methode des Descartes zur Lösung geometrisch-algebraischer Probleme. Er kreiert die "Tschirnhaus-Transformation", die bis heute gültige Auflösung von Gleichungen n-ten Grades.

1676 reist er zu dem Physiker Vilette nach Lyon und studiert die Herstellung von Brennspiegeln. Zum Studium von Instrumenten der Brennspiegelproduktion fuhr er nun nach Mailand und sieht einen solchen von 119 cm Durchmesser, reist nach Venedig, Bologna, 1677 nach Rom, wo er Schleiftechniken, auch des Athanasius Kircher studiert. Dort lernt er Vulkanologie kennen, Gesteinskunde. Gleich reist er zum Vesuv nach Neapel, nach Palermo zum Ätna und zum Vulkan Stromboli, um Studien vulkanischen Gesteins zu

betreiben. Nach einem Besuch von Malta reist er retour 1679 über Genf wieder nach Paris, nach Amsterdam, Hannover, Leipzig und Dresden. Er trifft dabei auf Gelehrte, Instrumentenbauer der Glasschmelzung und wieder auf G. W. Leibniz, den letzten Universalgelehrten Deutschlands. Ende 1679 begann er im Gut der Eltern eine Bibliothek aufzubauen, 1684 übernahm er infolge des Todes des Vaters die Gutsverwaltung. Eine Ernennung zum Kanzler der Universität Halle schlug er aus. - Seit 1680 fertigte er in Sachsen Glasbrennspiegel, unternahm Schmelzversuche an großen Glasblöcken, verschenkte Brennspiegel an Fürstenhöfe, konstruierte Schleif- und Poliermaschinen sowie Brennspiegelapparate, die mit 1000 °C Metalle, Asbest, Glas und Erden zum Schmelzen brachten. - 1682 wird er in die Pariser Akademie der Wissenschaften aufgenommen. - Durch weitere Entwicklung von holzsparenden Brennöfen und Aufbau einer Edelstein-Schleif- und -poliermühle begann er sogar Spezialgläser für die Optik, Kristallgläser und Spiegelbeschichtungen in einer Glashütte zu produzieren. (Eins der Brenngläser, 80 kg schwer, befand sich noch um 1890 im Kabinett der Pariser Akademie der Wissenschaften).

1681 schon widmete er sich auch der Medizin und schrieb 1687 sein Hauptwerk "Medicina mentis", mittels dem er eine medizinische Art zur Gewinnung neuer Erkenntnisse, "ars viveniendi", also der Vereinigung philosophischer, mathematischer und physikalischer Studien beschreibt. Er empfahl eine Synthese aus Empirie, Logik, Deduktion und Induktion. (1695 erschien eine 2. Auflage mit einem überarbeiteten spinozistischen Gottesbegriff). - Auch dem Unterricht an höheren Schulen widmete er 1700 eine pädagogische Schrift und fordert eine gute Ausbildung in Mathematik und Naturwissenschaften. Ab 1690 lebt Tschirnhaus fast nur noch in Dresden. Seine 1.Frau bewirtschaftet das alte Gut weiter bis 1693, alsdann seine 2.Frau, die nun die Mutter der 7 Kinder ist. - Der Hallenser Pädagoge August Herrmann Franke regte ihn 1700 an, ein Werk über aufgeklärte Pädagogik zu schreiben, die "Gründliche Anleitung zu nützlichen Wissenschaften, absonderlich zu der Mathesi und Physica", worin er die Verschmelzung von Mathematik, Naturwissenschaften und den Unterrichtsgebrauch von Naturalienkabinetten vorschlug. - In Kießlingswalde wollte Tschirnhaus immer eine private Gelehrtenengesellschaft kreieren, was später in der Absicht, eine "Sächsische Akademie der Wissenschaften" zu gründen, endete. - In Dresden forcierte der Schlesier aus der Oberlausitz seine Glasschmelz- und Porzellan-Herstellungsversuche.

Der Sächsische Kurfürst und König von Polen und Litauen, Friedrich August II., "der Starke", beauftragt ihn 1701 nach Holland und Paris zu reisen, um die Keramikherstellung zu erkunden und Absatz für Glasprodukte zu schaffen. - Nun kommt für Schlesier das wohl Wichtigste: Der Kurfürst von Sachsen stellt im Jahr 1704 den Alchimisten, Johann Friedrich Böttger, bei dessen Versuchen der Porzellan- und Goldpulverherstellung unter die Aufsicht von E. W. Graf von Tschirnhaus! Böttger hatte manche Probleme bereitet. August II. setzte Böttger auf der Festung Königstein in Dauerhaft fest. - Gemeinsam arbeiteten sie in verschiedenen sächsischen Labors, wie in der ihm unterstellten Ostrahütte/Dresden oder der Glashütte in Glücksburg/Wittenberg, an der Entwicklung von Glas und Porzellan. Nachdem Tschirnhaus allein - wohl in Kießlingswalde - schon ums Jahr 1706 Rotes Porzellan erfand, gelang auch Tschirnhaus (in seinem Todesjahr 1708) mittels des Rohstoffes Kaolin die Fertigung von Weißem Porzellan. - Aufgrund des Todes von von Tschirnhaus' ist bis heute unklar, wer als Erster als Erfinder des Porzellans zu gelten hat. Alles spricht für Tschirnhaus, denn entscheidende Voraussetzungen, wie der Hitzeezeugung bei Sinterung des Materials, also der Ofentechnik, und der Zusammensetzung des Materials, gehen auf Tschirnhaus' Arbeiten zurück. Die Analyse ergibt, dass Ehrenfried Walther Graf von Tschirnhaus vor Böttger das Rote Porzellan, unmittelbar anschließend das Weiße Porzellan erfand.



Medicina mentis (BEIC)

Verfügbar in der digitalen Bibliothek der Europäischen Bibliothek für Information und Kultur (BEIC) und hochgeladen im Rahmen einer Partnerschaft mit der BEIC.

In die schlesische Geschichte geht er als ein bei Görlitz/OL geborener, höchst genialer Mathematiker, Philosoph, Naturforscher, Vulkanologe, Mineraloge, Mediziner, Glas-Instrumentenbauer, Brennspiegel- und Porzellanerfinder, Wissenschaftsorganisator, Gutsherr und als Vertreter der Frühaufklärung ein. Dutzende seiner meist in Latein geschriebenen Werke bereichern die europäische, wissenschaftliche, historische Kultur und sprechen für seine Genialität. Wichtig ist uns, dass seine Herkunft und Heimat in Niederschlesien/Dolny Śląsk, nahe der Europastadt Görlitz/Zgorzelec liegt. Es wäre eine beachtliche Tat, diesem Genie zum 375. Geburtstag im Jahre 2026 in Görlitz - seinem Schulort - einen Platz- oder Straßennamen zu widmen.

Hinweise: im Mathematisch-Physikalischen Salon in Dresden steht sein Sphärischer Brennspiegel von 1686; Literatur: Brockhaus - 14.Auflage/1898 und 11.Band/1986; Susan Splinter, "Tschirnhaus, Walter von" in Neue Biographie 26/2016; E. Winter, "Der Bahnbrecher d. deutschen Frühaufklärung E. W. v. Tsch. und d. Frühaufklärung in Mittel- und Osteuropa"/1960; Deutsche Biographie-Impressum; D. Hülsenberg, "Kolloquium aus Anlass d. 350. Geburtstags v. E. W. Graf v. Tschirnhaus"; Wikipedia; eigenes familiäres Wissen über Kieslingswalde; "Stammfolge schlesischer Adelsgeschlechter", Bd.1, Lfg. 1-3, C.A. Starke Verlag, Görlitz 1941; www.rambow.de/lebensbeschreibung-ehrenfried-walther-von-Tsch.)

Wolfgang Liebehenschel, Ltd. Baudirektor a.D., Berlin (früher Görlitz)

Anmerkung der Redaktion: Sämtliche Abbildungen wurden aus WIKIPEDIA hinzugefügt- Hk

- 05) In Breslau geboren, gestorben in Berlin:
Zum Tod Armin Stolpers am 17. Dezember 2020.
Von Jörg Bernhard Bilke



In Breslau geboren, gestorben in Berlin

Zum Tod Armin Stolpers am 17. Dezember

Berlin. (dod) In Berlin starb am 17. Dezember 2020 der aus Schlesien stammende Schriftsteller und Dramaturg Armin Stolper (1934-2020). Geboren am 23. März in der Hauptstadt Breslau als Sohn eines Lokomotivführers und einer Näherin, kam er auf der Flucht nach Quolsdorf, einem kleinen Ort im Landkreis Görlitz in der schlesischen Oberlausitz. In der Kreisstadt Görlitz legte er 1952 das Abitur ab und studierte kurzfristig in Jena Philosophie und Germanistik. Als er 1953 am Stadttheater Senftenberg eine Stelle angeboten bekam, brach er das Studium ab, um dort bis 1959 als Dramaturg und Funktionär zu arbeiten. Danach war er bis 1976, als er als freier Schriftsteller zu arbeiten begann, an verschiedenen The-

atern tätig wie dem „Maxim-Gorki-Theater“ und der „Volksbühne“ in Ostberlin, dem „Landestheater“ in Halle und dem „Deutschen Theater“ in Ostberlin.

Armin Stolper schrieb zahlreiche Theaterstücke, die erfolgreich waren, wie „Zeitgenossen“ (1959), „Himmelfahrt zur Erde“ (1971) und „Lausitzer Trilogie“ (1980/81). Von seinen Prosatexten sind zu nennen „Die Karriere des Seiltänzers“ (1982), „Geschichten aus dem Giebelzimmer“ (1983) und das Reisebuch „Von Reykjavik nach Flachsenfingen“ (1985). Ausgezeichnet wurde er mit der „Erich-Weinert-Medaille“ (1969) der „Freien Deutschen Jugend“, mit dem „Lessing-Preis“ (1970) und mit dem „Literaturpreis des FDGB“ (1972).

Jörg Bernhard Bilke

Aus: DOD 01/2021, S. 16

Anmerkung der Redaktion: Das Foto wurde von uns aus WIKIPEDIA hinzugefügt. Hk

06) 100. Jahrestag der Volksabstimmung:
Stiftung Haus Oberschlesien bringt Sonderbriefmarke heraus

100. Jahrestag der Volksabstimmung: __Stiftung Haus Oberschlesien bringt Sonderbriefmarke heraus. Auch internationale Konferenz, Bildungsfilm und Ausstellung sind in Planung

Am 20. März 1921 fand in Oberschlesien als eine der Folgen des Versailler Vertrages eine Volksabstimmung statt. Sie wurde sowohl im Vorfeld als auch danach von politischen Konflikten und sogar Kampfhandlungen begleitet. Diese Abstimmung ging mehrheitlich für den Verbleib bei Deutschland aus. Die trotz Mehrheitsvotum erfolgte Teilung Oberschlesiens hatte einschneidende Folgen für die Region und ist bis heute spürbar.

Der 100. Jahrestag dieses Ereignisses, der im nächsten Jahr begangen wird, wirft nun seine Schatten voraus. Die Stiftung Haus Oberschlesien mit Kulturreferat und dem Oberschlesischen Landesmuseum plant hierzu am 19. und 20. März 2021 eine international besetzte, wissenschaftliche Konferenz. Als Partner konnten die Landeszentrale für politische Bildung NRW (Düsseldorf), das Zentrum für historische Forschung der polnischen Akademie der Wissenschaften (Berlin), die Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (Düsseldorf), das Institut für Nationales Gedenken (Kattowitz/Katowice) und das Museum in Gleiwitz/Gliwice gewonnen werden.

Begleitend wird mit der Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen und der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus ein 15-minütiger Bildungsfilm über die Volksabstimmung in Oberschlesien produziert. Dieser soll dem interessierten Publikum im Oberschlesischen Landesmuseum gezeigt werden, bevor der Besucher die ebenfalls geplante Ausstellung zu dem Thema betritt. Er wird aber auch online zu Bildungszwecken frei verfügbar sein.

Um im Vorfeld schon auf das historische Datum aufmerksam zu machen, hat sich die Stiftung Haus Oberschlesien eine Aktion einfallen lassen. Und zwar wurde von dem Mitarbeiter Leonhard Wons eigens eine Sonderbriefmarke entworfen. Es ist eine „Briefmarke individuell“ der Deutschen Post AG, insofern kann sie als offizielles Postwertzeichen für die Frankierung von Briefen genutzt werden. Dieser gelungene Entwurf ermöglicht es der Stiftung Haus Oberschlesien, schon mit der Weihnachtspost das Abstimmungsjubiläum zu bewerben. Für einige Leute mag die Briefmarke durchaus auch als Sammlungs- oder Erinnerungsstück interessant sein. Neben den klassischen 20er Bögen mit 80er Briefmarken wird es auch Geschenkkärtchen mit Einzelmarken geben. Wer eine solche erwerben möchte, kann sich gerne an regent@oslm.de oder (02102) 965256 wenden.

12. November 2020
Geschrieben von Wladarz

Quelle: <http://www.oberschlesisches-landesmuseum.de/%C3%BCber-uns/aktuelle-meldungen/1175-100-jahrestag-der-volksabstimmung-stiftung-haus-oberschlesien-bringt-sonderbriefmarke-heraus.html>

07) Volksabstimmung in Oberschlesien. Vor 100 Jahren – der 20. März 1921

Volksabstimmung in Oberschlesien

Vor 100 Jahren – der 20. März 1921

Am 20. März 2021 jährt sich die Volksabstimmung in Oberschlesien zum 100. Mal. Wer die Ereignisse der Volksabstimmung in Oberschlesien verstehen will, muss die Geschichte der deutsch-polnischen Nachbarschaft der letzten Jahrhunderte kennen. Wohl brachte der 20. März 1921 einen einwandfreien deutschen Abstimmungssieg, aber diese Zeit war doch ein trauriges Kapitel der oberschlesischen Geschichte.

Hundert Jahre nach den Napoleonischen Kriegen wurde die Welt 1914-18 von einem neuen Krieg heimgesucht. Viele Schlesier kämpften an verschiedenen Fronten und in verschiedenen Armeen gegeneinander. Niemand wusste damals, wie die Zukunft Schlesiens nach dem Krieg und Zerfall der Imperien aussehen würde. Erste Bestrebungen eines polnischen Nationalismus, der auf eine Abtrennung Oberschlesiens vom Deutschen Reich zielte, gab es bereits seit der Jahrhundertwende. In dieser Zeit wanderten weit über 70.000 Polen in das oberschlesische Industriegebiet ein, zumeist als billige Arbeitskräfte.

Im Mai 1919 eröffnet Frankreich während der Versailler Vertragsverhandlungen Deutschland seine Friedensbedingungen: „Polen erhält ganz Oberschlesien mit einigen Gebieten Mittelschlesiens, die Provinz Posen und Teile von Westpreußen mit Danzig sowie von der Provinz Ostpreußen den Kreis Soldau“. Der südliche Teil des Kreises Ratibor, das Hultschiner Ländchen, mit 316 qkm und 49.000 Einwohnern, wurde an die Tschechoslowakei abgetreten. Aber gemäß des 1919 unterzeichneten Versailler Vertrag sollte über den Verlauf der polnisch-deutschen Staatsgrenze in Oberschlesien eine Abstimmung entscheiden.



Propagandapostkarte zur Volksabstimmung.

Schon damals setzte die Agitation für den Anschluss Oberschlesiens an Polen ein. Um vor der beabsichtigten Abstimmung vollendete Tatsachen zu schaffen, wurde am 16. August 1919 der „polnische Aufstand“ ausgerufen. Nach dessen blutiger Niederschlagung durch die deutsche Reichswehr wurde die Verwaltungsmacht in Oberschlesien der „Interalliierten Kommission für Regierung und Abstimmung“ übertragen. Die Reichswehr musste Oberschlesien räumen, die Polizei wurde umgruppiert und das Land vom übrigen Reichsgebiet abgeriegelt. Nachdem der Versailler Friedensvertrag am 10. Januar 1920 in Kraft getreten war, trafen bereits am 27. Januar 1920 in Oberschlesien die ersten französischen Besatzungstruppen ein, insgesamt 13.000 Soldaten. Es folgten die Italiener mit 2.000 Mann und etwa 1.000 Engländer, die in ihrer Mehrheit erst Anfang 1921 kamen, als sich die Lage beim dritten polnischen Aufstand zugespitzt hatte.

Der Abstimmungskampf ging um die Jahreswende 1920/21 auch auf deut-

scher Seite einem Höhepunkt entgegen. In Reaktion auf die Versailler Forderungen und die polnischen Annexionsansprüche gründete sich der „Verband heimattreuer Oberschlesier“, der mehr als 1.000 Ortsgruppen und über 10.000 Vertrauensleute in allen Dörfern und Städten umfasste. Vor der Abstimmung wurde genau wie heute Wahlkampf geführt. Auf den Kundgebungen verteilten die Kinder schwarz-rot-goldene und schwarz-weiß-rote Fähnchen unter den Zuhörern. Die deutschen Parolen lauteten: „Gebet der Heimat, Oberschlesien bleibe deutsch!“, „Deutschland ist unser Vaterland, Oberschlesien unsere Heimat!“, „Deutschland unsere Mutter-erde, Oberschlesier sind wir Heimat-treu!“

Und dann kam der Tag der Abstimmung am 20. März 1921, von dem sich die so lang terrorisierte Bevölkerung Oberschlesiens ein Ende der langen Leidenszeit erhoffte. Am Abend des 20. März 1921 fiel die Entscheidung. Bei einer Wahlbeteiligung von 98% stand

der deutsche Wahlsieg fest: 717.122 hatten für Deutschland, 483.514 für Polen gestimmt, also 60% für den Verbleib Oberschlesiens beim Deutschen Reich, für die Abtretung an Polen nur 40%. Bei der Analyse des Ergebnisses stellte sich heraus, dass 42% der Oberschlesier, die polnisch als Muttersprache angaben, dennoch für Deutschland gestimmt hatten, ein Beweis dafür, dass die Sprachenfrage in einem Grenzland nicht unbedingt auch für die Nationalität steht.

Unter dem Eindruck dieser vernichtenden Niederlage brach in der Nacht zum 3. Mai 1921, dem polnischen Nationalfeiertag, der dritte und blutigste polnische Aufstand aus. Er führte zu einem Rachefeldzug gegenüber allen, die sich zu Deutschland bekannt hatten. Viele, die sich im Verband der Heimattreuen Oberschlesier besonders engagiert hatten, mussten querfeldein in das dreißig Kilometer entfernte Oppeln, später nach Breslau flüchten.

Am 20. Oktober 1921 wurde ein von der Kommission festgelegter Teilungsplan bekannt gegeben. Von Oberschlesien wurden 32.139 qkm mit 830.000 Einwohnern Polen zugeteilt. Von 63 Steinkohlegruben erhielten die Polen 51, von 19 Zink- und Bleigruben 15, von 37 Hochöfen 22, von 18 Stahl- und Walzwerken 9, ferner sämtliche Eisen-

erzgruben und alle Zinkhütten, damit den größten Teil des ober-schlesischen Industriepotentials. Aus dem abgetrennten Oberschlesien flüchteten 120.000 Menschen. Am 30. Mai 1922 behandelte der Deutsche Reichstag die Teilung durch den Völkerbund. Der Abgeordnete Thomas Szezeponik (1860-1927) erklärte namens der Deutschen im abgetrennten Gebiet: „Im Namen der Deutschen Oberschlesiens habe ich Ihnen einige Worte des Abschieds zu sagen. Wir haben aus Vaterlandsliebe und Rechtssinn für Deutschland zugestimmt. Der Völkerbundsrat hat den Willen der deutschen Mehrheit missachtet und den lebendigen Organismus Oberschlesiens zerrissen. Über 400.000 deutschfühlende Bewohner werden durch eine willkürlich gezogene Grenze zu polnischen Staatsbürgern gemacht.“ Für die Zentrumsfraktion sprach Prälat Carl Ulitzka (1873-1953), er rief aus: „Die Entscheidung über Oberschlesien ist und bleibt juristisch ein Rechtsbruch, politisch eine Torheit und wirtschaftlich ein Verbrechen!“

Nach 700-jähriger Zugehörigkeit wurde in Oberschlesien ein blühender, durch deutschen Fleiß und deutsche Betriebsamkeit entwickelter Landesteil vom Vaterland gelöst. Das verbleibende Gebiet wurde nach dem Schiedsspruch des Völkerbundes am 12. Juli 1922



zwischen Deutschland und Polen geteilt: Deutschland behielt West-Oberschlesien mit 9.700 qkm und 1.299.000 Einwohnern und musste Ost-Oberschlesien mit 3.214 qkm und 980.000 Einwohnern an Polen abtreten. Das Unrecht von 1921 nahm seinen verhängnisvollen Lauf und mündete in das neue und größere Unrecht vom 1. September 1939.

Michael Ferber

Aus: DOD 01/2021, S. 12 - 13

08) Wie Otto Wichterle die erste weiche Kontaktlinse herstellte.

Von Daniela Honigmann

Der Zufall hat Lm. **Otto Wichterle** (*1913 Proßnitz in Mähren / Prostějov) mehrfach im Leben geholfen. Bei der Erfindung von Poly-Hema zum Beispiel. Seine vorzüglichen Kenntnisse im Bereich der hydrophilen Gele verband der Chemiker Wichterle mit einer guten Portion Erfindungsreichtums. So kam es, daß er sich dank einer selbstgebauten Zentrifuge um die wichtigste tschechische Erfindung des 20. Jahrhunderts verdient gemacht hat.

[Radio Prag berichtet darüber hier \(s. nächste Seiten\):](#)

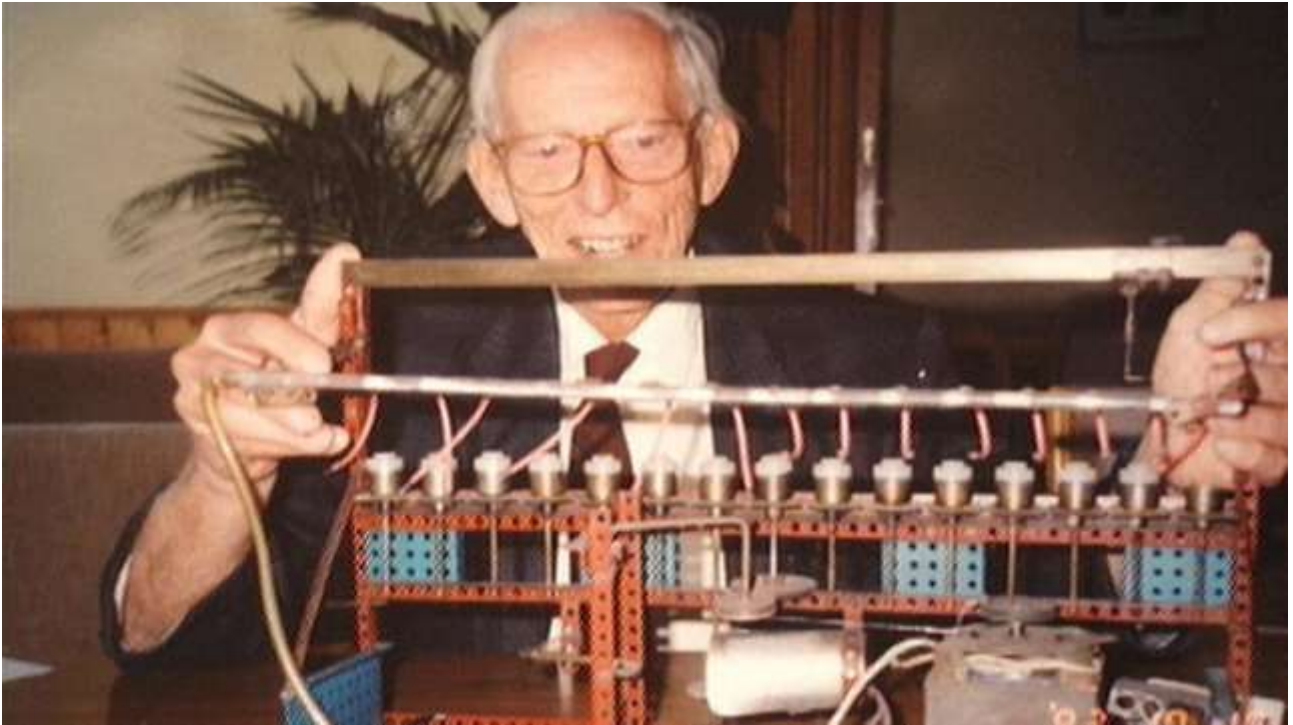
Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 27 / 2020

Wien, am 04. März 2021

„Merkur“-Baukasten und Fahrraddynamo: Wie Otto Wichterle die erste weiche Kontaktlinse herstellte

03.03.2021

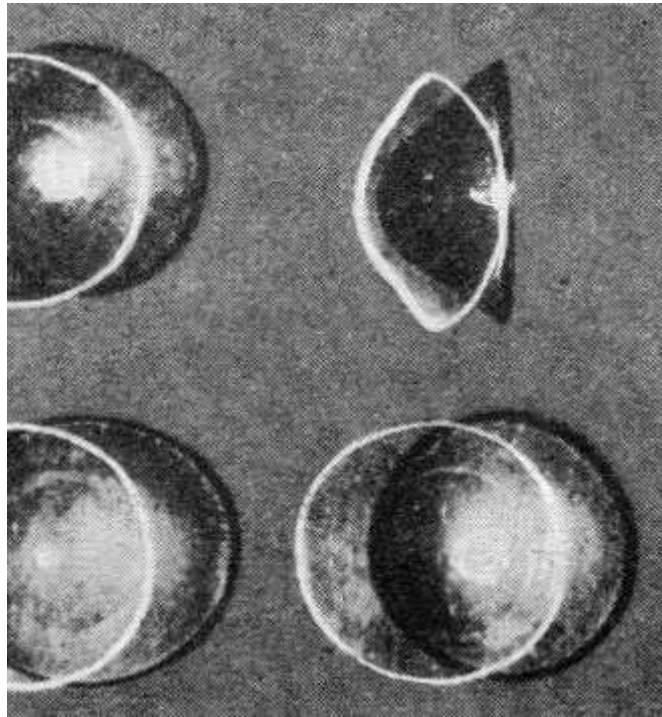
<https://deutsch.radio.cz/merkur-baukasten-und-fahrraddynamo-wie-otto-wichterle-die-erste-weiche-8710928>



Otto Wichterle. Foto: Tschechisches Fernsehen

Der Zufall hat Otto Wichterle mehrfach im Leben geholfen. Bei der Erfindung von Poly-Hema zum Beispiel. Bis aus diesem Material dann die ersten weichen Kontaktlinsen entstanden, brauchte es aber noch mehrere Jahre geduldigen Experimentierens. Seine vorzüglichen Kenntnisse im Bereich der hydrophilen Gele verband der Chemiker Wichterle mit einer guten Portion Erfindungsreichtums. Und so kam es, dass er sich dank einer selbstgebauten Zentrifuge um die wichtigste tschechische Erfindung des 20. Jahrhunderts verdient gemacht hat.

Kontaktlinsen, die direkt auf die Hornhaut des Auges aufgesetzt werden, gab es schon zu Ende des 19. Jahrhunderts. Damals wurden sie aus Glas und als Maßanfertigung für den betreffenden Patienten hergestellt. Damit hatte sich die Augenheilkunde schon einige Schritte weiterentwickelt seit den Versuchen Leonardo Da Vincis. Dieser hat 400 Jahre zuvor noch vorgeschlagen, das Auge zur Stärkung der Sehkraft in ein Wasserglas zu tauchen.



Kontaktlinsen aus Glas



Otto Wichterle. Foto: Archiv des Tschechischen Rundfunks

Wasser spielte dann auch eine wichtige Rolle für den Meilenstein, den der Tscheche Otto Wichterle in der Geschichte der Sehhilfen setzte. Der Chemiker hat nämlich vor 60 Jahren die weichen Kontaktlinsen aus Hydrogel erfunden. Damals waren die kleinen Haftschalen

bereits weltweit bekannt. Sie wurden zwar nicht mehr regulär aus Glas hergestellt, waren aber trotzdem weiterhin von fester Form. Jiří Michálek ist stellvertretender Leiter des Instituts für Makromolekulare Chemie an der tschechischen Akademie der Wissenschaften:



Polymethylmethacrylat.

Foto: Archiv von Auckland War Memorial Museum, Wikimedia Commons, CC BY 4.0

„Ab Mitte der 1930er Jahre setzten sich Linsen aus Polymethylmethacrylat durch. Das ermöglichte eine industrielle Herstellung und ihre Verbreitung auf dem Weltmarkt. Heute sind die harten Kontaktlinsen also nicht mehr aus Glas, sondern aus Polymethylmethacrylat, und sie werden nur noch sehr selten eingesetzt.“

Dafür nutzt man jetzt umso mehr Linsen aus anpassbarem Hydrogel. Und genau das ist der Verdienst Otto Wichterles. Geboren wurde er am 27. Oktober 1913 im mährischen Prostějov / Proßnitz. 1936 promovierte er in Chemie. Den Abschluss eines anschließenden Medizinstudiums verhinderte der Terror der deutschen Besatzer während des sogenannten „Protektorats Böhmen und Mähren“, wie Wichterle selbst später berichtete:



Otto Wichterle 1914-1915. Quelle: Archiv Post Bellum

„1939 schlossen die deutschen Nationalsozialisten alle tschechischen Hochschulen, und ich musste schnell eine Beschäftigung finden. Ansonsten wäre ich wahrscheinlich in einem KZ gelandet. Die Kriegsjahre verbrachte ich bei der Firma Baťa im mährischen Zlín. Für mich war es eine hervorragende Schule. Die Firma betrieb große Forschungsinstitute, und eines davon, mit rund 400 Mitarbeitern, auch auf dem Gebiet der Chemie. Ich fragte meinen Chef, was ich machen sollte. Seine Antwort lautete: ‚Was Ihnen einfällt.‘ Dazu merkte er an, dass ich es der Leitung sagen sollte, würde ich etwas finden, das für die Firma interessant wäre.“



Feinstrumpfhosen – „silonky“. Foto: Tschechisches Fernsehen

In diesem Umfeld entwickelte Wichterle tatsächlich seine erste Erfindung: eine künstliche Polyamidfaser, die er Silon nannte. Daraus wurden in der Tschechoslowakei später Feinstrumpfhosen – umgangssprachlich „silonky“ – hergestellt, in Anlehnung an die begehrten Nylon-Produkte aus dem Westen.

Kontaktlinsen mit Metallbestandteilen



Hydrophiles Gel. Foto: Archiv des Tschechischen Rundfunks - Radio Prague International

Nach dem Krieg ging Wichterle nach Prag zurück und war weiter im Bereich der makromolekularen organischen Chemie tätig. Als Dekan des Instituts für chemische Technologie spezialisierte er sich auf das Studium und die Verarbeitung hydrophiler Gele. Zu dieser Zeit, genauer 1952, machte der Wissenschaftler eine wichtige Bekanntschaft. Während einer Zugfahrt von Olomouc / Olmütz nach Prag kam er ins Gespräch mit einem

Mitreisenden. Dessen Lektüre einer Fachzeitschrift für Augenheilkunde hatte Wichterles Aufmerksamkeit geweckt. Eine Anzeige für künstliche Augäpfel ließ den Chemiker darüber sinnieren, dass Kunststoff das geeignetste Material für ein solches Implantat wäre. Wie es der Zufall wollte, war sein Gesprächspartner Sekretär der Kommission zum Einsatz von Kunststoffen in der Medizin. Dieser Doktor Pur sorgte im Weiteren für Unterstützung und gute Kontakte bei Wichterles Forschungen.



Drahoslav Lím. Foto: Tschechisches Fernsehen

Was ein neues, anpassungsfähigeres Material für Kontaktlinsen anging, habe Wichterle eng mit seinem Assistenten Drahoslav Lím zusammengearbeitet, so Michálek:

„Die Sehhilfen hatten damals sogar aus Metallbestandteile wie zum Beispiel verschiedene Legierungen von Titan. Wichterle und Lím suchten passendere Materialien auf Polymer-Basis, die mit Wasser durchtränkt und deswegen weich wären. Diese Vision konnte Wichterle umsetzen. Ich habe später mit ihm zusammengearbeitet an der Weiterentwicklung neuer Hydrogelmateriale mit noch höherem Wasseranteil. Sie sollten auch eine bessere Sauerstoffdurchlässigkeit bieten.“



Gelmischung mit großer Durchlässigkeit. Foto: Tschechisches Fernsehen

Genau diese Durchlässigkeit war der Knackpunkt der neuen Kontaktlinsen. Wichterle nahm an, dass sie der feuchten Umgebung des Augapfels nicht schaden und so gut verträglich sein würden. Der Legende nach kamen die beiden Wissenschaftler auf die richtige Materialzusammensetzung, nachdem Lím eine unfertige Gelmischung über Nacht im Wasser liegen ließ. Woran er am nächsten Morgen eigentlich weiterarbeiten wollte, war zum gänzlich durchsichtigen, flexiblen Prototypen geworden. Ein weiterer Zufall half also nach, dass am 23. April 1955 das polymere Hydrogel namens Poly-Hema patentiert wurde.

Begeisterung bei britischen Fachleuten

Nur ihre Form wollten die kleinen Haftschaalen noch nicht behalten. Wichterle, der 1958 als politisch unliebsam aus dem Institut entlassen wurde, führte seine Experimente unablässig weiter. Das zum einen an seiner neuen Arbeitsstätte, dem gerade gegründeten Institut für Makromolekularchemie an der Akademie der Wissenschaften, und zum anderen in seiner Wohnung. Aus einem Metall-Baukasten für Kinder der damals populären Marke „Merkur“ baute er eine Art Zentrifuge, in der das Hydrogel im Schleudergussverfahren in die gewünschte Form einer Linse gebracht wurde. Für den gleichmäßigen Antrieb setzte er einen Fahrraddynamo ein. Weihnachten 1961 stellte der Chemiker auf diese Weise die ersten vier Kontaktlinsen her, die ihre Form beibehielten.



Zentrifuge aus dem Metall-Baukasten „Merkur“.
Foto: Jan Suchý, Wikimedia Commons, CC0



Ehefrau Wichterles sitzt am Gerät zur Herstellung von Kontaktlinsen.
Foto: Archiv der tschechischen Akademie der Wissenschaften

Das Konzept für ein weiteres Patent war schnell geschrieben. Bis Neujahr hatte Wichterle zudem eine größere Vorrichtung fertiggestellt, anhand derer er gemeinsam mit seiner Ehefrau die Bedingungen für eine Serienherstellung entwickelte. Nach vier Monaten war ein Vorrat von etwa 5500 Hydrogellinsen angelegt. Am Rande eines internationalen Kongresses in London führte der Chemiker aus Tschechien seine Erfindung im Juli 1963 dem namhaften Augenarzt Harold Ridley vor. In seinen „Vzpomínky“ (Erinnerungen) beschrieb Wichterle die Begegnung, Zitat:



Harold Ridley. Foto: YouTube Kanal von Ridley Eye Foundation

„Er empfing mich sehr kühl. Wahrscheinlich hielt er mich für einen Firmenvertreter. Ich sagte ihm, dass ich in meinen Augen einen neuen Typ von Kontaktlinsen trage. Ridley schaute mich aus der Nähe an und konnte nicht glauben, dass ich Kontaktlinsen in den Augen hatte. Ich nahm eine der Linsen heraus und zeigte sie ihm. Professor Ridley packte meinen Arm und zog mich in den benachbarten Hörsaal, wo mehrere Augenärzte ihren Patienten harte Kontaktlinsen einsetzten. Ridley unterbrach ihre Arbeit und hieß sie, an mich heranzutreten. Auch sie waren überzeugt, dass ich keine Kontaktlinsen in den Augen hatte.“

Weiche Kontaktlinsen

<https://api.whatsapp.com/send?text=https%3A%2F%2Fwww.facebook.com%2Fwatch%2F%3Fv%3D1250774115369581>

Wichterle fand vor allem in Ridleys Stellvertreter Montague Ruben einen leidenschaftlichen Unterstützer, der für die Verbreitung der weichen Linsen sorgte.

Linsen mit eingebauter Kamera

Heute sind die flexiblen Haftschalen aus dem Segment der Sehhilfen nicht mehr wegzudenken. Das Material wurde und wird immer weiterentwickelt. Inzwischen wird meist mit Silikon-Hydrogel gearbeitet. Hinzu kommen Fragen des Designs oder des Tragekomforts. Das sei aber mittlerweile eher eine kommerzielle Angelegenheit und beschäftige die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen großer Konzerne, sagt Michálek. An Wichterles früherer Wirkungsstätte, dem Institut für Makromolekulare Chemie, ginge die Arbeit in seinem Sinne aber weiter

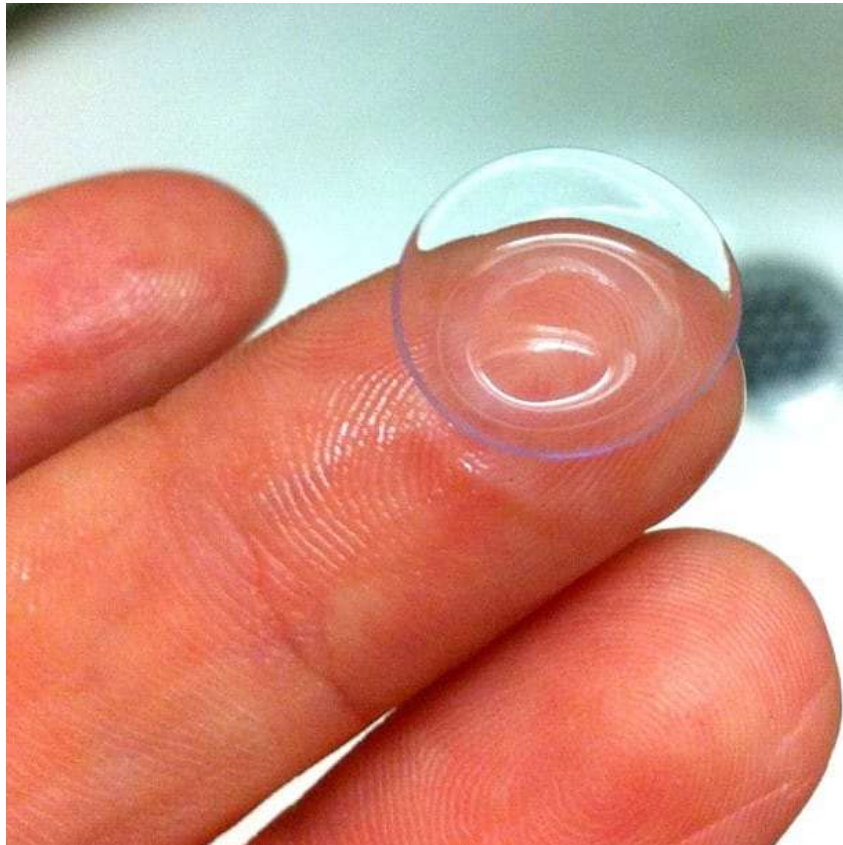


Foto: AngryJulieMonday, Flickr, CC BY 2.0



Foto: Etan J. Tal, Wikimedia Commons, CC BY 3.0

„Wir führen das Erbe von Wichterle in anderer Hinsicht fort. Als die Hydrogele erstmals auf den Labortischen auftauchten, war es sein Ziel, sie für die breite Medizin zugänglich zu machen. Das reichte von Kontaktlinsen über Intraokularlinsen bis hin zu verschiedenen Implantaten im gesamten menschlichen Körper. Heute arbeiten wir an Implantaten, in denen das Hydrogel-Polymer aktiv arbeitet. Etwa bei Gewebeerweiterungen, wenn es also nötig ist, ein Stück Gewebe nachzuzüchten. Wir konzentrieren uns auf die Anwendung von Hydrogelen eben deshalb, weil sie dem inneren Aufbau unseres Körpers so ähnlich sind.“



Gedenktafel an Otto Wichterle und seine Schwester Hana in Prostějov.
Foto: Michal Mañas, Wikimedia Commons, CC BY 4.0

Kontaktlinsen dienen heute nicht mehr nur zur Korrektur von Sehschwächen. Sie können ebenso eine Schutzfunktion oder kosmetische Zwecke haben. Und auch wenn Otto Wichterle noch große Visionen für die Zukunft dieser Sehhilfen hatte, kann bezweifelt werden, dass ihm dabei Kontaktlinsen mit eingebauter Kamera in den Sinn kamen. Aber selbst diese gibt es bereits.

Otto Wichterle starb am 18. August 1998 in Stražisko, ganz in der Nähe seines Geburtsortes. Für Jiří Michálek hat er nicht nur eine wichtige Erfindung hinterlassen:

„Der persönliche Kontakt zu Wichterle war immer eine gute Schule für das Leben. Ich persönlich schöpfe bis heute daraus. Seine Voraussagen, was alles dank dieser Materialien möglich sein wird, haben sich noch gar nicht alle erfüllt.“

Autor: [Daniela Honigmann](#)

A. g) Fördermöglichkeiten

(Seite 123)

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

[<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf>](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf)

A.h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde
(Seiten 124 - 162)

01) DIE WELT RETTEN. Von den „Grenzen des Wachstums“ zur ökologischen Ideologie. Essay von Gerd Klöwer

Die Menschheit existiert seit über 300.000 Jahren auf dem Planeten. Knochenfunde unserer evolutionären Vorgänger reichen Millionen Jahre zurück. Und jetzt bleibt uns ein winziger Augenblick, wenige Jahre nur, um das Aussterben vieler Tierarten und Pflanzen zu verhindern, die Umwelt zu retten, das Schmelzen der Pole und Gletscher sowie den Anstieg der Meere aufzuhalten, und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Vielleicht noch zwanzig oder dreißig Jahre. In diesem Text geht es um die Rolle der Frauen als Weltretter ¹.

„Endzeit...“, so begann Autoren, die den grünen berühmten Buch über war vor etwas mehr als beendete sein Werk mit Luthers: „So lasst uns pflanzen.“². Im Laufe erwiesen sich unbrauchbar, die westlichem Modell erzwingen wollten. Die an den "Grenzen des

1. Noch haben die Bürger und Wähler Europas nicht realisiert, dass die Wachstumsparty zu Ende geht.

2.. Nur der Rückbau der Industrie zur Postwachstumsökonomie ermöglicht sozial stabile und global faire Versorgung.

3. Können die Frauen die Welt retten?

Hoimar von Ditfurth, einer der Geist geweckt haben, sein die Krise des Planeten. Das einer Generation. Ditfurth einem berühmten Wort Martin denn ein Apfelbäumchen der letzten Jahrzehnte neoklassische Theorien als Entwicklung Afrikas nach durch Industrialisierung Entwicklungsillusion scheiterte Wachstums". Heute droht der

ökologische Kollaps des Planeten. Die Schuldenkrise der Dritten Welt beweist das Scheitern und Ende der keynesianischen Umverteilungs- und wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungsstrategie. Die zunehmende Migration in die Sozialsysteme Europas hinein zeigt die Grenzen des Sozialstaats. Noch haben die Bürger und Wähler Europas nicht realisiert, dass die Wachstumsparty bald zu Ende geht, und die Politiker verraten nichts, um „die Wähler nicht zu beunruhigen“^{3, 4}.

¹ Sibylle Berg über ihren neuen Roman „GRM“ – „Was mal an sozialen Gedanken da war, wird ausgehöhlt“ (Deutschlandfunk Kultur, Interview, 11.04.2019). Vgl. auch Ist die Weltrettung weiblich? Wenn es um das Klima, die Amerikanische Präsidentschaft oder auch nur eine österreichische Übergangs-Kanzlerin geht, scheinen die Frauen als Nothelferinnen hoch im Kurs. Eine Logische Rolle? Christine Haiden // welt-der-frau.at v.07.03.20

² Die Wachstumsparty ist vorbei. Nur der Rückbau des Industriemodells zu einer Postwachstumsökonomie ermöglicht sozial stabile und global faire Versorgungsstrukturen, schreiben Ökonomen wie Niko Paech seit langem. Um das Zwei-Grad-Klimaschutzziel bei 7 Milliarden Menschen zu erreichen, müsste jeder Erdbewohner weniger produzieren, weniger konsumieren, weniger Müll hinterlassen, müsste jeder Mensch seine Bedürfnisse soweit reduzieren, dass er nicht mehr als eins individuellen CO₂-Kontingents von ca. 2,7 Tonnen verursacht. In Deutschland verursacht jeder Mensch jedoch vier mal soviel, nämlich durchschnittlich 11 Tonnen CO₂ pro Jahr. Das ist das große Dilemma. Ob Frauen wie Luisa Neubauer, Cornelia Rackete, oder Greta Thunberg uns retten können?

³ Innenminister de Maizières: "Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern", Die Welt, 15.09.15

⁴ Wie im Schlafwandel beschäftigen sich große Parteien stattdessen mit Gendersternchen, Identitätsfragen und Korruption, „während die Welt untergeht“. Finis Germaniae? [Dokumente /Frauen, Klima, Flucht/Weltrettung/. Die Welt retten 5]

Derzeit besetzt die Diskussion um das Corona-Virus die öffentliche Wahrnehmung. Und natürlich stellt dieses Virus eine globale, oft tödliche Gefahr dar. Doch leider werden dabei einige andere besorgniserregende Entwicklungen weitgehend unter den Tisch fallen. Der Klimawandel, zurzeit mit einer Randnotiz zu einem Temperaturrekord in der Antarktis abgehandelt, schafft es kaum in die öffentliche Wahrnehmung. Ungezügelter Globalisierung und ein Wirtschaftsmodell des grenzenlosen Kapitalismus haben zwar einigen Wachstum und Wohlstand gebracht, aber nicht allen Menschen und nicht allen Regionen.⁵ Die Gefahren der drohenden ökologischen Katastrophe sind virulent. Die Katastrophe wird das Antlitz der Welt stärker verändern, als es der Mehrheit in Deutschland bewusst ist.

Kann eine nachhaltige GRÜNE Wirtschaftspolitik die Welt retten? Recycling statt ex-und-hopp-Verschwendung, Reparieren statt Wegwerfen? Der GREEN DEAL braucht ein neues Denken, ein neues Narrativ, das die Menschen verstehen lernen.

Wer weiß, spekulierte Alexander Mansel, Sprecher der Grünen Jugend, ob es Hamburg am Ende des Jahrhunderts noch gebe. Aussichten, die es für ihn mehr als gerechtfertigt erscheinen lässt, den Klimawandel und den Kapitalismus thematisch wieder mehr in den Fokus zu rücken.

Die Grüne Jugend diskutiert gerne mit Regierungsvertretern, Staatssekretären und Aktivisten von „Fridays for Future“. Der Satz, es habe alles ohnehin keinen Sinn, wird oft wiederholt. Wir sehen, wie sehr das Engagement des Einzelnen einen Unterschied macht. CO₂ entstehe ja nicht im luftleeren Raum, sondern durch das alltägliche Handeln jedes Bürgers.

Seit Greta Thunberg im Sommer 2018 erstmals auf die Straße ging, entwickelten sich viele ökologische Verhaltensparameter in Deutschland zum Negativen. Die Fluggastzahlen stiegen in Deutschland von Monat zu Monat, die Buchungen für Kreuzfahrten erlebten einen Boom, SUV-Verkäufe kletterten auf Rekordniveau und der Online-Handel wuchs allein im Jahr 2019 um zehn Prozent und wird im laufenden Jahr wohl die 100-Milliarden-Euro-Grenze überschreiten. „Aber aufgeben sei keine Option. Der Menschheit bleibe nichts Anderes übrig, als sich mit aller Kraft gegen den Klimawandel zu stemmen. Denn die Folgen des Nichtstuns seien verheerend.“

⁵ Der globale Kapitalismus produziert kurzlebige Konsumgüter, die mit ihren Plastikverpackungen früher oder später auf Müllhalden oder in den Meeren landen. CO₂, Umweltprobleme, Waldsterben, brennende Urwälder am Amazonas, Plastikmüll in Weltmeeren führen zu Artensterben und mehr CO₂. Am Ende stehen die Erderwärmung und das Schmelzen der Pole sowie des Packeises. Unendliches Wirtschaftswachstum, Gewinnmaximierung und Erschließung neuer Märkte durch den Neoliberalismus dürfen nicht länger Ziele der Wirtschaftspolitik sein. „Globalisierung ist der schrankenlose weltweite Handel oder Austausch mit Gütern und Dienstleistungen bei gleichzeitiger Optimierung der Lieferkette und Maximierung des Gewinnes für die Anteilseigner der daran beteiligten Unternehmen.“ Globalisierungskritik bezeichnet die kritische Auseinandersetzung mit den ökonomischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Auswirkungen der Globalisierung. Ein Schwerpunkt der Kritik richtet sich gegen eine Wirtschaftsordnung, die mit dem mehrdeutigen Ausdruck „neoliberal“ bezeichnet wird und die von Organisationen wie Weltbank und Welthandelsorganisation weltweit gefördert wird.

Globalisierung ist nur eine Ausweitung der Beteiligten am weltweiten ökonomischen Handeln. Bildlich gesprochen, sind einzelnen Ökonomien auf der Welt wie miteinander verbundene, kommunizierende Röhren. Rohstoffe, Dienstleistungen, Industrieprodukte und Nahrungsmittel werden weltweit gehandelt.

Der neoliberale Globalismus bietet keine hinreichende Erklärung für alle Prozesse des rapiden sozialen Wandels seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, besonders nicht den Paradigmenwechsel vom keynesianischen Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat. Die Zweiteilung der Welt in sehr Erfolgreiche auf der einen Seite und die Vielen im Schatten der Globalisierung

„Alle dramatischen Veränderungen unserer Umwelt, die wir derzeit erleben – von den Bränden in Kalifornien, in der Tundra Sibiriens, vom Austrocknen des Aralsees und Andalusiens, den Temperaturrekorden in der Antarktis und der Gletscherschmelze, der massiven Wüstenbildung bis hin zu zunehmenden Extremwetterereignissen sind Alarmsignale“, warnt Greenpeace eindringlich. Leider habe die Generation der heute politisch Verantwortlichen bis dato komplett versagt. Wenn nicht endlich eine Kehrtwende gelinge, „steuern wir auf eine Katastrophe zu“. ⁶

Vieles, was anders gemacht werden muss, ist gar nicht so radikal: Weniger Fleisch essen, wenig oder gar nicht fliegen, den eigenen Wohnraum nicht ständig vergrößern– und, wenn man etwas Geld zur Verfügung habe, es in nachhaltige Investments stecken.

Frei nach dem jüdischen Sprichwort, dass jemand, der einen anderen Menschen rettet, die ganze Welt rettet, so gilt auch, dass jeder, der CO2 einspart, Teil der Weltrettung wird. Selten waren die Zukunftserwartungen derart von der Vorstellung kollabierender Welten geprägt wie dieser Tage. Neben der Sorge um Klima und Artenvielfalt, wachsen Ängste vor dem Ende einer menschlich dominierten Welt, weil künstliche Intelligenzen der menschlichen Spezies die Kontrolle zu entziehen drohen.

Höchste Zeit also, dass sich die Jugend laut zu Wort meldet. Nur wer sich politisch einmischt, kann erwarten, dass seine Interessen nicht unter den Tisch fallen. Das gilt umso mehr, weil hierzulande die Mehrheit der Wähler infolge des demografischen Wandels älter als 50 Jahre ist.

Doch nicht jede Initiative, die derzeit unter der Flagge der Generationengerechtigkeit segelt, spricht tatsächlich für das Gros der jungen Leute.

GENERATIONENKONFLIKT: DIE MILLENNIALS UND IHR FANATISCHER UTOPISMUS

Die Klima-Katastrophe ist das alles dominierende Thema, garniert mit der Klage über die soziale Spaltung der Gesellschaft. Das von der Bundesregierung beschlossene Konjunkturpaket wird verteufelt, weil es nicht auf einen Totalumbau der Volkswirtschaft Richtung Klimaneutralität ausgerichtet ist, auch die sozialen Umverteilungselemente viel zu klein geraten erscheinen.

Über Bildungsdefizite verlieren die jungen Aktivisten kein einziges Wort. Auch der extreme Anstieg der Schulden – vor allem auch der in den Sozialversicherungen versteckten Verbindlichkeiten – wird von den selbsternannten Vertretern der jungen und künftigen Generationen überhaupt nicht als Problem benannt.

Höchste Zeit also, dass sich die Jugend laut zu Wort meldet. Nur wer sich politisch einmischt, kann erwarten, dass seine Interessen nicht unter den Tisch fallen. Das gilt umso mehr, weil hierzulande die Mehrheit der Wähler infolge des demografischen Wandels älter als 50 Jahre ist.

POLITIKER ALS PROBLEM

Jugendliche unterscheiden klar zwischen politischen Inhalten und politischen Institutionen. Ihnen sind Inhalte wie Umwelt und Gerechtigkeit wichtig; deshalb beschäftigen sie sich mit ihnen. Institutionen wie Parteien, Politiker und TV-Politikmagazine sind für sie irrelevant, weil sie sich weder mit der Jugend auseinandersetzen, noch mit ihren Themen.

⁶ Gerd Kloewer: Globalisierung, Klimarettung und ökologische Religion - vom Aralsee bis Andalusien – Wie aus der Klimabewegung 30 Jahre nach den Grenzen des Wachstums eine neue Religion wird, S. 47 – 78 in: AGOMWBW-Rundbrief Nr. 785 vom 04.03.2021.

Aber je länger die Debatte um "Fridays For Future" dauert, desto mehr drängt sich nicht nur bei den Jugendlichen ein Verdacht auf: Können wir vielleicht das Klimaproblem deshalb nicht lösen, weil wir ein Politikerproblem haben? Gerade am Umgang mit "Fridays For Future" sieht man intellektuelle, kommunikative und emotionale Defizite bei vielen Politikern, die dazu führen, dass sie sich nicht nur bei der Bewältigung der Klimaprobleme blamieren, sondern aktuell am laufenden Band in ihrer Auseinandersetzung mit "Fridays For Future". "F F F" ist eine Lehrstunde gelebter Demokratie, leider mit Aushilfslehrern aus der Politik, von denen einige Nachhilfe in Demokratie benötigen.

Politiker denken in Wahlterminen: Jugendliche stellen für sie heute (noch) kein relevantes Wählerpotenzial dar und sind zwangsläufig in Parteien kaum repräsentiert, die - wie CDU und SPD - einen Altersdurchschnitt der Mitglieder von rund 60 Jahren haben. Jugendliche wählen auch weder Parteivorsitzende noch Kanzlerkandidaten.

Warum wird nach Ansicht mancher Konservativer der Klimaschutz böse? Er zerstört Betriebe und vernichtet Arbeitsplätze. Zudem werden Klimaaktivisten warnend und anklagend darauf hingewiesen, dass sowieso schon vieles besser geworden ist. Dahinter steht die drohende Botschaft: Wollt ihr uns vom richtigen (neo-liberalen) Kurs abbringen und Schluss machen mit aufblühenden Landschaften?

Nicht unproblematisch ist es auch, wenn Politiker den Demonstranten lieb auf die Schulter klopfen, um durch Lob von der eigenen Tatenlosigkeit abzulenken. So freute sich Elisabeth Köstinger, die österreichische Ministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus (ÖVP), darüber, dass die Jugendlichen sie in ihrem Kampf für mehr Klimaschutz unterstützen. Daraufhin wurde sie per Twitter von Jugendlichen zurechtgewiesen: "... wir unterstützen Sie nicht in Ihrem 'Kampf'. Wir kämpfen ganz klar gegen Ihre Untätigkeit." Ebenso peinlich wird es, wenn Lob mit gegenteiligen Aktionen gekoppelt wird, wenn also die ehemalige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) als Promigast die "SPD-Exklusiv-Kreuzfahrt mit der MS Astor" anpreist.⁷

Die heutige Jugend wird auch "Generation Z" genannt: Sie trägt damit nicht nur den letzten Buchstaben aus dem Alphabet. Sie ist vielleicht die letzte Generation, die unsere Welt noch in zwei Versionen erleben können: Die lebensfähige Version vor dem Klimakollaps - und die andere nach dem finalen Zusammenbruch. Aber soweit muss es nicht kommen. Nicht wenn die Demonstranten von "Fridays For Future" anfangen, neben der Umwelt auch über die Zukunft unseres politischen Systems nachzudenken.⁸

Die Wissenschaft sagt uns klar, dass wir unsere Gesellschaft noch in dieser Dekade radikal umbauen müssen. Wir brauchen ein grundsätzliches Umdenken, das aber derzeit bei denen an der Macht nicht stattfindet.

⁷ Auf den „schwarzen Listen“ des US-Agrarchemiekonzerns Monsanto über Gegner und Unterstützer seines Pestizids Glyphosat stand auch die ehemalige Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. Die SPD-Politikerin müsse über andere Parteimitglieder, die so „hochrangig wie möglich“ sein sollten, und „über andere Bürokraten“ beeinflusst werden, heißt es in einem Auszug aus der Liste. taz, 05.08.19

⁸ Greta und die „Kirche des ökologischen Glaubens“. Wie aus der Klimabewegung 30 Jahre nach Erscheinung der „Grenzen des Wachstums“ eine neue „Ökologische Religion“ wird. Essay von Gerd Kloewer, S. 8 – 26 in: AGOMWBW-Rundbrief 783 vom 04. Februar 2021.

WARUM FRAUEN GERADE DIE WELT RETTEN– UND SIE TROTZDEM DEN MÄNNERN GEHÖRT⁹

Die Menschheit existiert seit über 300.000 Jahren auf dem Planeten. Unsere evolutionären Vorgänger und die Geschichte, der wir unser menschliches Dasein verdanken, reicht letztlich Milliarden Jahre zurück. Und heute, also jetzt, bleibt uns ein winziger Augenblick, wenige Jahre nur, um die Kurve zu kriegen und unsere Lebensgrundlagen zu erhalten: Wir, die wir gerade leben, sind die Generation Weltrettung. Das gilt es, jetzt zu umreißen! Wir haben jetzt gerade das Potential, unsere Lebensgrundlagen zu zerstören – oder sie zu erhalten. Die menschliche Zukunft hängt von uns ab.

In diesem Text geht es um die Rolle der Frauen als Weltretter. Greta Thunberg, begründete ihre Rückgabe der "Goldenen Kamera: "Erst drücken sie mir eine kitschige Goldfigur in die Hand, um anschließend so eine machomäßige Spritschleuder zu verschenken".¹⁰ Greta Thunberg hätte überhaupt nichts bewegt, wenn nicht das Interesse der alarmierten Wissenschaftler, der Klimaforscher und der Jugend an diesen klima- und geopolitischen Themen schon vorher vorhanden gewesen wäre. Die Erderwärmung ist eines dieser Themen, weshalb die Jugendlichen mit "Fridays For Future" eine klare Botschaft haben: WIR sind die Generation, die - wenn jetzt nicht sofort etwas passiert - keine Chance mehr auf ein menschengerechtes Überleben hat.

Die Corona-Pandemie hat uns innerhalb kürzester Zeit vor Augen geführt, dass es Wichtigeres auf der Welt gibt als Fußball oder das Fernsehprogramm, oder wie eine ehemals große sozialdemokratische Partei sich im Kleinkrieg um Gendersternchen und sexuelle Identitäten in die Bedeutungslosigkeit manövriert.

Frauen haben die Welt am Laufen gehalten. Plötzlich waren sie in aller Munde, die systemrelevanten Ärztinnen, Apothekerinnen, Lehrerinnen, Krankenschwestern, doch auch außerhalb von Pandemien wäre unsere Gesellschaft ohne sie nicht funktionsfähig.

In den sogenannten systemrelevanten Berufen sind Frauen viel stärker repräsentiert als Männer. Sie leisten 75 Prozent der unverzichtbaren Arbeit in Pflege, Bildung, Einzelhandel und weiteren schlecht bezahlten Berufen. Das ist kein Zufall: Frauen werden in unserer Gesellschaft systematisch unterdrückt.

12 Milliarden Stunden an unbezahlter Arbeit leisten Frauen und Mädchen täglich auf der ganzen Welt. Das entspricht einem Wert von mindestens 11 Billionen Dollar jährlich. Auch in Deutschland leisten Frauen durchschnittlich 52,8 Prozent mehr unbezahlte Pflegearbeit als Männer – sie kümmern sich um Haushalt, pflegebedürftige Angehörige und Kinder. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle beträgt über 20 Prozent. Lebenslang betrachtet haben Frauen ein durchschnittlich 45 Prozent niedrigeres Einkommen als Männer.

⁹ Greta ist nicht allein: Junge Mädchen in aller Welt kämpfen gegen Plastikmüll und Waffenlobby, gegen Kinderehe und Klimawandel. Auf sie hören Konzernlenker wie Staatschefs. Niemand ist zu jung, um die Welt zu verändern. Ellyanne Wanjiku lebt in Kenia und pflanzt Bäume, und das, seit sie vier Jahre alt ist. Damit ist sie die jüngste Umweltschützerin des Landes, darf sich jüngste Klimabotschafterin Kenias nennen oder auch „Eco Warrior“. FAZ online, 25.01.2021

¹⁰ Wer heute Greta Thunberg nicht kennt, hat die Welt nicht verstanden. Die 16-jährige Schwedin hat für die einen Kultstatus und ist für die anderen ein Feindbild. Wer sich hinstellt und beschließt, das Weltklima zu retten, gilt als prophetisch oder Größenwahnsinnig. Doch Greta hat den Nerv der Zeit getroffen, vor allem den der jungen Menschen. Wann hat man zuletzt eine fast weltumspannende Jugendbewegung wie „Fridays for Future“ erlebt? Eine ähnliche Berühmtheit hat im Sommer dieses Jahres die Deutsche Carola Rackete erlangt, die Kapitänin der „Sea Watch“, jenes Schiffes, das Bootsflüchtlinge in Seenot vor der libyschen Küste aufnimmt.

Gleichzeitig sehen wir viele starke Frauen, die als Anführerinnen für eine gerechte und nachhaltige Zukunft kämpfen: z. B. Greta Thunberg und Luisa Neubauer oder Carola Rackete und Pia Klemp, die im Mittelmeer Geflüchtete retten.

Doch das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass in mächtigen Positionen und Institutionen noch immer meist Männer die Entscheidungen treffen. Bevor sich daran etwas ändert, werden Frauen gesamtgesellschaftlich niemals denselben Einfluss haben. Jahrhundertealte patriarchale Strukturen lassen sich nicht allein durch bejubelte Frauen an der Spitze von Bewegungen oder Applaus für Pflegekräfte aufbrechen. Dafür braucht es eine internationale Bewegung von Frauen, die sich ihren gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft erkämpfen.

WARUM ES SO VIELE FRAUEN AN DER KLIMAFRONT GIBT

Den Kampf für Klimaschutz führen vor allem Frauen und Mädchen an. Das liegt nicht nur daran, dass sie sich mehr um die Erde sorgen als Männer und Jungen - es ist das Ergebnis eines Lernprozesses. Und der muss noch weitergehen.

Eine der wenigen politischen Entwicklungen, die derzeit Anlass zur Hoffnung geben, sind die Klimaschützer. Anlass zur Hoffnung? Na ja, jedenfalls bei Leuten, die Kapitalismus und den drohenden Weltuntergang für Probleme halten. Es ist nicht schön mitanzusehen, aber aus sozialwissenschaftlicher Perspektive interessant, dass die Anfeindungen gegen Greta Thunberg oder andere aus der Klimaschutzbewegung meistens von älteren Herren aus konservativen Ecken kommen. Oder aus der sogenannten liberalen Ecke, in der man glaubt, dass der Markt die Selbstausrottung der Menschheit schon verhindern wird. Die britischen Tories haben gerade einen Politiker suspendiert, der gegen eine Greenpeace-Aktivistin handgreiflich wurde.

So altherrenhaft, wie Stefan Aust auf "Welt Online" schrieb: "Warten wir doch, bis der Klimahype abgeklungen ist", ein Grabsteinspruch zum Schmunzeln.¹¹ Ein Abklingen ist nicht in Sicht, gerade erst hat die bisher größte "Fridays for Future"-Demo in Aachen stattgefunden, Zehntausende aus 16 Ländern, und am Tagebau Garzweiler demonstrierten mehr als 8000 Menschen für einen schnelleren Kohleausstieg.

Wer die Berichte über den Protest zum Schutz des Klimas verfolgt, wird bemerken, dass es auffällig viele Frauen und Mädchen sind, die dabei zu Wort kommen und Forderungen stellen. Eine Untersuchung der TU Chemnitz ergab, dass beim ersten weltweiten "Klimastreik" bis zu 70 Prozent der Teilnehmenden weiblich waren. Und nicht ohne Schadenfreude haben wir neulich gesehen, wie die 23-jährige Luisa Neubauer bei Anne Will ganz entspannt Olaf Scholz kleingefaltet hat.

¹¹ Wenn der Klima-Hype abgeklungen sei, werde sich ein anderes Thema finden, mit dem man die Welt retten kann oder wenigstens so tun als ob. Stefan Aust, der Herausgeber der Tageszeitung Die Welt, hält den Wirbel um den Klimawandel für völlig übertrieben. In einem Kommentar in der Welt am Sonntag schreibt er wörtlich: „Vor uns die Sintflut! Dürre in Deutschland! Der *Tipping Point* naht, dann geht die Welt unter! Die von Greta Thunberg geforderte Panik ist voll ausgebrochen, vor allem unter Deutschlands Politikern“. Aust erinnert dann daran, dass es Erderwärmung schon zu Zeiten der Römer und der Wikinger gab. Angeblich seien zwischen 97 und 99,5 Prozent aller Wissenschaftler einig, dass die Klimakatastrophe menschengemacht sei. Wer diese unumstößlichen Tatsachen der Computermodelle anzweifelt, ist ein Klimaleugner, entweder nur dumm oder in fragwürdiger politischer Gesellschaft. Wie die vergangenen Wärmeperioden zur Zeit des Römischen Reiches (um das Jahr null herum) und der Zeit der Besiedelung Grönlands durch die Wikinger (um das Jahr 1000 herum) zustande gekommen sind, ohne dass es Kohlekraftwerke und Dieselaautos gegeben hat, bleibt dabei eher unklar, erinnert Aust und kritisiert die Energiewende mit dem Ausstieg aus Kernenergie und Kohle und hin zu hochsubventionierter Windkraft und Solarenergie als verlogen bis zum Geht-nicht-mehr. Wenn in Deutschland der Strom knapp werde, kaufe man bei den weniger sauberen Nachbarn ein. (Kath.net. 04.05.19)

Umwelt wird oft als Frauenthema gesehen, und das nicht nur, weil es da um Pflanzen und Tiere geht und Frauen das angeblich mögen, sondern auch, weil es ums Kümmern geht und Mädchen eher dazu erzogen werden, sich umsichtig zu verhalten. Frauen leisten die meiste Pflege-Arbeit auf diesem Planeten, und demzufolge könnte es einfach logisch sein, wenn Frauen nun auch die meiste Pflege-Arbeit für den Planeten leisten. Man weiß, dass Frauen sich oft gesünder verhalten als Männer, also müsste man sich eigentlich nicht wundern, wenn sie auch die Erde halbwegs gesund halten wollen.

Einerseits. Andererseits fällt es eben doch auf, wie viele Frauen und Mädchen nun zum Thema Klimakrise zu Wort kommen, nämlich mehr als bisher. Gesellschaften, in denen Mädchen zur Schule gehen, entwickeln sich viel schneller weiter. Es wirkt sich sogar auf ein besseres Zusammenleben mit Männern aus. Wir können unsere Welt einfach gerechter machen, indem wir unsere Kinder lehren, dass alle Menschen gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben. Das Mindeste ist, dem Anderen mit Respekt und Liebe zu begegnen.

Ein afrikanisches Sprichwort sagt: „Wenn man einen Mann ausbildet, bildet man einen Einzelnen aus, aber wenn man eine Frau ausbildet, bildet man eine Nation aus“. Ich bin überzeugt: Nur Frauen können diese Welt gerechter machen und Mutter Erde retten. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam noch viel mehr Mädchen eine Schulausbildung ermöglichen.

EIN PAAR MÄNNER TREIBEN GERADE DAS AUSSTERBEN DER MENSCHHEIT HEKTISCH VORAN

Ein Satz von Sibylle Berg¹²: „*Ein paar Männer treiben gerade das Aussterben der Menschheit hektisch voran*“, postete sie auf Facebook. Donald Trump hatte gerade verkündet, er wolle die Wälder Alaskas zur Abholzung freigeben. Zeitgleich wüteten die massiven Brände im Amazonas. Man kann Bergs Satz jetzt wieder aus der Schublade ziehen, denn er würde auch zu dieser Meldung passen: Donald Trump hat offiziell den Rückzug der USA aus dem Pariser Klimaabkommen eingeleitet.

Sibylle Bergs Satz hängt indirekt mit einem anderen Gedanken zusammen, der dieser Tage durch den öffentlichen Raum wabert. Nämlich der, dass Frauen die besseren Naturschützer seien.

Die Frage, welches der beiden Geschlechter denn nun „besser“ sei, ist nicht neu. Sie wird im Zusammenhang mit der Frage nach der Deutungshoheit der Geschlechter immer wieder gestellt. Bloß ist die Lage neuerdings eine andere. Wer einen vermeintlichen Beweis für die These der moralisch überlegenen Frauenwelt erbringen wollte, müsste gar nicht lange suchen.

Da ist Greta Thunberg, die vehement für eine bessere Klimaschutzpolitik kämpft, oder die deutsche Version in Person von Luisa Neubauer. Da ist Carola Rackete, oder Pia Klemp, die ebenfalls als Kapitänin ertrinkende Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet hat und der jetzt in Italien in einem Verfahren 20 Jahre Haft und saftige Geldstrafen drohen. Da ist Alexandria

¹² Die Schriftstellerin Sibylle Berg hat Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen interviewt. Sie will zeigen, wie deren Erkenntnisse die Welt verbessern könnten.

Die Meinung der Wissenschaft steht in Zeiten von Corona hoch im Kurs. Sogar das solide Krisenmanagement von Angela Merkel führen viele darauf zurück, dass die Kanzlerin in ihrem früheren Leben einmal Physikerin war. Jenseits der aktuellen Krise fällt die Wertschätzung jedoch deutlich geringer aus. Vorschläge von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern würden häufig ignoriert – aus Unverständnis oder weil sie mit Lobby-Interessen kollidierten, klagt die Schriftstellerin Sibylle Berg. Und erklärt: „Darum habe ich mir diese Gespräche ausgedacht: mehr Wissenschaft für alle.“ 20.04.20

Ocasio-Cortez, mit 30 Jahren die jüngste Abgeordnete, die je in den US-Kongress gewählt wurde, die keine Angst hat vor Mark Zuckerberg.

Da ist die junge senegalesische Unternehmerin Fatoumata Ba, das Geld in junge afrikanische Start-ups mit guten Ideen investiert und die schon vor mehreren Jahren eine Art afrikanisches Amazon gegründet hat und dabei auch gezielt auf Kleinunternehmen setzte. Da ist Queen B, also Beyoncé, die mit ihrer Musik Tausende von schwarzen Mädchen empowert und ihnen Selbstbewusstsein schenkt. Da ist die junge Pakistani Malala Yousafzai, die 2014 den Nobelpreis bekommen hat, weil sie sich auch nicht von einem Kopfschuss der Taliban in ihrem Engagement für Kinderrechte und faire Bildungschancen bremsen ließ. Da ist die junge Nadia Murad, Sonderbotschafterin der Vereinten Nationen für Menschenhandel, die selbst einmal als Jesidin Gefangene des IS war und nun für ihr Volk kämpft.

DER PROTEST GEGEN DIE KLIMAKRISE IST VORWIEGEND WEIBLICH

Und da sind die Zahlen, die Forscher vom Berliner Institut für Protest- und Bewegungsforschung ermittelt haben. Sie verglichen die Gender-Verteilung der Fridays-for-Future-Proteste in 13 europäischen Städten und stellten erstaunt fest: Der Protest für mehr Klimaschutz ist vorwiegend weiblich. In Amsterdam, Warschau und der englischen Stadt Truro waren 70 Prozent der Demonstrierenden unter 20 Jahren Frauen, nur in zwei der 13 Städte (Brüssel und Lausanne) gingen mehr junge Männer als Frauen auf die Straße.

Es sieht also ganz so aus, als seien Frauen wirklich die besseren Menschen. Und als würde ihnen, zumindest medial, nun endlich die Aufmerksamkeit zuteil, die ihr Engagement und ihr Auftreten verdient – die ZEIT schrieb im Sommer im Zusammenhang mit Fridays for Future gar von der „Weltherrschaft der Mädchen“.

Man könnte also wirklich denken, die Öffentlichkeit würde das Tun der „neuen Heldinnen“ nun anerkennen, als stecke ein Fortschritt in dieser Betrachtung. Als wäre es, quasi im Umkehrschluss, auch zutreffend anzunehmen, die Welt würde allein durch Männerhand zugrunde gehen, und als wäre damit in der Konsequenz doch klar, wer hier moralisch auf dem absteigenden Ast sitzt: die Männer eben. Nicht nur wegen Donald Trump, sondern auch wegen Tayyip Erdoğan, Vladimir Putin, Boris Johnson, Viktor Orbán und wie sie alle heißen.

Frauen stehen für das Soziale, das Edle, das Gute, sie sorgen sich um ihre Umwelt und ihre Mitmenschen. Männer hingegen stehen für das Zerstören, für Kriege, für den Machtmissbrauch, für Sex mit Knaben, ein übersteigertes Ego.

Hat Luisa Neubauer recht, wenn sie sagt: „Dass Frauen mitfühlender sind und sich deshalb mehr für Umweltschutz interessieren, hört sich für mich wie eine patriarchale Erzählung an“? Man feiert die „neuen Heldinnen“ (nebenbei hasst man sie auch ein bisschen, noch so eine patriarchale Erzählung: Misogynie) – und blickt doch wieder nur durch die alte, patriarchale Brille auf sie: Die Frau als eindimensionales Wesen, die das Gute schlechthin verkörpert. Mehr scheint man ihr offenbar noch immer nicht zuzutrauen.

Die Macht haben immer noch die Männer. Denn die oben genannten Frauen stehen ja tatsächlich im Kampf für eine bessere Welt – aber nicht in einem Amt. Die Macht haben meist immer noch die (alten) Männer. Frauen sind noch nicht einmal in der Position, die Welt zugrunde richten zu können – sie besetzen die dafür nötigen Ämter nicht.

DIE KAPITÄNIN

Carola Rackete ist die deutsche Kapitänin, die Flüchtlinge aus dem Mittelmeer fischte und dabei der italienischen Regierung herrisch die Stirn zeigte, indem sie trotz Verbotes in Lampedusa im Namen der Menschlichkeit anlegt und dabei sogar ein Polizeischiff rammte. Heute gehört sie der Bewegung "Extinction Rebellion" an und kämpft für mehr globale Gerechtigkeit und gegen die ökologische Katastrophe unseres Planeten.¹³ Ihr neues Buch hat sie unter die Prämissen gestellt: "Handeln statt Hoffen" und es "für die Opfer des zivilen Gehorsams" dediziert.¹⁴

"HANDELN STATT HOFFEN"

Die Autorin beschreibt dann auch gleich am Anfang die dramatischen Tage der Rettungsaktion im Mittelmeer; damals wurde sie über Nacht weltweit für ihr unerschrockenes Handeln bekannt. Doch hält sie sich nicht lange mit diesem Thema auf, sie geht rigoros auf ihre globale Sicht über, es geht ihr um nichts Geringeres als das Überleben der Menschheit! Sie warnt eindringlich vor der Klimaerwärmung, deren Auswirkungen sie selbst bei sieben Jahren auf Forschungsschiffen in der Arktis erleben konnte und ruft im Buch "die letzte Generation" zum Handeln auf!

„Ein Kind, das heute geboren wird, wird diese Welt noch erleben“, ruft sie dem Leser zu, „und niemand weiß, wie viele Menschen in einer solchen Welt leben können.“ Es geht um die Trinkwasserreserven, die bis 2050 für ein Viertel der Menschheit versiegt sein werden und vor allem um unsere Verantwortung in Deutschland. Deutschland ist nach China, USA und Russland der viertgrößte Umweltverschmutzer der Welt.¹⁵ Wir belasten die Umwelt in dem selben Maße wie alle Länder des gesamten afrikanischen Kontinents zusammen, sagt sie, und hätten daher die Pflicht und die Verantwortung für diese Menschen zu tragen! "Wenn die Mittelmeerflüchtlinge weißer Hautfarbe wären, dann gäbe es ganz andere Schlagzeilen und ganz andere Rettungsaktionen!?"

REALITÄT AFRIKA

Der Autor dieses Essays war selbst lange Jahre in der Entwicklungshilfe tätig, in Afrika und Asien und kann die Meinung von Frau Rackete so nicht ganz teilen.¹⁶ Ja, wir zerstören seit einigen Jahrzehnten unseren eigenen und einzigen Planeten, und das etwas getan werden muss, ist doch offensichtlich! Doch die Autorin lebt unter der schweren Bürde einer preußischen Pflichtauffassung, einem Weltrettungssyndrom und vor allem der Ansicht, dass wir in Deutschland, als einem von 200 Ländern der Welt, mit 1% der Weltbevölkerung, die Pflicht hätten, Millionen von Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Wollen wir denn schon

Seite 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 786 vom 18.03.2021

¹³ Gerd Kloewer: Globalisierung, Klimarettung und ökologische Religion vom Aralsee bis Andalusien – Wie aus der Klimabewegung 30 Jahre nach den Grenzen des Wachstums eine neue Religion wird, S. 47 – 78 in: AGOMWBW-Rundbrief Nr. 785 vom 04.03.2021.

¹⁴ Handeln statt Hoffen - Aufruf an die letzte Generation“ heißt das Buch, das die frühere Flüchtlingsretterin Carola Rackete in Berlin vorgestellt hat. Darin ruft sie im Kampf gegen den Klimawandel, zu Massenprotesten und zivilem Ungehorsam auf. FAZ, 30.09.2019.

¹⁵ Die größten Umweltverschmutzer der Welt sind nicht puspense Kühe oder entwässerte Moore, sondern das Pentagon, bzw. das US-Militär. Die gigantische Kriegsmaschinerie der USA ist der weltweit größte Verbraucher von institutionellen Erdölprodukten.

¹⁶ Wahl, Peter, Die Entwicklungsländer: Verlierer der Globalisierung - 8 Thesen

Im Laufe der 80er Jahre gerieten Theorie und Praxis der konventionellen Entwicklung - d.h. Entwicklung als nachholende Industrialisierung - in eine existenzielle Krise. 25.07.2002, von: Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2002.

wieder die ganze Welt missionieren, die Welt am deutschen Wesen genesen lassen und dabei laue, weil politisch immer korrekte, Zugeständnisse produzieren? Damit werden wir den Millionen Migranten, die gemäß den UN allein aus Afrika gerne nach Europa kommen wollen, nicht gerecht: Wir können ihnen keine Perspektive bieten. Wir benötigen vielmehr weitsichtige Politiker, die nicht auf Sicht fliegen, sondern grundsätzliche Entscheidungen treffen. Zum Wohle der Menschen, die man nicht mehr den kriminellen Schleusern im Mittelmeer überlassen darf!

Afrika hat vor allem unter der Misswirtschaft und der Bereicherung der herrschenden Eliten seit den 1960er Jahren zu leiden. Hinzu kommen eine völlig unkontrollierte Bevölkerungsentwicklung und der Drang der jungen Leute, im Ausland ihr Glück zu versuchen. In allen Ländern gibt es Einwanderungsgesetze. So schickt zum Beispiel Australien 100% aller Flüchtlinge zurück. Kein einziges afrikanisches Land würde einen Europäer ohne Papiere aufnehmen.

Warum sollte Europa illegale Einwanderer unkontrolliert und unbegrenzt aufnehmen und dabei für die Unfähigkeit der afrikanischen Politiker einstehen? Einige Länder, wie z. B. Gambia, sehen die monatlichen Überweisungen ihrer nach Europa geflohenen Bürger als größte Einnahmequelle in ihrem Staatshaushalt an. Die Staaten ermuntern also ihre jungen Bürger auch noch illegal auszuwandern, denn erstens bringt das Geld und zweitens schickt man die unzufriedenen, aufsässigen Bürger weg, denn die könnten der Regierung gefährlich werden.

Wenn auch die "Seenotrettung" menschlich nachvollziehbar ist, geht es ja nicht um die Rettung von wirklichen Schiffbrüchigen, sondern um die Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingsen, die den Schleppern und Menschenhändlern Beträge zwischen 5000 und 10.000 US\$ für die gefährliche Reise auf nicht seetüchtigen Booten zahlen, die sich wissentlich in große Gefahr begeben, um am Reichtum des Westens teilhaben zu können. Der Fokus wäre auch nicht anders, wenn es "Weiße" wären (wie die Autorin sagt), denn die geflohenen "weißen" Syrer im Mittelmeer sind den gleichen Schleppern und Menschenhändlern ausgeliefert. Wie andere Kapitäne auf eigenem Schiff melden, sind sie von den Schifffahrtsbehörden angehalten, Flüchtlinge auf Schlauchbooten zu melden, sich ihnen aus Sicherheitsgründen jedoch nicht zu nähern, wenn, z.B. im Roten Meer, mit Piraten zu rechnen ist. Sicher, man sollte jederzeit Menschen aus der Not helfen, sofern es mit den Gesetzen vereinbar ist und man nicht als krimineller Schlepper verdächtigt wird, aber viele Kapitäne dürfen sich, gemäß strikten Anordnungen ihrer Regierungen oder Reedereien, nicht an industriellen Rettungsaktionen versuchen, sondern müssen die Rettung den Behörden überlassen.

Manche seefahrenden Leser enttäuschten das Buch sehr, sie finden die extremen Meinungen der Autorin eher zwiespältig und borniert. Sie hätte das Thema verständiger, toleranter, charismatischer angehen können. Nicht aus der Arktis heraus, in der sie lebte, sondern mit Gesprächsrunden in Niger, in Burkina Faso, mit TV Einladungen in Süditalien, mit Verständnis für die Menschen auf beiden Seiten. So bleibt der bittere Nachgeschmack einer deutschen Weltverbesserin, die mit dem Kopf durch die Wand will.

BÄUME PFLANZEN STATT WAFFEN PRODUZIEREN –

„ROSENKOHL STATT BRAUNKOHL“

Einfache Lösungen sind wie kluge Sätze: unwiderstehlich. Seitdem Umweltforscher der ETH Zürich in ungewöhnlich detaillierter Auswertung von Satellitenbildern dokumentierten,

wo auf der Welt neue Bäume wachsen könnten und wie viel klimaschädliches Kohlendioxid sie der Luft entziehen könnten: Einfacher geht die Weltrettung nicht.¹⁷ Die Züricher Wissenschaftler befeuerten die umweltpolitische Heilsbotschaft nach Kräften: „Der Klimawandel kann durch nichts so effektiv bekämpft werden wie durch Aufforstung.“ 900 Millionen Hektar Wald zusätzlich weltweit, das sollte zu machen sein. Falls das gelänge, wohlgemerkt: Nur wenn die Weltgemeinschaft sich durchringen würde, die Erde mit einer Fläche von der Größe ganz Brasiliens oder der Vereinigten Staaten (der siebenundzwanzigfachen Fläche Deutschlands) zu bepflanzen, wäre der Klimakollaps also zu verhindern.¹⁸

Das Schweizer Rezept, weltweit eine Milliarde Hektar Wald aufzuforsten, ist eine großartige Idee. Realität und Politik aber zeigen uns die Grenzen.

FRAUEN RETTEN DIE WELT

Frauen haben in der Klimabewegung eine starke Stimme. Aber zu oft wird ihnen der Platz am Tisch der Mächtigen verweigert. So zum Beispiel auf der Konferenz des Weltwirtschaftsforums in Davos, bei Verhandlungen der Vereinten Nationen, in Regierungen und in Unternehmen. Es gibt kein Gleichgewicht der Geschlechter auf den höchsten Regierungsebenen. Frauen werden oft ignoriert oder zum Schweigen gebracht. Sie werden übergangen, wenn es um konkrete Pläne geht. Laut Analysen der Gates-Stiftung werden derzeit nur 0,2 Prozent aller philanthropischen Fördergelder weltweit an Frauen und Umweltthemen ausgezahlt.^{19 20}

7,7 Milliarden Menschen und 1,8 Millionen bekannte Tier-Arten leben gemeinsam auf diesem Planeten. Ist es ein Zufall, dass die "Fridays for Future"-Bewegung hauptsächlich

¹⁷ Weltweite Aufforstungen sollen die Klimakrise abwenden – denn Milliarden neuer Bäume könnten das Treibhausgas Kohlenstoffdioxid aus der Luft filtern. Soweit das Ergebnis einer Studie aus Zürich, die viel Aufsehen erregt, eine neue Waldstudie. Eine, die Mut macht, verfasst von Umweltwissenschaftlern der ETH Zürich, unter ihnen der deutsche Ökologe Constantin Zohner. Aus 80.000 Satellitenbildern und Vegetationsmodellierungen haben die Forscher eine Weltkarte der möglichen Wiederaufforstung gebastelt (Deutschlandfunk, 15.09.2019). Weltweite Wiederbewaldung und Milliarden neuer Bäume könnten erhebliche Mengen Kohlendioxid aus der Luft saugen. Julia Klöckner, CDU, kommentiert: „Jeder muss sich um seinen Wald kümmern“. Vgl. Klimaschutz: Die Tücken der Aufforstung
Rund eine Milliarde Hektar Wald zusätzlich könnten den Klimawandel stoppen, das haben Forscher der ETH Zürich kürzlich berechnet. Doch wie soll das in der Praxis funktionieren? Eine Bestandsaufnahme. Science@ORF.at, 15.07.2019.

¹⁸ Mit 100.000 Bäumen gegen die Klimakatastrophe. Die Erderwärmung zu bremsen, ist eines der drängendsten Probleme der Menschheit. Das Klima lässt sich allerdings auch schützen - durch Bäume. Der Landkreis Neu-Ulm hat deswegen Großes vor und will bis zum Jahr 2030 mindestens 100.000 Bäume pflanzen.

Denn Bäume speichern CO₂ und binden es langfristig im Holz. Die EU plant außerdem, drei Milliarden Bäume zu pflanzen, 25.000 Kilometer Flüsse wiederherzustellen und den Rückgang der Bestände von Bestäubern wie Bienen oder Wespen umzukehren. Diese Maßnahmen sind wichtig und sinnvoll“, sagte Richard Fuchs vom Institut für Meteorologie und Klimaforschung des KIT in Garmisch-Partenkirchen. Weiter sagte er: „Es müssen aber auch parallel Ziele für den Außenhandel festgelegt werden, sonst verlagern wir das Problem nur nach außen und schaden weiter dem gesamten Planeten“ (s. Epoch Times, 13.09.2020). Bayerischer Rundfunk, 29.10.2020, 18:24 Uhr

¹⁹ Eines der Schwerpunkt der Bill and Melinda Gates Foundation: Die Entwicklung und Verbreitung von Impfstoffen - ein Thema, das in Zeiten der Corona-Krise an Bedeutung gewinnt. Er wolle die Weltbevölkerung reduzieren und erkrankte Menschen nicht genesen lassen - so lauten nur zwei Behauptungen über Bill Gates. Die meisten Vorwürfe sind haltlos. Von Wulf Rohwedder, tagesschau.de

²⁰ Das sind gerade einmal 110 Millionen Dollar. Nur zum Vergleich: Die gleiche Summe wurde vor knapp drei Jahren für ein einziges Bild des amerikanischen Malers Jean-Michel Basquiat bei einer Auktion ausgegeben.

von Frauen geführt wird?²¹ Die Menschheit hat funktioniert, weil wir über Jahrtausende in Gemeinschaften eng zusammengearbeitet haben. So waren wir am effektivsten.

DIE KANZLERIN UND GRETA

Die Kanzlerin empfängt im internationalen Konferenz-Saal ihres Amtes vier Klima-Aktivistinnen der Fridays for Future (FFF)-Bewegung, die Schwedin Greta Thunberg, die beiden Belgierinnen Anuna de Wever und Adelaide Charlier sowie die Deutsche Luisa Neubauer. Thema ist die "Überlebensfrage der Menschheit", so Angela Merkel²² 2007 in Grönland vor schmelzenden Eisbergen. Die Eisberge schmelzen inzwischen dreimal schneller als damals. Ist das Thema jetzt auch dreimal wichtiger als damals, als die deutsche Kanzlerin noch als Klimakanzlerin galt?

Den Anstoß zu diesem außergewöhnlichen Treffen gab im Juli ein Brief, den die Klima-Aktivistinnen an die Regierenden Europas geschrieben hatten. "Wir stehen vor einer existentiellen Krise", schrieben sie. Das bestehende System lasse sich nicht reparieren. "Wir brauchen ein neues System". Beinahe 125.000 Menschen hatten diesen Brief unterschrieben, darunter viele Prominente.

Das Patriarchat hat im Industriezeitalter die Klimaerhitzung bewirkt. Wir verbrennen heute an einem Tag so viel Kohle, Gas und Öl wie die Natur in einer Million Tagen angesammelt hat. Jedes Kind lernt in der Schule, dass diese Energiepolitik seine Zukunft in Frage stellen wird. Und nun sitzen die Vertreter dieser "Greta-Generation" der Kanzlerin gegenüber. Können und müssen jetzt junge Frauen die Welt retten? Zusammen mit der deutschen Bundeskanzlerin?

In den letzten 14 Jahren hat sich die Kanzlerin 14mal in ihren Samstags-Video-Botschaften mit dem Klimawandel beschäftigt. So hat es die Süddeutsche Zeitung recherchiert. Allein dreimal im Jahr 2015, als der Pariser Klimagipfel forderte, dass das globale Klima höchstens um zwei Grad, besser nur um 1.5 Grad gemessen an 1870, ansteigen darf. Ein schönes Ziel, aber nichts Entsprechendes ist passiert. Keine Regierung der Welt handelt bisher danach. Im letzten Jahr hat die Kanzlerin gar fünfmal über Klimaschutz gesprochen. Aber auch Deutschland bleibt weit hinter seinen Versprechungen von Paris zurück. Wissenschaftler sagen, die Erneuerbaren müssten viermal so rasch ausgebaut werden. Und die FFF-Bewegung fordert, dass die Politik endlich auf die Klimawissenschaft hört. Was also kann man erwarten vom Treffen im Kanzleramt? Auf die Forderung nach einem "neuen System", sagt die pragmatische Kanzlerin nur: "Politik ist das, was möglich ist". Und nun? Bleibt alles beim Alten oder ist auch im alten System mehr möglich als bisher? Angela Merkel versprach den vier jungen Frauen, "alles zu versuchen, mutiger zu sein".

Der Bundestag wird in wenigen Wochen ein neues Erneuerbares Energien-Gesetz verabschieden. Niemand hindert die Abgeordneten daran, dabei mutig zu sein und die Erneuerbaren endlich wieder auf Trapp zu bringen anstatt sie auszubremsen, wie es Regierung und Parlament in Berlin seit 2012 getan haben. Niemand hindert den Bundestag daran, endlich klimaschädliche Subventionen zu streichen. Niemand hindert den Bundestag daran, den Kohleausstieg, statt auf 2038 zu verschieben, für 2028 festzulegen und mit dem

²¹ Etwa ein Viertel der schädlichen CO2 Emissionen weltweit resultiert aus der Abholzung der Wälder und der Landwirtschaft. Viehzucht hat viel damit zu tun. Deswegen braucht die Welt Vegetarier.

²² Klimaschutz Frauensache? Im Kanzleramt reden fünf Frauen über Klimaschutz. Bundeskanzlerin Angela Merkel verspricht vier jungen Aktivistinnen, "alles zu versuchen, mutiger zu sein". Ein Gastbeitrag von Franz Alt, Klimareporter, Fridays-Aktivistinnen bei Merkel, 25. August 2020

Ausstieg sofort zu beginnen, was bei einem zügigen Ausbau der Erneuerbaren überhaupt kein Problem wäre.

Doch im Bundestag sitzen etwa zwei Drittel Männer und nur ein Drittel Frauen. Vielleicht liegt hier das eigentliche Problem. Das "starke" Geschlecht war bisher einfach zu schwach und zu nachgiebig gegenüber den Interessen und dem Geld der alten (fossilen) Energiewirtschaft. Wir brauchen in der gesamten Politik mehr starke, weibliche Energie. Vielleicht schafft das die "Generation Greta".

ALTE MÄNNER SIND "APOKALYPSEBLIND"

Die alte Männerherrschaft erweist sich immer mehr als "apokalypseblind" (Günther Anders). Diese Männer wollen sich einfach nicht mehr vorstellen, was sie anstellen. Das gilt 75 Jahre nach Hiroshima beim atomaren Wettrüsten ebenso wie bei der anderen existentiellen Überlebensfrage der Menschheit, der Klimaerhitzung.

Greta Thunberg sagte nach dem Treffen mit Angela Merkel: "Wir drehen uns im Kreis. Solange die Klimakrise nicht wie eine Krise behandelt wird, werden wir nicht den nötigen Wandel schaffen."

KANN DER NEW GREEN DEAL DAS KLIMA RETTEN? WELTWEIT DEMONSTRIEREN JUNGE FRAUEN UND ÄLTERE MÄNNER FÜR EFFIZIENTEN KLIMASCHUTZ.

Europa soll bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent werden. Das hat die EU mit dem „New Green Deal“ Ende 2019 angekündigt. Ziel ist, die Kohlenstoffemissionen zu verringern sowie Wälder, Landwirtschaft, umweltfreundlichen Verkehr, Recycling und erneuerbare Energien zu fördern. Der geplante radikale Umbau der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen Europas, genannt „GREEN DEAL“, also die Schleifung alter Industrien (Auto und Stahl) und der Aufbau völlig neuer auf Elektrizität oder Wasserstoff beruhender Produktionssysteme, ist gewollt.

Muss der Verbrauch an Rohstoffen und die Produktion von kurzlebigen Konsumgütern zurückgehen, weil sie letztlich die Müll- und Schrottberge der Welt vergrößern?²³

Gleichzeitig verspricht dieser New Green Deal erneut immense Gewinne als Geschäftsmodell für die beteiligten transnationalen Banken, Konzerne und Dienstleister. Der Verbrauch an Rohstoffen wie Kupfer, Silber, seltenen Erden u.a. wird nach Prognosen

²³ Wir brauchen ein Wirtschaftssystem, das den Verbrauch knapper Ressourcen und den Verbrauch fossiler Energiequellen mindert. Ein langsames Wachstum wäre ein erster Anfang. Noch nie in der Geschichte hat es so viel Reichtum, Wissen und technische Möglichkeiten auf der Erde gegeben wie heute. Es muss gerechter umverteilt werden, dann ist „Brot für die Welt“ für alle da. „Wohlstand ohne Wachstum“ fordert Naomi Klein. (Naomi Klein, Die Schock Strategie, Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Fischer, Frankfurt, 2007).

der EU trotz allem in den nächsten 30 Jahren stärker steigen als jemals zuvor, ²⁴ allein für die neue Elektromobilität, für Batterien, Kabel und umweltschonende grüne Technologien. ²⁵ Kann die Generation Weltrettung diese „grün- schwarzen“ Widersprüche lösen? ²⁶

ANLAGE

SEENOTRETTUNG: KAPITÄNIN PIA KLEMP RETTET FLÜCHTLINGE

Am Montagabend sitzt Pia Klemp an einem Tisch im Café Morgenroth an der Kastanienallee in Berlin-Prenzlauer Berg. Vor ihr liegt der Roman, den sie über ihre Zeit auf See geschrieben hat, und der vielleicht vor allem deshalb Roman heißt, um im Zweifelsfall sagen zu können, dass all dies Fiktion ist. Pia Klemp war bei sechs Rettungsmissionen auf dem Mittelmeer dabei. Pia Klemp ist Kapitänin, die See war das Mittelmeer und ihre Mission das Retten von Menschen, die in schlechten Booten auf dem Weg von Afrika nach Europa waren. „Auf See gibt es keine Zweifel“.

Die Passage, in der sie beschreibt, wie sie mit einem toten Jungen in der Gefriertruhe verzweifelt die italienische Küstenwache nach einem Hafen fragen, in den sie einlaufen können, liest sie nicht vor. Sie und ihre jeweilige Crew haben mehr als 1000 Menschen von seeuntüchtigen Booten geholt oder aus dem Wasser gezogen und in sichere Häfen nach Europa gebracht, nach Italien vor allem. Wie alle Seenotretter beruft auch sie sich darauf, dass Seeleute Menschen, die auf See in Not geraten, retten müssen. Das ist keine idealistische Fantasie. Die Rettungspflicht sei als Ausdruck der Menschlichkeit „tief verankert in der Jahrhunderte alten, maritimen Tradition“ und gelte als Völkergewohnheitsrecht, schrieb dazu der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags bei einer Einschätzung im Juli 2017. Warum jemand in Seenot geraten ist, spielt dabei keine Rolle.

²⁴ Weltweiter Einsatz von Kupfer steigt bis 2050 massiv. Kupfer ist einer der Treiber großer Innovationen. Ohne Kupfer sind viele Technologien undenkbar. Das war im 20. Jahrhundert so. Im 21. Jahrhundert wird diese Bedeutung noch um ein Vielfaches zunehmen, ebenso wie der weltweite Kupferverbrauch. Im Jahr 2050 hat jeder der 10 Milliarden Erdenbürger einen durchschnittlichen Kupferverbrauch von 6 Kilogramm/Jahr (Fraunhofer Institut)

²⁵ Ohne Minen gibt es keinen Klimaschutz: Angesichts des Metallbedarfs einer kohlenstoffarmen Wirtschaft prophezeien Analysten einen neuen Superzyklus. Riesige Tagebau-Gruben in denen Kupfererze geschürft werden, harte Arbeitsbedingungen unter Tage mit Hitze und Staub in Silberminen oder Unternehmen, die in Diktaturen wie der Demokratischen Republik Kongo Kobalt gewinnen. Angesichts des Metallbedarfs einer kohlenstoffarmen Wirtschaft prophezeien Analysten einen neuen Superzyklus. Gleichzeitig lösen der Ausbau von Windkraft- und Solaranlagen und die zunehmende Verbreitung von Elektromobilität in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eine unfassbar große Nachfrage nach Industriemetallen und seltenen Erden aus. Zwischen 1900 und 2015 ist der weltweite Rohstoffabbau um das 14-fache gestiegen, zwischen 2015 und 2050 soll er sich noch einmal mehr als verdoppeln, heißt es in einem Bericht zum "Megatrend Rohstoffe und seltene Erden" der EU-Kommission.

So auch seltene Cobalt-ähnliche Metalle wie Coltan, das aus dem Kongo exportiert und in Asien zu Tantal verarbeitet wird. Tantal wird zur Herstellung von Halbleitern benötigt, die in Akkus von Mobiltelefonen und Computern integriert sind. Für jedes Handy, jeden Computer, jede Digitalkamera benötigen die Produzenten Coltan. Das Erz und seine metallischen Elemente Niob und Tantal sind für besonders feine Elektronik unverzichtbar geworden. Tantal wird zudem in der Medizintechnik immer wichtiger. Da es nur langsam zerfällt und chemisch sehr träge reagiert, wird es für Zahnimplantate, Knochennägel und Prothesen verwendet.

Rund ein Viertel des weltweit in der Elektroindustrie verarbeiteten Tantals stammt aus dem Kongo. (Coltanabbau im Kongo: Geld heißt Krieg. Die Mine Rubaya im Kongo ist eines der wichtigsten Abbaugelände weltweit für den Handy-Rohstoff Coltan. taz vom 11.12.19).

²⁶ Die grünen Konservativen: Zwischen Konservative und Faschisten passe kein Blatt Papier, so sprach einst Jutta Ditfurth, die ultralinke Bundesvorsitzende der Grünen. Aber das ist 25 Jahre her. Inzwischen hat Ditfurth die Grünen verlassen, während die Öko-Partei den Weg zur Mitte einschlug. NRW-Grüne präsentieren sich nun als die besseren Wertkonservativen. (Welt am Sonntag, 19.08.2007).

Es gibt Push-Faktoren für Flucht: Krieg und Perspektivlosigkeit. Der Vorwurf, den sich die Seenotretter immer wieder gefallen lassen müssen: Sie würden einen Anreiz zur Flucht schaffen, einen sogenannten lockenden Faktor darstellen, einen Pull-Faktor. Flüchtlinge machten sich auf den gefährlichen Weg übers Meer, weil sie darauf setzten, von hilfsbereiten Menschen auf privaten Rettungsschiffen aus dem Wasser gezogen zu werden. Kein Migrationsforscher hat dies je bestätigt. Menschen zur Migration animieren? Die Operation „Sophia“ der Europäischen Union endet in diesem März. Bei dieser Operation geht es ausdrücklich darum, "einen Pull-Faktor zu vermeiden", der Migranten erst zur Überfahrt aus Libyen ermutigen könnte.

Die private Hilfsorganisation „Mission Lifeline“ arbeitet, um Menschen in Seenot die Sicherheit zu bieten, die *„die EU ihnen verwehrt“*. Die Seenotretter kritisieren: „Die Handlungsempfehlung der EU-Kommission ist ein weiterer Baustein an der Festung Europa. Wir versichern der Kommission, dass uns Mauern, Grenzen und Überwachung nicht davon abhalten werden, unsere Pflicht zu tun.“ Hier die Begründung der Kommission in Auszügen vom 23.09.2020 „Zur Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten bei Such- und Rettungsaktionen, für die im Eigentum privater Einrichtungen befindliche oder von solchen betriebene Schiffe eingesetzt werden“: „Die Hilfeleistung für in Seenot geratene Personen ist eine rechtliche Verpflichtung der Mitgliedsstaaten“. Während Italien noch immer gegen Klemp und Co. ermittelt, wollte die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo ihr die Verdienstmedaille der Stadt verleihen. Pia Klemp lehnte dies ab. Sie schreibt: "It is time we call out hypocrite honorings and fill the void with social justice. It is time we cast all medals into spearheads of revolution!" Ob Frau Klemp in Zukunft französische Häfen mit ihren Flüchtlingsschiffen anlaufen darf? (Berliner Zeitung, Susanne Lenz, 12.9.2019) ²⁷

RIHANNA UND GRETA HELFEN INDISCHEN BAUERN GEGEN POLIZEI UND LANDLORDS

Im indischen New Delhi ist es wieder zu harten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Kleinbauern gekommen. Die Kleinbauern, überwiegend aus der Kornkammer Punjab, fürchten, durch eine Öffnung des Agrarmarktes ihre Lebensgrundlage zu verlieren.

Die protestierenden Bauern Indiens bekommen nun Schützenhilfe eines amerikanischen Superstars: die Künstlerin Rihanna springt über Twitter den Bauern in Delhi bei, die sich seit Monaten gegen die neuen Landwirtschaftsgesetze der Regierung unter Ministerpräsident Narendra Modi wenden. Rund um den Erdball folgen der Amerikanerin gut 101 Millionen Menschen. Ein paar Stunden später übernahm dann auch noch die Umweltaktivistin Greta Thunberg, die ihrerseits über knapp fünf Millionen Anhänger im Netz verfügt, den Kommentar. Auch wenn es viele Überschneidungen unter den *„followern“* geben mag, erreichen die beiden Frauen rechnerisch eine Menschzahl, die rund einem Zehntel der indischen Bevölkerung entspricht. Bis zum Mittwochabend in Asien versahen mehr als eine halbe Million Menschen den Kommentar von Rihanna mit einem Herzchen, eine Viertelmillion leitete ihn weiter in ihre eigenen Netzwerke. (Christof Hein, FAZ, 03.02.21).

²⁷ Pia Klemp: Lass uns mit den Toten tanzen. Roman; Maro Verlag, Augsburg 2019; 224 Seiten, 20 €.

LITERATUR ZU: WELTRETTUNG, KLIMA UND RELIGION (Auswahl)

Bargatzky, Thomas: Der totalbefreite Mensch. Geolitico, 3. Oktober 2020.
<https://www.geolitico.de/2020/10/03/der-totalbefreite-mensch/>

Broder, Henryk M.: Infantilisierung der Gesellschaft. Die Weltwoche, 28. August 2019.
<https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2019-35/titelgeschichte/infantilisierung-der-gesellschaft-die-weltwoche-ausgabe-35-2019.html> (Zugriff 18. April 2020).

Ekhardt, Felix: Theorie der Nachhaltigkeit. Baden-Baden 2020.

Fleischhauer, Jan: Kirche des ökologischen Glaubens. Spiegel Online, 12. März 2012.
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/s-p-o-n-der-schwarze-kanal-kirche-des-oekologischen-glaubens-a-820751.html> (Zugriff 14. Oktober 2020).

Klein, Naomi: The Shock Doctrine. London 2007.

Klemp, Pia: Lass uns mit den Toten tanzen. Roman. Augsburg 2019.

Klöwer, Gerd: Das Buch Josua. Krieg und Frieden im Heiligen Land. Vom alttestamentarischen Gott der Rache zum neutestamentarischen Gott der Liebe, S. 18 - 40 in: AGOMWBW-Rundbrief Nr. 775 vom 20.08.2020.

Klöwer, Gerd: Greta und die „Kirche des ökologischen Glaubens“. Wie aus der Klimabewegung 30 Jahre nach Erscheinung der „Grenzen des Wachstums“ eine neue „Ökologische Religion“ wird. Essay, S. 8 - 26 in: AGOMWBW-Rundbrief 783 v. 04.02.2021.

Klöwer, Gerd: Flucht, Vertreibung und Umwelt In Zeiten der Pandemie. Vom Aralsee bis Andalusien. Wie aus der Klimabewegung 30 Jahre nach den „Grenzen des Wachstums“ eine grüne emissionsfreie ökologische Gesellschaft wird, S. 47 – 78 in: AGOMWBW-Rundbrief Nr. 785 vom 04.03.2021.

Lossau, Norbert: Ein Schmetterling kann Städte verwüsten. Die Welt, 18. April 2008.
<https://www.welt.de/wissenschaft/article1914384/Ein-Schmetterling-kann-Staedte-verwuesten.html>. (Zugriff 13. Januar 2020).

Neuhof, Ansgar: „Gretas Milliardäre – Millionen für den Klimawandel“. Tichys Einblick, 20. August 2019. <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/gretas-milliardaere-millionsen-fuer-den-klimaaufstand/> (Zugriff 20. August 2019): „Die Akte Greta. Hintergründe und Hintermänner“. JF Spezial, Herbst/Winter 2019. Skeptiker von gestern- „Rechte“ von heute.

Stiglitz, Joseph: Im Schatten der Globalisierung. Berlin 2002.

Wahl, Peter: Die Entwicklungsländer: Verlierer der Globalisierung - 8 Thesen, Bundeszentrale für politische Bildung. Berlin 2002.

Pommern

03) Bedeutende Stettiner und ihre Häuser. Ein Spaziergang durch die Geschichte der Oderstadt. Von Magdalena Gebala

Die pommersche Hafenstadt Stettin gehörte zu den im Zweiten Weltkrieg am stärksten zerstörten deutschen Städten. Und auch nach 1945 ging der Verlust der alten Bausubstanz weiter, als die in Trümmern liegende Altstadt abgetragen wurde und nach und nach den dringend benötigten Neubauten weichen musste. Erstaunlich, wie dennoch ganze Straßenzüge und Teile von Wohnvierteln inner- und außerhalb des Stadtzentrums überdauert haben. Ihre Geschichte und die ihrer ehemaligen Bewohner vor dem Vergessen zu bewahren, ist das Ziel einer touristischen Route durch die Oderstadt Stettin/Szczecin.



Die einstige Kaiser-Wilhelm-Straße, die heute Aleja Papieża Jana Pawła II heißt, ist einer jener Straßenzüge mit den für Stettin typischen Altbauten. © ukasz/AdobeStock 08. November 2020

»Spaziergänger sind Praktizierende der Stadt«

heißt es in einem [Blogeintrag](#) des Autors und Übersetzers Marcel Krueger. Krueger, der 2019 als [Stadtschreiber des Deutschen Kulturforums östliches Europa in Allenstein/Olsztyn](#) tätig war und der hier aus Rebecca Solmits Buch *Wanderlust* zitiert, ist ein leidenschaftlicher Spaziergänger. Seine polnische Gaststadt mit ihren lauten Hauptverkehrsstraßen und bunten Einkaufszentren, mit den ruhigen Seitenstraßen und pittoresken Gassen sowie den unspektakulären Vororten hat er sich bei Wind und Wetter erlaufen und erspürt. Am Ende seines Aufenthalts war er in die Stadt, die er nicht mehr Allenstein und nicht Olsztyn, sondern Allensztyn nannte, verliebt und wollte gar nicht weg.



In der Deutschen Straße, heute ul. Wielkopolska, wohnte 1907 bis 1917 Emil Stoewer, der zusammen mit seinem Bruder Bernhard jun. die Autofabrik Stoewer- Werke leitete. © Markus Nowak

In vielen europäischen Metropolen machen sich Stadtmarketingexperten, Touristiker und Hobbyhistoriker Gedanken, wie man Städte und ihre lange, wechselhafte und nicht selten verworrene Geschichte verständlich und originell vermitteln und vermarkten kann. Dabei sind Spaziergänger wie Marcel Krueger eine besonders willkommene Zielgruppe. Thematische Spazierroutes, ob auf den Spuren von Franz Kafka in Prag, Hannah Arendt in Königsberg/Kaliningrad oder dem Kommissar Eberhard Mock aus Marek Krajewskis Kriminalromanen in Breslau/Wrocław, gehören längst zum touristischen Programm einer jeden europäischen Großstadt. Die politische Wende, die 1989 in Polen und in den Folgejahren in anderen mittel- und osteuropäischen Staaten stattfand, hatte ein neues Interesse an der »Heimatkunde« zur Folge. Die Prager, die Kaliningrader, die Rigaer und die Breslauer von heute entwickeln eine neue regionale Identität und entdecken das, was jahrzehntelang vergessen schien – die Geschichte ihrer Heimatorte: ein Thema, nach dem man vergeblich im Schulunterricht suchen würde. Die thematischen Spaziergänge ermöglichen einerseits eine attraktive, interaktive Beschäftigung mit Geschichte, andererseits eröffnen sie neue Perspektiven auf die Möglichkeiten der Gestaltung des urbanen Raumes. Dass eine kritische Beschäftigung mit Geschichte Kontroversen zutage fördern und vermeintlichen Helden ihren »Nimbus« nehmen kann, liegt auf der Hand.

Auch in Stettin/Szczecin entstand 2012 eine neue touristische Spazierroute. Der Journalistin Justyna Machnik und einigen Kulturaktivisten ist in der Oderstadt etwas Ungewöhnliches gelungen, nämlich, in dem 1945 fast komplett zerstörten Stettiner Zentrum einen Spaziergang zu entwickeln, der nicht nur zu den vor den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs verschonten Bauten führt, sondern die Geschichte dieser Gebäude und seiner ehemaligen Bewohner erzählt und sie so vor dem Vergessen bewahrt.

Die Route Bedeutende Stettiner und ihre Häuser verläuft auf den Spuren berühmter Töchter und Söhne der Stadt anhand der Häuser, in denen sie einst lebten. Mit Leon Jessel, Julo Levin, Antoni Kaczorkowski, Janina Smoleńska, Wilhelm Meyer-Schwartau, Helena Majdaniec, Emil Stoewer, Heliodor Sztark, Kurt Tucholsky, Stanisława Engelówna, Erwin Ackerknecht und Heinrich George finden sich darin sowohl Persönlichkeiten aus der Zeit vor 1945 als auch Personen des öffentlichen Lebens aus der Zeit danach. Für die heutigen Bewohner Stettins, die nun in der dritten Generation in diesen Häusern leben und dennoch lange kaum etwas von ihrer Vergangenheit wussten, ist dieser Spaziergang ein besonderes Geschenk.

Die circa zweieinhalbstündige Route ist auf allen in der städtischen Touristeninformation kostenlos verfügbaren Stadtplänen verzeichnet und beschrieben. Darüber hinaus sind die für sie relevanten Gebäude mit einer kurzen Informationstafel auf Polnisch, Deutsch und Englisch versehen und leicht auffindbar.

Tafeln für verdiente Töchter und Söhne der Stadt

Eine der insgesamt zwölf Tafeln schmückt das Haus in der Deutschen Straße (ul. Wielkopolska) 32. In der Parterrewohnung wohnte hier zwischen 1907 und 1917 Emil Stoewer. Zusammen mit seinem Bruder Bernhard jun. leitete er die von seinem Vater Bernhard Stoewer 1896 in Stettin-Neutorney gegründete Fabrik Stoewer-Werke AG, in der Kleinwagen, Liefer- und Kraftfahrzeuge sowie Busse, darunter Doppeldecker für die Londoner Verkehrsbetriebe, produziert wurden. 1930 gelang es den Brüdern, das erste deutsche Serienauto mit Vorderradantrieb, den Stoewer V 5, zu entwerfen. Ab diesem Zeitpunkt wurde Stettin umgangssprachlich als »Stoewer-Stadt« bezeichnet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Teile des Fabrikgeländes durch die Stettiner Motorradfabrik (Szczecińska Fabryka Motocykli) genutzt. Hier baute man unter anderem die »polnische Harley-Davidson« – das heiß begehrte Motorrad Junak. Anlässlich der Enthüllung der Gedenktafel für Emil Stoewer an seinem früheren Haus kam im August 2013 seine Familie nach Stettin – natürlich mit einem stilechten Cabriolet der Marke Stoewer!

Ein paar Straßen weiter, im ersten Stock des Hauses in der König-Albert-Straße (ul. Śląska) 51, lebte der 1891 in Stettin geborene expressionistische Maler Julo (Julius) Levin. Er war Absolvent der Kunstgewerbeschulen in München und Essen, der Kunstakademie Düsseldorf sowie Mitglied der Künstlergruppen *Das Junge Rheinland* und *Das Neue Pommern*. 1933 wurde der aus einer jüdischen Familie stammende Levin als »entartet« diffamiert und erhielt Berufsverbot. Danach schlug er sich als Zeichenlehrer an verschiedenen jüdischen Schulen in Düsseldorf und Berlin durch und begann Arbeiten seiner Schüler zu sammeln. Es entstand ein einmaliges Archiv mit zirka 2.000 Zeichnungen jüdischer Kinder und Jugendlicher aus der Zeit des Nationalsozialismus, die heute im Stadtmuseum Düsseldorf aufbewahrt werden. Levin wurde 1943 in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert und dort ermordet. In Düsseldorf erinnern ein Stolperstein und das Julo-Levin-Ufer im dortigen Medienhafen an den Künstler. Im Mai 2015 wurde auch an dem Haus, in dem er einst in Stettin lebte, eine Gedenktafel für ihn eingeweiht.



In der einstigen König-Albert-Straße, heute ul. Śląska, 51 hängt eine Tafel, die an den 1891 in Stettin geborenen expressionistischen Maler Julo (Julius) Levin erinnert. © Markus Nowak

Heinrich George bis heute umstritten

Eine weitere Persönlichkeit, deren Haus innerhalb der Route vorgestellt wird, ist der 1893 in Stettin geborene Schauspieler Georg August Friedrich Wilhelm Schulz, besser bekannt als Heinrich George. Seine Karriere begann 1911 auf den Theaterbühnen von Stettin und Kolberg/Kołobrzeg. 1921 wechselte George zum Film. Seine Rollen in Klassikern der Filmgeschichte wie *Berlin Alexanderplatz* (1929) von Piel Jutzi, einer Verfilmung des gleichnamigen Romans eines anderen berühmten Stettiners, Alfred Döblin, brachten ihm große Popularität ein. Auch in Hollywood-Produktionen wie *Menschen hinter Gittern* (1931) spielte er mit. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 erhielt Heinrich George wegen seiner Kontakte innerhalb kommunistischer Kreise Berufsverbot. Später arrangierte sich der Künstler mit dem Regime und stellte sich, ähnlich wie Leni Riefenstahl, in den Dienst der nationalsozialistischen Filmproduktion. Für seine Rollen in Propagandafilmen wie *Hitlerjunge Quex* (1937) und vor allem *Jud Süß* (1940) wurde und wird George heftig kritisiert.



Am Geburtshaus des Filmschauspielers Heinrich George in der Burscherstraße, heute ul. Łokietka 34, wurde 2015 eine Gedenktafel angebracht, die ein paar Tage später unter Protesten jedoch wieder verschwand. © Markus Nowak

Die Titel sind bis heute als sogenannte Vorbehaltsfilme eingestuft, was bedeutet, dass sie wegen ihrer gewaltverherrlichenden, rassistischen oder volksverhetzenden Wirkung nur mit einer sachkundigen Einführung gezeigt werden. Seine Filme konnten zwischen 2011 und 2013 im Rahmen des Festivals *Konstelacja Szczecin* (»Konstellation Stettin«) mit einer Sondergenehmigung in Georges Heimatstadt in ausverkauften Kinosälen gezeigt und diskutiert werden. Eine dem Schauspieler gewidmete Gedenktafel fehlt jedoch bis heute. 2015 wurde zwar eine an Georges Haus angebracht, verschwand aber ein paar Tage später wegen heftiger Proteste wieder. Der Grund dafür war die unvollständige und etwas naiv anmutende Beschriftung, die Heinrich Georges Tätigkeit für die NS-Propaganda nicht erwähnte. In den Stettiner Medien entbrannte eine heftige Debatte über das Andenken an Persönlichkeiten, die mit verbrecherischen Regimen kooperiert haben. Dennoch wird die Burscherstraße (ul. Łokietka) 34 die Straße bleiben, in der Heinrich George geboren wurde – für die einen Held, für die anderen Opportunist oder gar Täter, doch für viele einfach nur einer der bekanntesten Schauspieler der Weimarer Republik, der für seine Entscheidung den höchsten Preis bezahlte. Heinrich George starb 1946 im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen.

Aus: November/Dezember 2020 – Kulturkorrespondenz östliches Europa № 1420

04) Stettin: Bismarckturm



„Extremradfahren oder Bergsteigen auf der 25 Meter hohen Bismarck-Halle in Stettin-Gotzlow. Dieses Bild aus dem letzten Sommer steht symbolisch für einen neuen Umgang mit deutschem Erbe. Nach der Gründung des Deutschen Reiches vor 150 Jahren wurden dem ersten Reichskanzler Otto von Bismarck vielerorts Denkmäler verschiedener Art errichtet. Nach 1945 fristeten vor allem diese im östlichen Europa ein Schattendasein oder sind der Zerstörung anheimgefallen. Herausstechend ist dabei die Stettiner Bismarck-Halle von 1921. Nicht nur, weil sie dem Mausoleum Theoderichs des Großen nachempfunden wurde, sondern auch wegen ihrer Zukunftsaussichten: Ein neuer Immobilieninvestor will ihr frisches Leben einhauchen, richtete dazu 2020 bereits Fotowettbewerbe und Feste mit über 600 Besuchern aus und plant nun, im Inneren einen Bankettsaal zu gestalten“. © Tomasz Wilewski/Rentumi

Aus: Kulturpolitische Korrespondenz Nr. 1422, März/April 2021, S. 2/3.

Ein Beitrag zur Geschichte des Stettiner Bismarckturms ist für einen der nächsten Ausgaben des AGOMWBW-Rundbriefes (AWR) in Vorbereitung. Die AWR-Redaktion Hk

05) Stoewers „Rückkehr“ nach Stettin. Von Markus Nowak



Gleich am Eingang zum Museum stehen zwei Stoewer- Schmuckstücke: Das »Cabrio«-Modell Arkona links und der Personenwagen Sedina rechts. © Markus Nowak 27. August 2020

Eine Sammlung mit über tausend Exponaten wechselte kürzlich ihren Besitzer und sicherte so ihre Zukunft

Die Leuchten und Blinker sind eingefasst in glitzerndes Chrom, links und rechts der Beifahrertür hängen die Ersatzräder, die blaulackierte lange Motorhaube ziert vorne ein Greif. Jenes Fabelwesen auf dem Kühlergrill ist, ähnlich wie die »Emily« auf einem Rolls-Royce oder der Mercedesstern, zugleich das Wappentier Stettins wie auch ganz Pommerns. »Arkona« heißt dieses blaue Automodell, benannt nach dem Kap Arkona auf der Insel Rügen, und es steht heute gleich am Eingang des Technik- und Kommunikationsmuseums in Stettin.

»Das war damals ein Luxusauto«, sagt Museumsmitarbeiter Andrzej Wojciech Feliński:



Andrzej Wojciech Feliński hat die Stoecker-Ausstellung im Technik-Museum in Stettin konzipiert und ist stolz auf die neue Sammlung. © Markus Nowak

»Einen Stoecker gefahren hat etwa Max Schmeling, die Box-Legende.« Ein wenig Stolz und zugleich Ehrfurcht vor der technischen Leistung ist in Felińskis Stimme zu spüren, wenn er über den offenen Siebensitzer spricht. Denn angetrieben wurde der rund fünf Meter lange Riese von einem Sechs-Zylinder-Reihenmotor mit 3,6 Litern Hubraum, der ihn bis auf 140 km/h beschleunigte. »Auch Paul von Hindenburg hatte einen Stoecker im Fuhrpark«, sagt Feliński und deutet auf eine Wand mit Fotos des Reichspräsidenten der Weimarer Republik in einem Stoecker »D12«. Hier in einem Nebenraum stehen vier weitere Stoecker-Modelle, vom »C2« von 1913 bis hin zu zwei »V5«.

Seit wenigen Monaten befinden sich sieben Stoecker-Fahrzeuge in der Ausstellung des Stettiner Technik- und Kommunikationsmuseums, demnächst kommt ein weiteres Fahrzeug dazu. Im November 2019 wurde mit großem Medienrummel die umfassende Sammlung an

Stoewer-Exponaten der Öffentlichkeit präsentiert – neben den Oldtimern gleich mehrere Dutzend Näh- und Schreibmaschinen sowie mehrere Fahrräder – denn auch diese gehören zur Geschichte der Stettiner Unternehmerfamilie. »Rückkehr einer Auto-Legende«, titelte eine deutsche Regionalzeitung. Wobei die »Rückkehr« wortwörtlich gemeint war. Fast 75 Jahre nach der Schließung der Stoewer-Autofabrik 1945 in Stettin sollten hier gefertigte Autos wieder an ihre Produktionsstätte zurückkehren – und bleiben.

Von der Nähmaschine zum E-Mobil

Der Name Stoewer war vor dem Krieg eine bekannte Marke unter den seinerzeit mehr als hundert deutschen Automobilbauern. Die Firma war vor allem ein Hort technischer Innovationen: Bernhard Stoewer Jr. (1875–1937) gehörte zu den Ersten in Deutschland, die schon 1902 einen Vierzylindermotor, später einen Sechszylinder und sogar einen Achtzylinder bauen ließen und die den Aluminium-Motorblock, den Frontantrieb und die Schwingachse einführten. »Heute wird der Elektroantrieb mit Tesla verbunden«, sagt Museumsmitarbeiter und Stoewer-Experte Feliński. Doch schon vor dem Ersten Weltkrieg habe man mit »Stromern« experimentiert. »Man brauchte die komplizierte Technik der Verbrenner nicht, und so standen 1902 in der Preisliste von Stoewer auch E-Autos, sowohl als Pkw als auch Lkw«, erklärt Feliński. Zwanzig verschiedene Autos mit Stromantrieb wurden aufgeführt und nur halb so viele Benziner.

Gegründet wurde die Firma Stoewer 1858 als »Feinmechanische Reparaturwerkstatt«. Sie begann mit der Produktion von Nähmaschinen, dann kamen Fahrräder und Schreibmaschinen hinzu. Diese Sparten wurden nach dem Ersten Weltkrieg eingestellt. 1896 eröffnete die Autoproduktion in der Falkenwalder Straße/Aleja Wojska Polskiego. Bis 1945 wurden rund 41 000 Autos in fünfzig verschiedenen Varianten hergestellt. »Für damalige Verhältnisse viel«, betont Feliński. Der Stettiner Fahrzeughersteller gehörte vor dem Zweiten Weltkrieg zu den größten Autobauern in Deutschland. »Die Reihenfolge war Benz, Daimler und Stoewer«, fügt Manfred Bauer hinzu. Der heute 79-jährige emeritierte Computerspezialist mit einem besonderen Faible für Oldtimer wurde 1941 in Stettin geboren. Aus seiner Sammlung stammen die Autos, aber auch Schreib- und Nähmaschinen im Stettiner Technikmuseum. Weit über tausend Exponate sammelte Bauer im Laufe seines »Stoewer-Fiebers«, darunter Werbemittel, Fotos oder andere Unikate. 2002 eröffnete er im südhessischen Wald-Michelbach eigens ein Museum.

1984 fuhr Bauer zum ersten Mal nach 1945 wieder in seine Geburtsstadt Stettin. »Die Eltern erzählten immer wieder davon, aber ich war nicht wirklich interessiert«, erinnert er sich. Bei seinem ersten Besuch habe er festgestellt, dass einst Autos an der Oder gebaut wurden. »Ich begann, nach ihnen zu suchen und habe zwei in der Schweiz gekauft, eins davon restauriert. So bin ich immer weiter in die Szene gerutscht.« 1989 war das. Dann nahm er an einem Stoewer-Treffen teil, organisierte in den 1990ern selbst weitere und sogar Oldtimer-Fahrten nach Stettin. Die erste 1996 mit rund 15 weiteren Stoewer-Besitzern. Mit Polizeibegleitung. »Wir wurden herzlich empfangen«, erinnert sich der Sammler heute. »Aber in Stettin wusste man nicht, dass Stoewer der drittälteste Autohersteller in Deutschland war.«

Keine Angst vor deutschem Erbe mehr

Der gebürtige Stettiner kam immer wieder in seine Heimatstadt und freundete sich mit Mitarbeitern des 2006 gegründeten Technikmuseums an. »Die Frucht jener Freundschaft war ein Stoewer V5 als Leihgabe zur Eröffnung 2010«, sagt Feliński. »Wir konnten die Stettiner und die pommersche Technikgeschichte nicht ohne Stoewer-Autos zeigen«, sagt der Kurator der gänzlich in den drei Sprachen Polnisch, Englisch und Deutsch gehaltenen

Stoewer-Ausstellung. In Polen ist seit einigen Jahren der Trend zu einer »Polonisierung« der Geschichte zu beobachten, und mehrere Institutionen wie Museen oder historische Forschungseinrichtungen schlagen einen von der nationalkonservativen Regierung vorgegebenen »nationalen Kurs« ein. Auch im Fall von Stoewer gab es kritische Stimmen, die sich gegen den Kauf der Sammlung durch die Stadt aussprachen. »Aber wenn wir Geschichte zeigen wollen und was hier vorher war, nicht ausstellen, dann bleibt es ein weißer Fleck«, sagt Feliński. Er nennt es eine »Verantwortung« des Museums, historisches Erbe zu popularisieren. »Wir beschäftigen uns mit der Technikgeschichte und Stoewer gehört dazu, er war wichtig für ganz Pommern.« Wichtig auch als Wirtschaftsfaktor. Zwar hat nichts die Stettiner Werften übertreffen können, aber Stoewer war in Spitzenzeiten der Nähmaschinenproduktion Arbeitgeber von rund 2 000 Menschen, von ebenso vielen in der Hochphase des Fahrzeugbaus.



Längst vergangene Zeiten. 1945 war mit dem Einmarsch der Roten Armee die im Krieg auf Wehrmachtsbedarf angepasste Produktion ohnehin vorbei. Während die Anlagen und Fließbänder abgebaut und in die Sowjetunion abtransportiert wurden, wurde in den Stoewer-Produktionshallen noch für kurze Zeit ein weiteres Kapitel der Mobilitätsgeschichte geschrieben. Zwischen 1956 und 1965 ließ man im nun polnischen Szczecin Motorräder bauen: Der SFM Junak mit einem Viertaktmotor gewann bei zahlreichen Rennen, wurde auch in den Westen exportiert und gilt als legendär, auch ohne sich auf den alten »Stoewerschen Geist« zu berufen. »Das war im damaligen Polen nicht möglich«, sagt Feliński.

Danach schlugen Versuche, ein Fahrzeug nach der Art der BMW Isetta in den Stoewer-Hallen zu produzieren, fehl. Später wurden zwar Autoteile hergestellt, aber die Autotradition in Stettin ist fast in Vergessenheit geraten. Bis zuletzt, als die Sammlung »zurückkam«. Der heute 79-jährige Stoewer-Sammler Bauer hatte nach einer Nachfolgeregelung für sein Museum in Hessen gesucht und war im Gespräch mit dem örtlichen Bürgermeister und dem Pommerschen Landesmuseum in Greifswald.

Letztlich meldete sich das Stettiner Technikmuseum bei Bauer und erhielt für das beste Konzept den Zuschlag. So wird die Ausstellung in Gänze gezeigt und nicht aufgesplittet. Die Exponate wanderten in mehreren Lkw-Ladungen aus Hessen nach Pommern, das Stoewer-Archiv soll noch folgen. Der Sammler Bauer zeigt sich zufrieden: »Ich habe es genau richtig gemacht und bin überzeugt, Stoewer gehört nach Stettin.« Der Aufkauf der Sammlung durch das Museum in Stettin ist ein Beispiel für den Konsens, auch über Landesgrenzen hinweg, deutsches historisches Erbe zu bewahren und öffentlich zugänglich zu machen. »Meine Sammlung sehe ich als Verbindungselement zwischen den Völkern«, sagt Bauer und erzählt, wie das polnische Fernsehen live berichtete, als die Stoewer-Autos von den Lkws ins Museum gebracht wurden. »Man hatte sich nicht vorstellen können, dass eine komplette Sammlung aus Deutschland abgegeben wird.« Und Kurator Feliński ergänzt: »Die heutigen Stettiner sind stolz auf Stoewer und darauf, die Sammlung hier zu zeigen.«

Aus: September 2020 – Kulturkorrespondenz östliches Europa № 1418 | von Markus Nowak

<https://www.kulturforum.info/de/kk-magazin/8251-stoewers-ruckkehr-nach-stettin>

Tschechien

Böhmen

06) »Unser Ziel ist es, Stereotype abzubauen«

Der Historiker und Politikwissenschaftler Petr Koura, Kurator der demnächst in Aussig/Ústí nad Labem zu sehenden Dauerausstellung über deutsche Geschichte in Böhmen, stellte sich den Fragen unseres Redakteurs Markus Nowak.



Petr Koura. Foto: © Lukas Biba

Petr Koura ist in Tschechien bekannt als Mahner, der seine Zeitgenossen immer wieder auch an unliebsame Episoden aus ihrer Geschichte erinnert. Derzeit ist er als Kurator der geplanten Dauerausstellung über deutsche Geschichte in Böhmen *Naši Němci – Unsere Deutschen in Aussig/Ústí nad Labem* tätig. Im Frühjahr 2021 soll sie eröffnet werden. Koura, Jahrgang 1978, studierte Geschichte und Politikwissenschaft an der Karlsuniversität in Prag und schloss sein Aufbaustudium mit einer Dissertation zum Thema der deutschen Besatzung des Protektorats Böhmen und Mähren ab. Er war unter anderem für die tschechische Akademie der Wissenschaften tätig, und hatte mehrere Forschungsstipendien, darunter auch an der Forschungsstelle für die böhmischen Länder Collegium Carolinum und beim Collegium Bohemicum. Seit 2017 leitet Koura Letzteres und lehrt Geschichte an der Prager Karlsuniversität. Die Fragen stellte Markus Nowak.

Herr Koura, haben Sie Pfingsten schon Pläne? Am 21. Mai ist der Sudetendeutsche Tag

...
Ich war schon mehrmals dabei und wurde auch diesmal vom Sudetendeutschen Verband eingeladen. Ich kann sagen, dass ich mich sehr auf den Sudetendeutschen Tag freue und immer gern hinfahre. Für unser Ausstellungsprojekt *Naši Němci – Unsere Deutschen* ist die

Landsmannschaft ein wichtiger Ansprechpartner und Außenrepräsentant der deutschen Vertriebenen.

Was steckt hinter diesem Titel »Unsere Deutschen«?

Der Titel ist eigentlich ein Zitat, das von tschechoslowakischen Politikern genutzt wurde; allen voran Tomáš Garrigue Masaryk – dem ersten Präsidenten und Gründer der Tschechoslowakei. Wir sagen heute Sudetendeutsche, während er diese Volksgruppe als »unsere Deutschen« bezeichnete. Das symbolisiert und offenbart die Problematik der tschechischen Meinung über die damaligen deutschen Böhmen. Das Sudetendeutsche Museum in München beispielsweise präsentiert den Blick aus Sicht der Deutschen beziehungsweise Sudetendeutschen. Unsere Ausstellung dagegen widmet sich dem tschechischen Verständnis – deshalb auch diese Benennung.

Worin unterscheidet sich Ihre Sichtweise von der des Münchener Hauses?

Der Unterschied ist, dass das Museum in München den Fokus auf die Sudetendeutschen legt, während sich unsere Ausstellung mit der deutschsprachigen Bevölkerung in Böhmen beschäftigt. Für mich ist dieser Begriff breiter gefasst. Wir betrachten beispielsweise auch die deutschsprachigen Juden als Teil der deutschen Bevölkerung in Böhmen. Wir behandeln zum Beispiel die Juden-Pogrome im Mittelalter, die mit Karl IV. verbunden sind; und natürlich auch die jüdischen Schicksale während des Zweiten Weltkrieges. Wir möchten in unserer Ausstellung zeigen, dass es in Böhmen eine heterogene deutschsprachige Bevölkerung gab: die Reichsdeutschen, Sudetendeutsche und Juden.

Derzeit entsteht auch auf polnischer Seite, in Oppeln/Opole ein Museum. Und zwar der deutschen Minderheit ...

... wir sehen unsere Ausstellung nicht als Minderheiten-Museum an. Die Deutschen haben hier seit dem Mittelalter gelebt. Wir beginnen also im Mittelalter, wobei das 20. Jahrhundert sozusagen als Gipfel unseres Interesses verstanden werden kann. Sie waren ein Bestandteil der Gesellschaft Böhmens. Auch in der Kirche spielten sie eine wichtige Rolle, beispielsweise kam der erste Bischof von Prag, Dietmar, ursprünglich aus Sachsen. Aus alten Chroniken wissen wir leider nicht viel über ihn, nur sein Name und seine Herkunft sind überliefert. Viele tschechische Könige und Fürsten hatten Ehefrauen aus Deutschland, wie zum Beispiel Karl IV. – ein besonderer Musterfall. Also: Die Deutschen waren hier keine Minderheit, sondern Akteure böhmischer Politik und Kultur.

»Unsere Deutschen« klingt aber auch euphemistisch ...

Auf dem Sudetendeutschen Tag vor drei Jahren habe ich mit einem Mann gesprochen und den Titel »Unsere Deutschen« erwähnt. Daraufhin meinte er »Wir sind nicht Ihre Deutschen – wir sind die Sudetendeutschen.« Mir gefällt unser Titel aber. Man kann ihn als »die Deutschen aus unserem Land, also unsere Nachbarn« interpretieren. Wir haben beispielsweise einen Ausstellungsraum, der zeigt, wie sich der Begriff »Sudetendeutsche« entwickelt und verändert hat. Wir werden den Begriff »Unsere Deutschen« in unterschiedlichen Zeitperioden darstellen. Masaryk hat ihn schon im Jahr 1918 benutzt, als er von Amerika zurück in die Tschechoslowakei kam. Interessant ist zudem, dass diese Bezeichnung auch von kommunistischen Zeitungen aus dem Jahr 1945 benutzt wurde – in diesem Fall aber ironisch und negativ, ganz nach dem Motto »Wir verabschieden uns von »unseren Deutschen««.

Wie schaut man heutzutage in Tschechien auf die Thematik »Unsere Deutschen«?

Bei uns gibt es nicht mehr viele Deutsche und die, die heute noch in Tschechien leben, würden wir in der Regel nicht als »unsere Deutsche« bezeichnen können. Die heutigen Deutschen kamen etwa zum Arbeiten hierher. Die verbliebenen Deutschen, also »unsere

Deutschen«, sprechen sehr gut Tschechisch, man kann diese Leute nicht direkt anhand ihrer Sprache erkennen. Es gibt aber einige Vereine der deutschen Minderheit, mit denen wir in Kontakt sind. Denn wir möchten auch auf die Deutschen in Böhmen eingehen, die nach 1945 hier gelebt haben beziehungsweise noch leben. In diesem Zuge wollen wir einige Persönlichkeiten aus der Nachfolgeneration hervorheben, die eine deutsche Abstammung hatten. Etwa Pavel Wonka, ein antikommunistischer Aktivist, der im Jahre 1988 im Gefängnis gestorben ist. Er ist eine symbolische Figur für unsere Oppositions- und Dissidentenbewegung, aber von seiner deutschen Abstammung weiß kaum jemand. Er ist damals in die Opposition gegangen, unter anderem, weil er als Sohn eines deutschen Soldaten diskriminiert wurde. Auch er wird also in der Ausstellung eine Rolle spielen.

Haben Sie persönlich ein Lieblingsexponat?

Das Album der Beatles Yellow Submarine. In unserem Gebäude war ursprünglich eine Schule, die noch zu österreichisch-ungarischer Zeit gebaut wurde. Wir haben nach bekannten Persönlichkeiten gesucht, die auf diese Schule gegangen sind. Eine dieser war Heinz Edelman, ein bildender Künstler, der das Album-Cover von Yellow Submarine entworfen und die bekannten Figuren der Beatles gemalt hat. Das scheint auf den ersten Blick etwas verrückt, aber das ist die Verbindung zu »unseren Deutschen«. Die Beatles hatten selbst Kontakt mit ihm. Er wird heute als einer der wichtigsten Künstler des 20. Jahrhunderts betrachtet und starb 2005 in New York. Im ersten Ausstellungsraum erzählen wir seine Geschichte.

Ruft die Ausstellung in Tschechien Kontroversen hervor?

Momentan nicht. Das könnte sich eventuell ändern. Da sind sicher Kontroversen zu erwarten, vor allem vonseiten der Nationalisten, die sich fragen, warum wir die Deutschen so präsentieren. In Tschechien gibt es bisher kein ähnliches Museum. Aber hier in Aussig ist die Situation anders als in Prag. Bundeskanzlerin Merkel hat sich beim damaligen Kulturminister mehrfach nach dem Stand der Ausstellung erkundigt, weswegen wir sie gern zur Eröffnung einladen möchten. Für die Bewohner hier wäre das eine große Ehre, wenn uns die deutsche Bundeskanzlerin besuchen würde.

Wie wollen Sie den Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen?

Die nationalistischen Politiker in Tschechien behaupten, dass alle Deutschen Nazis waren, und dass die Vertreibung gerecht war. Deswegen möchte ich in der Ausstellung zeigen, dass es auch Deutsche gab, die Hitler nicht unterstützt haben. Zudem möchten wir den tschechischen Widerstand präsentieren. Dazu gibt es einen Raum, der dem Zweiten Weltkrieg gewidmet ist und in dem drei Perspektiven vorgestellt werden: eine deutsche, eine jüdische und eine tschechische. Zu jedem Thema werden einzelne Exponate vorgestellt. Beispielsweise werden wir Gegenstände aus dem Besitz eines tschechischen Fallschirmspringers erhalten, der am Attentat auf Heydrich beteiligt war. Wenn uns also jemand vorwirft, wir würden in unserer Ausstellung die Faschisten verherrlichen, dann wehre ich mich ganz klar dagegen.

Tschechien gilt derzeit auch als ein EU-kritisches Land. Wie erklären Sie sich das?

Bei uns gibt es die stereotype Phrase *O nás bez nás!*, also »Über uns, ohne uns«. Einst wurde in Wien 1815 ohne uns über unser Schicksal bestimmt, danach in München 1938, in Berlin 1939, in Moskau nach dem Zweiten Weltkrieg und nun in Brüssel. Mit diesem Argument soll ausgedrückt werden, dass wir keine Herren im eigenen Land seien. Doch in letzter Zeit wird erkennbar, dass die Unterstützung für die EU-Kritiker sinkt.

Welchen Beitrag kann Ihre Ausstellung zur Versöhnung leisten?
Unser Ziel ist es, Stereotype abzubauen.

Wie?

Die Ausstellung kann dazu beitragen, dass vor allem die junge Generation aufgeklärt wird – beispielsweise darüber, dass Deutsche hier bereits seit dem Mittelalter lebten und wir diejenigen waren, die diese Gruppen 1945 vertrieben. Natürlich auch, dass sie sehr wichtig waren für das Leben in Böhmen. Ich denke, dass die junge Generation nicht viele Informationen darüber hat, daher zielen wir auf Schulklassen ab. Die Ausstellung kann eine breite Wirkung in der Öffentlichkeit erzeugen und aufgrund der Fülle an Informationen zur allgemeinen Bildung beitragen.

Wird damit ein »schwieriges« Geschichtskapitel abgeschlossen?

Ich denke, dass die deutsch-tschechische Beziehung auf einem guten Stand ist. Natürlich kann die Ausstellung nicht die Geschichte ändern und das, was passiert ist, können wir nur beschreiben, musealisieren und darüber sprechen.

www.collegiumbohemicum.cz

Weitere Informationen zur Ausstellung auf den Internetseiten des Collegium Bohemicum
(in tschechischer Sprache)

Aus: März/April 2021 – Kulturkorrespondenz östliches Europa № 1422, 01. März 2021

<https://www.kulturforum.info/de/kk-magazin-alias/im-gesprach/8373-unser-ziel-ist-es-stereotype-abzubauen>

07) Baum des Jahres wächst in Ostböhmen

Ein Apfelbaum aus dem ostböhmischen **Machau** / Machov im Braunauer Ländchen ist tschechischer Baum des Jahres. Er wächst im Garten der dortigen Gaststätte „U Lidmanů“ und vertritt Tschechien in der Umfrage „Europäischer Baum des Jahres 2021“ (an der insgesamt 14 europäische Länder teilnehmen, aber leider weder Österreich noch Deutschland) . Mehr über den Baum erfahren Sie auf der Netzseite <https://www.treeoftheyear.org/>. Dort wird am **17. März 2021** auch der Sieger der europäischen Abstimmung bekanntgegeben. [Hier sehen Sie ein Bild des Baumes \(Radio Prag\)](#).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 29, 2021

Wien, am 09. März 2021

Baum des Jahres 2021

08.03.2021

<https://deutsch.radio.cz/baum-des-jahres-2021-8711389>



Foto: Marek Olbrzymek / Nadace Partnerství / European Tree of the Year

Ein Apfelbaum aus dem ostböhmisches Machov ist tschechischer Baum des Jahres. Er wächst im Garten der dortigen Gaststätte U Lidmanů und vertritt Tschechien in der Umfrage „Europäischer Baum des Jahres 2021“. Mehr über den Baum erfahren Sie auf der Website <https://www.treeoftheyear.org/>. Dort wird am 17. März auch der Sieger der europäischen Abstimmung bekanntgegeben.

Autor: [Radio Prague International](#)

Prag

08) Prags Großstadtwinzer der Gründerzeit

Wie das Erbe von Moritz Gröbe auch heute weiterbesteht und getrunken wird. Von Renate Zöller



Der Weinberg ist heute ein beliebter Ausflugsort für junge Prager. Foto: © Renate Zöller
26. Februar 2021

Mitten im eng besiedelten, shabby-chicen Prager Hipster-Stadtteil Wrschowitz/Vršovice liegt an einem steilen Hang ein verwunschen-romantischer Park wie eine Kulisse aus einem Märchenfilm der Barrandov-Studios: die Havlíček-Gärten/Havlíčkovy sady. Dass das kleine Paradies vom deutschen Magnaten Moritz Gröbe erbaut wurde – und wer das eigentlich war –, ist allerdings nur wenigen bewusst. Ein Glas Rebensaft im Weinkeller Grébovka kann das ändern.

Im Havlíček-Park wird eigentlich gebummelt, auf den Hund gewartet, an Blumen gerochen, den Vögeln gelauscht. Jeden Freitag gegen 14 Uhr aber strömt eine Handvoll Neugieriger zielstrebig zu einem flachen runden Gebäude, das sich wie ein Bunker zwischen die Terrassen mit Weinreben drückt.

Kühl ist es drinnen, auch optisch: eine schlauchartige Halle, zwei lange Tische, einfache Holzbänke, am Kopfende eine Bar und hinter Glasscheiben eine Winzeranlage.

Das ist die Experimentierstube von Pavel Bulánek. In der Woche schuftet Bulánek im 1,7 Hektar großen Weinberg des Parks. Und freitags lässt er Vinophile an seinen Kelter-Erfolgen teilhaben. Nur 45 Kronen kostet ein Glas Wein, umgerechnet etwa 1,75 Euro. Denn Bulánek muss mit seinen Erzeugnissen kein Geld verdienen. Sein Auftrag lautet, das historische Erbe des Prager Weinbaus in die Zukunft zu tragen. Pavel Bulánek ist Großstadt-Winzer und Denkmalschützer in einem.

Weinanbau in der Biertrinker-Hochburg Prag, und dann mitten in der Stadt? Tatsächlich wurde schon unter Karl IV. in Prag Wein angebaut. 1358 erteilte er der Stadt das Privileg, Weinreben zu pflanzen, was mehr und mehr umgesetzt wurde. Noch heute zeugt der Name des Stadtteils Vinohrady von den Königlichen Weinbergen und davon, dass hier rund 400 Jahre lang Wein geerntet wurde. Einen ersten Rückschlag gab es durch den Dreißigjährigen Krieg. Danach wurden die zerstörten Weinreben teilweise durch Felder, Gärten und Gehöfte ersetzt. Der eigentliche Niedergang begann im 19. Jahrhundert, als die Reblausplage aus Amerika eingeschleppt wurde und in ganz Europa – auch in Prag – wütete. Sämtliche Reben mussten gekappt und ganz neu gepflanzt werden, was einen jahrelangen Ernteausfall bedeutete. Das war nicht nur für die genussfreudige Oberschicht, die auf ihren geliebten Wein verzichten musste, ein Desaster.

Für viele mittelgroße Winzer waren die notwendigen Investitionen zu groß und zu riskant: Sie sahen sich gezwungen, das Land billig zu verkaufen. Königliche Weinberge wurden zum begehrten Wohnort für eine bürgerliche Elite, der die Innenstadt zu eng geworden war. Innerhalb weniger Jahre wuchs die Zahl der Wohnhäuser rasant. Die Weinberge verschwanden, auch im daneben liegenden Wrschowitz/Vršovice. Vermutlich wäre auch der Havlíček-Park heute eine weitere Hochhaussiedlung, hätte nicht der in Sachsen gebürtige Magnat Moritz Gröbe 1870 die Chance genutzt, am äußeren Rand des Bezirks an günstiges Land zu kommen und beschlossen, sich hier seinen Familiensitz bauen zu lassen.

60.000 Pferdewagen-Ladungen Erde



Historische Aufnahme von Moritz Gröbe. © *Wikicommons*

Gröbe war Mitbesitzer der Baufirma Lanna & Šebek in Prag, die riesige Aufträge in Schiffbau, Uferbefestigung, Schleusen und schließlich im Eisenbahnbau generierte. Er arbeitete zunächst als Prokurist für Adalbert von Lanna und kam mit diesem 1850 nach Prag. 1869 wurde er Teilhaber. Es lief gut in der Firma, sie war, wie der Prager Historiker Milan Hlavačka aus Geschäftspapieren ersehen kann, »solide und sehr fachkompetent«. Hlavačka beschäftigt sich seit Jahren mit dem wirtschaftlichen Aufstieg einer ganzen Unternehmerklasse in der Gründerzeit und hat auch die Geschichte der Firma Lanna & Šebek erforscht. Die drei Geschäftspartner waren eng miteinander befreundet, las er in den Tagebüchern von Adalbert von Lanna. Lanna und Jan Šebek ließen sich später sogar in einer gemeinsamen Gruft – die man eher als Grab-Schloss bezeichnen könnte, so prunkvoll ist sie – auf dem Wolschaner Friedhof (Olšany) begraben. Man ging sehr vertrauensvoll miteinander um. Das war auch nötig, glaubt Hlavačka, denn teilweise ging es um immense Investitionssummen. 1869 etwa gab es beim Bau einer Eisenbahnstrecke von Pilsen/Plzeň nach Eisenstein einen Erdrutsch, und die Firma musste selbst für den entstandenen Schaden aufkommen.

Geldsorgen hatte Gröbe offenbar trotzdem nicht, und auch sein Partner Lanna begann in dieser Zeit mit dem Bau einer Villa in Bubentsch/Bubeneč. Gröbe ließ rund 60.000 Pferdewagen-Ladungen Erde auf den felsigen Steilhang am Rande von Wrschowitz aufschütten. Die kamen direkt aus dem Prager Untergrund, wo er am Bau des Eisenbahntunnels vom Hauptbahnhof Richtung Wrschowitz beteiligt war. Dann machten sich die renommierten Architekten Viktor Barvitijs und Josef Schulz sowie der Bildhauer Bohuslav Schnirch ans Werk. »Sie waren die Besten!«, sagt Hlavačka. Und sie errichteten ein kleines toskanisches Paradies.

Das steil abfallende Gelände wurde in Terrassen aufgeschüttet. Etwa in der Mitte wurde die monumentale Villa mit rund dreißig Zimmern, bemalten Decken und Marmortreppe gebaut. Von hier aus hat man einen besonders schönen Blick auf das Gelände und bis weit über den Stadtteil Wrschowitz. Im rund elf Hektar großen Park gibt es jede Menge zu entdecken. Er ist heute eine grüne Oase mitten in der Stadt. Rund 120 Arten von einheimischen und exotischen Pflanzen ließ Gröbe anpflanzen, teilweise in Gewächshäusern. Das lockte und lockt auch heute noch unzählige Vögel an. Gröbe konzipierte das Gelände teils im Stil der Neorenaissance, teils neoromanisch. Es wurde mit einer Mauer mit Türmchen und Ziegeldach eingegrenzt. Er ließ Pfade, versteckte Oasen und Teiche anlegen, teilweise mit Springbrunnen oder mit einer Holzbrücke. Im Gartenkaffeehaus gab es eine Kegelbahn. Am prunkvollsten ist der Neptun-Brunnen mit der romantischen Grotte aus künstlichen Vulkansteinen, in der es einen Bogengang, kleine Höhlen, Sitzecken aus Stein, eine große Restoranthalle, eine Aussichtsplattform und eine Triumphpforte gibt.

Der Wein war Gröbes Prestigeobjekt

Zu guter Letzt ließ Gröbe den alten Weinberg rekonstruieren. 1,7 Hektar – etwa so groß wie zwei Fußballfelder – widmete er seinem persönlichen Steckenpferd. Wirtschaftlich war das ganz sicher nicht sinnvoll, aber natürlich ging es bei dem Prachtbau vor allem um Prestige. »Wahrscheinlich wollte Gröbe einfach bei Festmahlen seinen eigenen Wein servieren. Und sicher auch zeigen, dass er sich diesen Luxus leisten konnte«, glaubt Milan Hlavačka. Mitten im Weinberg wurde ein Weinkeller angelegt – der heutige Sklep Grébovka. Das Dach war nur provisorisch, Gröbe überlegte offenbar, später noch mehrere Stockwerke daraufzubauen. Aber so weit kam es nicht.



Die Grotte aus künstlichen Vulkansteinen mit dem Neptun-Brunnen auf einer historischen Postkarte zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Foto: © Imago/ Arkivi

Gröbes Familiengeschichte stehe beinahe exemplarisch für das Schicksal vieler Geschäftsleute der Gründerzeit, sagt Hlavačka: »Sie waren unglaublich ehrgeizig, arbeiteten hart und wurden sehr reich. Aber sie bezahlten einen hohen Preis für diesen Reichtum.« Schon 1881 hatte Gröbe, 53-jährig, einen Schlaganfall erlitten und war seitdem an einen Rollstuhl gebunden. Hlavačka ist überzeugt: Zu beruflichem Stress und hohem finanziellen Einsatz kam das bedrückende Gefühl, dass sich die soziale und politische Situation in Böhmen massiv verschlechterte. Die Trennung zwischen Deutschen und Tschechen wurden immer harscher. Ab 1861 gab es keinen einzigen Deutschen mehr im Rathaus – obwohl noch rund 40.000 deutschsprachige, teils jüdische, Bürger in Prag lebten.

Der 1880 gewählte Bürgermeister Tomáš Černý erklärte Prag zur »slawischen Stadt«. Straßen- und Firmennamen wurden tschechisiert, die Amtssprache sollte selbst in rein deutschen Städten wie Reichenberg/Liberec oder Karlsbad/Karlovy Vary Tschechisch werden. Die großbürgerlichen Geschäftsleute der Stadt wollten mit den nationalistischen Strömungen nichts zu tun haben, sagt Hlavačka und hat auch eine logische Erklärung dafür: »Für das Großkapital ist eine nationale Spaltung ein Hemmnis, es braucht einen großen Markt, der nicht geteilt wird.« Lanna, Šebek und Gröbe hielten sich entsprechend von nationalistischen Vereinen und Organisationen fern. Trotzdem bedrohte es auch ihr Geschäftsmodell, wenn die tschechischen Nationalisten eine Formel erfanden, die dafür warb, nur mit jemandem aus der eigenen Volksgruppe zu handeln: Svůj k svému (sinngemäß etwa: »Jeder zu den Seinigen«)!

Späteres Kinderheim und Ausflugsziel

Gröbe starb 1891, zwei Jahre nachdem Haus und Park fertiggestellt waren. Die Familie geriet danach zusehends in finanzielle Schwierigkeiten. »Oft waren die Testamentseröffnungen in dieser Zeit ein Schock für die Familien«, weiß Hlavačka aus seinen Forschungen auch über andere Prager Magnaten. Die Männer hielten ihre

Ehefrauen bei ihren Geschäften meist außen vor, sie fühlten sich niemandem Rechenschaft schuldig, wenn sie hohe finanzielle Risiken eingingen oder schlecht wirtschafteten.

Auch Gröbe hatte sich offenbar mit dem Bau der Villa finanziell übernommen. Zeitweilig versuchte seine Familie, ein wenig Geld einzuspielen, indem sie den Garten gegen Eintritt für die Öffentlichkeit zugänglich machte. Dann vermieteten sie die Villa an eine Enkelin von Kaiser Franz Joseph, aber nach drei Jahren stand sie wieder leer. Schließlich wurde überlegt, das Areal stückweise zu verkaufen.

Da beschloss der Gemeinderat der noch selbständigen Stadt Königliche Weinberge/Královské Vinohrady, den Gröbes 1905 das gesamte Grundstück abzukaufen. Rund 850.000, – Kronen zahlte die Stadt, weniger als die Hälfte dessen, was allein der Bau der Villa gekostet hatte. 1906 wurde der Park für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht und die Villa zu einem Kinderheim für Mädchen umgebaut. Möglichst wenig sollte an den großbürgerlichen Deutschen erinnern, dem man jetzt vorwarf, mit seinem Geld habe er nur deutsche Organisationen und Vereine unterstützt. Vor allem in der Ersten Republik nach 1918 wurden die Havlíčkovy sady zum beliebten Ausflugsziel für die Pragerinnen und Prager. Am Neptun-Brunnen wurde ein »Vivarium« mit exotischen Tieren eröffnet, es gab zwei Restaurants im Park. Die Weinberge verkamen. Unter den Kommunisten wurden sie aufgeteilt und als Schrebergärten genutzt.

Auch auf das Interieur und die Zimmeraufteilung der Villa wurde jahrzehntelang keine Rücksicht genommen. Zeitweilig diente sie der Hitlerjugend als Unterkunft, dann den sozialistischen Jungpionieren. Erst nach der Wende 1989 wurde sie in den Originalzustand zurückversetzt und ist heute der Hauptsitz des Instituts der Central and Eastern European Law Initiative (CEELI).

Nur eines blieb über all die Jahrzehnte erhalten: Für die Prager hießen die Havlíčkovy sady immer die »Grebovka«, nach Gröbe. Aber woher dieser Name eigentlich stammt, das wissen nur wenige der heutigen Prager, glaubt Hlavačka. Und er ist nicht der einzige, der das mit seinen Forschungen gerne ändern möchte. »Ich halte Gröbe für einen großen Visionär«, sagt der Winzer Pavel Bulánek. »Auf seine Weise war er ein echter Europäer, der nicht nur Prag zu einem regelrechten Schmuckstück gemacht hat, sondern großartige Ideen für ganz Europa hatte. Er war das Gegenteil der heutigen reichen Populisten wie Donald Trump.«



Von der Anhebung des Weinbergs lässt es sich gut auf ganz Prag blicken. Foto © Renate Zöller

Gröbe habe als brillanter Entwickler um 1870 die alte Tradition des Weinbaus wieder aufgegriffen – so wie Buláneks Schwiegervater Antonín Tureček sie 1993 wiederum aufgriff. Damals wurde der Winzer vom 2. Prager Stadtteil Vinohrady-Vršovice beauftragt, den Weinberg nach Moritz Gröbes Entwurf zu restaurieren. Rund 1,6 Hektar traditionelle Reben pflanzte er neu an, dazwischen schmuggelte er aus Neugier ein paar ungewöhnlichere Sorten, wie »M15-86«, die »Modravina« (Blauwein) heißen sollte. Er starb im Jahr 2011, seither bewirtschaftet sein Schwiegersohn den Weinberg weiter.

Hibernal gedeiht in Prag am besten

Bulánek versteht seine Arbeit im Weinberg und natürlich auch den Ausschank im Weinkeller *Grébovka* durchaus als eine Art Denkmalpflege, um die Prager an die Geschichte der Deutschen in ihrer Stadt zu erinnern. Gleichzeitig will er das Erbe fortführen und weiterentwickeln – so wie es wohl auch Gröbe getan hätte. Derzeit baut er auf seinem Berg sowohl traditionelle Sorten an, wie *Müller-Thurgau*, *Riesling*, *Grauburgunder* und *Spätburgunder*. Aber er versteht sein historisches Erbe durchaus auch als Aufforderung, beispielsweise auf Nachhaltigkeit zu setzen. »Wir wollen den Weinberg gerne noch organischer führen«, sagt er: »Dazu versuchen wir den Einsatz von chemischen Mitteln wie Fungiziden zu minimieren, indem wir den Weinberg auf neue, resistendere Sorten umstellen.« Deshalb kann man im Experimentier-Weinkeller auch »pilzwiderstandsfähige Reben« wie *Cabernet cortis* oder einen *Souvignier gris* probieren. Und der *Hibernal* hat sich sozusagen zum Aushängeschild entwickelt, denn der gedeiht mitten in Prag offenbar am besten.

Das lässt sich auch als Gast im Weinkeller schnell feststellen. Die Anzahl der Fässer ist begrenzt. Das weiß auch die Fangemeinde. Eifrig werden die vier, maximal fünf Weine, die Bulánek ausschenkt, probiert, bewertet, lautstark diskutiert. Wenn der Weinkeller nach sieben Stunden seine Türen wieder schließt, sieht man die Gäste mit vollen Beuteln durch den Park Richtung Ausgang schlendern. Der leckerste Wein, oft ein *Hibernal*, ist dann meist ausverkauft. Bulánek sieht das gelassen. Das nächste Fass wartet schon darauf, angebrochen zu werden. Mal sehen, wie es diesmal schmeckt. Ist der Wein gut genug, können die Neugierigen ihn dann am darauffolgenden Freitag kosten.

Aus: März/April 2021 – Kulturkorrespondenz östliches Europa № 1422

<https://www.kulturforum.info/de/kk-magazin-alias/momente/8369-prags-grossstadtwinzer-der-gruenderzeit>

01) Eine Begegnung mit Alexandra Stahl – Stadtschreiberin in RIJEKA, Kulturhauptstadt Europas 2020

Donnerstag, 11. März 2021 und weitere Termine | Online-Film:



**Eine Begegnung mit Alexandra Stahl
Stadtschreiberin in Rijeka, Kulturhauptstadt Europas 2020
Ein Dokumentarfilm von Noah Daan Kassin und Denis Melzer, D 2021,
29 Minuten**

YouTube-Premiere:

11. März 2021, 18 Uhr

Auf ALEX TV Berlin: <https://www.alex-berlin.de/tv/livestream.html>

15.03.2021, 19:30 Uhr | 19.03.2021, 12 Uhr | 20.3.2021, 19 Uhr

2020 erhielt die Schriftstellerin und Journalistin Alexandra Stahl das Stadtschreiberstipendium des Kulturforums für die Europäische Kulturhauptstadt Rijeka. Sie reiste im Juni dorthin, nachdem sie sich der Stadt pandemiebedingt zunächst nur in Form eines »Online-Flirts« nähern konnte. In ihrem Stadtschreiberinnenblog berichtete sie bis zum November 2020 regelmäßig aus der kroatischen Hafenstadt. Seit sechs Jahren begleiten Filmteams vom Babelsberger Filmgymnasium unter der Projektleitung von Uwe Fleischer unsere Stadtschreiberinnen und Stadtschreiber bei ihrer Arbeit. Wegen der Corona-Pandemie durfte im Sommer 2020 kein Team nach Rijeka reisen. Deshalb trafen sich die Filmschüler Noah Daan Kassin, Denis Melzer und Tyler

Schäfer im Januar 2021 mit Alexandra Stahl in ihrem Berliner Kiez am Landwehrkanal. Sie erzählte von spannenden Begegnungen und ihren Lieblingsorten, aber auch von der besonderen Situation während der Pandemie, und las aus einem Prosatext. Unterlegt wurde das Gespräch durch zahlreiche historische und aktuelle Fotografien, durch Filmaufnahmen aus Rijeka, die der Berliner Schüler Danio Schneider im Rahmen einer Privatreise für das Projekt angefertigt hatte, und durch Impressionen vom Rijeka-Themenabend, der im Dezember 2020 in Berlin stattfand.

Die so entstandene Filmreportage erlebt nun ihre Premiere auf dem YouTube-Kanal des Kulturforums. Der Film kann dort auch nach der Premiere jederzeit abgerufen werden. Nur zur Beteiligung am Live-Chat während der Premiere wird ein YouTube- oder Google-Konto benötigt.

Außerdem wird der Film im Offenen Kanal ALEX TV Berlin gezeigt, der über das Kabelnetz Berlin ausstrahlt bzw. im Internet-Livestream überträgt.

Eine Online-Veranstaltung in Zusammenarbeit mit der bfg filmproductions am Babelsberger Filmgymnasium.

Pressekontakt

Dr. Vera Schneider
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-23
schneider@kulturforum.info
www.kulturforum.info

02) Neue Podcast-Episode ab sofort online: Heimat ist eine Wundertüte. **Roland Begenats späte Liebe zur Memel**



<https://www.kulturforum.info/de/publikationen-2/podcasts/8384-podcast-heimat-ist-eine-wundertuete-roland-begenats-spaete-liebe-zur-memel>

Heimat ist eine Wundertüte.
Roland Begenats späte Liebe zur Memel
Neue Podcast-Episode ab sofort online

Start des »Heimaten«-Zyklus auf unserem Podcast-Kanal »Von Asch bis Zips«

Kann man zurückkehren an einen Ort, an dem man noch nie war? Ja, man kann – wenn die Großmutter so anschaulich und begeistert von ihrer Heimat erzählt hat, dass sie schon beim ersten Besuch vertraut erscheint. Roland Begenat hat sich erst als Erwachsener auf die Suche nach der Herkunft seiner Familie an die Memel begeben, hat die Geburts- und Wohnorte seiner Vorfahren im heutigen Litauen und im Oblast Kaliningrad besucht – und sich mehr und mehr in Land und Leute verliebt. Heute lebt er auf der litauischen Seite der Memel in dem Dorf Skirsnemunė, in dem seine Großmutter ihre Jugend verbrachte, und zieht demnächst um nach Schmalleningken/Smalininkai, wo sein Vater aufwuchs. »Heimat«, das weiß Roland Begenat, »ist eine Wundertüte, aus der sich jeder das nimmt, was er braucht«.



Roland Begenat ist der erste Gesprächspartner im Zyklus »Heimaten«, der in loser Folge auf unserem Podcast-Kanal Von Asch bis Zips fortgesetzt wird. Heimat steht für Geborgenheit, Identität, für bewahrte, aber auch bewusst gebrochene Traditionen, manchmal für eine Utopie, häufig für Nostalgie. Gerade für Menschen, die ihre (erste) Heimat verlassen mussten, kann sie zu einem Sehnsuchtsort werden. In mehreren Episoden wollen wir die »Heimaten« von Deutschen im östlichen Europa vorstellen.

Autorin des Zyklus ist Renate Zöller, die auch als Redakteurin der Kulturkorrespondenz östliches Europa tätig ist. 2015 publizierte sie den Band *Was ist eigentlich Heimat? Annäherung an ein Gefühl*. Moderiert und produziert hat den Podcast Vera Schneider, redaktionell betreut wurde er von Renate Zöller unter Mitarbeit von Susanne Krause, die auch das Interview mit Roland Begenat führte.

Der Podcast ist sofort auf unserem Spotify-Kanal Von Asch bis Zips abrufbar.

<https://open.spotify.com/show/1DjHqcJPiXTyxfO6gr2rlm>

Die Nutzung des Streamingdienstes Spotify ist in der Basis-Version kostenfrei, eine Registrierung ist erforderlich. Alternativ steht der Podcast auch auf unserer Website zur Verfügung.

Abbildung: Die Memel, litauisch Nemunas, an der die Dörfer Skirsnemunė und Smalininkai liegen, mit einem Porträt von Roland Begenat. Beide Fotos: © Roland Begenat

Pressekontakt

Dr. Vera Schneider

Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-23
schneider@kulturforum.info

Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam

Tel. +49 (0)331 20098-0
Fax +49 (0)331 20098-50
www.kulturforum.info

Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Veranstaltungsmanagement

[Friederike Theilen-Kosch](#)

fon: +49 30 25491 512

mail: friederike.theilen-kosch@wzb.eu

Corona-Pandemie

Alle öffentlichen Veranstaltungen am WZB sind abgesagt

Diese Regelung gilt bis auf Weiteres. Grundlage ist der Beschluss des Regierenden Bürgermeisters von Berlin vom 11. März 2020 für die Wissenschaft der Hauptstadt gegen die Verbreitung des Coronavirus.

Das WZB hat einen Pandemiestab eingesetzt, der die Lage regelmäßig überprüft.

Bitte beachten Sie die aktuellen Hinweise auf digitale Veranstaltungsformate.

03) Zwischen Zurückhaltung und Engagement: Wie kommt die Wissenschaft in die Politik?

Virtuelle Podiumsdiskussion via Zoom

Mittwoch, 10. März 2021, 17 Uhr

Einladung

Im Pandemiejahr 2020 waren Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in politischen Entscheidungsprozessen gefragter und sichtbarer als je zuvor. Doch wie kommen wissenschaftliche Forschungsergebnisse eigentlich in die Politik? Sollte es zum Selbstverständnis aller Forscher*innen gehören, die Politik in wichtigen Fragen zu beraten? Dürfen sie sich dabei von sich aus zu Wort melden, sich an Debatten beteiligen oder gar Teil einer Kampagne werden? Oder ist das gar nicht ihre Aufgabe? Gerade bei den Themen Klimawandel, Geschlechtergerechtigkeit oder Ungleichheit scheiden sich die Geister, inwieweit Wissenschaft aktiv am gesellschaftlichen Diskurs teilnehmen sollte. Wissenschaft braucht die Distanz zum politischen Diskurs oder gar Engagement, sagen die einen und warnen gar vor dem Verlust der wissenschaftlichen Reputation. Wissenschaft muss eine gesellschaftliche Rolle wahrnehmen und aktiv helfen, die Gesellschaft zu verändern, mahnen die anderen. So scheint das Verhältnis von Politik und Wissenschaft weiterhin ungeklärt. Wie viel Wissenschaft braucht Politik? Und wie viel Politik kann Wissenschaft?

Darüber diskutieren in unserer Veranstaltung der Reihe „Achtung: Demokratie“:

- Jutta Allmendinger, Präsidentin des WZB
- Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
- Jürgen Kocka, ehemaliger WZB-Präsident und Professor Emeritus der Freien Universität Berlin
- Johannes Pennekamp, Ressortleiter Wirtschaftsberichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Moderatorin: Shelly Kupferberg, freie Journalistin und Moderatorin
Deutschlandfunk Kultur/rbbKultur

Informationen zum Datenschutz und Einverständnis in die Aufzeichnung und Veröffentlichung der Zoom-Veranstaltung:

Das WZB wird diese Zoom-Veranstaltung aufzeichnen und den Mitschnitt auf seiner Webseite veröffentlichen, um die Veranstaltung einer interessierten Öffentlichkeit zu präsentieren. Wenn Sie an dieser Veranstaltung teilnehmen und sich mit Audio- bzw. Videobeiträgen beteiligen, werden diese Information und der von Ihnen verwendete Name mitgeschnitten und veröffentlicht. Wenn Sie dies nicht möchten, deaktivieren Sie bitte die Audio- und Videoübertragung auf ihrer Seite. Fragen können sie dennoch über die Chatfunktion stellen.

Bitte beachten Sie, dass Informationen im Internet weltweit zugänglich sind, mit Suchmaschinen gefunden und mit anderen Informationen verknüpft werden können. Über das Internet abrufbare Aufnahmen können jederzeit kopiert und weiterverbreitet werden.

Für die Aufzeichnung und Veröffentlichung des Veranstaltungsmitschnitts benötigen wir Ihre Einwilligung. Sie werden daher zu Beginn der Veranstaltung von Zoom gefragt, ob Sie einverstanden sind. Ihre Einwilligung erfolgt freiwillig. Wenn Sie uns Ihre Einwilligung nicht erteilen möchten, entstehen Ihnen keinerlei Nachteile. Sie können in diesem Fall jedoch leider nicht an unserer Veranstaltung teilnehmen. Diese Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden, z.B. per E-Mail an wzb@wzb.eu. Die Aufnahmen werden in diesem Fall von den durch uns betriebenen Seiten gelöscht bzw. so verändert, dass Ihre Beiträge nicht mehr erkennbar sind. Dies kann bis zu zwei Wochen nach Widerruf dauern. Die bis zum Widerruf erfolgte Datenverarbeitung bleibt rechtmäßig. Die Einwilligung stellt zugleich die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung dar. Weitere Informationen zum Datenschutz, insbesondere zu Ihren Rechten sowie die Kontaktdaten unseres Datenschutzbeauftragten finden sie hier: <https://www.wzb>

04) The Socio-Economic Impact of the Pandemic

The Socio-Economic Impact of the Pandemic

Panel Discussion
(via livestream)

Tuesday, March 23, 2021, 7 pm

As the COVID-19 pandemic continues to affect lives around the world, it is becoming clear that the pandemic and its economic fallout are having a regressive effect on gender equality. Sociologist Jutta Allmendinger recently claimed the pandemic will set Germany back 30 years in terms of the equality achieved between men and women. Mothers in particular are disadvantaged by existing containment strategies. But, was the situation really much better to start with or is the pandemic only exacerbating inequities that long predated the virus, as economist Richard V. Reeves recently suggested?

This panel discussion will feature [Jutta Allmendinger](#) (President of WZB Berlin Social Science Center) and [Richard V. Reeves](#) (Senior Fellow and Director of the Future of the Middle Class Initiative, The Brookings Institution). The discussion will be moderated by [Birte Meier](#) (Journalist, ZDF) whose residency at the Thomas Mann House in Los Angeles to work on "Equal Pay in California and what Germany can learn from it" was interrupted by the coronavirus pandemic.

Live stream at https://youtu.be/KU_QuidOlpY

Send us your **questions** on the socio-economic impact of the pandemic [via Slido](#) (no registration needed).

An online panel discussion hosted by Thomas Mann House, WZB Berlin Social Science Center and the American Council on Germany



05) „Im Bannkreis der Freiheit – Religionstheorie nach Hegel und Nietzsche“

Buchvorstellung im Livestream auf dem YouTube-Kanal der Katholischen Akademie in Berlin.

mit **Prof. Dr. Hans Joas**, Ernst-Troeltsch-Stiftungsprofessur an der Humboldt-Universität (Berlin) und **Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Christoph Marksches**, Präsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (Berlin).

Mittwoch, dem 10. März 2021, um 19:00 Uhr



Wie verhalten sich die Geschichte der Religion und die Geschichte der politischen Freiheit zueinander? Breit und unübersichtlich ist die Vielfalt der Auffassungen, die es dazu in der Philosophie, den Wissenschaften und der Öffentlichkeit gibt.

Gegen die immer noch vorherrschende Synthese, in der Hegel Christentum und politische Freiheit zusammengeführt hat, arbeitet Hans Joas anhand von sechzehn ausgewählten Denkern ein neues Verständnis von Religion und Freiheit heraus, das weder intellektualistisch verkürzt noch eurozentrisch verengt ist. Daraus ergibt sich ein entschiedenes Plädoyer für eine Globalgeschichte des moralischen Universalismus.

Hans Joas und Christoph Marksches diskutieren die Hauptthesen des Buches: Im Bannkreis der Freiheit - Religionstheorie nach Hegel und Nietzsche, Suhrkamp 2020.

Link zum Livestream:

<https://youtu.be/SzRGYsXQzHQ>

Eine Anmeldung an information@katholische-akademie-berlin.de ist nicht erforderlich, hilft uns aber bei der Planung.

Mit freundlichen Grüßen
Joachim Hake
Direktor



Literaturhaus Berlin
Fasanenstraße 23
10719 Berlin
+49 (0)30 887 286 0

06) Helga Schubert »Vom Aufstehen. Ein Leben in Geschichten«

Li-Be digital Buchpremiere

Donnerstag, 18. März 2021, 19:00 Uhr

Den kostenlosen Videostream sehen Sie hier und auf unserem [YouTube-Kanal](#) ab 18.3.2021, 19:00 Uhr

<https://www.literaturhaus-berlin.de/programm/helga-schubert-vom-aufstehen-ein-leben-in-geschichten>

und anschließend in unserer [Mediathek](#)

<https://www.youtube.com/channel/UCG4Lu3Vo5-ISIBnU5IAAtO6Q>

Die Autorin im Gespräch mit Gerrit Bartels

»In allen Zügen sitze ich mit dem Rücken zur Fahrtrichtung und sehe in die entschwindende undeutlicher werdende Landschaft, sie trennt sich von mir und bleibt doch da, bei jeder Fahrt erkenne ich sie erst, wenn sie schon vorüber ist.«

So heißt es in Helga Schuberts autobiographischem neuem Roman, der in kurzen Episoden ein Jahrhundert deutscher Geschichte erzählt. Von der Stasi, von freien Wahlen, von Westschwiegermüttern und vor allem auch dem Verhältnis zur eigenen Mutter. 2020 gewann Helga Schubert für einen Auszug aus »Vom Aufstehen« den Ingeborg-Bachmann-Preis, zu dem sie 40 Jahre vorher nicht reisen durfte. Heute stellt sie ihren Roman im Gespräch mit dem Literaturkritiker Gerrit Bartels vor.

Helga Schubert »Vom Aufstehen. Ein Leben in Geschichten« dtv, 2021

Bitte unterstützen Sie unsere kostenlosen digitalen Veranstaltungen mit einer Spende. Vielen Dank!

07) "Detlev Karsten Rohwedder. Leben – Wirken – Vermächtnis"
Live-Stream

23. März 2021, 19:00 - 20:15 Uhr

Dr. Lars Lüdicke <forum@deutsche-gesellschaft-ev.de>

Vor 30 Jahren, am 1. April 1991, wurde Detlev Karsten Rohwedder, der Präsident der Treuhandanstalt, von unbekannten Tätern erschossen. Die linksterroristische „Rote-Armee-Fraktion“ bekannte sich zur Tat.

Gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, der Karl-Hamann-Stiftung für liberale Politik im Land Brandenburg und der Ludwig-Erhard-Stiftung veranstaltet die Deutsche Gesellschaft e. V. eine Diskussionsrunde, die live im Internet übertragen wird.

Mitwirkende:

- **Johannes Ludewig**, ehem. „Koordinator neue Bundesländer“ im Bundeskanzleramt
- **Dr. Dr. h. c. Karl-Heinz Paqué**, Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt a. D., Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaft der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Kuratoriumsmitglied der Deutschen Gesellschaft e. V.
- **Dr. h. c. Richard Schröder**, em. Professor für Systematische Theologie und Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin, ehem. Fraktionsvorsitzender der SPD in der freien Volkskammer der DDR, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft e. V.
- **Linda Teuteberg** MdB, Stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft e. V. und der Ludwig-Erhard-Stiftung
- Moderation: **Dr. Dorothea Siems**, Chefökonomin der Zeitung *Die Welt* und *Welt am Sonntag*

Diskutieren Sie mit – über Detlev Karsten Rohwedder, sein Leben und Wirken. Welches Vermächtnis besteht noch 30 Jahre nach seinem Tod und wie ist die Arbeit der Treuhandanstalt aus heutiger Sicht zu bewerten? Ihre Fragen und Anregungen sind herzlich willkommen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Dr. Lars Lüdicke
Forum Deutschlandforschung

Deutsche Gesellschaft e. V.
Mosse Palais
Voßstr. 22
10117 Berlin

Tel.: 030 / 88412 203
Fax: 030 / 88412 223
www.deutsche-gesellschaft-ev.de
www.freiheits-und-einheitsdenkmal.de
www.facebook.com/DeutscheGesellschaft
Vorsitzende: Lothar de Maizière, Franz Müntefering

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Info@topographie.de

www.topographie.de

Ruf: 030-254 509-0

Fax: 030-254-09-99

10) Die Toten von Meschede. Die Ermordung von 208 Zwangsarbeitern und die archäologische Untersuchung der Tatorte Marcus Weidner und Manuel Zeiler

NS-ZWANGSARBEIT
Dokumentationszentrum

Donnerstag, 18. März 2021, 19 Uhr, Online

Marcus Weidner, Manuel Zeiler:

Die Toten von Meschede

Die Ermordung von 208 Zwangsarbeiter:innen und die archäologische Untersuchung der Tatorte



Ein Foto der Grabung im Langenbachtal in Warstein. Foto: Manuel Zeiler/LWL-Archäologie für Westfalen

Zwischen dem 21. und 23. März 1945 - kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs - verübten Angehörige der „Division Vergeltung“ zwischen Warstein und Meschede im Sauerland eines der größten Kriegsendphaseverbrechen in Deutschland außerhalb von Konzentrationslagern und Gefängnissen.

Hans Kammler, SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS, ließ an drei Stellen im Arnsberger Wald 208 polnische und russische Zwangsarbeitende ermorden - darunter Männer und Frauen, Kinder und Jugendliche.

Obgleich das Verbrechen seit 1945 bekannt ist, beschäftigt sich die historische Forschung erst seit wenigen Jahren eingehend mit dem Massaker. Die LWL-Archäologie für Westfalen hat in Zusammenarbeit mit dem LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte in Münster die drei Erschießungsorte untersucht.

Begrüßung: Dr. Christine Glauning
Leiterin des Dokumentationszentrums NS-Zwangsarbeit

Vortrag: Dr. Marcus Weidner (Münster)
Wissenschaftlicher Referent des LWL-Instituts für westfälische Regionalgeschichte

Vortrag: Dr. Manuel Zeiler (Olpe)
Wissenschaftlicher Referent der LWL-Archäologie für Westfalen

Moderation: Dr. Juliane Haubold-Stollie
Kuratorin der Ausstellung „Ausgeschlossen. Archäologie der NS-Zwagslager“ und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Berliner Mauer

Eine Veranstaltung im Begleitprogramm der Ausstellung „Ausgeschlossen. Archäologie der NS-Zwagslager“ (bis 18. April 2021)

DOKUMENTATIONSZENTRUM NS-ZWANGSARBEIT

Britzer Str. 5 | 12439 Berlin
www.ns-zwangsarbeit.de

Zoom-Link: <https://kurzelinks.de/Meschede>

LWL
Für die Menschen.
Für Westfalen-Lippe.

TOPOGRAPHIE
DES
TERRORS

10) Rassenforschung und -anthropologie im Nationalsozialismus

Vortrag: Prof. Dr. Paul Weindling, Oxford

Moderation: Dr. Stephanie Bohra, Berlin

Dienstag, 23. März 2021, 19:00 Uhr

Livestream – eine Teilnahme vor Ort ist leider nicht möglich.

Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Der kalte Blick. Letzte Bilder jüdischer Familien aus dem Ghetto Tarnów“



Die Stiftung Topographie des Terrors hat am 20. Oktober 2020 die Sonderausstellung „Der kalte Blick. Letzte Bilder jüdischer Familien aus dem Ghetto von Tarnów“ eröffnet, die gemeinsam mit dem Naturhistorischen Museum Wien und der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas erarbeitet worden ist. Wegen der Corona-Pandemie ist die Ausstellung derzeit leider geschlossen. Zur Abschlussveranstaltung des Begleitprogramms laden wir im Livestream ein.

Dienstag 23. März 2021 19.00 Uhr

Rassenforschung und -anthropologie im Nationalsozialismus

Vortrag: Prof. Dr. Paul Weindling, Oxford
Moderation: Dr. Stephanie Bohra, Berlin

Livestream: www.topographie.de/livestream/
Eine Teilnahme vor Ort ist nicht möglich.

Als Teil der Anthropologie – der Wissenschaft vom Menschen – war Rassenforschung zu Beginn des 20. Jahrhunderts Teil einer international anerkannten und etablierten Wissenschaft. Damit verband sich die Vorstellung, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft auch genetisch bedingte „höher- oder minderwertige“ Eigenschaften besäßen. Während des „Dritten Reichs“ wurden Rassenforschung und -anthropologie als Leitwissenschaften erheblich gefördert, um die Erbgesundheits-, Rassen- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten zu legitimieren. Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen erstellten Gutachten, die der Erfassung und Aussonderung von Juden, Sinti und Roma, „Erbkranken“ und „Asozialen“ dienten, lieferten Begründungen für die Politik massenhafter Zwangssterilisationen und der „Euthanasie“, führten unzulässige Menschenversuche durch und forschten an Präparaten, die von Opfern der Massenmorde stammten.

In seinem Vortrag zeigt Paul Weindling, wie Rassenforscher die Durchsetzung von NS-Maßnahmen als Gelegenheit für ihre Forschung nutzten und analysiert das Geflecht aus entgrenzter Wissenschaft und der Radikalisierung der Verfolgungsmaßnahmen.

Paul Weindling, 1953 geboren, ist Research Professor in the History of Medicine an der Oxford Brookes University. Er ist Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina sowie Preisträger des Anneliese Maier-Forschungspreises der Alexander von Humboldt-Stiftung. Zu seinen Veröffentlichungen gehören *Health, Race and German Politics between National Unification and Nazism, 1870–1945* (1989), *Nazi Medicine and the Nuremberg Trials: From Medical War Crimes to Informed Consent* (2004), *Victims and Survivors of Nazi Human Experiments: Science and Suffering in the Holocaust* (2014) sowie der Aufsatz *Mobilizing against Nazi racial science: The international front against Nazi race theory 1933–1940* (2019).

Stephanie Bohra ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Topographie des Terrors und Mitkuratorin der Ausstellung „Der kalte Blick“.

www.topographie.de/livestream/
Der Stream der Veranstaltung ist anschließend 14 Tage abrufbar.



VERANSTALTUNG IM LIVESTREAM

01) Newsletter | Digitaler Ausstellungsbesuch im März/April 2021

Kommunale Galerie Berlin

Kommunale Galerie Berlin

15.03.2021

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde der Kommunalen Galerie Berlin,**

ab dem **16. März 2021** ist die Kommunale Galerie Berlin nach vorheriger Anmeldung wieder für Sie geöffnet!

Die telefonische Terminbuchung ist ab Montag, 15.03.21 zu festgelegten Zeiten möglich unter **Tel 030 9029-16704** (Mo-Fr 10-16 Uhr; Sa+So von 12 -16 Uhr).

Für Ihren Besuch steht jeweils ein Zeitfenster von 1 Stunde innerhalb der regulären Öffnungszeiten zur Verfügung. Diese sind Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr, Mittwoch 10 bis 19 Uhr sowie Samstag und Sonntag von 11 bis 17 Uhr. Es gelten die aktuellen Abstands- und Hygienevorschriften. Diese können Sie [hier](#) nachlesen.

Wird in Berlin ein Inzidenzwert von über 100 erreicht, bleibt die Kommunale Galerie Berlin geschlossen.

Wir freuen uns über Ihren Besuch!

Das Team der Kommunalen Galerie Berlin



Detlef Waschkau, Queens - Manhattan, 2020, Pigment auf Holz

Detlef Waschkau – ..New..北..Ber..大阪.. – The Cities in Me

Holzreliefs und Papierarbeiten

Ausstellung

16. bis 28. März 2021

Das Leben in den Metropolen, der niemals ruhende Organismus der Großstädte, Häusermeere, Straßenschluchten, Asphalt und Großstadtdschungel – das ist die künstlerische Heimat des Berliner Künstlers Detlef Waschkau. In der Ausstellung in der Kommunalen Galerie Berlin treffen New York, Beijing und Berlin aufeinander. Für den Maler und Bildhauer kann das Straßenchaos nicht dicht genug sein. Für ihn ist die Stadt die große Bühne, und er lässt in seinen Werken alles miteinander kollidieren: Materie, Energie, Infrastruktur, Architektur – abgelagert in den Poren der hölzernen Reliefstruktur.

Zur Ausstellung erscheint ein Katalog.

Weitere Informationen:

<https://www.kommunalegalerie-berlin.de/index.php?id=351> .



Standort des abgerissenen „Atelierhaus Panzerhalle“, Groß Glienicke, 2012.

Foto: Anna Werkmeister

25 Jahre Aktionsraum Panzerhalle

Ein Atelierhaus-Jubiläum in vier Teilen - Teil 4

Ausstellung

16. März bis 11. April 2021

Mit dieser Schau findet das vierteilige Ausstellungsprogramm, das 2020 anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des „Atelierhaus Panzerhalle“ in Potsdam und Berlin stattfand, seinen Abschluss. Sie vereint Werke aus den verschiedenen Künstler*innen-Generationen des Atelierhauses, das 1995 auf einem ehemaligen Militärgelände in Groß Glienicke gegründet wurde. Viele der gezeigten Werke sind erst kürzlich entstanden; ein großer Teil wurde anlässlich dieser Ausstellung ortsspezifisch konzipiert.

Zu sehen sind Werke von Julia Antonia, Birgit Cauer, Monika Funke Stern, Michael M. Heyers, Andreas Hildebrandt, Anas Homsy, Anna Myga Kasten, Jozef Legrand, Katrin von Lehmann, Vera Oxford, Dagmar Uhde, Anna Werkmeister und Ilse Winckler.

Weitere Informationen finden Sie:

<https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/aktuell/panzerhalle/>



Fried Fog [4händig]

Elfi Greb - Fotografie // Fee Kleiß - Objekte und Malerei

Ausstellung

16. März bis 11. April 2021

Fried Fog

Kann/soll man das essen?

Ist das physikalisch überhaupt möglich?

Hat das etwas zu bedeuten oder klingt es nur gut?

Die beiden Künstlerinnen, die für die Reihe 4händig vom Frauenmuseum Berlin zu einer gemeinsamen Ausstellung eingeladen wurden, gehören unterschiedlichen Generationen an (so will es das Konzept der Reihe) und arbeiten mit sehr unterschiedlichen Materialien. Elfi Greb zeigt Fotografien, Fee Kleiß Objekte und Zeichnungen – soweit die Schubladen, die allerdings in beiden Fällen nicht wirklich passen wollen.

Weitere Informationen finden Sie:

<https://www.kommunalegalerie-berlin.de/ausstellungen/vorschau/uli-fischer-zeit-zeichen/>

Kommunale Galerie Berlin

Hohenzollerndamm 176
10713 Berlin

t +49 30 9029 16704

info@kommunalegalerie-berlin.de

www.kommunalegalerie-berlin.de

Öffnungszeiten

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr

Mittwoch 10 bis 19 Uhr

Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr

Eintritt frei

© Kommunale Galerie Berlin

Diese E-Mail wurde geschickt von der Kommunalen Galerie Berlin

info@kommunalegalerie-berlin.de

<https://www.kommunalegalerie-berlin.de/index.php?id=233&u=6002&t=t&a=f0a2afe1&do=deil>

**02) „Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“ Brandenburg-Preußen
Museum Wustrau:
Ausstellung „[K]Ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der
Industrialisierung vom 21.03. bis 05.12.2021**

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

08.03.2021



Brandenburg-Preußen Museum

Wustrau

Wustrau, 8. März 2021

„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche...“

Liebe Freunde und Freundinnen unseres Museums,

„Hoffnungsglück“ grünt in der Tat: Ab dem 9. März 2021 dürfen wir wieder für Sie öffnen, allerdings weiterhin unter Corona-Regeln: Bitte tragen Sie im Museum eine FFP-2-Maske oder eine medizinische Einmalschutzmaske und halten Sie bitte 1,50 Meter Sicherheitsabstand zu anderen Besuchern. Ihre Kontaktdaten hinterlassen Sie bitte an der Kasse, diese werden wie im vergangenen Jahr 28 Tage aufbewahrt. Neu in diesem Jahr: Wir müssen Sie bitten, vor Ihrem Besuch per E-Mail unter museum@bpm-wustrau.de oder telefonisch unter 033925-70798 ein Zeitfenster für Ihren Besuch zu reservieren. Geplant ist auch die Möglichkeit der Reservierung eines Zeitfensters auf unserer Homepage. Der Zugang zum Museum ist zahlenmäßig begrenzt. Gruppenbesuche, Führungen und Veranstaltungen sind derzeit leider nicht möglich. Bitte informieren Sie sich vor Ihrem Besuch noch einmal auf unserer Website www.brandenburg-preussen-museum.de oder per Telefon, denn alle Lockerungen stehen immer unter dem Vorbehalt, dass die Infektionslage sich weiterhin bessert oder zumindest gleich bleibt.

Der wissenschaftliche Leiter Christian Arpasi und unser wissenschaftlicher Volontär Simon Spill legen derzeit intensiv Hand an den Aufbau der neuen Sonderausstellung: **(K)ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung**, die wir vom 21. März bis 5. Dezember 2021 zeigen werden.

Altes Spielzeug ruft nicht nur Kindheitserinnerungen wach. Es erzählt von der Zeit und aus der Gesellschaft, in der es entstanden ist. So ist es auch mit dem Spielzeug aus der Kaiserzeit. Wie ein Spiegel vermittelt es ein Bild der durch die Industrialisierung gewandelten Lebens- und Arbeitswelten. Nähere Informationen fügen wir diesem Brief hinzu. Ein Vortragsprogramm können wir leider erst planen, wenn die Verhältnisse sich nachhaltig stabilisiert haben. Wir freuen uns sehr darauf, Sie wiederzusehen.

Bitte bleiben Sie gesund! Das wünscht Ihnen herzlich

Ihr Team des

Brandenburg-Preußen Museums



[K]EIN KINDERSPIEL

Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung

21.03. bis 05.12.2021

**BRANDENBURG
PREUßEN
MUSEUM**

BRANDENBURG-PREUßEN MUSEUM
EICHENALLEE 7A
16818 WUSTRAU
www.BPM-Wustrau.de
Tel: 033925-70798

Ein Projekt im Rahmen des Themenjahres
„Zukunft Brandenburg 2021“

Kulturland Brandenburg 2021 wird gefördert durch das
Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur
sowie das Ministerium für Infrastruktur und
Landesplanung des Landes Brandenburg.

Mit finanzieller Unterstützung der
Brandenburgischen Sparkassen und
der Sparkassenverbände des Landes
Brandenburg.

2021 Zukunft der
Vergangenheit

für Brandenburg

Partner des
Landes Brandenburg **ILB**

C. b) Ausstellungen außerhalb des Raumes von Berlin (Seiten 183 – 196)

01) Virtuelle Rundgänge im Westpreußischen Landesmuseum



**WESTPREUSSISCHES
LANDESMUSEUM**

- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
Franziskanerkloster
Klosterstraße 21
48231 Warendorf
- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
[02581 92777-13](tel:025819277713)
- Das Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
[02581 92777-0](tel:02581927770)
- *per Fax:*
02581 92777-14
- *per E-Mail:*
sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

•

**Wiedereröffnung des Westpreußischen Landesmuseums
am 09. März 2021**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde des Westpreußischen Landesmuseums,

herzlich willkommen zurück im Westpreußischen Landesmuseum!

Wir freuen uns sehr, das Museum am 9. März 2021 wieder für unser Publikum öffnen zu dürfen. Aufgrund der Coronaschutzverordnung ist der Museumsbesuch bis auf Weiteres mit einigen Auflagen verbunden. Wir bitten Sie daher, vor Ihrem Besuch einen Termin zu buchen. Sie erreichen uns zu diesem Zweck während der Öffnungszeiten dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr unter der Telefonnummer 02581/92777-0.

Während Ihres Besuchs in unserem Haus bitten wir um die Einhaltung der gültigen Abstands- und Hygieneregeln. Das Tragen einer medizinischen Maske ist ebenso notwendig. Das Museum ist dazu verpflichtet, Ihre Kontaktdaten aufzunehmen.

Besonders herzlich möchten wir Sie dazu einladen, unsere derzeitige Sonderausstellung »Vergessen, aber nicht verloren! Deutsche Künstler*innen im Exil 1933 – 1945« zu besuchen. Die Ausstellung wird noch bis zum 11. April 2021 zu sehen sein.



Das Westpreußische Landesmuseum präsentiert in dieser

Ausstellung Werke von Maler*innen, die aus den damals deutschen Gebieten Pommern, Posen, Schlesien, West- und Ostpreußen stammten. Sie gehörten zu der namhaften Gruppe der Kulturschaffenden, die zwischen 1933 und 1945 vor den Repressionen und der Verfolgung durch die Nationalsozialisten ins Ausland flohen. Einige von ihnen erreichten das rettende Exil allerdings nicht mehr. Sie wurden interniert und in Konzentrationslagern ermordet.

Viele der hier gezeigten Künstler*innen waren bereits in der Weimarer Republik erfolgreich. Sie zählten zum Umkreis der Berliner oder Münchner Sezession und des Pariser Café du Dôme, waren Mitglieder verschiedener Künstlervereinigungen wie dem Künstlerbund Schlesien oder der in Berlin gegründeten Novembergruppe.

Diese kulturelle Vielfalt wurde jedoch in den Jahren nach 1933 unwiederbringlich zerstört. Für viele der auch sozial oder politisch engagierten Kulturschaffenden war die Emigration der einzige Weg, sowohl das physische als auch das künstlerische Überleben zu sichern.

Die Ausstellung rückt die vergessenen Künstler*innen, ihre Werke und kulturellen Leistungen wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Sie möchte dazu beitragen, dass das Schicksal zahlreicher Kulturschaffender während der nationalsozialistischen Diktatur nicht endgültig in Vergessenheit gerät.

Die in dieser Präsentation gezeigten Werke stammen aus der umfangreichen Exil-Sammlung »Memoria« des Verlegers Thomas B. Schumann. Ergänzt wird die Auswahl durch Gemälde aus dem Sammlungsbestand des Westpreußischen Landesmuseums.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Es grüßt Sie das Team des Westpreußischen Landesmuseums

<http://westpreussisches-landesmuseum.de/religionen-und-konfessionen/app-files/index.html>



Virtuelle Rundgänge durch die Dauerausstellung

Als zweiten Teil unserer virtuellen Rundgänge bieten wir Ihnen ab sofort den Bereich **Religionen und Konfessionen** an. Begeben Sie sich auf die Spuren der unterschiedlichen in Westpreußen vertretenen Konfessionen und ihrer Geschichte, ihrer Bauwerke und Konflikte.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Entdeckungstour!

[Hier geht es direkt zum virtuellen Rundgang „Religionen und Konfessionen“](#)



<http://westpreussisches-landesmuseum.de/religionen-und-konfessionen/app-files/index.html>

Wir freuen uns, Ihnen nun mit einem virtuellen Rundgang durch unsere ständige Sammlung ein neues Angebot machen zu können. Unternehmen Sie an Ihrem Computer, am Tablet oder am Smartphone einen virtuellen Streifzug durch die Dauerausstellung, lassen Sie sich informieren und inspirieren. Den Anfang macht ein Gang durch unsere Ausstellungsabteilung „**Handel und Industrie**“ – der Überblick reicht von der mittelalterlichen Hanse mit den Hansestädten Danzig, Elbing, Kulm und Thorn bis zum Industriezeitalter. Der nächste Rundgang folgt in Kürze.

Und nun wünschen wir Ihnen eine spannende Entdeckungstour!

[Hier geht es zum aktuellen virtuellen Rundgang „Handel und Industrie“](#)



http://westpreussisches-landesmuseum.de/handel_industrie/handel--industrie/app-files/

Ältere virtuelle Rundgänge

HandwerksKunst

Kai Gaeth – Fantastische Pfeifen

Manfred Kronenberg – Fabelhafte Bilder

[Virtueller Rundgang durch die Sonderausstellung](#)

<http://westpreussisches-landesmuseum.de/app-files/>



HandwerksKunst

Navigation:

- An Ihrem PC halten Sie zum Umsehen die linke Maustaste gedrückt und ziehen in die gewünschte Richtung.
- Beim Tablet oder Smartphone ziehen Sie einfach nur mit dem Finger über Ihren Bildschirm.
- Durch Anklicken der Pfeile können Sie in den nächsten Bereich navigieren.
- Durch Anklicken der Infopunkte erhalten Sie weitere Informationen zu den Exponaten.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen



Das Westpreußische Landesmuseum wird gefördert durch:



Trägerin des Museums:
KULTURSTIFTUNG
WESTPREUSSEN



Alltagskultur und Landleben, 05. Februar 2021

Virtuelle Rundgänge durch die Dauerausstellung

In den vergangenen Wochen konnten wir Ihnen bereits die Ausstellungsbereiche Handel und Industrie sowie Religion und Konfessionen vorstellen. Ab sofort haben Sie die Möglichkeit, sich in den Bereichen Alltagskultur und Landleben des historischen Westpreußen umzuschauen. Dazu gehört auch eine Betrachtung der Kaschubei bzw. der Kaschuben. Diese Volksgruppe hat seit Jahrhunderten ihre eigene Sprache und eigene Kultur bewahrt.

Hier geht es direkt zum virtuellen Rundgang „Alltagskultur und Landleben“

<http://westpreussisches-landesmuseum.de/landwirtschaft-und-alltagskultur/app-files/index.html>



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde des Westpreußischen Landesmuseums,

seit Anfang 2021 bieten wir Ihnen die Möglichkeit, Teile unserer Dauerausstellung virtuell zu besuchen und zu entdecken. Dieses neue Angebot findet erfreulicherweise regen Zulauf.

In den vergangenen Wochen konnten wir Ihnen bereits die Ausstellungsbereiche Handel und Industrie sowie Religion und Konfessionen vorstellen. Ab sofort haben Sie die Möglichkeit, sich in den Bereichen ALLTAGSKULTUR UND LANDLEBEN des historischen Westpreußen umzuschauen. Dazu gehört auch eine Betrachtung der Kaschubei bzw. der Kaschuben. Diese Volksgruppe hat seit Jahrhunderten ihre eigene Sprache und eigene Kultur bewahrt.

Wir freuen uns, mit dieser neuen Präsentation Ihr Bild des Westpreußischen Landesmuseums und seiner Sammlungen weiter ergänzen zu können. Neben der Möglichkeit, die Rundgänge über unsere Homepage zu unternehmen, können Sie uns auch auf Facebook und Instagram besuchen. Dort versorgen wir Sie fortlaufend mit Eindrücken und Neuigkeiten aus unserem Haus.

Es grüßt Sie herzlich das Team des
Westpreußischen Landesmuseums



Links: Dr. Martin Steinkühler (wissenschaftlicher Mitarbeiter)
Rechts: Thomas Hölscher (Museumstechniker) hat die virtuellen Rundgänge technisch umgesetzt

Virtuelle Rundgänge durch die Dauerausstellung

Unsere virtuellen Rundgänge gehen weiter. Nachdem wir Ihnen zuletzt die Ausstellungsbereiche Alltagskultur und Landleben vorgestellt hatten, können Sie ab sofort einen Gang durch **die Zeit vom 18. bis zum 20. Jahrhundert** unternehmen.

Der neue Rundgang startet mit einer Betrachtung der Teilungen Polens, deren erste 1772 zur Entstehung der preußischen Provinz Westpreußen führte. Weiter geht es mit den Folgen des Ersten Weltkrieges. Der 1920 in Kraft getretene Versailler Vertrag legte unter anderem die Abtretung großer Teile Westpreußens an den neu gegründeten polnischen Staat fest – während die Existenz der Provinz Westpreußen damit endete, erhielt die Republik Polen den in Versailles geforderten freien Zugang zur Ostsee. Im Weiteren führt der Rundgang durch die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges. Neben den Millionen Toten, die diese Katastrophe forderte, war das Kriegsende für die Menschen im östlichen Mitteleuropa mit tiefgreifenden Umwälzungen verbunden – für den Großteil der dort lebenden Deutschen bedeutete es Flucht und Vertreibung und den Verlust der Heimat. Aber auch Millionen Osteuropäer waren nach 1945 von Zwangsumsiedlungen betroffen. Der Rundgang schließt mit einer Betrachtung der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Hier geht es direkt zum virtuellen Rundgang „Die Zeit vom 18. bis zum 20. Jahrhundert“:

http://westpreussisches-landesmuseum.de/18-20_jh/app-files/index.html



DIE ZEIT VOM 18. BIS ZUM 20. JAHRHUNDERT

22. Februar 2021

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde des
Westpreußischen Landesmuseums,

unsere virtuellen Rundgänge gehen weiter. Nachdem wir Ihnen zuletzt die Ausstellungsbereiche Alltagskultur und Landleben vorgestellt hatten, können Sie ab sofort einen Gang durch die Zeit vom **18. bis zum 20. Jahrhundert** unternehmen.

Der neue Rundgang startet mit einer Betrachtung der Teilungen Polens, deren erste 1772 zur Entstehung der preußischen Provinz Westpreußen führte. Weiter geht es mit den Folgen des Ersten Weltkrieges. Der 1920 in Kraft getretene Versailler Vertrag legte unter anderem die Abtretung großer Teile Westpreußens an den neu gegründeten polnischen Staat fest – während die Existenz der Provinz Westpreußen damit endete, erhielt die Republik Polen den in Versailles geforderten freien Zugang zur Ostsee. Im Weiteren führt der Rundgang durch die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges. Neben den Millionen Toten, die diese Katastrophe forderte, war das Kriegsende für die Menschen im östlichen Mitteleuropa mit tiefgreifenden Umwälzungen verbunden – für den Großteil der dort lebenden Deutschen bedeutete es Flucht und Vertreibung und den Verlust der Heimat. Aber auch Millionen Osteuropäer waren nach 1945 von Zwangsumsiedlungen betroffen. Der Rundgang schließt mit einer Betrachtung der unmittelbaren Nachkriegszeit.

Wir wünschen Ihnen einen informativen Besuch unseres neuen Angebotes und freuen uns auf die hoffentlich baldige Wiedereröffnung des Museums.

Es grüßt Sie herzlich das Team des Westpreußischen Landesmuseums.

02) Oberschlesien am Scheideweg

Sonnabend, 20. März 2021, 15:00 Uhr

Zum **100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien** wird am **Sonnabend, dem 20. März 2021 um 15 Uhr** – leider nur digital - die neue Schau „Polen oder Deutschland? Oberschlesien am Scheideweg“ eröffnet. [Das Oberschlesische Landesmuseum \(Bahnhofstr. 62, D 40883 Ratingen\)](#) widmet diesem wichtigen historischen Ereignis eine [eigene Sonderausstellung](#). Sie erzählt von den Vorbereitungen, dem Verlauf und den Folgen der Volksabstimmung. Weitere Veranstaltungen, darunter eine international besetzte wissenschaftliche Tagung am 11./12. Juni 2021 und ein Begleitfilm, den das Kulturreferat für Oberschlesien gemeinsam mit der Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen und der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus erarbeitet hat, werden das Begleitprogramm im Jubiläumsjahr darstellen.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 28, 2021

Wien, am 08. März 2021



Polen oder Deutschland? Oberschlesien am Scheideweg
Zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung in Oberschlesien
20. März bis 31. Dezember 2021

Digitale Ausstellungseröffnung am 20. März 2021 um 15 Uhr auf YouTube

Nach dem ersten Weltkrieg brach die altbekannte Ordnung Europas zusammen. Die Revolution fegte die Monarchien hinweg. Auf den Trümmern der Imperien der Habsburger, der Hohenzollern und der Romanows begannen neue, auf nationalen Ideen basierende Staaten zu entstehen, die nach ethnischer Homogenität strebten. Dort, wo die Bevölkerung ethnisch heterogen zusammengesetzt war, kam es zu regionalen Konflikten um Land, staatliche Zugehörigkeit und nationale Identität.

Der Hauptschauplatz dieser Ereignisse war Mittel- und Ostmitteleuropa. Auch die Polen in den preußischen Ostprovinzen forderten den Anschluss ihrer Heimatgebiete an den gerade entstandenen polnischen Staat. Weitere bewaffnete Konfrontationen schienen unvermeidlich und sollten durch Volksabstimmungen verhindert werden. Der am 28. Juni 1919 unterzeichnete Versailler Friedensvertrag, der auf dem Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker beruhte, wurde zum Fundament der zu schaffenden neuen Ordnung in Europa.

So standen die Bewohner Oberschlesiens vor einem Dilemma: „Polen oder Deutschland?“ Vor diese Entscheidung gestellt, stimmten am 20. März 1921 knapp 60 Prozent der Wähler für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland und 40 Prozent votierten für eine Abtretung an Polen. Die Abstimmung wurde von mehreren Aufständen begleitet. Ein von Wojciech Korfanty angeführter Aufstand im Mai 1921 sollte die vollständige Angliederung an Polen durchsetzen, vermochte die Teilung Oberschlesiens im Juni 1922 aber nicht zu verhindern. Auf Beschluss der Pariser Botschafterkonferenz wurde Oberschlesien geteilt. 29 Prozent des Landes mit dem größten Teil des ober Schlesischen Industriegebiets fiel an Polen. Die Teilung Oberschlesiens hatte weitreichende Folgen. Die Grenze durchschnitt eine jahrhundertlang gewachsene multiethnische, multikulturelle und mehrsprachige Region.

Am 20. März 2021 jährt sich die Volksabstimmung in Oberschlesien zum 100. Mal. Das Oberschlesische Landesmuseum widmet diesem wichtigen historischen Ereignis eine eigene Sonderausstellung. Sie erzählt von den Vorbereitungen, dem Verlauf und den Folgen der Volksabstimmung und präsentiert erstmals in dieser Zusammenstellung Exponate aus mehreren Museen in Polen, die durch Objekte aus der Sammlung des Oberschlesischen Landesmuseums ergänzt werden. Zu sehen sind Fahnen, Abzeichen, Waffen, Dokumente zur Abstimmung, Ausweise, Orden, eine Wahlurne sowie historische Fotografien und vieles mehr.

Die Ausstellung schärft zugleich den Blick auf die heutige Zeit. Die polnisch-deutsche Auseinandersetzung um Oberschlesien von vor hundert Jahren ist ein exemplarisches Beispiel dafür, zu welchen tragischen Konsequenzen ethnisch-nationale Konflikte führen können. Denn ein mit der ethnisch-nationalen Frage verbundenes Gewaltpotential besteht nach wie vor, wie der blutige Bürgerkrieg im zerfallenden Jugoslawien in den 1990er Jahren oder – in jüngster Zeit – die Konflikte in der Ostukraine und um die Region Berg-Karabach zeigen. Die Beschäftigung mit diesem historischen Ereignis mahnt uns bis heute, zwischenstaatlichen Interessenausgleich, Minderheitenschutz und den respektvollen Umgang der Völker Europas ernst zu nehmen.

Weitere Highlights im Jubiläumsjahr

Am 11./12. Juni 2021 findet in der Stiftung Haus Oberschlesien eine international besetzte **wissenschaftliche Tagung** zum Plebiszit in Oberschlesien statt.

Außerdem wird der 35-minütige **Bildungsfilm „Ein europäischer Konflikt. Der Abstimmungskampf um Oberschlesien 1921“** – eine Co-Produktion des Kulturreferenten für Oberschlesien, der Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen, der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, dem Oberschlesischen Landesmuseum und der Arche-Noah Filmproduktion – rechtzeitig zur Ausstellungseröffnung fertiggestellt sein.

<http://oberschlesisches-landesmuseum.de/ausstellungen/vor-ort/1225-ab-dem-20-3-2021-polen-oder-deutschland-oberschlesien-am-scheideweg.html>

03) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

Liebe Museumsfreunde!



Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserem Veranstaltungsangebot. Leider ist damit zu rechnen, dass wir auch in diesem Jahr immer wieder neu aushandeln müssen, ob und in welcher Weise unsere Veranstaltungen stattfinden können. Bitte besuchen Sie uns regelmäßig auf unserer Homepage www.russlanddeutsche.de, um zu erfahren, in welcher Form die jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Alles Gute und beste Grüße

Ihr Museumsteam

Georgstraße 24
32756 Detmold
Ruf: 05231-921 6900
museum@russlanddeutsche.de
<https://www.russlanddeutsche.de>

Kulturreferat:

Ruf: 05231-921 6913
Mobil: 0162-646 2913
e.warkentin@russlanddeutsche.de

E. a) Neuerscheinungen auf dem Bücher- und
Zeitschriftenmarkt

(Seiten 197 – 202)

A. Besprechungen

- 01) Danubiana Carpathica. Jahrbuch für Geschichte und Kultur in den deutschen Siedlungsgebieten Südosteuropas herausgegeben von Mathias Beer, Reinhard Johler, Florian Kühner-Wielach, Maren Röger:
Bukowina-Deutsche. Erfindungen, Erfahrungen und Erzählungen einer (imaginierten) Gemeinschaft seit 1775 (44 SW-Abb.).
Redaktion: Angela Ilic, Sabine Jesner, Lena Radauer, Olivia Spiridon.
Band 10 (57). 2020. (Berlin/Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
318 Seiten. ISBN 978-3-11-060338-5. € 69,00.

Das Jahrbuch *Danubiana Carpathica* wird herausgegeben im Auftrag der Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa, des Bukowina-Instituts an der Universität Augsburg (seit 2020), des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilian-Universität München, des Instituts für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde in Tübingen und des Zentrums zur Erforschung deutscher Geschichte und Kultur in Südosteuropa an der Universität Tübingen. Das Jahrbuch setzt seit 2007 das „Südostdeutsche Archiv“ fort und hat dabei manche auch inhaltliche Veränderungen erfahren. „Das Jahrbuch versteht sich als internationales Forum für einen multidisziplinären, vergleichend ausgerichteten und transnationalen Zugang zur Multikulturalität dieses Raumes.“

Die einzelnen Bände standen seit 2007 unter folgenden Themen:

- Deutschsprachige Universitäten in ihrer Wirkung auf Südosteuropa 1850-1940 (Bd. 1, 2007);
- München - Budapest - Ungarn - Bayern. Festschrift zum 850. Jubiläum der Stadt München (Bd. 2, 2008);
- Historische Regionen und ethnisches Gruppenbewusstsein in Ostmittel- und Südosteuropa. Grenzregionen - Kolonisationsräume – Identitätsbildung (Bd. 3/4, 2010);
- Dorf und Literatur (Bd. 5, 2012);
- Museum und Minderheit (Bd. 6, 2013);
- Migration nach Ost- und Südosteuropa im 18. und 19. Jahrhundert (Bd. 7, 2014);
- Die Erschließung der Karpaten (Bd. 8, 2015);
- Spielarten der Ankunft im Westen. Die deutsche Literatur aus Rumänien nach 1945 (Bd. 9, 2017).

Hier liegt nun der Band Nr. 10 vor, der sich mit dem Thema „Bukowina-Deutsche. Erfindungen, Erfahrungen und Erzählungen einer (imaginierten) Gemeinschaft seit 1775“ befasst.

In der Einführung der beiden Herausgeber Maren Röger und Alexander Weidle „Bukowina-Deutsche. Erfindungen, Erfahrungen und Erzählungen einer (imaginierten) Gemeinschaft

seit 1775“ (1 SW-Abb.) (S. 7 – 20) erfahren wir eingangs: Die Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen e.V. gibt es seit Ende 2019 nicht mehr, sie hat sich aufgelöst, da niemand mehr bereit war, den seit 1995 auf Bundesebene amtierenden Vorsitzenden abzulösen. Der vorliegende Sammelband“, so heißt es dann weiter, „geht der Frage nach, in welchen Phasen, in welchem Ausmaß und mit welchen Grenzen die Gruppenbildungen als *Buchenlanddeutsche* bzw. *Bukowina-Deutsche* stattfanden, und wer die jeweils einschlägigen Akteure und Akteurinnen waren. Mit dem titelgebenden Dreiklang *Erfindungen, Erfahrungen und Erzählungen* verweisen wir somit auf das / Wechselspiel zwischen dem (stetigen) Konstruktionscharakter der Gruppe, der immer wieder neue Sinnstiftung in Form von Erzählungen voraussetzt. Zugleich thematisieren wir die (partiell) geteilten Erfahrungshorizonte und Erlebnisse der Personen, die sich als Bukowina-Deutsche identifizierten bzw. von Behörden und/oder Mitbürgerinnen als solche adressiert wurden. Denn diese Erfahrungen trugen wiederum zur weiteren Gruppenkohäsion bei...“ (S. 7.8).

Die Herausgeber beschäftigen sich in ihren Ausführungen mit der Herausbildung einer Gruppenidentität, denn die Einwanderung „deutschsprachiger Personen“ war die Voraussetzung dafür. Sie zeigen die weitgehende Differenzierung der Einwanderer auf, weisen darauf hin, dass – im Unterschied zum benachbarten Bessarabien – geschlossene deutschsprachige Siedlungen eher selten waren. Auch war der Anteil der Deutschen an der Gesamtbevölkerung unter neun Prozent (1850: 6,5 Prozent) (S. 9). Die Zählungen wären auch zu hinterfragen, so die Herausgeber: „So wurde nach Umgangssprache gezählt, für manche sprachlichen und kulturellen Gruppen gab es keine oder nur eingeschränkte Zuordnungsmöglichkeiten. Dies betraf vor allem die regionalen Judenheiten, deren / Bevölkerungsanteil im 19. Jahrhundert deutlich zunahm ...“ (S. 9 – 10): sie waren aber nicht als Nationalität anerkannt, sondern nur als Religionsgemeinschaft, und da das gerade auf dem Lande weitverbreitete Jiddisch in den Statistiken nicht angegeben werden konnte, wurde Deutsch als Umgangssprache genannt.

Die Umsiedlung der Deutschen 1940 im Zuge des Molotow-Ribbentrop-Vertrages war eine Zäsur. Eine Karte zeigt die deutschen Siedlungen vor der Umsiedlung im Jahre 1940. Knapp 60.000 „Deutschsprachige“ kamen aus der Bukowina nach Westdeutschland. Nord- und Südbukowina hatten 95.000 Umgesiedelte.

Die zwei Schwerpunkte dieses Bandes liegen auf zwei Feldern: einmal „auf den Akteuren der Vergemeinschaftung, den Vereinen und Institutionen von der Habsburger Periode bis in die Nachkriegszeit sowie zentrale Einzelpersonen, an deren Biografien sich die Kontinuitäten der Gruppenidentitätsstiftung über die politischen Zäsuren 1918, 1940, 1945, 1989/91 besonders deutlich zeigen...“, ein zweiter Fokus liegt auf den Mitteln der Vergemeinschaftung – auf der einen Seite verstanden als Massenmedien wie die Zeitung der *Landsmannschaft* nach 1945 und auf der anderen Seite verstanden als Instrumente wie die Selbstzählung der Gruppe in der Zwischenkriegszeit ...“

An diese Ausführungen schließt sich auf den Folgeseiten (S. 14 – 17) ein Überblick über die in dem Band veröffentlichten Beiträge an. Ergänzend hierzu findet sich auf den Seiten 315 bis 318 ein ausführliches „AutorInnen-Verzeichnis“ [sic!] in dem die Autoren mit ihren Veröffentlichungen vorgestellt werden.

Die Einleitung schließt mit den Abschnitten „Institutioneller Kontext des Bandes – oder: Das *Bukowina-Institut* und die *Bukowina-Deutschen*“ (S. 18 – 20) und kurzen Hinweisen auf die Verwendung einiger „Begriffe“ (S. 20).

Der Inhalt des Bandes sei hier durch die Nennung der Autoren und Themen aufgeführt:

Mariana Hausleitner: Von der Ansiedlung bis zur Umsiedlung: Institutionen und Akteure der Deutschen in der Bukowina (1 SW-Abb.). (S. 21 – 37).

Maren Röger: Ethnopolitisches Engineering im Zeitalter des Nationalismus: Identitätsstiftung und ihre Grenzen bei den *Bukowina-Deutschen* (1 SW-Abb.). (S. 39 – 56).

Petro Rychlo: Das deutsche Nationalhaus in Czernowitz als Kultur-, Bildungs- und Unterhaltungsort. (S. 57 – 67).

Philipp Kröger: Die statistische Sichtbarmachung der *Bukowina-Deutschen*. Ethnographische Zählungen der Zwischenkriegszeit und die bevölkerungspolitische Bedeutung statistischer Daten im Rahmen der Umsiedlung (2 SW-Abb.). (S. 69 – 84).

Johann Wellner: Sprachliche Diversität *bukowina-deutscher* Dialekte (S. 85 – 99).

Susanne Sorgenfrei: Rudolf Wagner 1934 – 1954: Zwischen nationalsozialistischer Ideologie und Vertriebenenpolitik (1 SW-Abb.). (S. 101 – 115).

Christina Eiden: Technokrat der *Bukowina-Deutschen* – Herbert Mayer (2 SW-Abb.). (S. 117 – 130).

Michael Kabelka: Der Südostdeutsche – Grenzrevisionismus als Identitätsstiftung? Das Presseorgan der *Bukowina-Deutschen* von 1949 bis 1970 (2 SW-Abb.). (S. 131 – 145).

Gaëlle Fisher: „Ethnic Germans“, „Expellees“, or „Old Austrians“: Identity Narratives and Memory Politics of Germans from Bukovina in Austria since 1945. (S. 147 – 168).

Anna Hahn: Auf der Suche nach einer Stimme“: Das Organ der Landsmannschaft in Israel (1 SW-Abb.). (S. 169 – 183).

Alexander Weidle: Von Netzwerken des Erzählens: Interviews mit *Bukowina-Deutschen* heute (2 Abb.). (S. 185 – 200).

Alexander Weidle: Stimmen, Fotografien und Dinge: Quellenedition zum Interviewprojekt mit *Bukowina-Deutschen* (31 SW-Abb.). (S. 201 – 314).

Reinhard M. W. Hanke, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit

- 01)** Maria Werthan (Hrsg.): Starke Frauen gestalten. Tagungsband 2019. (4 Abb. in SW). (Berlin) Osteuropa Zentrum Berlin-Verlag (2020). 298 Seiten. ISBN 978-3-89998-336-4. € 9,90.
Rezensentin: Frau Sibylle Dreher, Berlin
- 02)** Konrad Löw / Felix Dirsch: Die Stimmen der Opfer. Zitatlexikon der deutschsprachigen jüdischen Zeitzeugen zum Thema: Die Deutschen und Hitlers Judenpolitik. (London/Berlin) Verlag Inspiration Un Limited Resch (2020). 391 Seiten.
ISBN 978-3-945127-30-8. € 15,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 03)** Visual Culture and Politics in the Baltic Sea Region, 1100-1250 by Kersti Markus. Translated [from Estonian] by Aet Varik. (134 Abb. in Schwarz-Weiß und mehrfarbig). Leiden, Boston: Brill (2020). XVIII, 411 Seiten.
= East Central and Eastern Europe in the Middle Ages, 450-1450.
Volume 63.
ISBN 978-90-04-42616-0 (*hardback*). € 139,00; \$ 167,00
ISBN 978-90-04-42617-7 (*e-book*).
Rezensent: Sven Ekdahl, Berlin
- 04)** Wilfried Heller: Rumänien. Bilder aus einer verlorenen Zeit. Eine fotografische Landeskunde Rumäniens vor und nach der Wende. Hermannstadt – Bonn: Schiller Verlag 2020. 255 Seiten.
ISBN 978-3-946954-77-4. € 24,80.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen

- 01)** Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?
- 02)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

- 03)** Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 04)** Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
- 05)** Svenja Kück: Heimat und Migration. Ein transdisziplinärer Ansatz anhand biographischer Interviews mit geflüchteten Menschen in Deutschland. (3 Abb., 2 Tab.). (Bielefeld) transcript (2021). 293 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5511-7 (Print), 978-3-8394-5511-1 (pdf). € 48,00.
- 06)** Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020).
313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
- 07)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makąła. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 08)** Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.
- 09)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.
Rezensionsexemplar als e-Book liegt vor.

- 10) Naturpark Barnim von Berlin bis zur Schorfheide. Eine landeskundliche Bestandsaufnahme. Hg. von Peter Gärtner, Lisa Merkel, Haik Thomas Porada (mit 181 zumeist mehr-farbigen Abb. im Text; 1 Übersichtskarte-Suchpunkte und 1 Tafel mit 4 mehrfarbigen Abb. in Tasche). Wien, Köln, Weimar. Böhlau Verlag (2020). 496 Seiten.
= Landschaften in Deutschland. Band 80 (herausgegeben im Auftrag des Leibniz-Instituts für Länderkunde und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig). ISBN 978-3-412-51378-8. € 30,00.

Briefe und Leserbriefे

(Seite 202)

Lesen und schreiben!



IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.

Öffnungszeit: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.

[<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>](mailto:agom.westpreussen.berlin@gmail.com)



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz. Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!





P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturell-räumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbig: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>

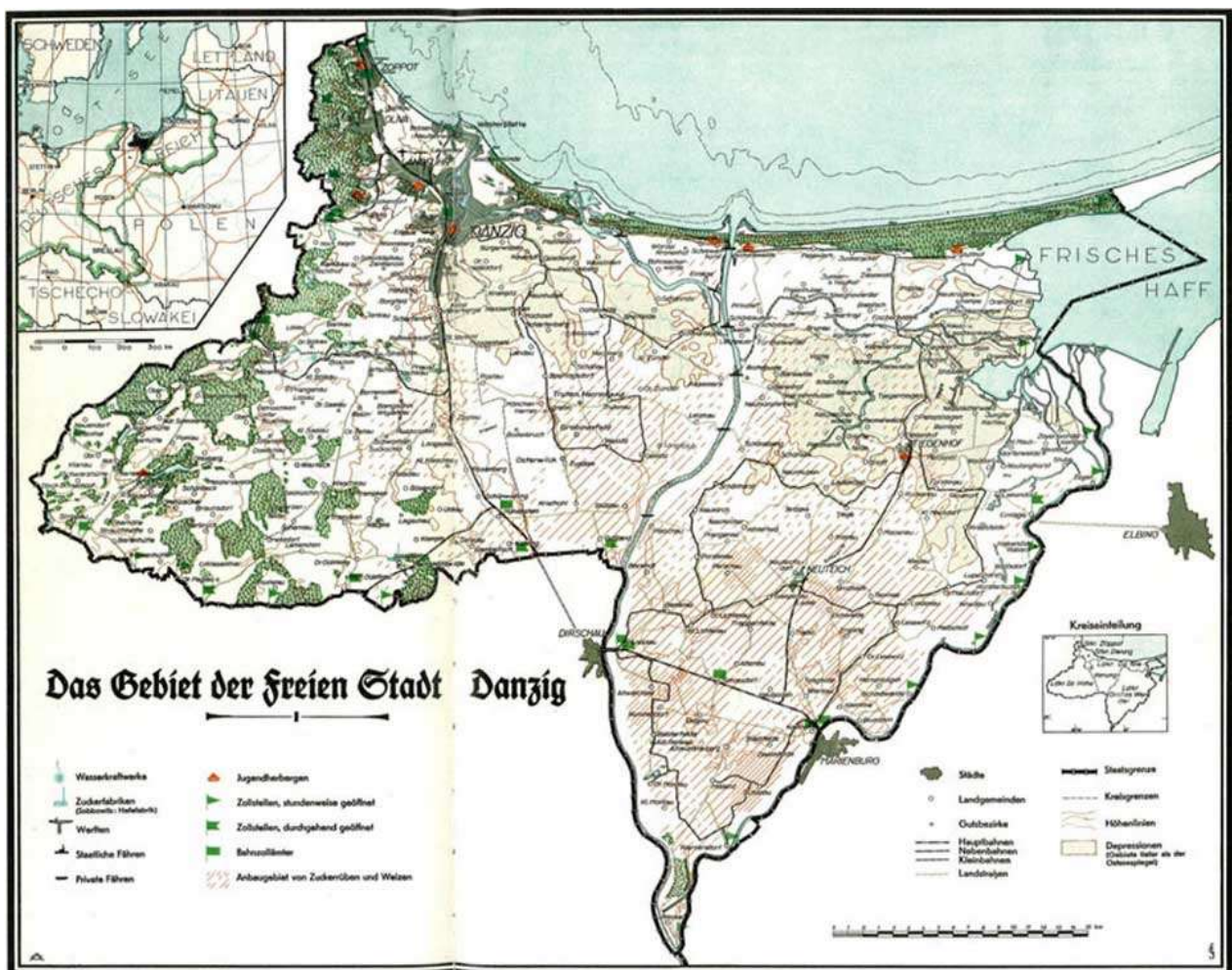


Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945.

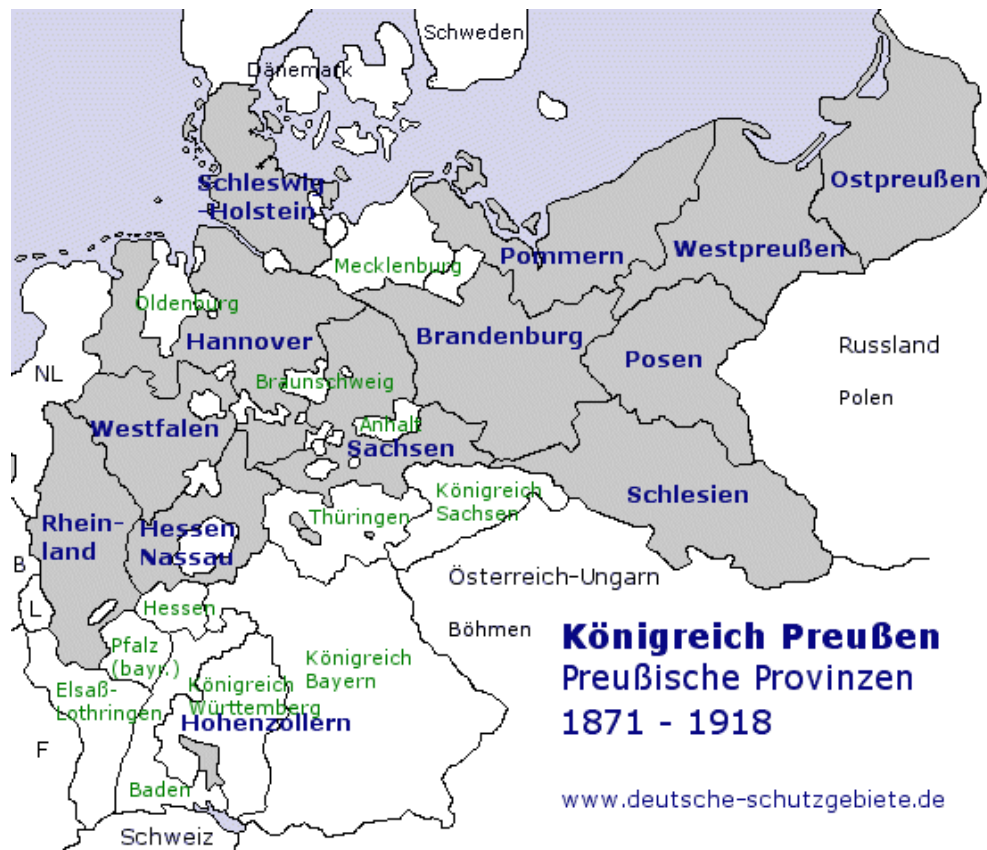


Nec temere nec timide
Weder unbesonnen noch furchtsam

- Wahlspruch der Hansestadt [Danzig](#) -







Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920